

Vorlage		Vorlage-Nr: FB 62/0008/WP18
Federführende Dienststelle: FB 62 - Fachbereich Geoinformation und Bodenordnung		Status: öffentlich
Beteiligte Dienststelle/n:		Datum: 06.08.2021
		Verfasser/in: Dez. III - FB 62/220
Kritische Überprüfung des Straßennamens - Arthur-Kampf-Straße - in Aachen-Burtscheid		
Ziele: Klimarelevanz keine		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
25.08.2021	Bezirksvertretung Aachen-Mitte	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Bezirksvertretung Aachen-Mitte beschließt die Straße Arthur-Kampf-Straße umzubenennen.

Die Verwaltung wird beauftragt die Anwohner/Eigentümer bei der Findung des neuen Straßennamens zu beteiligen. Es sollen folgende Namen vorgeschlagen werden:

Benennungsvorschläge:

- Auf dem Kaulprierfeld
- Kaulprierfeld
- Auf Steinebrück
- Steinebrück
- Sariyerstraße

Finanzielle Auswirkungen

	JA	NEIN	
		X	

Investive Auswirkungen	Ansatz 20xx	Fortgeschrieb ener Ansatz 20xx	Ansatz 20xx ff.	Fortgeschrieb ener Ansatz 20xx ff.	Gesamt- bedarf (alt)	Gesamt- bedarf (neu)
	Einzahlungen	0	0	0	0	0
Auszahlungen	0	0	0	0	0	0
Ergebnis	0	0	0	0	0	0
+ Verbesserung / - Verschlechterung	0		0			
	Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden		Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden			

konsumtive Auswirkungen	Ansatz 20xx	Fortgeschrieb ener Ansatz 20xx	Ansatz 20xx ff.	Fortgeschrieb ener Ansatz 20xx ff.	Folge- kosten (alt)	Folge- kosten (neu)
	Ertrag	0	0	0	0	0
Personal-/ Sachaufwand	0	0	0	0	0	0
Abschreibungen	0	0	0	0	0	0
Ergebnis	0	0	0	0	0	0
+ Verbesserung / - Verschlechterung	0		0			
	Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden		Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden			

Weitere Erläuterungen (bei Bedarf):

Klimarelevanz

Bedeutung der Maßnahme für den Klimaschutz/Bedeutung der Maßnahme für die Klimafolgenanpassung (in den freien Feldern ankreuzen)

Zur Relevanz der Maßnahme für den Klimaschutz

Die Maßnahme hat folgende Relevanz:

<i>Keine</i>	<i>positiv</i>	<i>negativ</i>	<i>nicht eindeutig</i>
X			

Der Effekt auf die CO₂-Emissionen ist:

<i>gering</i>	<i>mittel</i>	<i>groß</i>	<i>nicht ermittelbar</i>
			X

Zur Relevanz der Maßnahme für die Klimafolgenanpassung

Die Maßnahme hat folgende Relevanz:

<i>keine</i>	<i>positiv</i>	<i>negativ</i>	<i>nicht eindeutig</i>
X			

Größenordnung der Effekte

Wenn quantitative Auswirkungen ermittelbar sind, sind die Felder entsprechend anzukreuzen.

Die **CO₂-Einsparung** durch die Maßnahme ist (bei positiven Maßnahmen):

gering	<input type="checkbox"/>	unter 80 t / Jahr (0,1% des jährl. Einsparziels)
mittel	<input type="checkbox"/>	80 t bis ca. 770 t / Jahr (0,1% bis 1% des jährl. Einsparziels)
groß	<input type="checkbox"/>	mehr als 770 t / Jahr (über 1% des jährl. Einsparziels)

Die **Erhöhung der CO₂-Emissionen** durch die Maßnahme ist (bei negativen Maßnahmen):

gering	<input type="checkbox"/>	unter 80 t / Jahr (0,1% des jährl. Einsparziels)
mittel	<input type="checkbox"/>	80 bis ca. 770 t / Jahr (0,1% bis 1% des jährl. Einsparziels)
groß	<input type="checkbox"/>	mehr als 770 t / Jahr (über 1% des jährl. Einsparziels)

Eine Kompensation der zusätzlich entstehenden CO₂-Emissionen erfolgt:

<input type="checkbox"/>	vollständig
<input type="checkbox"/>	überwiegend (50% - 99%)
<input type="checkbox"/>	teilweise (1% - 49 %)

	nicht
	nicht bekannt

Erläuterungen:

Benennungsgrundsätze:

Für die Benennung von öffentlichen Straßen und Plätzen sind in der Stadt Aachen die Bezirksvertretungen zuständig.

Die Benennungen werden entsprechend der Empfehlungen des Deutschen Städtetages durchgeführt. Es werden bei Neubennungen grundsätzlich Flurnamen oder andere lokal gebräuchliche Namen bevorzugt, dies können Flur- oder Gewinnbezeichnungen oder andere überlieferte Geländebezeichnungen sein, die durch städtebauliche Entwicklungen wegfallen (z.B.: An der alten Tuchfabrik, Am Guten Hirten, An der Birk, Am Sandhäuschen u.v.m.).

Wenn Namen, die an Personen erinnern, verwendet werden, so geschieht dies mit großer Vorsicht und Zurückhaltung. Es wird darauf geachtet, dass es sich um Persönlichkeiten handelt, die würdig sind, geehrt zu werden, an denen ein gesamtstädtisches Interesse besteht, die prägend für die Orts- und Stadtgeschichte sind und die sich um das Gemeinwohl verdient gemacht haben.

Umbenennungen können notwendig werden, wenn die Forschung gravierende Verstöße einer Person gegen die Verfassung oder gegen den Geist der Charta der europäischen Menschenrechte belegt. Dies gilt im Besonderen, wenn der bisherige Namensgeber an Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder Kriegsverbrechen beteiligt war und/ oder durch eine rassistische oder militant-autoritäre Haltung zu Volksverhetzung und Gewaltbereitschaft beigetragen hat.

Umbenennungen sollten mit Blick auf die Abwägung öffentlicher Interessen und die Interessen der Anwohner nach strengen Maßstäben erfolgen.

Der Hauptausschuss der Stadt Aachen hat in einem Beschluss vom 06.09.2006 im Kontext zur Überprüfung von Straßennamen folgende Kriterien aus der damaligen Verwaltungsvorlage als Maßstab genommen (aus Beschlussvorlage zur Umbenennung der Agnes-Miegel-Straße, Bürgerforum 05.05.2015):

„Der Name einer Straße ist Zeugnis der städtischen Geschichte. Er dokumentiert, welche Ereignisse oder welche Personen die Stadt in früherer Zeit eines Gedenkens oder einer Ehrung für würdig befunden hat. Insofern lässt sich auch an den Straßennamen Stadtgeschichte ablesen. Umbenennungen sind stets Tilgungen des Gedenkens und könnten, wenn sie vorschnell vorgenommen werden, den Eindruck einer Verdrängung der geschichtlichen Zusammenhänge und Tatsachen hervorrufen.

Eine nachträgliche Umbenennung einer Straße sollte nur unter der Voraussetzung erfolgen, dass es vorwerfbare Handlungen oder Äußerungen einer Person, nach der die Straße benannt ist, gibt, die so erheblich waren, dass die Aufrechterhaltung des historisch überlieferten Namens heute politisch und moralisch unverträglich erscheinen. Bloße Zweifel sollten für eine Umbenennung nicht ausreichen. Zudem ist das Interesse von Anliegern und Dritten an dem Fortbestand des bestehenden Namens zu berücksichtigen. Allerdings kann die Achtung vor den Opfern von Gewalttaten in der Zeit des Kolonialismus, des Nationalsozialismus oder in sonstigen Zeiten verlangen, ein klares Bekenntnis für die Opfer durch Umbenennung einer Straße abzulegen.“

Benennung der Arthur-Kampf-Straße

Die Arthur-Kampf-Straße wurde am 29.04.1954 durch Ratsbeschluss (öffentliche Bekanntmachung vom 25.05.1954) so benannt. In einem Schreiben des Stadtarchivs vom 28.01.1954 wird erwähnt: „ Da die Stadt Aachen nach Mitteilung von Museumsdirektor Dr. Kuetgens beim Tode des Malers Arthur von Kampf (†08.02.1950 in Castrop-Rauxel) der Familie zugesagt hat, eine Straße nach dem Maler zu benennen, könnte man dieser Verpflichtung durch Benennung der Straße jetzt nachkommen.....“

Im Erläuterungsbericht zum Ratsbeschluss ist folgendes vermerkt: „Die Stadt hat nach dem Tode des Malers Arthur von Kampf der Familie zugesagt, eine Straße nach dem bekannten Maler zu benennen. Professor von Kampf wurde in Aachen geboren und hat auch hier lange Jahre gelebt. Die Lage der Straße ist für die Benennung günstig“.

Kritik an der Benennung einer Straße nach Arthur Kampf kam in den letzten 30 Jahren wiederholt auf, zuletzt 2018.

Bürgeranregung zur Überprüfung des Straßennamens „Arthur-Kampf-Straße“ im Bürgerforum

Ende 2018 hat ein Aachener Bürger eine Anregung gem. § 24 Gemeindeordnung an das Bürgerforum folgenden Inhalts gerichtet: „... als Bürger der Stadt Aachen bitte ich um kritische Überprüfung des Straßennamens „Arthur-Kampf-Straße“ in 52066 Aachen mit dem Ziel der Umbenennung der Straße.“

Bei der Bearbeitung der Anregung durch die Verwaltung wurde bekannt, dass die Stadt Düsseldorf unter anderem auch den Straßennamen Arthur Kampf untersucht. Die Verwaltung wollte diese Untersuchung berücksichtigen. Die Veröffentlichung der Düsseldorfer Ergebnisse erfolgte Anfang 2020.

Ergebnis der Düsseldorfer Untersuchung ist, dass Arthur Kampf eine herausragende Stellung im Dritten Reich hatte.

Die Verwaltung brachte im Mai 2020 einen Beschlussvorschlag in das Bürgerforum mit dem Tenor, dass das Düsseldorfer Gutachten nicht aussagekräftig genug ist und daher ein wissenschaftliches Gutachten zur Person Arthur Kampf von der Stadt Aachen selbst in Auftrag zu geben sei.

Das Bürgerforum verwies in seinem Beschluss die Überprüfung der Person Arthur Kampf zur weiteren Beratung, an die Bezirksvertretung Aachen-Mitte. Die Hinzuziehung eines wissenschaftlichen Gutachtens zur Person Arthur-Kampf wurde empfohlen. Bereits in der Beratung im Bürgerforum wurde die Notwendigkeit eines weiteren Gutachtens allerdings kontrovers diskutiert.

Weitere Befassung in der Verwaltung

Nach der Beratung im Bürgerforum wurde vom Fachbereich Geoinformation und Bodenordnung erneut mit Historikern der Verwaltung (Stadtarchiv und Route Charlemagne) die Notwendigkeit eines weiteren Gutachtens verwaltungsintern diskutiert. Ergebnis dieser Beratung war, dass zwar ein ausführliches Gutachten im Detail ein noch differenzierteres Bild von Kampfs Schaffen und seiner Biografie bringen würde, dies aber nicht bei der Grundsatzfrage helfen kann, ob Aachen einen Künstler von Hitlers Gottbegnadetenliste ehren will oder nicht und dass daher auch das Düsseldorfer Gutachten als Grundlage für die Entscheidung über eine Umbenennung der Arthur-Kampf-Straße genutzt werden kann.

Das Düsseldorfer Gutachten weist Arthur Kampf eine „herausragende Stellung im Dritten Reich“ zu. Diese Einschätzung ergibt sich unter anderem aus folgender gutachterlich festgehaltenen Erkenntnis:

„1944 wurde Kampf als „unersetzlicher Künstler“ in die Sonderliste der sogenannten Gottbegnadeten-Liste“ aufgenommen. (Schryen 2000, S. 123)“¹

¹ Abschlussbericht des Beirates zur Überprüfung Düsseldorfer Straßen- und Platzbenennungen, Düsseldorf 2019/2020.

Das Gutachten beschreibt zwar auch, dass Kampfs Stil und Werke sich nicht originär aus der Ideologie des Nationalsozialismus heraus entwickelte und dass die von Arthur Kampf dargestellte Körperlichkeit „bereits lange vor den Nationalsozialisten bildwürdig wurde“, aber auch, dass Werke, die der Maler nachweislich während der NS-Zeit angefertigt hat, Szenen beinhalten „die an Menschenverachtung ihresgleichen suchen.“ (Schroyen 1977, 2000).¹ Darüber hinaus förderte Arthur Kampf durch seine Schriften und Reden die nationalsozialistische Ideologie.

Vorschlag der Verwaltung und Benennungsvorschläge

Arthur Kampf hatte dadurch einen direkten Anteil an der Förderung und Verbreitung und Durchsetzung der nationalsozialistischen Ideologie. Damit ist die Voraussetzung für eine nachträgliche Umbenennung im Sinne des Hauptausschussbeschlusses von 2006 gegeben. Die Verwaltung schlägt vor, die Straße umzubenennen.

Entsprechend der Empfehlungen des Deutschen Städtetages zur Benennung von Straßen und der bisherigen Handhabung der Stadt Aachen werden bei der Benennung historische Flur-, Lage- und Gewannenbezeichnungen vorrangig als Straßennamen verwendet.

Die Grundstücke der heutigen Arthur-Kampf-Straße sind in den Jahren 1953 bis 1955 entstanden. Vor der Grundstücksbildung wurde im Liegenschaftskataster der Flurname „Kaulprierfeld“ geführt. Weitere unmittelbare Ortsbezeichnungen waren „Steinebrücke“ und „Kaulprie“.

Der Name „Steinebrücke“ ist im Laufe der Jahre zur Ortsteilbezeichnung des gesamten Bereiches an der Eupener Straße zu „Steinebrück“ geworden.

Darüber hinaus hat die Stadt Aachen Straßennamen nach ihren Städtepartnerstädten benannt. Nach der zuletzt hinzugekommenen Partnerstadt Saryyer (Türkei), im Jahr 2013, ist bisher noch keine Straße benannt worden. Allerdings gibt es bei der Schreibweise der Stadt Saryyer eine Schwierigkeit. In der türkischen Sprache wird die Stadt mit einem „i“ ohne I-Punkt geschrieben. Dafür gibt es im deutschen bzw. im lateinischen Alphabet keinen entsprechenden Buchstaben. Die korrekte Schreibweise dürfte in der deutschen digitalen Welt allerdings zur Unauffindbarkeit führen. Daher wird auf sämtlichen Seiten der Stadt Aachen die Stadt Saryyer - Saryyer geschrieben. Diese Schreibweise sollte auch für die Straßenbenennung verwendet werden.

Benennungsvorschläge der Verwaltung:

- Auf dem Kaulprierfeld
- Kaulprierfeld
- Auf Steinebrück
- Steinebrück
- Saryyerstraße

Von der Umbenennung sind 13 Hausnummern und 34 gemeldete Personen betroffen.

Die Verwaltung schlägt darüber hinaus vor, die Anwohner und Eigentümer bei der Festlegung des neuen Straßennamens zu beteiligen. Sie sollen auf dem Postweg informiert werden und um die Abgabe eines Namenswunsches entsprechend der o.a. Liste gebeten werden.

Anlage/n:

Abschlussbericht des Beirates zur Überprüfung Düsseldorfer Straßen- und Platzbenennungen 2019/2020,
(Kurzgutachten, Arthur Kampf S. 122-123)

Aktuelle Liegenschaftskatasterkarte

Katasterergänzungskarten (1911, 1915-1941, 1953)

Plan der Stadt Aachen und Umgebung von 1881 (Stübgen Karte)

Abschluss bericht

**des Beirats zur Überprüfung Düsseldorfer
Straßen- und Platzbenennungen**

Inhaltsverzeichnis

- 1. Kurzversion und Ergebnisüberblick**
- 2. Politische Beschlusslage**
- 3. Rückblick auf die Arbeit und Vorgehensweise des
Beirats 2018/2019**
- 4. Ergebnisse des Verfahrens**

- 5. Anhang**
 - A: Kurzgutachten**
 - B: Prüflisten**
 - C: Liste der Personen, die nicht begutachtet wurden**
 - D: Liste alternativer Straßennamen (Vorschläge)**
 - E: Text für zukünftige Straßenbenennungen (Vorschlag)**

1. Kurzversion und Ergebnisüberblick

Der wissenschaftliche Beirat empfiehlt die Umbenennung folgender Straßen:

- Pfitznerstraße
- Lüderitzstraße
- Petersstraße
- Wissmannstraße
- Woermannstraße
- Leutweinstraße
- Porschestraße
- Münchhausenweg
- Schlieffenstraße
- Hans-Christoph-Seeböhm-Straße
- Wilhelm-Schmidtbonn-Straße
- Heinz-Ingenstau-Straße

2. Politische Beschlusslage

Ein Antrag der Fraktion DIE LINKE unter der Vorlagennummer 41/77/2017 vom 30.05.2017 (*„Vorstellung des Freiburger Projekts zur Überprüfung von Straßennamen“*) wurde im Kulturausschuss am 22.06.2017 eingebracht. Der Antrag lautete: *„Die Verwaltung wird aufgefordert, in einer der nächsten Sitzungen des Kulturausschusses das Freiburger Projekt zur Überprüfung von Straßennamen vorzustellen.“* In der Sachdarstellung des Antrags hieß es:

„Im Oktober 2016 legte die ‚Kommission zur Überprüfung der Straßennamen in Freiburg/Breisgau‘ einen 96 Seiten umfassenden Bericht zur Überprüfung der rund 1.300 Freiburger Straßennamen vor. Damit ist Freiburg die erste deutsche Stadt, die eine derartige, vollumfängliche Untersuchung aller Straßennamen initiiert hat. Die vom Gemeinderat 2012 berufene Kommission aus Expertinnen und Experten (Universitätsprofessoren, Historiker, Archivare) untersuchte, welche Würdigungen von Personen und Ereignissen durch die Benennung einer Straße aus heutiger Sicht nicht mehr angemessen erscheinen. Die Kommission tagte insgesamt 18 Mal und legte 27 Einzelgutachten vor. Für zwölf Straßen empfahl die Kommission abschließend eine Umbenennung. Die Mehrheit des Gemeinderates folgte am 15.11.2016 der Empfehlung der Kommission.“

Der Kulturausschuss hat in seiner Sitzung am 22.06.2017 nach eingehender Diskussion unter der Vorlagennummer 41/77/2017 einstimmig folgenden Beschluss gefasst:

„Die Verwaltung wird dazu aufgefordert, in einer der nächsten Sitzungen des Kulturausschusses ein eigenes Konzept vorzulegen, mit dem diejenigen Düsseldorfer Straßennamen überprüft werden könnten, die sich auf historische Persönlichkeiten beziehen. Dabei sollen insbesondere Personennamen im Fokus stehen, deren Träger/innen mit biografischen Belastungen verknüpft sind, etwa durch Verbrechen während der Zeit des Nationalsozialismus (1933-1945) oder durch Verbrechen während der Kolonialzeit (1880-1918).

Konkret beauftragt werden mit der Erstellung dieses ersten Konzeptes die Mahn- und Gedenkstätte (Dr. Bastian Fleermann) und das Stadtarchiv (Dr. Benedikt Mauer).“

In seiner Sitzung am 08.03.2018 stimmte der Kulturausschuss unter der Vorlagennummer 41/127/2107 einstimmig folgendem Beschluss zu:

„Die Namen von Düsseldorfer Straßen, Plätzen und Wegen sind Ausdruck der wechselvollen Stadtgeschichte der vergangenen Jahrhunderte. Die Benennungen finden oder fanden immer in einem gesellschaftlich-historischen Kontext statt. Mentalitäten, politische Strömungen, zentrale Ereignisse (positiv wie negativ), große gesellschaftspolitische Themenfelder, ökonomische Konjunkturen sowie kulturelle, literarische oder künstlerische „hypes“ spielen und spielten hierbei entscheidende Rollen.

Im Falle von Personennamen werden Straßennamen unter folgendem Grundsatz verliehen: Die betreffende Person sollte Vorbildcharakter in einem positiven Bezugsrahmen haben; ihr Name soll moralisch-ethische Orientierung bieten und auf eine politische, soziale, kulturell-künstlerische oder ökonomische Leistung verweisen, die es rechtfertigt, die Person mit einer Straßenbenennung zu würdigen. Neben Auszeichnungen (Ehrenbürgerwürde, Jan-Wellem-Ring, Martinstaler usw.) stellen Straßenbenennungen für die kommunale Selbstverwaltung ein wichtiges Instrument der öffentlichen Würdigung dar, das alle demokratischen oder semi-/vordemokratischen Gremien der Stadt Düsseldorf (Magistrat, Stadtverordnetenversammlung, Stadtrat) genutzt haben. In den meisten Fällen wurden Straßennamen postum verliehen.

Wie viele Straßen(namen) gibt es in Düsseldorf?

Insgesamt 3.439 benannte Straßen, darunter auch Privatstraßen, gibt es auf dem Stadtgebiet. (Stand: 11.08.2016)

Der mit ca. 70% überwiegende Anteil der Straßen, Wege und Plätze in der Landeshauptstadt Düsseldorf ist personenunabhängig, beispielsweise nach historischen Ortsbezügen, Städten, Pflanzen, Baumarten etc., benannt. Dann folgen die Benennungen nach Männern mit einem Anteil von ca. 27% und danach die Namensgebungen nach Frauen mit ca. 3%.

Welche Straßennamen fallen aus der Prüfung heraus?

Personen, die vor 1870 gestorben sind (Beispiel: Fabriciusstraße, Heresbachstraße; Maximilian-Weye-Allee)

sowie vormoderne Herrscher/innen Beispiel: Merowingerstraße, Stephaniestraße, Kaiserstraße, Graf-Adolf-Platz, Carlsplatz

werden nicht überprüft, da hier die Bewertungskriterien einer parlamentarisch-demokratischen, aufgeklärten Gesellschaft des 21. Jahrhunderts nicht angelegt werden können.

Selbstverständlich werden Funktionsnamen (etwa Marktplatz, Zollstraße), Tier- und Pflanzennamen (Fichtenstraße; Dachsweg), Topographie- und Flurnamen (Auf'm Hennekamp) nicht überprüft.

Toponyme (Ortsnamen wie Berliner Allee, Kölner Straße) werden ebenfalls i.d.R. nicht überprüft. Ausnahmen sind Bezeichnungen mit kolonialgeschichtlichen oder militärhistorischen Bezügen (Beispiel: Sedanstraße; Spichernplatz).

Welche Kriterien sollen bei einer kritischen Prüfung besondere Beachtung finden?

Im besonderen Fokus der Prüfung sollen historisch belastende Faktoren stehen, die eine Straßenbenennung problematisch machen. Hierzu zählen:

Verbrechen im Kontext des Kolonialismus, Verbindung der Personen mit Rassismus, Antisemitismus, Minderheitenverfolgung, Chauvinismus oder Militarismus sowie biografische Bezüge zur NS-Diktatur, zur NSDAP oder ihrer Gliederungen bzw. angeschlossenen Verbände. Zudem ist zu eruieren, welche zeitgenössischen Benennungen aus dem Nationalsozialismus nach wie vor gültig sind.

Wer ist an der Prüfung beteiligt?

Der Beschluss des Kulturausschusses geht davon aus, dass die städtischen Institute Stadtarchiv und Mahn- und Gedenkstätte die Prüfung durchführen. Vorgeschlagen wird zudem die Einberufung eines wissenschaftlichen Beirates, der den Prüfungsprozess konstruktiv begleitet und vier bis fünf Mal tagen sollte. Für die Zusammensetzung werden folgende Personen vorgeschlagen:

- *Dr. Bastian Fleermann (Mahn- und Gedenkstätte, alternierender Vorsitz)*
- *Dr. Benedikt Mauer (Stadtarchiv, alternierender Vorsitz)*
- *Prof. Dr. Volker Ackermann (Heinrich-Heine-Universität, Vorstandsvorsitzender des Düsseldorfer Geschichtsvereins)*
- *Dr. Peter Henkel (Mahn- und Gedenkstätte)*
- *Dr. Julia Lederle-Wintgens (Stadtarchiv)*
- *Sigrid Kleinbongartz M.A. (Stadtmuseum)*
- *Rajiv Strauß (Referent im Büro 01 für Kultur)*
- *sowie jeweils ein/e Vertreter/in der im Kulturausschuss vertretenen Ratsfraktionen als Beisitzer/innen (ohne Stimmrecht).*

Ablauf der Untersuchung

Jedes Beiratsmitglied ist berechtigt, Straßenüberprüfungen vorzuschlagen. Die Straßenbezeichnungen müssen mit mindestens einem der o.g. genannten Kriterien in Verbindung zu bringen sein. Ob eine Überprüfung durchgeführt werden soll, wird im Falle fehlender Einstimmigkeit per Mehrheitsbeschluss entschieden. Im Falle einer Stimmgleichheit zählt das Votum des Vorsitzenden doppelt.

Eine Werkvertragskraft (Mindestqualifikation: M.A. Geschichtswissenschaften/Neuere Geschichte) wird im nächsten Schritt damit beauftragt, zu den vom Beirat vorgeschlagenen „Problemstraßen“ Quellenmaterial und Literatur zusammenzustellen sowie ein Kurzgutachten im Umfang von i.d.R. einer Seite zu erarbeiten. Sollte der Beirat mehrheitlich die Vertiefung eines Kurzgutachtens verlangen, so kann er ein Kommissionsmitglied damit

beauftragen. Zudem ist jedes Kommissionsmitglied dazu berechtigt, ein Gegengutachten vorzulegen.

Es existiert kein Automatismus zur Umbenennung, falls eines oder auch mehrere der o.g. Kriterien zutreffen sollten. Die betreffende Person / Bezeichnung ist selbstverständlich in ihrem historischen Kontext zu sehen, eine einzelne Kategorien isoliert betrachtende Bewertung bzw. eine solche nach ausschließlich rezenten Moralvorstellungen wäre unwissenschaftlich und nicht angängig. Zudem findet ein Abwägungsprozess statt, der das Spannungsverhältnis von zeitgenössischer Ehrung und notwendiger, auch unbequemer, gegenwärtiger Erinnerung in den Blick zu nehmen hat. Eine einfache „Reinigung“ des städtischen Raums von vermeintlich unliebsamen Personen oder historischen Bezügen würde zu kurz greifen und auch die Stadtgeschichte in unzulässiger Weise simplifizieren. Der Beirat ist sich der Tatsache bewusst, dass auch seine eigene Arbeit eine zeitgebundene ist und dass die Bewertung den Kenntnisstand sowie moralische Maßstäbe unserer Gegenwart spiegelt. Im nächsten Schritt werden drei durch den Beirat bestimmte Beiratsmitglieder damit beauftragt, Vorschläge zur Kategorisierung zu machen. Dem „Freiburger Modell“ folgend, sollen die untersuchten Fälle drei Kategorien zugeordnet werden:

A: *schwer belastet / nicht haltbar*

B: *diskussionswürdig, teilweise belastet, Abwägungsprozess notwendig (hier wären auch erläuternde Informationen im öffentlichen Raum denkbar)*

C: *unbelastet (unter C fallen sowohl völlig unbedenkliche Benennungen als auch solche, die heutzutage nicht mehr durchgeführt würden)*

Diese Ergebnisse sind vom Beirat zu diskutieren. Abschließend stimmt der Beirat (Mehrheitsbeschluss) bei jeder der in den drei Kategorien genannten Fällen abschließend darüber ab, welcher Kategorie die jeweilige Bezeichnung tatsächlich zuzuordnen ist. Bei Stimmengleichheit zählt die Stimme des Vorsitzenden doppelt.

Wie soll es nach der Prüfung weitergehen?

Diese Vorschläge werden dem Kulturausschuss übermittelt, zudem wird die Öffentlichkeit im Rahmen einer Informations- und Diskussionsveranstaltung über die Ergebnisse in Kenntnis gesetzt.

Wie transparent ist der Prozess?

Alle Sitzungen des Beirats werden protokolliert.

Wer entscheidet über eventuelle Umbenennungen?

Die abschließende Entscheidung über eine Umbenennung bleibt dem Stadtrat vorbehalten.

Die Frage nach der durch eine Umbenennung auf die Anwohner gegebenenfalls zukommenden Härten darf bei der wissenschaftlichen Beurteilung keine Rolle spielen; eine abschließende Entscheidung steht dem zu bildenden Beirat ohnehin nicht zu. [...]

3. Rückblick auf die Arbeit und Vorgehensweise des Beirats 2018/2019

Dem Beschluss des Kulturausschusses vom 08.03.2018 folgend, konstituierte sich der „Beirat zur Überprüfung Düsseldorfer Straßen- und Platzbenennungen“ am 28.05.2019 im Stadtarchiv Düsseldorf. Grundlage seiner Arbeit war das durch den Kulturausschuss beschlossene „Konzept zur Überprüfung Düsseldorfer Straßen- und Platzbenennungen“.

Dem wissenschaftlichen Beirat gehörten – der eingebrachten und verabschiedeten Vorlage entsprechend – an:

- Dr. Bastian Fleermann (Mahn- und Gedenkstätte) und Dr. Benedikt Mauer (Stadtarchiv) → alternierender Vorsitz
- Prof. Dr. Volker Ackermann (Heinrich-Heine-Universität, Vorsitzender des Düsseldorfer Geschichtsvereins)
- Dr. Peter Henkel (Mahn- und Gedenkstätte, seit 1.11.2018 Projektgruppe Haus der Landesgeschichte NRW)
- Dr. Julia Lederle-Wintgens (Stadtarchiv)
- Sigrid Kleinbongartz M.A. (Stadtmuseum)
- Rajiv Strauß (Referent im Büro 01 für Kultur)
- sowie jeweils ein/e Vertreter/in der im Kulturausschuss vertretenen Ratsfraktionen als Beisitzer/innen (ohne Stimmrecht).

Die Beiratsmitglieder der Fraktionen wurden namentlich nicht bestimmt; sie konnten sich im Falle einer Verhinderung durch andere Personen vertreten lassen.

Die Beiratssitzungen fanden statt

am 28.05.2018,

am 02.09.2018,

am 05.02.2019,

am 05.06.2019 sowie

abschließend am 21.11.2019.

Zu sämtlichen Sitzungen wurde durch die beiden Vorsitzenden recht- und frühzeitig eingeladen. Sämtliche Sitzungen wurden protokolliert, die Niederschriften anschließend verschickt und bei der jeweils folgenden Sitzung geändert und/oder beschlossen.

Am 18.10.2018 haben die Vorsitzenden des Beirats auf Wunsch der Beiratsmitglieder das Konzept und die Vorgehensweise in einer Pressekonferenz gemeinsam mit Amt 13 vorgestellt und erläutert.

Gesamtliste (645 Straßen)

Zunächst wurden dem vom Kulturausschuss beschlossenen Konzept folgend alle Straßennamen identifiziert, deren Namensträger nach 1870 verstorben sind oder einen historischen Hintergrund besitzen. Die Zusammenstellung bildete die sogenannte „Gesamtliste“.

„Schnellcheck-Liste“ (47 Straßen)

Darüber hinaus wurde eine sogenannte „Schnellcheck-Liste“ generiert. Sie enthielt Namen jener Persönlichkeiten, die aufgrund ihrer Lebenszeit *möglicherweise* mit den oben genannten Überprüfungskriterien in Verbindung zu bringen wären. Es handelte sich dabei größtenteils um lokale Größen, zu denen wenig bzw. gar keine Literatur und kaum archivarische Quellen vorhanden waren. Bestätigten sich diese Bezüge, wurden sie in die „Prüfliste“ aufgenommen.

Der Beirat einigte sich letztendlich darauf, Militärs der Kaiserzeit, nach denen Straßen benannt wurden, nicht in die Untersuchung einzubeziehen, sofern eine fundierte Recherche mit einem unverhältnismäßig großen Zeitaufwand verbunden wäre. Allein die Teilnahme an Kriegen innerhalb Europas würde keine Umbenennung rechtfertigen. Dasselbe gilt für Personen mit Bezügen zum regionalen Kolonialismus, der wiederum Teil der Stadtgeschichte ist. Eine bloße Mitgliedschaft in Kolonialvereinen rechtfertigt keine Umbenennung. Zudem ist die Geschichte der regionalen Kolonialvereine bisher wissenschaftlich nur wenig erforscht.

Eine Liste der Personen, die aufgrund dieser Entscheidung nicht näher untersucht wurden, ist als Anlage C beigefügt.

Prüfliste (99 Straßen)

Im nächsten Schritt wurde untersucht, welche in den Listen aufgeführten Persönlichkeiten Verbindungen zu den festgelegten Überprüfungskriterien aufwiesen (Nationalsozialismus; Militarismus; Rassismus; Antisemitismus; Chauvinismus; Kolonialismus; Minderheitenverfolgung). Die Namen dieser Personen wurden in die sogenannte „Prüfliste“ aufgenommen. Zu jedem / jeder der dort Genannten wurde recherchiert und gegebenenfalls in Abstimmung mit dem Beirat ein Gutachten angefertigt.

Begutachtung (79 Straßen)

Die „Prüfliste“ war zunächst eine reine Negativliste. Bezüge zu den o.g. kritischen Überprüfungskriterien führten unabhängig von der Prominenz oder dem „Ansehen“ einer Persönlichkeit automatisch zur Begutachtung. Hier war natürlich die Lebensleistung insgesamt in den Blick zu nehmen. Es war darzustellen, inwiefern eine Person sich persönlich schuldig gemacht hat – sei es als Täter im engeren oder als geistiger Vordenker im weiteren Sinne, als Mitglied in einer verbrecherischen Organisation -, ob es gleichzeitig widerständische Verhaltensweisen gab, eine kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Biographie stattfand, ob ein Sinneswandel erkennbar war oder Unbelehrbarkeit vorlag etc.

Keine Rolle spielte der Zeitpunkt der Benennung – es geht immer nur um die entsprechende Persönlichkeit – und auch nicht die Lage oder Länge der zu überprüfenden Straße.

Bezüglich der Begutachtung wurde immer auf den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit geachtet, was durch den Beirat mehrfach gut geheißen wurde. Konkret bedeutet dies, dass sich die Gutachten nicht zu umfangreichen wissenschaftlichen Biographien auswachsen sollten, sondern in knapper Form auf einen biographischen Abriss das Für und Wider einer Straßenbenennung folgte. Häufig konnte auf exzellente Forschungsarbeiten zurückgegriffen werden. Selbstverständlich wurde die hinter jedem Gutachten stehende, teils sehr umfangreiche Rechercharbeit inkl. zahlreicher Archivreisen dokumentiert. Zudem enthält

jedes Gutachten selbstredend ein Verzeichnis der benutzten Literatur sowie der ggf. eingesehenen Originalquellen.

Quellenrecherchen wurden schwerpunktmäßig im Stadtarchiv Düsseldorf, im Katasteramt Düsseldorf, im Landesarchiv NRW und im Bundesarchiv (Standorte Koblenz und Berlin) durchgeführt. Hinzu kamen in Einzelfällen Recherchen in weiteren Archiven im gesamten Bundesgebiet. Insgesamt wurden 21 Archive besucht oder angefragt.

Wertung / Kategorisierung

Der Beirat war sich in zahlreichen Fällen darin einig, dass eine schwarz-weiß-Kategorisierung nicht möglich war. Sehr oft waren die Personen in historischen „Grauzonen“ anzusiedeln. Zudem war sich der Beirat darin einig, Straßenbenennungen auch als Zeugnisse der Stadtgeschichte zu sehen. Folglich wäre es nicht angängig, in einem einfachen Verfahren allein heute gültige parlamentarisch-demokratische Maßstäbe anzulegen. Diese Wertung fand daher auch Eingang in die Kategorisierung:

A: schwer belastet / nicht haltbar

B: teilweise belastet / diskussionswürdig

C: unbelastet

Bei Kategorie C wurde allerdings ergänzt, dass auch zahlreiche unbelastete Persönlichkeiten heute nicht mehr für eine Straßenbenennung gewählt würden, weil sie den gegenwärtigen Anforderungen hinsichtlich eines Vorbildcharakters häufig nicht mehr entsprechen können.

Fertiggestellte Gutachten wurden dem Beirat ab der Sitzung vom 5.2.2019 ca. zwei Wochen vor einer jeden Beiratssitzung zugestellt. Jedes Gutachten wurde diskutiert.

Insgesamt wurden 79 Gutachten erstellt. Davon wurden durch die stimmberechtigten Mitglieder des Beirats 12 Straßen der Kategorie A zugewiesen, 25 der Kategorie B und 42 der Kategorie C.

Daraus folgt, dass der wissenschaftliche Beirat alle in die Kategorie A eingereichten Straßenbenennungen dem Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf zur Umbenennung vorschlägt. Die Gesamtbioographie lässt sich in diesen Fällen mit einer Ehrung – und das ist eine Straßenbenennung - nicht vereinbaren.

Alle in die Kategorie B eingereichten Straßenbenennungen werden vom wissenschaftlichen Beirat nicht zur Umbenennung vorgeschlagen, obgleich die Lebensläufe dieser Persönlichkeiten Anlass zu Kritik geben und durchaus diskussionswürdig waren, sind und vermutlich bleiben werden. Hier allerdings sprach nach jetzigem Kenntnisstand die Gesamtlebensleistung für eine Beibehaltung des Straßennamens.

Alle in die Kategorie C eingereichten Straßenbenennungen werden vom wissenschaftlichen Beirat ebenfalls nicht zur Umbenennung vorgeschlagen. Entweder sind die dahinter stehenden Persönlichkeiten wenig belastet oder gar unbelastet. Gleichwohl gibt es auch in dieser Kategorie Straßenbenennungen, die heute keine Mehrheit mehr finden würden.

Der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf ist bei Fragen der Umbenennung Herr des Verfahrens. Somit hat der Beirat nur Vorschläge zur Kategorisierung gemacht, denen der Rat folgen oder die er verwerfen kann.

4. Ergebnisse des Verfahrens

Der wissenschaftliche Beirat empfiehlt dem Rat der Landeshauptstadt folgendes:

1.

Der Beirat schlägt vor, bei allen in die Kategorie B eingereichten Straßenbezeichnungen erklärende Schilder / Texte anzubringen.

Ob dies bei einigen in C eingereichten Straßenbezeichnungen ebenfalls geschehen sollte, wäre durch die Bezirksvertretungen im Einzelfall zu regeln. Auf jeden Fall wäre eine Textquantität zu wählen, die deutlich von der gegenwärtig praktizierten, extrem knappen Erläuterung abweicht. Derzeit können auf den Zusatzschildern aus Platzgründen kaum mehr als der Name, die Lebensdaten und einige wenige Begriffe aufgeführt werden. Die Mahn- und Gedenkstätte und das Stadtarchiv könnten Textvorschläge erarbeiten.

2.

Weder die GO NRW, noch das Düsseldorfer Stadtrecht geben eine Handreichung dazu ab, welchen inhaltlichen Kriterien eine Straßenbenennung zu folgen hat. Die Mahn- und Gedenkstätte und das Stadtarchiv bieten daher an, eine entsprechende „Düsseldorfer Präambel“ zu erarbeiten, die ggfs. In die Hauptsatzung der Landeshauptstadt Düsseldorf übernommen werden kann.

3.

Sollten Straßenumbenennungen erfolgen (Kategorisierung A), müssten neue Straßennamen gefunden werden. Die Mahn- und Gedenkstätte und das Stadtarchiv haben Vorschläge des wissenschaftlichen Beirats und solche aus der Bevölkerung gesammelt und stellen sie hiermit zur Diskussion (Anlage D)

4.

Auf Wunsch des Kulturausschusses könnte die Öffentlichkeit im Rahmen eines Pressegesprächs und/oder einer Informations- und Diskussionsveranstaltung über die Ergebnisse informiert werden. Zudem sollten die Gutachten an geeigneter Stelle online gestellt werden.

5.

Nach Diskussion und Abwägung aller Gutachten und aller Argumente schlägt der Beirat dem Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf vor, folgende Straßennamen zu ändern:

- Pfitznerstraße
- Lüderitzstraße
- Petersstraße
- Wissmannstraße
- Woermannstraße
- Leutweinstraße
- Porschestraße
- Münchhausenweg
- Schlieffenstraße
- Hans-Christoph-Seebohm-Straße
- Wilhelm-Schmidtbonn-Straße
- Heinz-Ingenstau-Straße

Anhang

Anhang A: Kurzgutachten

Ludwig-Beck-Straße
Bergiusstraße
Robert-Bernardis-Straße
Joseph-Beuys-Ufer
Bismarckstraße / Bismarckweg / Kanzlerstraße
Paul-Bonatz-Straße
Rolf-Bongs-Straße
Boschstraße
Max-Clarenbach-Weg
Diedenhofener Straße
Wolfgang-Döring-Straße
Gerhard-Domagk-Straße
Eckenerstraße
Eitelstraße
Finschstraße
Freitagstraße
Kaiser-Friedrich-Ring/Kaiser-Friedrich-Straße/Kronprinzenstraße
Füsilierstraße
Ganghoferstraße
Carl-Friedrich-Goerdeler-Straße
Gravelottestraße
Gustaf-Gründgens-Platz
Gurlittstraße
Haberstraße
Albrecht-von-Hagen-Platz
Otto-Hahn-Straße
Max-Halbe-Straße
Paul-von-Hase-Straße
Gerhart-Hauptmann-Straße
Helmut-Hentrich-Platz
Erich-Hoepner-Straße
Hördtweg
Heinz-Ingenstau-Straße
Franz-Jürgens-Straße/Jürgensplatz
Arthur-Kampf-Straße
Klausingstraße
Jakob-Kneip-Straße
Wilhelm-Kreis-Straße
Kriegestraße
Robert-Lehr-Ufer
Heinrich-Lersch-Straße
Leutweinstraße
Lönsstraße
Lüderitzstraße
Lubarschstraße
Moltkestraße / Helmutstraße
Münchhausenweg
Nernstweg
Petersstraße
Otto-Petersen-Straße

Pfitznerstraße
Harry-Piel-Platz
Max-Planck-Straße
Ernst-Poensgen-Allee
Josef-Ponten-Straße
Porschestraße
Erwin-Rommel-Straße
Roseggerstraße
Schlieffenstraße
Wilhelm-Schmidtbonn-Straße
Sedanstraße
Hans-Christoph-Seebohm-
Straße
Speckmannweg
Oswald-Spengler-Straße
Spichernplatz/Spichernstraße
Sodenstraße
Solfstraße
Graf-von-Stauffenberg-Straße
Helmut-Stieff-Straße
Richard-Strauss-Platz
Wilhelm-Suter-Pfad
Ulanenstraße/An der
Ulanenkaserne
Virchowstraße
Wagnerstraße
Weißenburgstraße
Kaiser-Wilhelm-Ring
Wissmanstraße
Erwin-von-Witzleben-Straße
Woermannstraße

Straßen-/Platzname: Ludwig-Beck-Straße

Datum der Benennung: 01. 10. 1957

Begründung der Benennung

„Er bekämpfte, allerdings erfolglos, die Kriegspläne Hitlers und trat während der Sudetenkrise 1938 von seinem Posten zurück. Er wurde dann das Haupt der Widerstandsbewegung gegen Hitler und nahm sich nach deren Scheitern das Leben.“

Name, Titel, Beruf oder Amt

Ludwig August Theodor Beck (1880-1944), Generaloberst der Wehrmacht und Widerstandskämpfer im Nationalsozialismus.

Kurzbiographie / Verdienste

Nach seinem Abitur trat Ludwig Beck als Fahnenjunker in die preußische Armee ein und wurde nach dem Besuch der Kriegsschule zum Leutnant befördert. Den Ersten Weltkrieg erlebte er als Generalstabsoffizier an der Westfront, bevor er 1918 in den Rang eines Majors aufstieg und unter anderem die Leitung der Generalstabsausbildung in Münster übernahm; 1931 und 1932 erfolgten die Beförderungen zum Generalmajor und Generalleutnant der Reichswehr. Im Dritten Reich wurde Beck zunächst Leiter des Truppenamtes, bevor er 1935 zum Generalstabschef des Heeres ernannt wurde. Angesichts der Kriegspläne Hitlers trat er 1938 von seinem Amt zurück und schloss sich dem militärisch-bürgerlichen Widerstand an; für den Fall eines erfolgreichen Umsturzes war er als provisorisches Staatsoberhaupt vorgesehen. Nach dem gescheiterten Attentat vom 20. Juli 1944 wurde Ludwig Beck in Haft genommen und im Zuge eines misslungenen Selbstmordversuchs hingerichtet. Seit 2004 vergibt seine Geburtsstadt Wiesbaden den „Ludwig-Beck-Preis für Zivilcourage“.

Nationalsozialismus

Ludwig Beck gilt in der historischen Forschung als „zentrale Persönlichkeit des national-konservativen Widerstandes“ (Müller 2015, S. 9) im Dritten Reich. Während er als Mitglied der militärischen Führungselite das NS-Regime zunächst mittrug und in seiner Funktion als Leiter des Truppenamtes maßgeblich an dessen Aufrüstung beteiligt war, stellte er sich noch vor Beginn des Zweiten Weltkriegs gegen die Kriegspläne Adolf Hitlers und wurde nach seinem Rücktritt zum Mittelsmann zwischen ziviler und militärischer Opposition.

Wie viele Militaristen altpreußischer Tradition hatte auch Ludwig Beck die Machtergreifung der Nationalsozialisten im Jahr 1933 begrüßt, stimmte doch Hitlers „klares Bekenntnis zur Aufrüstung, zur Abschüttelung des Versailler Jochs und zur Wiederherstellung der deutschen Großmachtposition“ (Schmidt, S. 178) grundsätzlich mit seinen eigenen Vorstellungen überein. Dementsprechend widmete sich Beck intensiv den nationalsozialistischen Rüstungsbestrebungen und störte sich zunächst nicht an den gesellschaftspolitischen Auswirkungen der Diktatur. Darüber hinaus unterstützte er sowohl die Ausbreitung des deutschen Lebensraums als auch den Einsatz militärischer Maßnahmen;

„Rücksichten auf die völkerrechtliche Souveränität kleiner Staaten waren ihm wohl fremd.“
(Heinemann, S. 112)

Dennoch lehnte Ludwig Beck die Angriffspläne Hitlers auf die Tschechoslowakei im Jahr 1938 als unverantwortlich ab, da er den Kriegseintritt Großbritanniens und in der Folge einen nicht zu gewinnenden globalen Konflikt mit den Westmächten befürchtete. Auch die innenpolitischen Zustände des Dritten Reiches missfielen ihm zunehmend; „im Zuge der Entwicklung verband sich die politische Kritik mit wachsendem moralischem Abscheu und ethischem Engagement.“ (Mommsen, S. 89) Seine Appelle an die Generalität der Wehrmacht blieben allerdings ungehört, sodass er im August 1938 aus dem aktiven Dienst ausschied.

Als Generaloberst im Ruhestand knüpfte Ludwig Beck den Kontakt zum konservativen Widerstandskreis um Carl Friedrich Goerdeler, hielt jedoch auch weiterhin die Verbindung zu regimekritisch eingestellten Wehrmichtsangehörigen und beteiligte sich nach dem Überfall auf Polen an Umsturz- und Attentatsplänen. Die von Beck mitverantworteten Verfassungsentwürfe für eine staatliche Neuordnung sahen unter anderem die unverzügliche Wiederherstellung der Rechtssicherheit und Meinungsfreiheit sowie eine europäische Verständigung vor, unterstützten allerdings die Beibehaltung eines übergeordneten „Reichsführers“ und räumten der Volksvertretung nur eine marginale Position ein. „Unübersehbar waren nationalkonservative Sehnsüchte, die sich an dem von Bismarck geprägten Deutschen Kaiserreich orientierten.“ (Benz, S. 383) In den ausgearbeiteten Regierungslisten des Goerdeler-Kreises (Schattenkabinett Beck/Goerdeler) war der ehemalige Generalstabschef als ziviles Staatsoberhaupt („Reichsverweser“) für die politische Übergangszeit vorgesehen.

Als einer der Beteiligten am Unternehmen „Walküre“ wurde Ludwig Beck in den Abendstunden des 20. Juli 1944 im Bendlerblock verhaftet und nach dem Scheitern der von ihm erbetenen Selbsttötung hingerichtet. Sein oppositionelles Denken resultierte ursprünglich aus militärischen Vorbehalten, entwickelte sich allerdings konsequent weiter und führte ihn schließlich in den aktiven Widerstand. Angesichts seiner eigenen Verantwortung „brachte [Ludwig Beck] die sittliche Kraft, den Mut und die Selbstachtung auf, sein Gewissen und die Verpflichtung des Soldaten gegenüber höheren Werten nicht hinter der simplen Form von Befehl und Gehorsam zu verstecken.“ (Schmidt, S. 188)

Kategorie: C

Begründung: Vorbildfunktion / selbstreflektierendes Handeln / persönliche Entwicklung

Literatur

Benz, Wolfgang: Im Widerstand. Größe und Scheitern der Opposition gegen Hitler, München 2018.

Benz, Wolfgang/Pehle, Walter H. (Hrsg.): Lexikon des deutschen Widerstandes. Frankfurt am Main 2008.

Heinemann, Winfried: Unternehmen „Walküre“. Eine Militärgeschichte des 20. Juli 1944, Berlin 2019.

Hoffmann, Peter: *Ludwig Beck – Oberhaupt der Verschwörer*. In: Klemperer, Klemens von/Syring, Enrico/Zitelmann, Rainer (Hrsg.): „Für Deutschland“. Die Männer des 20. Juli, Frankfurt am Main 1994, S. 26-43.

Mommsen, Hans: *Ludwig Beck und Carl Goerdeler – Führer des zivilen Widerstandes gegen Hitler*. In: Brakelmann, Günter/Keller, Manfred (Hrsg.): Der 20. Juli und das Erbe des deutschen Widerstandes. Münster 2005, S. 89-102.

Müller, Klaus-Jürgen: *Generaloberst Ludwig Beck*. In: Ueberschär, Gerd R. (Hrsg.): Hitlers militärische Elite. 68 Lebensläufe, Darmstadt 2015, S. 9-19.

Müller, Klaus-Jürgen: Generaloberst Ludwig Beck. Eine Biographie, Paderborn 2008.

Müller, Klaus-Jürgen: Generaloberst Ludwig Beck. Studien und Dokumente zur politisch-militärischen Vorstellungswelt und Tätigkeit des Generalstabschefs des deutschen Heeres 1933-1938, Boppard am Rhein 1980.

Schmidt, Rainer F.: *Generaloberst Ludwig Beck. Wehrhaftmachung und Widerstand*, In: Stickler, Matthias (Hrsg.): Portraits zur Geschichte des deutschen Widerstands. Rahen 2005, S. 175-188.

Quellen

Beck, Ludwig/Goerdeler, Carl Friedrich/Schramm, Wilhelm Ritter von (Hrsg.): Beck und Goerdeler. Gemeinschaftsdokumente für den Frieden, München 1965.

Stadtarchiv Düsseldorf

0-1-7-1940.0000 / Blatt 462

Straßen-/Platzname: Bergiusstraße

Datum der Benennung: 13. 11. 1958

Begründung der Benennung

„Er erfand das nach ihm benannte Verfahren zur Herstellung von flüssigen Kohlenwasserstoffen aus Kohle und erhielt 1931 gemeinsam mit C. Bosch den Nobelpreis für Chemie.“

Name, Titel, Beruf oder Amt

Friedrich Carl Rudolf Bergius (1884-1949), deutscher Chemiker und Unternehmer.

Kurzbiographie / Verdienste

Nach dem Abschluss des Studiums und der Promotion arbeitete Friedrich Bergius zunächst als Assistent unter den Chemikern Walther Nernst und Fritz Haber, bevor er sich mit einer Arbeit über Hochdruckreaktionen habilitierte. Als Privatdozent für Physikalische Chemie entwickelte er ein Verfahren zur direkten Kohlehydrierung, das später die Erzeugung von flüssigen Kohlewasserstoffen und die Herstellung von Treibstoffen ermöglichte (Bergius-Pier-Verfahren). Im Jahr 1913 trat er als wissenschaftlicher Leiter in das Chemieunternehmen Theodor Goldschmidt AG ein und stieg bis zum Vorstand auf, bevor er 1920 die Generaldirektion der Deutschen Bergin AG für Kohle und Erdölchemie in Heidelberg übernahm. 1931 erhielt er zusammen mit Carl Bosch den Nobelpreis für Chemie und widmete sich in den Folgejahren der Holzverzuckerung.

Nationalsozialismus

Als einer der Protagonisten der Hochdrucksynthese zählt Friedrich Bergius zu den herausragenden deutschen Chemikern; das von ihm entwickelte Verfahren zur Kohlehydrierung ermöglichte die industrielle Herstellung von Benzin und hatte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts einen entscheidenden Anteil an der zunehmenden Automobilisierung. Im Dritten Reich profitierte der Wissenschaftler von der Wirtschaftspolitik des NS-Regimes.

Nachdem Friedrich Bergius aufgrund finanzieller Schwierigkeiten im Jahr 1925 sämtliche Patentrechte für die Kohlehydrierung auf die Badische Anilin- & Soda-Fabrik (BASF) übertragen hatte, investierte er das neue Kapital in Versuchsanlagen in Mannheim-Rheinau, um seine Forschungsarbeiten auf dem Gebiet der Futtermittelherstellung durch Holzverzuckerung fortsetzen zu können. Im Zuge der Weltwirtschaftskrise musste Bergius sein privates Vermögen einsetzen und geriet zu Beginn der 1930er Jahre erneut in finanzielle Nöte. Dementsprechend begrüßte der Chemiker die Autarkiebestrebungen der Nationalsozialisten, die „sofort die große Bedeutung der Bergius’schen Arbeiten für die Unabhängigmachung der Viehwirtschaft [...] erkannten“ (Beck, S. 31) und ihm Staatsgelder zur Verfügung stellten. Das im Jahr 1934 geschaffene „Gesetz zur Förderung der Viehwirtschaft und der inländischen Futtererzeugung“ ermöglichte die Bewilligung von 2 Millionen Reichsmark für den Ausbau der Mannheimer Anlagen.

Obwohl Friedrich Bergius an der synthetischen Herstellung von Benzin im Dritten Reich nicht mehr direkt beteiligt war, wurden auch *„seine Bemühungen um die Gewinnung des wichtigsten Rohstoffes [...] als patriotische Taten im hohem Sinne gewertet.“* (Schmidt-Pauli, S. 148) In der Öffentlichkeit und in Parteikreisen galt der Chemiker als angesehener Wissenschaftler; er trat in die NSDAP ein und *„lernte deren führende Repräsentanten persönlich kennen“*. (Kipnis, S. 13) 1938 gehörte er zur deutschen Delegation beim X. Internationalen Kongress für Chemie in Rom. Angesichts seiner Einkünfte aus der internationalen Vergabe von Lizenzen wurde 1939 allerdings ein Ermittlungsverfahren *„wegen des Verdachts der Steuerhinterziehung und des Devisenverbrechens“* gegen ihn eingeleitet, dessen Ausgang bisher nicht bekannt ist.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs nahm Friedrich Bergius die österreichische Staatsbürgerschaft an, bevor er als wissenschaftlicher Berater nach Argentinien ging und 1949 dort verstarb.

Kategorie: C

Begründung: keine herausragende Stellung im Dritten Reich

Literatur

Beck, Harald: Friedrich Bergius. Ein Erfinderschicksal, München 1982.

Haul, Robert: *Friedrich Bergius (1884–1949)*. In: Chemie in unserer Zeit, 19. Jg., Nr. 2, 1985, S. 59-67.

Kazemi, Marion: Nobelpreisträger in der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften. Berlin 2006.

Kipnis, Alexander: *Bergius, Friedrich Carl Rudolf*. In: Sepaintner, Fred L. (Hrsg.): Badische Biographien. Neue Folge, Band 5, 2005, S. 11-14.

Lessing, Hans-Erhard: Mannheimer Pioniere. Mannheim 2007.

Meinicke, Klaus-Peter/Krug, Klaus: *Friedrich Bergius (1884-1949)*. In: Buchheim, Gisela/Hartmann, Wolf D. (Hrsg.): Biographien bedeutender Unternehmer. Berlin 1991, S. 166-172.

Stoltzenberg, Dietrich: *Fritz Haber, Carl Bosch und Friedrich Bergius – Protagonisten der Hochdrucksynthese*. In: Chemie in unserer Zeit, 33. Jg., Nr. 6, 1999, S. 359-364.

Quellen

Schmidt-Pauli, Edgar von: Friedrich Bergius. Ein deutscher Erfinder kämpft gegen die englische Blockade, Berlin 1943.

Stadtarchiv Düsseldorf

IV 52054 / Band 7

0-1-7-1941.0000 / Blatt 512

0-1-7-1937.0000 / Blatt 408

Bundesarchiv Berlin

BArch R 3 / 1572 / Blatt 114

BArch R 3101 / 15331

BArch R 8034-III / 31

Straßen-/Platzname: Robert-Bernardis-Straße

Datum der Benennung: 14. 07. 1945

Begründung der Benennung

Robert Bernardis gehörte zu den Männern, „*welche im Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 den Tod gefunden haben.*“

Name, Titel, Beruf oder Amt

Robert Bernardis (1908-1944), Oberstleutnant der Wehrmacht und Widerstandskämpfer im Nationalsozialismus.

Kurzbiographie / Verdienste

Nach der Ausbildung zum Bautechniker arbeitete Robert Bernardis zunächst als Maurer, bevor er in das österreichische Bundesheer eintrat und eine Offiziersakademie besuchte. Nach dem „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich nahm er zwischen 1938 und 1942 an den Feldzügen in Polen, Frankreich und der Sowjetunion teil; für seine Verdienste erhielt Bernardis das Eiserne Kreuz I. und II. Klasse. Als Oberstleutnant im Generalstab schloss er sich 1943 der Widerstandsgruppe um Claus Schenk Graf von Stauffenberg an und übermittelte im Zuge der „Operation Walküre“ am 20. Juli 1944 Befehle an die Wehrkreiskommandos. Nach dem Scheitern des Attentats wurde Robert Bernardis vor dem Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und in Berlin-Plötzensee hingerichtet.

Nationalsozialismus

Robert Bernardis gehört zu den ganz wenigen österreichischen Wehrmichtsangehörigen, die sich aktiv im Widerstand engagiert haben. Obwohl der Oberstleutnant „im Rahmen der Ereignisse des 20. Juli 1944 in einer Schlüsselstellung eine bedeutsame Rolle spielte“ (Jedlicka, S. 37), hat sein Einsatz sowohl in der einschlägigen Literatur als auch im öffentlichen Diskurs seiner Heimat bisher nur wenig Beachtung gefunden. Während Bernardis in Deutschland bereits kurz nach Kriegsende posthume Anerkennung erfuhr und in Düsseldorf mit einer Straßenbenennung geehrt wurde, wird seiner Person in Österreich erst seit den 1980er Jahren gedacht.

Als „typischer Vertreter des deutsch-nationalen bürgerlichen Spektrums der ausgehenden Habsburgermonarchie und der Zwischenkriegszeit“ (Trauner 2008, S. 81) ist Robert Bernardis politisch nur schwer einzuordnen. Obwohl er mit der sogenannten „Heimwehrbewegung“ sympathisierte, die nach dem Ersten Weltkrieg zum Schutz der Grenzen entstanden war und im Zuge ihrer Radikalisierung schließlich ein autoritäres Staatsverständnis propagierte, wird der spätere Widerstandskämpfer in der historischen Forschung eher dem österreichisch-konservativen Lager zugerechnet. Im austrofaschistischen Ständestaat (1933-1938) bekämpfte Bernardis in seiner Funktion als Leutnant des Bundesheeres sozialdemokratische Unruhen, war 1934 aber auch an der Niederschlagung des nationalsozialistischen „Juliputsches“ beteiligt.

Nach dem „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich im Jahr 1938 wurde Bernardis in die Wehrmacht übernommen und an die Kriegsakademie nach Berlin versetzt. In welchem Umfang er sich in den folgenden Jahren der NS-Ideologie annäherte, bleibt unklar. Fest steht allerdings, dass er eine militärische Neuordnung Europas zur Sicherung des großdeutschen Lebensraums durchaus befürwortete. Bis 1941 nahm Bernardis als Hauptmann sowohl am Überfall auf Polen als auch an der „Westoffensive“ teil. Während seines Einsatzes in Russland wurde er Zeuge von Massakern an der Zivilbevölkerung und erkannte schließlich „an der Realität der Kriegsführung die Pervertierung des von ihm vertretenen Menschen- und v.a. [sic] Soldatenbildes.“ (Trauner 2008, S. 117)

Aufgrund einer Erkrankung erfolgte 1942 die Versetzung ins Allgemeine Heeresamt nach Berlin, wo Robert Bernardis bis zum Oberstleutnant aufstieg und auf Claus Schenk Graf von Stauffenberg trat, der ihn für den Widerstand gewinnen konnte. Spätestens ab Ende des Jahres 1943 plante der Wehrmachtsangehörige die militärische Durchführung der „Operation Walküre“ und entwarf entsprechende Befehle für verschiedene Wehrkreiskommandos, die er am 20. Juli 1944 selbst übermittelte. Nach dem Scheitern des Staatsstreichs wurde Robert Bernardis vor dem Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und in Berlin-Plötzensee hingerichtet.

Kategorie: C

Begründung: Vorbildfunktion / selbstreflektierendes Handeln / persönliche Entwicklung

Literatur

Dvorak, Helge: Biographisches Lexikon der Deutschen Burschenschaft. Band 1: Politiker, Teilband 7: A-K, Heidelberg 2013.

Glaubauf, Karl: Robert Bernardis – Österreichs Stauffenberg. Wien 1994.

Heinemann, Winfried: Unternehmen „Walküre“. Eine Militärgeschichte des 20. Juli 1944, Berlin 2019.

Jedlicka, Ludwig: Der 20. Juli 1944 in Österreich. Wien 1966.

Steinbach, Peter/ Tuchel, Johannes: Lexikon des Widerstands 1933-1945. München 1994.

Trauner, Karl-Reinhart: *Oberstleutnant I. G. Robert Bernardis und seine Zeit*. In: Jahrbuch für die Geschichte des Protestantismus in Österreich. Band 124, 2008, S. 197-219.

Trauner, Karl-Reinhart: Mit Stauffenberg gegen Hitler. Oberstleutnant I.G. Robert Bernardis (1908-1944), Szentendre 2008.

Quellen

Stadtarchiv Düsseldorf

0-1-7-1937.0000 / Blatt 516

Straßen-/Platzname: Joseph-Beuys-Ufer

Datum der Benennung: 29. 11. 1997

Begründung der Benennung: unbekannt

Name, Titel, Beruf oder Amt

Joseph Heinrich Beuys, (1921-1986), deutscher Künstler.

Kurzbiographie / Verdienste

Joseph Beuys zeigte bereits während seiner Schulzeit künstlerisches Interesse, verpflichtete sich 1941 aber zunächst als Berufssoldat und wurde in der Luftwaffe zum Bordfunker und Bordschützen ausgebildet; kurz vor Kriegsende verunglückte er bei einem Flugzeugabsturz. Nach einem Studium der Bildhauerei an der Kunstakademie Düsseldorf bezog Beuys 1954 sein erstes eigenes Atelier und wurde 1961 an seine ehemalige Ausbildungsstätte zum Professor berufen. Ab 1964 war er mit seinen Werken, die sich mit humanistischen, sozialphilosophischen und anthroposophischen Themen auseinandersetzten, regelmäßig auf der Kunstausstellung „documenta“ vertreten. Darüber engagierte sich Joseph Beuys in den 1970er Jahren für die direkte Demokratie, veranstaltete als erster deutscher Nachkriegskünstler eine Ausstellung im New Yorker Guggenheim Museum und prägte zudem das Konzept des „Erweiterten Kunstbegriffs“.

Nationalsozialismus

Joseph Beuys zählt zu den bekanntesten Aktionskünstlern des 20. Jahrhunderts; seine zahlreichen Installationen, Skulpturen, Zeichnungen und Schriften repräsentierten „Erneuerungspulse der Moderne“ (Schneede, S. 237) und machten den Künstler international bekannt. Während sich eine nahezu unübersichtliche Anzahl an Publikationen weitestgehend unkritisch mit dem Leben und Werk von Joseph Beuys auseinandersetzt, wird ihm in einer jüngeren Studie eine vermeintliche Nähe zu ehemaligen Nationalsozialisten und völkischem Gedankengut vorgeworfen.

Die „Machtergreifung“ Adolf Hitlers im Jahr 1933 erlebte Joseph Beuys als Schüler eines Klever Gymnasiums. Über seine Erlebnisse in der „Hitlerjugend“ (HJ) und die Auswirkungen der nationalsozialistischen Ideologie auf den Schulalltag äußerte sich der Künstler später wenig kritisch: *„Skrupel dagegen gab es bei mir auch nicht, höchsten bei meinen Eltern. Man muss ja zugeben, dass – etwa im Gegensatz zu heute – damals die Situation für die Jugendlichen ideal war, um sich auszuleben.“*

Ohne das Abitur abgelegt zu haben meldete sich Beuys 1941 freiwillig zum Dienst in der Luftwaffe und verpflichtete sich für zwölf Jahre als Berufssoldat; seine flugpraktische Ausbildung zum Bordfunker, Navigator und Fliegerschützen erhielt er in Posen, Erfurt und Königgrätz. Die von zahlreichen Biographien übernommene Darstellung einer Kampfteilnahme an der deutsch-sowjetischen Front im Jahr 1942 konnte indes nicht nachgewiesen werden. Nach Stationierungen in Süditalien und Kroatien wurde Beuys ab 1943 als Mitglied eines Kampfgeschwaders an der Ostfront eingesetzt und stürzte im März

1944 während eines Einsatzes auf der Krim ab. Die Umstände dieses Ereignisses und seiner Bergung dienten dem Künstler nach Kriegsende als Stoff einer Legende, die „in der Beuys-Literatur eine ausgesprochene Eigendynamik entwickelte“ (Ermen, S. 20) und von der Forschung mittlerweile widerlegt werden konnte. Bevor er im Mai 1945 in britische Kriegsgefangenschaft geriet, wurde Beuys als Fallschirmjäger nach Frankreich abkommandiert. Noch in den 1970er Jahren besuchte der Künstler, der sich nie von seinem freiwilligen Einsatz in der Wehrmacht distanziert hat, Veteranentreffen seiner Einheit. Zudem umgab er sich später mit ehemaligen Mitgliedern der NSDAP und der SS - darunter sein persönlicher Sekretär Karl Fastabend. Darüber hinaus kandidierte Beuys anlässlich der Bundestagswahl 1976 für die nationalistisch-neutralistische „Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher“ (AUD), die „von Altnazis durchsetzt“ war (Riegel, Bd. 3, S. 390) und vom Verfassungsschutz beobachtet wurde.

Während neueste Untersuchungen Joseph Beuys nicht als überzeugten Nationalsozialisten charakterisieren und ihm auch keine antisemitischen oder rassistischen Ressentiments zuschreiben, verweisen sie dennoch auf seine Begeisterung für die anthroposophischen Lehren Rudolf Steiners, die aufgrund ihrer völkischen Elemente nach wie vor kontrovers diskutiert werden. Fest steht, dass der Künstler „wie Steiner von einer deutschen Volksseele ausging“, eine Art „Blut-und-Boden-Philosophie“ vertrat (Famulla, S. 163f.) und sein vermeintlicher „Germanenkult“ in den 1960er Jahre Proteste an der Düsseldorfer Kunstakademie auslöste; in Anlehnung an Steiners Schriften forderte Beuys 1985 gar die spirituelle Erneuerung des deutschen Volkes: *„Das deutsche Volk, in ihm steckt, wie schon gesagt, die Auferstehungskraft, die selbstverständlich auch in anderen Völkern steckt, aber die unsere wird sich durch radikal erneuerte Grundlagen des Sozialen hindurch ereignen, muss sich so ereignen. Denn das wäre wohl zuerst unsere Pflicht und dann erst die der anderen Völker.“*

Kategorie: C

Begründung: keine herausragende Stellung im Dritten Reich / historisch minderbelastet

Literatur

Adriani, Götz/Konnertz, Winfried/Thomas, Karin: Joseph Beuys. Köln 1973.

Ermen, Reinhard: Joseph Beuys. Hamburg 2007.

Famulla, Rolf: Joseph Beuys. Künstler, Krieger und Schamane, Gießen 2009.

Riegel, Hans: Beuys. Die Biographie, Band 1, Zürich 2017.

Riegel, Hans: Beuys. Die Biographie, Band 2, Zürich 2018.

Schneede, Uwe: Die Geschichte der Kunst im 20. Jahrhundert. Von den Avantgarden bis zur Gegenwart, München 2001.

Quellen

Riegel, Hans: Beuys. Die Biographie, Band 3, Dokumente, Zürich 2017.

Straßen-/Platznamen: Bismarckstraße / Bismarckweg / Kanzlerstraße

Datum der Benennungen: 10. 08. 1875 / unbekannt / 17. 08. 1909

Begründung der Benennungen: unbekannt

Name, Titel, Beruf oder Amt

Otto Eduard Leopold Fürst von Bismarck (1815-1898), deutscher Politiker und Staatsmann; preußischer Ministerpräsident (1862-1890), Bundeskanzler des Norddeutschen Bundes (1867-1871) und erster Reichskanzler des Deutschen Reiches (1871-1890).

Kurzbiographie/Verdienste

Nach seinem Eintritt in den Preußischen Landtag im Jahr 1847 machte der konservative Jurist im Revolutionsjahr 1848/49 als Verfechter der Monarchie auf sich aufmerksam und wurde unter anderem als Gesandter in Frankreich und Russland eingesetzt; 1862 folgte die Ernennung zum preußischen Ministerpräsidenten und Außenminister. In dieser Funktion initiierte Bismarck die Deutschen Einigungskriege und errichtete einen geeinten deutschen Staat unter preußischer Führung; die Reichsgründung erfolgte 1871. Als erster deutscher Reichskanzler führte er im Zuge der Sozialgesetzgebung die Kranken- und Unfallversicherung ein und schuf so die Grundlage des modernen Sozialstaats. Ferner etablierte er infolge des sogenannten „Kulturkampfes“ zwischen Kirche und Staat sowohl die Zivilehe als auch die staatliche Schulaufsicht.

Militarismus / Umgang mit Minderheiten / Kolonialismus

Otto von Bismarck zählt zu den besonders prägenden Persönlichkeiten des 19. Jahrhunderts. Die Diskussionen um sein Wirken und seine Person haben bereits zu seinen Lebzeiten eingesetzt und sind im 20. Jahrhundert politisch und ideologisch instrumentalisiert worden. Eine nahezu unüberschaubare Anzahl an wissenschaftlichen Publikationen hat zusätzlich dazu beigetragen, dass der „Eiserne Kanzler“ in der deutschen Erinnerungskultur lange Zeit polarisierte; Otto von Bismarck schwankte zwischen nationaler Kultsymbolik und radikaler Dämonisierung.

Diese Entwicklung resultierte nicht zuletzt aus den historischen Umbrüchen und Katastrophen des 20. Jahrhunderts. Das Bild des „Reichsgründers“ wurde nach dessen Tod im Jahr 1898 zunehmend von rechten Kreisen vereinnahmt, die im Schatten des Ersten Weltkriegs und der scheiternden Weimarer Republik die Popularisierung des Führerprinzips vorantrieben; Otto von Bismarck avancierte „zur Leitfigur eines überhitzten Nationalismus, in welche die wilhelminische Generation ihre imperialistischen Sehnsüchte hineinprojizierte“ (Ullrich, S. 18). Nach 1945 setzte dann eine geschichtswissenschaftliche Distanzierung ein, die sich kritisch mit vermeintlichen Kontinuitätslinien zwischen Bismarck und Hitler auseinandersetzte und dem Reichskanzler eine politische Mitschuld am Aufstieg des Nationalsozialismus unterstellte.

Anders als von den nationalistischen Strömungen des frühen 20. Jahrhunderts propagiert, strebte Otto von Bismarck kein germanisches Weltreich an. Um sein Ziel einer Preußischen

Vorherrschaft in Europa zu realisieren, nutzte er politische Divergenzen und initiierte die sogenannten Einigungskriege. Nach der Reichsgründung im Jahr 1871 fokussierten sich seine außenpolitischen Ambitionen allerdings auf die Bewahrung des europäischen Friedens; zu diesem Zweck erklärte er den deutschen Nationalstaat für saturiert und band diesen in ein internationales Bündnissystem ein. Um Konfrontationen mit den Kolonialmächten zu vermeiden, stand Bismarck den Plänen zum Erwerb von deutschen Kolonien lange Zeit ablehnend gegenüber, beugte sich jedoch schließlich dem Druck der deutschen Kolonialbewegung und erwarb sogenannte „Schutzgebiete“ in Afrika und im Pazifik. Eine expansivere und auf Weltgeltung ausgelegte Kolonialpolitik setzte allerdings erst nach der Entlassung des Reichskanzlers ein.

Im Gegensatz zu seiner friedensorientierten Außenpolitik versuchte Otto von Bismarck, innenpolitische Konflikte mit autoritären Maßnahmen zu unterdrücken und ging rigoros gegen Andersdenkende und Minderheiten vor. In der als „Kulturkampf“ bekanntgewordenen Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche führte er zahlreiche Gesetze ein (u.a. Verbot geistlicher Orden, staatliche Kontrolle der priesterlichen Ausbildung), um den Einfluss des Katholizismus und insbesondere der katholischen Zentrumspartei auf Politik und Gesellschaft zurückzudrängen. Als Anhänger der Monarchie empfand der Reichskanzler auch die aufkommende Arbeiterbewegung der 1870er Jahre als Bedrohung; mit der Verabschiedung des sogenannten „Sozialistengesetzes“ im Jahr 1878 wurden sämtliche kommunistischen und sozialdemokratischen Aktivitäten (Parteien, Versammlungen, Schriften) verboten. Darüber hinaus wahrte Bismarck eine ambivalente Haltung gegenüber der antisemitischen Bewegung und nutzte diese je nach Bedarf für seine eigenen politischen Ziele.

Die in der Vergangenheit kontrovers diskutierte machtpolitische Verbindung zwischen dem Kaiserreich unter Bismarck und dem NS-Regime ist von der Forschung mittlerweile widerlegt worden. Jüngere Studien zur Biographie des Reichskanzlers regen eine unvoreingenommene Betrachtung seiner Person an und empfehlen eine „konsequente Historisierung“ (Kolb, S. 180) fernab jeglicher Polemik, um die Bedeutung der „Ära Bismarck“ für Deutschland und Europa untersuchen zu können.

Kategorie: C

Begründung: keiner Kategorie zuzuordnen

Literatur

Gerwarth, Robert: Der Bismarck-Mythos. Die Deutschen und der Eiserne Kanzler, München 2007.

Kolb, Eberhard: Otto von Bismarck. Eine Biographie, München 2014.

Kraus, Hans-Christof: Bismarck. Größe – Grenzen – Leistungen, Stuttgart 2015.

Lappenküper, Ulrich: Das Bismarck-Problem in der Geschichtsschreibung. Biographische Perspektiven seit 1970, Paderborn 2017.

Mayer, Tilman: *Was bleibt von Bismarck?* In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 65. Jg., Nr. 13, 2015, S. 28-33.

Nonn, Christoph: Bismarck. Ein Preuße und sein Jahrhundert, München 2015.

Ullrich, Volker: *Der Mythos Bismarck und die Deutschen*. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 65. Jg., Nr. 13, 2015, S. 15-22.

Wirsching, Andreas: *Bismarck und das Problem eines deutschen „Sonderwegs“*. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 65. Jg., Nr. 13, 2015, S. 9-15.

Wyrwa, Ulrich: *Otto von Bismarck*. In: Benz, Wolfgang (Hrsg.): Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart, Band 1/2, Berlin 2009, S. 86-89.

Zimmerer, Jürgen: *Bismarck und der Kolonialismus*. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 65. Jg., Nr. 13, 2015, S. 33-38.

Straßen-/Platzname: Paul-Bonatz-Straße

Datum der Benennung: 19. 07. 1961

Begründung der Benennung

Paul Bonatz gehörte zu den „Architekten, die in Düsseldorf bekannte und bedeutende Bauten erstellt haben.“

Name, Titel, Beruf oder Amt

Paul Michael Nikolaus Bonatz (1877-1956), deutscher Architekt und Hochschullehrer.

Kurzbiographie / Verdienste

Nach dem Studium der Architektur arbeitete der gebürtige Elsässer zunächst im Stadtbauamt München, bevor er an die Technische Hochschule in Stuttgart wechselte und dort 1908 eine Professur übernahm. Mit dem Entwurf des Stuttgarter Hauptbahnhofs erlangte der Architekt internationale Bekanntheit und verantwortete in den 1920er und 30er Jahren zahlreiche Brücken-, Monumental- und Großbauten (u.a. Kunstmuseum Basel, Verwaltungsgebäude des Stumm-Konzerns in Düsseldorf). 1943 ging Paul Bonatz in die Türkei, wo er als Berater des Kultusministeriums in Ankara und als Professor an der Technischen Universität Istanbul tätig war. Nach Kriegsende lieferte der Architekt Aufbaupläne für deutsche Städte und realisierte unter anderem den Wiederaufbau des Düsseldorfer Opernhauses.

Nationalsozialismus

Paul Bonatz zählt zu den bekanntesten Architekten Deutschlands und hat als einflussreicher Vertreter der traditionalistischen „Stuttgarter Schule“ zahlreiche Bauten im In- und Ausland entworfen. Da sich „sein Werk einer klaren Kategorisierung verweigert“ und „bis heute ein Problem für die Architekturgeschichtsschreibung darstellt“ (May 2011, S. 14), hat eine wissenschaftliche Beschäftigung mit seiner Person und seinem Wirken erst in jüngerer Zeit eingesetzt. In diesem Zusammenhang wird insbesondere seine Bautätigkeit im Dritten Reich kontrovers diskutiert.

Als Anhänger der Sozialdemokratie und kurzzeitiges Mitglied der SPD hatte Paul Bonatz nach dem Ende des Ersten Weltkriegs die Etablierung einer parlamentarischen Ordnung begrüßt und sich aktiv für diese engagiert. Gleichzeitig stand er der Architektur-Avantgarde der Weimarer Republik kritisch gegenüber; 1928 gründete er zusammen mit anderen deutschen Architekten - darunter der spätere NSDAP-Reichstagsabgeordnete Paul Schultze-Naumburg - die konservative Vereinigung „Der Block“, die sich für den sogenannten „Heimatschutzstil“ einsetzte, verließ die Gruppierung angesichts rechter Radikalisierungstendenzen allerdings drei Jahre später.

Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten geriet Paul Bonatz aufgrund seiner sozialdemokratischen Vergangenheit, seiner demonstrativen Unterstützung für seinen jüdischen Assistenten sowie seiner Kritik an Hitlers „Lieblingsarchitekten“ Paul Ludwig Troost zunächst in „einen länger andauernden Zustand der Isolierung“ (Voigt, S. 26). Darüber hinaus

fürte eine abfällige Äußerung über die politische Lage zur Denunziation des Architekten, der die Vorwürfe im Verhör durch die Gestapo entkräften und so einen Gerichtsprozess abwenden konnte.

Dennoch arrangierte sich Paul Bonatz mit den politischen Rahmenbedingungen und wurde ab Mitte der 1930er Jahre als „Vertrauensarchitekt“ und künstlerischer Berater von Fritz Todt, dem Generalbauinspekteur für das deutsche Straßenwesen, mit Brückenentwürfen für die „Reichsautobahnen“ beauftragt. In dieser Funktion übernahm er die Aufsicht über mehrere Oberbaudirektionen und realisierte unter anderem in Köln-Rodenkirchen die größte Hängebrücke Europas. Im Zuge der nationalsozialistischen Umgestaltung deutscher „Führerstädte“ plante der Architekt zusammen mit Albert Speer zahlreiche Groß- und Monumentalbauten, darunter den neuen Hauptbahnhof in München sowie das Oberkommando der Kriegsmarine in Berlin. Außerdem publizierte Bonatz in führenden NS-Architekturzeitschriften und wurde 1942 für seine *„besonders hervorragende Leistung auf dem Gebiete der Technik und des Verkehrs sowie der Gemeinschaftsbauten“* mit der Goethe-Medaille für Kunst und Wissenschaft ausgezeichnet. Ungeachtet seines zunehmend systemkonformen Verhaltens übernahm der Architekt allerdings zu keiner Zeit die antisemitische Rhetorik der Nationalsozialisten.

Angesichts des ausufernden architektonischen Größenwahns entschied sich Paul Bonatz 1943 zur *„Flucht vor diesem Wahnsinn“* und emigrierte in Zuge einer Arbeitsreise in die Türkei; erst Mitte der 1950er Jahre kehrte er nach Deutschland zurück. Obwohl sich der Architekt nach Ende des Zweiten Weltkriegs vom NS-Regime distanzierte, blieb eine Auseinandersetzung mit seiner persönlichen Verantwortung aus: *„Wenn einer ein guter Architekt ist, dann baut er vor, während und nach dem Dritten Reich gleich gut, und hat keine Ursache sich dessen zu schämen, was er während des 3. Reiches [sic] tat.“*

Kategorie: B

Begründung: exponierte Stellung im Dritten Reich

Literatur

Durth, Werner: Deutsche Architekten. Biographische Verflechtungen 1900-1970, München 1992.

Höfchen, H.: *Paul Bonatz*. In: Allgemeines Künstlerlexikon. Die Bildenden Künstler aller Zeiten und Völker, Band 12, München/Leipzig 1996, S. 475-476.

Kaldewei, Gerhard: *Paul Bonatz (1877-1956). Bauen und Leben in einem <Zeitalter der Übergänge>*, In: Kaldewei, Gerhard (Hrsg.): *Paul Bonatz. Bauten und Projekte im Norden*, Delmenhorst 2006, S. 11-39.

May, Roland: *Ordnung und Spannung. Paul Bonatz und die Stuttgarter Stadtplanung*, In: Jessen, Johannes/Philipp, Klaus Jan (Hrsg.): *Der Städtebau der Stuttgarter Schule*. Berlin 2015, S. 59-83.

May, Roland: *Pontifex maximus. der Architekt Paul Bonatz und die Brücken*, Münster 2011.

Nicolai, Bernd: *Paul Bonatz. Baumeister für Krieg und Frieden*, In: Kuder, Ulrich (Hrsg.): *Architektur und Ingenieurwesen zur Zeit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft 1933-45*. Berlin 1997, S. 96-123.

Turtenwald, Claudia: *„...straffer im Ausdruck (...), knapper in den Mitteln...“*. *Bonatz und das NS-Projekt der Elbuferbebauung in Hamburg 1938*, In: Kaldewei, Gerhard (Hrsg.): *Paul Bonatz. Bauten und Projekte im Norden*, Delmenhorst 2006, S. 109-126.

Voigt, Wolfgang: *Paul Bonatz, Kosmopolit in den Unwettern der Zeit*. In: Voigt, Wolfgang/Bresan, Uwe (Hrsg.): *Paul Bonatz (1877-1956). Leben und Bauen zwischen Neckar und Bosphorus*, Tübingen 2010, S. 11-37.

Quellen

Bonatz, Paul: *Leben und Bauen*. Stuttgart 1950.

Böckler, Erich (Hrsg.): *Erich Böckler. Briefwechsel aus später Zeit*, Bad Homburg 1988.

Tamms, Friedrich (Hrsg.): *Paul Bonatz. Arbeiten aus den Jahren 1907 bis 1937*, Stuttgart 1937.

Stadtarchiv Düsseldorf

IV 52054 / Band 6

0-1-7-1937.0000 / Blatt 537d

Bundesarchiv Berlin

BArch NS 15 / 109

Straßen-/Platzname: Rolf-Bongs-Straße

Datum der Benennung: 17. 05. 1997

Begründung der Benennung:

„Wegen seiner klaren Sprache rühmte man ihn als ‚begnadeten Lyriker‘“.

Kurzbiographie / Verdienste

Der gebürtige Düsseldorfer publizierte während seines Studiums der Germanistik und Kunstgeschichte seine ersten lyrischen Werke, die sich am Stil der „Neuen Sachlichkeit“ orientierten und sowohl naturalistische als auch antike griechische Motive aufgriffen; 1932 gehörte er zu den Mitbegründern des Verlags der „Marburger Flugblätter“. Im Dritten Reich war Rolf Bongs in unterschiedlichen Bereichen tätig und nahm als Kriegsberichterstatte der Waffen-SS am Zweiten Weltkrieg teil. Nach 1945 arbeitete er als Journalist und freier Schriftsteller in Düsseldorf; 1971 erhielt er eine Gastprofessur in den Vereinigten Staaten. In seinen Romanen, Erzählungen und Hörspielen setzte er sich unter anderem mit seinen Erfahrungen im Nationalsozialismus auseinander.

Nationalsozialismus

Der literarische Einfluss von Rolf Bongs blieb trotz einzelner überregionaler Veröffentlichungen Zeit seines Lebens auf den Raum Düsseldorf beschränkt; die Werke des Schriftstellers sind bisher lediglich im Zusammenhang mit seiner Rolle im Dritten Reich in den Blick der Forschung gerückt. Bongs Vergangenheit als Kriegsberichterstatte der Waffen-SS, die er verdrängt und verschwiegen hatte, führte in den 1970er Jahren zu einer öffentlichen Auseinandersetzung zwischen ihm und anderen Repräsentanten des Literaturbetriebs. Gleichzeitig gehörte er zu jenen Künstlern, die sich nach 1945 reflektierend mit dem Nationalsozialismus auseinandersetzten.

Um seine schriftstellerische Tätigkeit nicht zu gefährden, trat Rolf Bongs bereits als Student im Jahr der „Machtergreifung“ Adolf Hitlers sowohl in die „Sturmabteilung“ (SA) als auch in den „Reichsverband Deutscher Schriftsteller“ (RDS) ein, der später als Zwangsorganisation in die „Reichsschriftumskammer“ überführt wurde. Diese frühe Anpassung machte sich in den folgenden zwölf Jahren auch in seiner Literatur bemerkbar, in der er sich zwar nicht direkt zum NS-Regime bekannte, aber sprachsymbolisch anbot. Obwohl der Schriftsteller in dieser Zeit einige Werke veröffentlichte und sein klassisches Festspiel „Olympischer Frühling“ beispielsweise anlässlich der Olympischen Spiele 1936 als Reichssendung ausgestrahlt wurde, schränkte man ihn wiederholt in seiner Arbeit ein; so wurde sein Lyrikband „Gedichte“ 1935 auf eine Liste „*nicht zu empfehlender Bücher*“ gesetzt und später auch die Erscheinung seines Romans „Der Feuerkern“ unterbunden. Da sich Bongs nur schwer eine gesicherte Existenz aufbauen konnte, beantragte er 1937 eine Mitgliedschaft in der NSDAP und bat seinen ehemaligen Kommilitonen, den SS-Standartenführer Gunter d’Alquen, um Unterstützung; dieser verhalf dem Schriftsteller zu einem Schiller-Stipendium.

Im selben Zeitraum verfasste er auch sein einziges bekanntes politisch gefärbtes Werk, das den Versailler Vertrag als „Schande“ bezeichnete und die nationalsozialistische Bewegung symbolisch mit einem „Adler“ gleichsetzte, der „*seine Flügel ausbreitet*“. Auf Vermittlung seines Vaters nahm Bongs 1938 zusätzlich eine Tätigkeit beim „Volksbund für das Deutschtum im Ausland“ (VDA) in Düsseldorf auf, der die Interessen der Auslandsdeutschen vertrat und Ende der 1930er Jahre durch einen geheimen Erlass der SS unterstellt wurde. „Für Rolf Bongs – wie für alle Mitarbeiter des VDA – bedeutete dies, dass er nun Angestellter einer SS-Organisation war, ohne davon zu wissen.“ (Rajewska-Perzynska 2009, S. 24)

Nach Ausbruch des Zweiten Weltkriegs stellte sich Rolf Bongs für die Umsiedlung der Volksdeutschen in den besetzten polnischen Gebieten zur Verfügung, die von Einheiten der Waffen-SS durchgeführt wurde. Seine Eindrücke hielt der zum Ortsbevollmächtigten ernannte Schriftsteller in seinem 1942 veröffentlichten Tagebuch fest, das sowohl verherrlichende Passagen („*Dieser winterliche Zug wird eine Sage der Geschichte werden, ich fühle es.*“) als auch negative Darstellungen der polnischen Bevölkerung enthält („*ewig neugierige Menge zerlumpter Menschen*“), darüber hinaus aber keine rassenideologische Polemik aufweist. Dass er den eigentlichen Zweck seines Einsatzes erst spät durchschaute, zeigt ein Eintrag aus dem November 1940: „*Ich bin Kriegsberichter ‚geworden‘ und wusste es nicht.*“

Nach seiner Rückkehr arbeitete Bongs bis 1942 in der Rheinischen Provinzialverwaltung, wo er sich um den Aufbau des „Rheinischen Dichterarchivs“ kümmerte. Im Herbst desselben Jahres wurde der Schriftsteller erneut als Kriegsberichterstatter zur Waffen-SS eingezogen und zunächst der „Leibstandarte Adolf Hitler“, ab 1943 der SS-Standarte „Kurt Eggers“ zugeteilt. Damit gehörte er zu einer Gruppe von Repräsentanten des kulturellen Lebens (Autoren, Maler, Journalisten, etc.), die „produzierte Heldengeschichten möglichst weit in den damaligen Medien verbreiten“ sollten. (Lehnhardt, S. 545) Neben den propagandistischen Aufgaben an West- und Ostfront nahm Bongs auch als Schütze an Abwehrkämpfen in der Normandie und den Ardennen teil, wofür er sowohl mit dem Verwundetenabzeichen als auch mit dem Eisernen Kreuz II. Klasse und dem Panzersturmartabzeichen in Bronze ausgezeichnet wurde; 1944 erfolgte die Beförderung zum Unterscharführer. Ob und inwieweit der Schriftsteller in Kriegsverbrechen involviert war, ist nicht bekannt. Im Frühjahr 1945 geriet Rolf Bongs in amerikanische und britische Gefangenschaft, wurde allerdings wenige Monate später entlassen.

In seinem Entnazifizierungsverfahren wurde Rolf Bongs trotz seiner Mitgliedschaften in verschiedenen NS-Organisationen vollständig entlastet (Kategorie V); zudem hatten sich zahlreiche Weggefährten für ihn eingesetzt. Es fällt auf, dass der Schriftsteller das Ende seiner Angehörigkeit zur NSDAP, zum VDA und zur „Reichsschrifttumskammer“ auf das Jahr seiner Einberufung zum Kriegsdienst datierte (1942); fest steht, dass er der Reichskulturkammer noch 1943 Auskunft über seine schriftstellerischen Einnahmen erteilte.

In den Nachkriegsjahren verarbeitete Rolf Bongs seine Erinnerungen an Diktatur und Krieg in literarischen Texten, die durchaus reflektierende und selbstkritische Komponenten aufweisen. Seine „aus taktischen Gründen erfolgte Anbiederung an die Nationalsozialisten

konnte in mehreren Werken der 1930er und 40er Jahre nachgewiesen werden; zugleich aber auch, dass er kein überzeugter Nationalsozialist war.“ (Rajewska-Perzynska 2009, S. 261)

Kategorie: B

Begründung: Mitgliedschaft in verbrecherischer Organisation

Literatur

Lehnhardt, Jochen: Die Waffen-SS. Geburt einer Legende, Himmlers Krieger in der NS-Propaganda, Paderborn 2017.

Meidinger-Geise, Inge: *Einzelgänger, Zeitgenosse*. In: Kirchhof, Peter K. (Hrsg.): Literarische Porträts. 163 Autoren aus Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 1991, S. 84-87.

Rajewska-Perzynska, Agnieszka: Rolf Bongs. Dissoziation eines Schriftstellers im Spannungsfeld zwischen Selbststilisierung und Anpassung, Frankfurt am Main 2009.

Rajewska-Perzynska, Agnieszka: *Rolf Bongs als ein untypischer Vertreter der „inneren Emigration“ – sein Werdegang nach 1945*. In: Pelka, Artur (Hrsg.): Das Drama nach dem Drama. Verwandlungen dramatischer Formen in Deutschland seit 1945, Bielefeld 2011, S. 55-67.

Seidel, Ingo: Die SS-Standarte Kurt Eggers. Psychologische Kriegsführung 1943-45, Norderstedt 2012.

Quellen

Bongs, Rolf: Harte herrliche Straße nach Westen. Berlin 1942.

Bongs, Rolf: Rechenschaft. Drei Gedichte, Emsdetten 1964.

Bongs, Rolf: Monolog eines Betroffenen.

Bongs, Rolf: *Hymne von der Wende der Zeit*. In: Zeitschrift der Reichsfachschaft Mittelschule im Nationalsozialistischen Lehrerbund. 52. Jg., Ausgabe Nr. 11, März 1938.

Katasteramt Düsseldorf
Akte „Rolf-Bongs-Straße“

Landesarchiv NRW – Abteilung Westfalen
NW 1002-G / 63367

Bundesarchiv Berlin
R 55 / 20231a
R 9361-V / 4261

Heinrich-Heine-Institut
HHI.90.5023TG.238
HHI.90.5023TG.277
HHI.90.5023TG.20
HHI.90.5023TG.21
HHI.90.5023TG.2034
HHI.90.5023TG.1890
HHI.90.5023TG.487

Straßen-/Platzname: Boschstraße

Datum der Benennung: 13. 11. 1958

Begründung der Benennung

„Er erhielt für die technische Ausgestaltung der Ammoniak-Synthese und die Entwicklung der Kohlehydrierung 1931 zusammen mit F. Bergius den Nobelpreis für Chemie.“

Name, Titel, Beruf oder Amt

Carl Bosch (1874-1940), deutscher Chemiker und Industrieller.

Kurzbiographie / Verdienste

Nach Abschluss des Studiums und der Promotion arbeitete Carl Bosch zunächst als Chemiker bei der Badischen Anilin- und Sodafabrik (BASF) und entwickelte die von Fritz Haber entdeckte Ammoniaksynthese zu einem großtechnischen Verfahren weiter (Haber-Bosch-Verfahren). In diesem Zusammenhang schloss er 1914 als stellvertretender Direktor der BASF mit der Obersten Heeresleitung des Deutschen Reiches einen Vertrag zur synthetischen Herstellung von Salpeter („Salpetersversprechen“), um die Produktion von Sprengstoffen zu gewährleisten. 1925 wechselte Bosch als Vorstandsmitglied zur I.G. Farbenindustrie und saß später dem Aufsichtsrat vor; 1931 erhielt er den Nobelpreis für Chemie. Als Nachfolger von Max Planck wurde Carl Bosch 1937 zum Präsidenten der „Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft“ ernannt.

Militarismus / Nationalsozialismus

Carl Bosch hat als Vorstandsvorsitzender der BASF und der I.G. Farbenindustrie innovativen Neuerungen und Fortschritten den Weg geebnet und zählt deshalb zu den wichtigsten Förderern der deutschen Chemieindustrie. Obwohl eine umfassende aktuelle Studie seines Lebens nach wie vor aussteht, ist das Wirken des Industriellen im Ersten Weltkrieg und seine widersprüchliche Rolle im Dritten Reich wissenschaftlich gut dokumentiert.

Zum Ende des Jahres 1914 war es den Alliierten gelungen, das Deutsche Reich von der Versorgung mit natürlichem Salpeter abzuschneiden; das Nitrat wurde für die Herstellung von Sprengstoff und Schießpulver benötigt. Um die ausbleibenden Importe aus Chile zu kompensieren, beauftragte das Kriegsministerium die BASF mit der großtechnischen Durchführung der von Fritz Haber und Carl Bosch entwickelten industriellen Ammoniaksynthese zur künstlichen Gewinnung von Salpetersäure. Das von Bosch in seiner Funktion als Unternehmensdirektor abgegebene „Salpetersversprechen“ sah die monatliche Produktion von mehreren tausend Tonnen Natronsalpeter vor und etablierte die BASF als feste Größe in der Rüstungswirtschaft; unter der Leitung des Chemikers entstanden 1916 unter anderem die Leunawerke bei Merseburg. Für seine Verdienste erhielt er im selben Jahr das Eiserne Kreuz und wurde in den Vorstand des Konzerns berufen.

Nach Kriegsende setzte sich Carl Bosch mit seiner persönlichen Verantwortung auseinander und warf sich selbst vor, durch die Bereitstellung von Synthesestoffen zur Verlängerung des Konflikts beigetragen zu haben, stellte aber schließlich fest, dass „sich der

Fortschritt in Wissenschaft und Technik nicht aufhalten“ ließe. Bei den Friedensverhandlungen von Versailles, an denen der Industrielle als Sachverständiger teilnahm, avancierte er „zum Verhandlungsführer auf deutscher Seite“ (Kühlem, S. 214) und verhinderte mit Hilfe seines diplomatischen Geschicks die Zerschlagung der deutschen chemischen Industrie.

Dem Aufstieg der Nationalsozialisten zu Beginn der 1930er Jahre stand Bosch skeptisch gegenüber; als Vorstandsvorsitzender der Interessengemeinschaft Farbenindustrie AG (I.G. Farben), die 1925 aus einem Zusammenschluss mehrerer Chemiefirmen hervorgegangen war, unterstützte er sowohl internationale Handelsbeziehungen als auch ein geeintes Europa und lehnte die von Hitler propagierte wirtschaftliche Autarkie strikt ab. Aufgrund von Fehlinvestitionen im Zusammenhang mit einem Großprojekt zur synthetischen Herstellung von Treibstoffen fürchtete Bosch allerdings um den Erhalt des Konzerns und entschied sich schließlich zur Kontaktaufnahme mit der NSDAP, die ihre finanzielle Unterstützung zusicherte. Infolgedessen gab der Chemiker seine Vorbehalte gegenüber der nationalsozialistischen Bewegung zunächst auf und zeigte sich den Plänen zu Steuersenkungen und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen gegenüber aufgeschlossen; im Vorfeld der Reichstagswahlen 1933 segnete Carl Bosch im Namen der I.G. Farben eine Wahlspende von 400.000 Reichsmark an die NSDAP und die Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) ab. Das Ende 1933 mit den neuen Machthabern geschlossene „Feder-Bosch-Abkommen“ über die Subvention von synthetischem Benzin ebnete schließlich den Aufstieg der I.G. Farben zum „Kriegskartell“.

Bis zu seinem Ausstieg aus dem Vorstand im Jahr 1935 förderte Carl Bosch als „Wehrwirtschaftsführer“ die Verbindungen zum Regime und unterstützte als Präsident der „Lilienthal-Gesellschaft für Luftfahrtforschung“ den Aufbau einer starken Luftwaffe, setzte sich gleichzeitig jedoch für jüdische Wissenschaftler und Mitarbeiter der I.G. Farben ein. In einem persönlichen Gespräch mit Adolf Hitler versuchte der Industrielle vergeblich, diesen mit wirtschaftspolitischen Argumenten von der Sinnlosigkeit der nationalsozialistischen Judenpolitik zu überzeugen; zur Gedächtnisfeier für den im Exil verstorbenen Fritz Haber erschien Bosch demonstrativ in Begleitung sämtlicher Direktoren des Konzerns.

Nach seinem Wechsel in den Aufsichtsrat gab Bosch das operative Geschäft auf und widmete sich als Präsident der „Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft“ vor allem dem internationalen wissenschaftlichen Austausch, verzweifelte angesichts der von der I.G. Farben mitgetragenen Aufrüstung jedoch zusehends. In einer skandalträchtigen Rede vor der Hauptversammlung des Deutschen Museums im Jahr 1939 übte er schließlich scharfe Kritik an der NS-Führung und zog sich daraufhin ins Privatleben zurück.

„Die Tragik der historischen Persönlichkeit Bosch liegt darin, dass er sich [lange] nicht zum Bruch mit den Nationalsozialisten entschließen konnte, da er ihnen ‚seine Firma‘ nicht überlassen wollte.“ (Kohl, S. 120)

Kategorie: C

Begründung: historisch minderbelastet

Literatur

Diarmuid, Jeffreys: Weltkonzern und Kriegskartell . Das zerstörerische Werk der IG Farben, München 2011.

Hachtmann, Rüdiger: Wissenschaftsmanagement im <Dritten Reich>. Geschichte der Generalverwaltung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, Band 1 und 2, Göttingen 2007.

Johnson, Jeffrey Allan: *Die Macht der Synthese (1900-1925)*. In: Abelshäuser, Werner (Hrsg.): Die BASF. Eine Unternehmensgeschichte, München 2002, S. 117-214.

Joseph Borkin: Die unheilige Allianz der I.G.-Farben. Eine Interessengemeinschaft im Dritten Reich, Frankfurt am Main 1990.

Klee, Ernst: Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2003.

Kohl, Ulrike: Die Präsidenten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus: Max Planck, Carl Bosch und Albert Vögler zwischen Wissenschaft und Macht, Stuttgart 2002.

Kühlem, Kordula: *Carl Bosch (1874-1940). Zwischen Höhen und Tiefen*, In: Bormann, Patrick (Hrsg.): Unternehmer in der Weimarer Republik. Stuttgart 2016, S. 211-225.

Schmaltz, Florian: Kampfstoff-Forschung im Nationalsozialismus. Zur Kooperation von Kaiser-Wilhelm-Instituten, Militär und Industrie, Göttingen 2017.

Teltschik, Walter: Geschichte der deutschen Großchemie. Entwicklung und Einfluss in Staat und Gesellschaft, Weinheim 1992.

Quellen

Baumgärtner, Franz-Josef: *Ich war dabei! Eine Erinnerung an die C.-Bosch-Rede von 1939*, In: Kultur und Technik. 8. Jg. Heft 4, 1984, S. 270.

Stadtarchiv Düsseldorf

IV 52054 / Band 7

0-1-7-1941.0000 / Blatt 514

0-1-7-1937.0000 / Blatt 408

Straßen-/Platzname: Max-Clarenbach-Weg

Datum der Benennung: 1977

Begründung der Benennung

Bereits im Jahr 1960 regte die Düsseldorfer Bürgerschaft an, eine Straße nach dem Maler Max Clarenbach zu benennen. Zum damaligen Zeitpunkt existierten im Stadtgebiet zwei Straßen, die den evangelischen Prediger Adolf Clarenbach ehrten: die „Adolf-Clarenbach-Straße“ in Holthausen und die „Clarenbach-Straße“ in Bilk. Letztere sollte dementsprechend umgewidmet werden, um die Doppelbenennung aufzuheben und Verwechslungen zu vermeiden.

Max Clarenbach *„ist eng mit der Geschichte der Landschaftsmalerei in Düsseldorf, wo er lange Zeit Professor der Kunstakademie war, verbunden.“*

Name, Titel, Beruf oder Amt

Maximilien „Max“ Clarenbach (1880-1952), deutscher Landschaftsmaler; Landesleiter in der Reichskammer der bildenden Künste (1939).

Kurzbiographie / Verdienste

Der aus einfachen Verhältnissen stammende Max Clarenbach wurde aufgrund seines Talents bereits im Alter von 13 Jahren an der Kunstakademie Düsseldorf angenommen und wandte sich schon früh der Landschaftsmalerei zu. Nach dem Abschluss seines Studiums gelang ihm 1902 mit seiner Arbeit „Stiller Tag“ der Durchbruch; Winterlandschaften sowie die Darstellung des Niederrheins wurden zu zentralen Motiven seiner Arbeiten. 1909 gehörte Clarenbach zu den Gründungsmitgliedern des „Sonderbunds Westdeutscher Kunstfreunde und Künstler“ und übernahm 1917 als Nachfolger von Eugen Dücker eine Lehrtätigkeit an der Düsseldorfer Kunstakademie, die er bis 1945 ausübte. Im Dritten Reich wurde er 1939/40 zum Landesleiter in der Reichskammer der bildenden Künstler ernannt.

Nationalsozialismus

Max Clarenbach zählt zu den bekanntesten Vertretern der rheinischen Kunstszene im 20. Jahrhundert und hat mit seinem Engagement im Ausstellungsbetrieb wesentlich zur Förderung der modernen und internationalen Kunst beigetragen; er gilt „nicht nur als Künstler, sondern auch auf kunstpolitischem Gebiet als Vorkämpfer des Impressionismus in Düsseldorf.“ (Moeller, S. 61) Im Dritten Reich gehörte Clarenbach einerseits zu den gefragten Künstlern, wurde andererseits jedoch teilweise abgelehnt.

Im Zuge der Gleichschaltung der Düsseldorfer Kunstakademie war Max Clarenbach 1933 aufgrund *„charakterlicher Bedenken“* zunächst für eine Entlassung vorgeschlagen worden, konnte seine Lehrtätigkeit letztendlich aber ungehindert fortsetzen und trat im selben Jahr in die NSDAP ein. Ab 1937 war er regelmäßig auf den „Großen Deutschen Kunstausstellungen“ im Münchener Haus der Deutschen Kunst vertreten und fertigte im Auftrag des NS-Regimes Wandgemälde und Bildteppiche für die Wehrmacht und das

Reichsluftfahrtministerium an. 1938 erhielt Clarenbach als Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes das von Adolf Hitler gestiftete „Treuedienst-Ehrenabzeichen“ für seine 25jährige Arbeit; ein Jahr später übernahm der Künstler das Amt eines Landesleiters in der „Reichskammer der bildenden Künste“. Während seine „auf dem Impressionismus fußenden“ Bilder von der Düsseldorfer Ausstellung „Schaffendes Volk“ ausgeschlossen wurden, präsentierte Clarenbach diese regelmäßig in der Städtischen Kunsthalle, so beispielsweise auf der von der NS-Organisation „Kraft durch Freude“ (KdF) im Jahr 1942 veranstalteten „Kunstaustellung für deutsche Soldaten“. 1944 erfolgte die Aufnahme in die sogenannte „Gottbegnadeten-Liste“ des Dritten Reiches.

Nach Kriegsende wurde Max Clarenbach im Zuge seines Entnazifizierungsverfahrens vollständig entlastet; die Kommission kam zu dem Schluss, dass er „nur sein ganzes Leben der Malerei gewidmet“, die Parteimitgliedschaft „auf Anregung von Kollegen“ erworben und sich am politischen System des NS-Regimes nicht beteiligt habe; Zeugenaussagen von „anerkannt nichtnationalsozialistischen Männern“ stützten diese Ansicht. Darüber hinaus entlastete ihn die Ehefrau eines jüdischen Rechtsanwalts, der sich angesichts der Entwicklungen im Dritten Reich das Leben genommen hatte.

„Wie so viele Künstler glaubte wohl auch Clarenbach, sich mit dem nationalsozialistischen Regime arrangieren zu können; in seiner Arbeit blieb er jedoch seiner künstlerischen Auffassung treu.“ (Weiß, S. 87)

Kategorie: C

Begründung: keine herausragende Stellung im Dritten Reich

Literatur

Clarenbach, Dietrich: *Max Clarenbach (1880-1952)*. In: Lebensbilder aus dem Kreis Neuss. Band 2, Neuss 1995, S. 94-110.

Hartwich, Viola: Max Clarenbach. Ein rheinischer Landschaftsmaler, 1880-1952, Münster 1992.

Klee, Ernst: Das Kulturlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2007.

Moeller, Magdalena M.: Der Sonderbund. Seine Voraussetzungen und Anfänge in Düsseldorf, Köln 1984.

Paffrath, Hans (Hrsg.): Max Clarenbach. Neuss (1880) – Köln (1952), Düsseldorf 2001.

Rischer, Walter: Die nationalsozialistische Kulturpolitik in Düsseldorf 1933-1945. Düsseldorf 1972.

Roth, C.: *Clarenbach, Max*. In: Allgemeines Künstlerlexikon. Die Bildenden Künstler aller Zeiten und Völker, Band 19, München/Leipzig 1998, S. 373-375.

Thoms, Robert: Große Deutsche Kunstausstellung München 1937-1944. Band 1: Maler und Graphiker, Berlin 2010.

Weiß, Siegfried: Max Clarenbach 1880-1952. Der Maler niederrheinischer Landschaften, Zeiten und Orte, Düsseldorf 2012.

Quellen

NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“: Kunstausstellung für deutsche Soldaten. Zeitgenössische Künstler stellen aus, Düsseldorf 1942.

Stadt Düsseldorf: Düsseldorfer Künstler im Haus der Deutschen Kunst 1943. Düsseldorf 1943.

Stadtarchiv Düsseldorf

0-1-7-1937.0000 / Blatt 522

IV 18024 / Band 1

Landesarchiv NRW – Abteilung Rheinland

NW 1003-48 / 2266

Bundesarchiv Berlin

BArch R 4901 / 12248

Straßen-/Platzname: Diedenhofener Straße

Datum der Benennung: 27. 08. 1927

Begründung der Benennung: unbekannt

Historischer Hintergrund

Die französische Stadt Thionville (Diedenhofen) wurde im Deutsch-Französischen Krieg von preußischen Truppen eingenommen und 1871 im Zuge des „Frankfurter Friedens“ als Teil Elsass-Lothringens in das neu gegründete Deutsche Reich eingegliedert.

Militarismus

Mit dem Sieg der preußischen Truppen in der Schlacht von Sedan im September 1870 war der Ausgang des Deutsch-Französischen Krieges zugunsten der Deutschen entschieden worden; nach der Gefangennahme Kaiser Napoleons III. und der Ausrufung der Republik Frankreich folgte die Einschließung von Paris und die Kapitulation der französischen Rheinarmee. Dennoch leisteten Teile des französischen Militärs weiterhin Widerstand. Kleinere Festungen an der Grenze zu Luxemburg und Belgien „bildeten Stützpunkte für französische Truppensammlungen“ und „boten Freischärlern wertvolle Basen, von denen aus sie die deutschen Versorgungslinien immer wieder bedrohten.“ (Haselhorst, S. 115) Vor allem die an der Mosel gelegene Stadt Thionville galt als wichtiger Sperrpunkt für die Eisenbahnstrecken.

Aufgrund ihrer militärstrategischen Bedeutung hatte die Festung bereits seit August 1870 unter deutscher Beobachtung gestanden und wurde im Oktober von der 1. Kavallerie-Division sukzessive eingeschlossen. Mit dem Eintreffen der 14. Division erfolgte die vollständige Absperrung, sodass im November mit einer mehrtägigen Bombardierung Thionvilles begonnen werden konnte. Der Einsatz von Geschützen richtete erhebliche Schäden an: *„Rauchende Brandstätten und grosse [sic] Trümmerhaufen sperrten die Strassen [sic], die meisten Kasernen und öffentlichen Gebäude waren bis auf die Umfassungsmauern, manche bis auf die Grundmauern zerstört. [...] Ganz unverletzt war kein Haus in der Stadt geblieben.“* Während die Zivilbevölkerung laut eines Augenzeugenberichts keine Opfer zu beklagen hatte, waren mehrere hundert französische Soldaten verwundet worden und über ein Dutzend gefallen.

Nach der Besetzung der Festung durch die preußische Armee wurde Thionville im Friedensschluss von Frankfurt 1871 unter dem deutschen Namen Diedenhofen in das Deutsche Reich eingegliedert.

Kategorie: C

Begründung: historischer Hintergrund verlangt weiterführende Erläuterungen

Literatur

Haselhorst, Olaf: *Operationen der deutschen Heere im Krieg gegen Frankreich 1870/71*. In: Ganschow, Jan/Haselhorst, Olaf/Ohnezeit, Maik (Hrsg.): *Der Deutsch-Französische Krieg 1870/71. Vorgeschichte – Verlauf – Folgen*, Graz 2009, S. 83-120.

Geoffrey Wawro: *The Franco-Prussian War. The German conquest of France in 1870–1871*. New York 2003.

Tümmler, Holger: *Großer Atlas des Deutsch-Französischen Krieges 1870/71*. Wolfenbüttel 2010.

Quellen

Spohr, Peter: *Die Cernirung, Belagerung und Beschiessung von Thionville im deutsch-französischen Kriege 1870/71*. Berlin 1875.

Straßen-/Platzname: Wolfgang-Döring-Straße

Datum der Benennung: 04. 11. 1965

Begründung der Benennung: unbekannt

Name, Titel, Beruf oder Amt

Wolfgang Rudolf Paul Döring (1919-1963), deutscher Politiker.

Kurzbiographie / Verdienste

Der gebürtige Leipziger diente im Zweiten Weltkrieg als Berufsoffizier in der Wehrmacht, bekleidete bis 1943 den Rang eines Panzer-Hauptmanns im deutschen Afrikakorps und wurde anschließend bei einer Grenadier-Division in Brandenburg eingesetzt. Nach 1945 leitete Wolfgang Döring einen britischen Reparaturbetrieb für Kraftfahrzeuge und trat dem FDP-Landesverband Nordrhein-Westfalen bei, dessen Geschäftsführung er 1950 übernahm; vier Jahre später zog er in den westfälischen Landtag ein. Ursprünglich dem rechtsnationalen Parteiflügel zugeneigt, unterstützte Döring nach den Ereignissen der sogenannten „Naumann-Affäre“ die Öffnung seiner Partei zur politischen Mitte. 1962 zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden der FDP gewählt, kritisierte er im Zuge der sogenannten „Spiegel-Affäre“ die von der Regierung Adenauer angestrebten Eingriffe in die Pressefreiheit. Darüber hinaus engagierte sich Wolfgang Döring für eine aktive deutsche Wiedervereinigungspolitik.

Nationalsozialismus

Wolfgang Döring gehörte in der jungen Bundesrepublik zu den führenden Vertretern des Liberalismus, die sich nicht nur für die Demokratie und den Rechtsstaat einsetzten, sondern darüber hinaus auch entscheidend zur politischen Etablierung der Freien Demokraten beitrugen. Dennoch unterstützte der Politiker zu Beginn der 1950er Jahre rechtsnationale Sammlungsbewegungen innerhalb der FDP und geriet damit in den Dunstkreis ehemaliger NS-Funktionäre, die unter der Führung von Werner Naumann (letzter Staatssekretär von Joseph Goebbels) eine Unterwanderung des nordrhein-westfälischen Landesverbands anstrebten.

Nach ihrer Gründung im Jahr 1947 wandte sich die FDP in Nordrhein-Westfalen unter der Führung ihres Vorsitzenden Friedrich Middelhaue verstärkt nationalistischen Positionen zu, um jene „deklassierten Zielgruppen“ (Papke, S. 126) politisch zu integrieren, die sich angesichts der alliierten Entnazifizierungspraxis stigmatisiert und im parlamentarischen Spektrum der Nachkriegszeit nicht repräsentiert fühlten; zu diesem Zweck plädierte der Landesverband für eine Generalamnestie. Neben Repräsentanten des NS-Regimes zog die Partei auch ehemalige Wehrmattsangehörige wie Wolfgang Döring an, der nach wie vor mit Mitgliedern des „Deutschen Afrikakorps“ (DAK) in Verbindung stand und zur „*Pflege der Tradition des ehemaligen DAK*“ eine Düsseldorfer Ortskameradschaft gegründet hatte.

Nachdem Döring im Jahr 1950 die Geschäftsführung des FDP-Landesverbands übernommen hatte, etablierte er einen „hocheffizienten, zentralgesteuerten

Parteiapparat“ und baute die Düsseldorfer Landesgeschäftsstelle zu einem „gewichtigen Machtfaktor“ auf. (Papke, S. 161) Gleichzeitig befürwortete er die von Friedrich Middelhaue entwickelte Strategie der „Nationalen Sammlung“ sowie die damit verbundene Aufnahme von nationalsozialistisch belasteten Personenkreisen, die zunehmend einflussreiche Positionen innerhalb der Partei besetzten; so sprach sich Döring beispielsweise dafür aus, den ehemaligen NS-Propagandisten Wolfgang Diewerge mit Rednerschulungen zu betrauen. Darüber hinaus verfasste er einen „Situationsbericht“, in dem er über die Zustimmung der anderen FDP-Landesverbände zur „Nationalen Sammlung“ informierte und eine mögliche Zusammenarbeit mit nationalen Gruppierungen im gesamten Bundesgebiet sondierte.

Bis 1952 vergrößerte sich auf diese Weise auch der Einfluss des Netzwerks von Werner Naumann, das „die Restauration eines autoritären völkischen Staates auf der Basis der nationalsozialistischen Ideologie“ anstrebte. (Lausberg, S. 245) Während für die Zeit bis Ende 1951 nur wenige Informationen über die Kontakte zwischen Naumann und Mitgliedern der FDP existieren, sind zumindest für das Jahr 1952 mehrere Zusammentreffen nachgewiesen, darunter auch mit Wolfgang Döring. Im Januar 1953 schritten schließlich die britischen Behörden ein und machten die Verschwörung öffentlich; Naumann und andere Beteiligte wurden in Untersuchungshaft genommen.

Im Zuge der innerparteilichen Aufarbeitung der „Naumann-Affäre“ stritt Wolfgang Döring trotz der von ihm mitgetragenen Personalpolitik jegliche Verantwortung ab und setzte sich gegen einen Parteiausschluss zur Wehr. Darüber hinaus belastete ihn die eidesstaatliche Erklärung einer Parteisekretärin, die ihm eine abfällige Äußerung über die jüdische Ehefrau des FDP-Vorsitzenden Thomas Dehler vorwarf. Dennoch wurde der FDP-Politiker in einem abschließenden Untersuchungsbericht vollständig entlastet und rehabilitiert.

In der darauffolgenden Phase der Neuorientierung der FDP positionierte sich Wolfgang Döring zunehmend in der politischen Mitte und gehörte 1956 zu jenen treibenden Kräften, die in Nordrhein-Westfalen den Koalitionsbruch mit der Union zugunsten einer sozialliberalen Regierung durchsetzten.

Kategorie: C

Begründung: historisch minderbelastet / persönliche Entwicklung

Literatur

Baldow, Beate: Episode oder Gefahr? Die Naumannaffäre, Dissertation Freie Universität Berlin 2012.

Buchna, Kristian: Nationale Sammlung an Rhein und Ruhr. Friedrich Middelhaue und die nordrhein-westfälische FDP 1945-1953, München 2010.

Dorn, Wolfram, Wiedner, Wolfgang: Der Freiheit gehört die Zukunft. Wolfgang Döring, eine politische Biographie, Bonn 1974.

Lausberg, Michael: Die extreme Rechte in Nordrhein-Westfalen 1946 – 1971, Aachen 2012.

Papke, Gerhard: Liberale Ordnungskraft, nationale Sammlungsbewegung oder Mittelstandspartei? Die FDP-Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen 1946 – 1966, Düsseldorf 1998.

Papke, Gerhard: Unser Ziel ist die unabhängige FDP. Die Liberalen und der Machtwechsel in Nordrhein-Westfalen 1956, Baden-Baden 1992.

Quellen

Archiv des Liberalismus

Nachlass Döring / N77-32

Nachlass Döring / N77-34

Nachlass Döring / N77-35

Nachlass Döring / N77-71

Straßen-/Platzname: Gerhard-Domagk-Straße

Datum der Benennung: 22. 01. 1970

Begründung der Benennung

Im Jahr 1966 wandte sich Staatssekretär Leo Brandt mit der Bitte an den Oberbürgermeister, eine Straßenbenennung nach dem „so bedeutenden Gelehrten“ Gerhard Domagk in Erwägung zu ziehen. Als Entdecker der Sulfonamide habe dieser einen herausragenden Beitrag zur Krebsforschung geleistet und auf diese Weise zahlreiche Menschenleben gerettet.

Name, Titel, Beruf oder Amt

Gerhard Johannes Paul Domagk (1895-1964), deutscher Pathologe und Bakteriologe.

Kurzbiographie / Verdienste

Nach dem Studium der Medizin und der anschließenden Promotion arbeitete Gerhard Domagk zunächst in verschiedenen pathologischen Instituten und habilitierte sich über Abwehrmechanismen des menschlichen Zellsystems. 1927 übernahm er die Leitung der Abteilung für experimentelle Pathologie und Bakteriologie der I.G. Farbenindustrie in Wuppertal, bevor er ein Jahr später auch als Privatdozent an der Universität Münster tätig wurde. Für seine Verdienste auf dem Gebiet der Bekämpfung bakterieller Infektionskrankheiten erhielt Domagk 1939 den Nobelpreis für Medizin. Nach Kriegsende widmete er sich der Krebsforschung und entwickelte Tuberkulose-Mittel.

Nationalsozialismus

Gerhard Domagk hat mit seiner Forschung auf dem Gebiet der Sulfonamide Medizingeschichte geschrieben; er gilt bis heute als „Wegbereiter der modernen Chemotherapie“. (Bayer, S. 10) Wie viele deutsche Wissenschaftler arrangierte sich auch der Bakteriologe mit den politischen Rahmenbedingungen des Dritten Reiches und ließ sich vom NS-Regime zumindest instrumentalisieren.

Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten im Jahr 1933 konnte Gerhard Domagk seine Arbeit als Leiter der Abteilung für experimentelle Pathologie und Bakteriologie im Stammwerk der Bayer AG innerhalb der I.G. Farbenindustrie ungehindert fortführen. Er untersuchte hauptsächlich Sulfonamid-Verbindungen auf ihre antibakterielle Wirksamkeit und entwickelte Arzneistoffe zur Behandlung von Infektionskrankheiten. Der Erfolg dieser Medikamente verhalf Domagk zu internationalem Ansehen, sodass er regelmäßig für Vorträge und Kongresse ins Ausland reiste und auch in der Heimat zahlreiche Auszeichnungen erhielt. So wurde der Mediziner beispielsweise 1943 zum Ehrensensator der Universität Greifswald ernannt und im selben Jahr mit einem Preis für seine Verdienste um die Verhütung der Säuglingssterblichkeit ausgezeichnet; der anschließende Empfang wurde von NSDAP-Gauleiter Ernst Koch ausgerichtet. In Parteikreisen galt Domagk als politisch unauffällig: „[...] ein immer national gesinnter Mann [...]. Er betätigt sich ausschließlich nur als Wissenschaftler.“ Im Zusammenhang mit der Verleihung des Nobelpreises wurde er 1939

von der Gestapo verhaftet und musste auf Druck des Regimes seinen Verzicht erklären; erst 1947 konnte Domagk die Auszeichnung entgegennehmen. Im Zweiten Weltkrieg war der Bakteriologe vom Wehrdienst befreit („Unabkömmlichstellung“) und widmete sich der Behandlung von Gasödemen, leistete jedoch kurzzeitig seinen Sanitätsdienst als Stabsarzt der Reserve in Münster und Köln. 1944 erhielt er das von der NS-Führung gestiftete „Ritterkreuz des Kriegsverdienstkreuzes“ und wurde in den wissenschaftlichen Beirat des Bevollmächtigten für das Gesundheitswesen - Karl Brandt - berufen.

Im Zuge seines Entnazifizierungsverfahrens wurde Gerhard Domagk vollständig entlastet; die Kommission kam zu dem Schluss, dass er *„weder der Partei noch einer ihrer Gliederungen angehört und den Nationalsozialismus in keiner Weise gefördert“* habe. Darüber hinaus erfuhr der Mediziner wohl erst nach Kriegsende von den Machenschaften seines Arbeitgebers: die I.G. Farbenindustrie hatte Sulfonamid-Präparate für grausame Experimente im Konzentrationslager Ravensbrück zur Verfügung gestellt. Die im Nürnberger Ärzteprozess angeklagten Verantwortlichen – darunter Domagks Vorgesetzter Heinrich Hörlein – wurden schließlich freigesprochen, weil sie die Präparat-Lieferungen bei Bekanntwerden der Verwendung unverzüglich eingestellt hatten. Bis heute gibt es keine Hinweise auf eine Mitwisserschaft oder gar Beteiligung Gerhard Domagks an Menschenversuchen.

Kategorie: C

Begründung: historisch minderbelastet

Literatur

Gerabek, Werner E.: *Domagk, Gerhard*. In: Gerabek, Werner E./Haage, Bernhard D./Keil, Gundolf/Wegner, Wolfgang (Hrsg.): *Enzyklopädie Medizingeschichte*. Berlin/ New York 2005, S. 320-321.

Grundmann, Ekkehard: *Gerhard Domagk. Der erste Sieger über die Infektionskrankheiten*, Münster 2001.

Hulverscheidt, Marion: *Die klinische Prüfung des Sontochin. Arzneimittelforschung im Krieg*, In: Eschenbruch, Nicholas/Balz, Viola/Klöppel, Ulrike/Hulverscheidt, Marion (Hrsg.): *Arzneimittel des 20. Jahrhunderts. Historische Skizzen von Lebertran bis Contergan*, Bielefeld 2009, S. 143-166.

Klee, Ernst: *Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945*, Frankfurt 2007.

Neubauer, Alfred: *Bittere Nobelpreise*. Norderstedt 2005.

Quellen

Bayer AG, Geschäftsbereich Pharma: *Gerhard Domagk 1895–1964. Lebenserinnerungen in Bildern und Texten*, Köln 1995.

Stadtarchiv Düsseldorf

IV 43552

0-1-7-1942.0000 / Blatt 726

Landesarchiv NRW – Abteilung Rheinland

NW 1022-D / Nr. 8351

Bundesarchiv Berlin

BArch R 4901/ 13261

BArch R 9361-II / 175101

BArch R 9361-VI / 497

Universitätsarchiv Münster

UArch Münster / Bestand 10 / 1454

Straßen-/Platzname: Eckenerstraße

Datum der Benennung: 06. 11. 1961

Begründung der Benennung: unbekannt

Name, Titel, Beruf oder Amt

Hugo Eckener (1868-1954), deutscher Unternehmer und Luftschiffpionier.

Kurzbiographie / Verdienste

Nach dem Studium der Psychologie, Volkswirtschaft und Geschichte sowie der anschließenden Promotion arbeitete Hugo Eckener zunächst als freier Schriftsteller und Zeitungskorrespondent. In dieser Funktion berichtete er wiederholt über die Luftschiffe des Unternehmers Ferdinand Graf von Zeppelin, der ihn 1906 als Mitarbeiter anstellte und zum Luftschiffkapitän ausbildete; in den folgenden Jahren stieg Eckener bis in den Vorstand der „Zeppelin-Gesellschaft“ auf und übernahm die Leitung der „Deutschen Luftschiffahrts-Aktiengesellschaft“ (DELAG). Als Nachfolger des Grafen Zeppelin widmete er sich nach dem Ende des Ersten Weltkriegs der Weiterentwicklung der zivilen Luftschiffahrt und ließ zahlreiche interkontinentale Passagierfahrten durchführen. 1952 wurde Hugo Eckener mit dem großen Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet.

Nationalsozialismus

Hugo Eckener zählt zu den bedeutenden Protagonisten der Luftfahrtgeschichte; die von ihm entwickelten Zeppeline gehörten zu den „spektakulärsten technischen und fliegerischen Errungenschaften ihrer Zeit“ (Botting, S. 12) und schufen die Grundlagen des interkontinentalen Luftverkehrs. Im Dritten Reich stellte sich der Unternehmer öffentlich gegen die Nationalsozialisten, die ihn unter Druck setzten und in seiner Arbeit einschränkten.

Als Anhänger des parlamentarischen Systems der Weimarer Republik und Repräsentant der politischen Mitte hatte Hugo Eckener die Propaganda der NSDAP zu Beginn der 1930er Jahre scharf kritisiert und sich für die Politik von Reichskanzler Heinrich Brüning ausgesprochen; im Vorfeld der Reichstagswahlen 1933 war der Unternehmer gar als potentieller Gegenkandidat zu Adolf Hitler gehandelt worden. Obwohl er sich auch nach der „Machtergreifung“ abfällig über die NS-Führung äußerte und seine Abneigung offen zeigte, gehörte Eckener im Dritten Reich nur bedingt zu den verfolgten Personenkreisen. Während ihn anfangs noch die persönliche Verbindung zu Reichspräsident Paul von Hindenburg geschützt hatte, bewahrten ihn später sein internationales Ansehen und seine zahlreichen Auslandsaufenthalte vor der Verhaftung. Da das NS-Regime mit dem Entzug der staatlichen Mittel für den Luftschiffbau drohte, verfasste Eckener 1934 eine Rundfunkansprache, in der widerwillig die Wahl Hitlers zum Reichskanzler empfahl.

Darüber hinaus erkannten die Nationalsozialisten den propagandistischen Nutzen der Zeppeline und ließen diese mit entsprechender Symbolik ausstatten. Mit der Gründung der „Deutschen Zeppelin-Reederei“ (DZR) unter dem Vorsitz von Hermann Göring verlor Hugo

Eckener 1935 seinen Einfluss auf das aktive Geschäft und wurde als Aufsichtsratsvorsitzender „formal kaltgestellt“. (Braun, S. 632) Nachdem er den Missbrauch seiner Luftschiffe in Anwesenheit von Vertretern des Propagandaministeriums angeprangert hatte, wurde sein Name 1936 aus der medialen Berichterstattung verbannt; ferner rieten kulturpolitische Stellen davon ab, Eckener für Vortragstätigkeiten im Ausland einzusetzen: *„Er hat als Redner sehr enttäuscht, weil er sich von allen deutschen und besonders nationalsozialistischen Belangen distanziert hat [...]“*. Ungeachtet seiner politischen Gegnerschaft wurde Hugo Eckener 1938 für eine Fachpublikation von der Mitgliedschaft in der „Reichsschrifttumskammer“ befreit und erhielt ein Jahr später den Titel eines „Wehrwirtschaftsführers“; anlässlich seines 75. Geburtstags wurde ihm 1943 der Professorentitel verliehen.

Nach der Explosion des Zeppelins „Hindenburg“ im Jahr 1937 und dem Verbot der Wasserstoffbetankung kam die zivile Verkehrsluftschiffahrt weitestgehend zum Erliegen. Angesichts der aggressiven deutschen Außenpolitik hatten die Vereinigten Staaten bereits zugesagte Heliumexporte eingestellt, sodass die Luftschiffe nach dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs außer Dienst gestellt und schließlich abgewrackt wurden. In seinem späteren Entnazifizierungsverfahren wurde Hugo Eckener zunächst als „belastet“ eingestuft und mit einer Geldstrafe sowie der fünfjährigen Aberkennung seiner bürgerlichen Rechte belegt, bevor die Militärregierung das Urteil nach öffentlichen Protesten 1949 aufhob.

Kategorie: C

Begründung: historisch minderbelastet

Literatur

Botting, Douglas: Der große Zeppelin. Hugo Eckener und die Geschichte des Luftschiffs, München 2002.

Braun, Helmut: Aufstieg und Niedergang der Luftschiffahrt. Eine wirtschaftshistorische Analyse, Regensburg 2007.

Ebner, Martin: Die Entnazifizierung von Zeppelin, Maybach, Dornier & Co. Wie Friedrichshafen „gesäubert“ wurde, Kindle Ausgabe 2013.

Italiaander, Rolf: Hugo Eckener – Ein moderner Columbus. Die Weltgeltung der Zeppelin-Luftfahrt in Bildern und Dokumenten, Konstanz 1979.

Italiaander, Rolf: Ein Deutscher namens Eckener. Luftfahrtpionier und Friedenspolitiker, Konstanz 1981.

Meyer, Henry Conrad: Airshipmen, Businessmen and Politics 1890-1940. Washington/London 1991.

Provan, John: Ferdinand Graf Zeppelin. Der Luftfahrtpionier und sein Konzern, Bielefeld 2009.

Quellen

Eckener, Hugo: Im Zeppelin über Länder und Meere. Flensburg 1949.

Italiaander, Rolf (Hrsg.): Hugo Eckener. Die Weltschau eines Luftschiffers, Husum 1980.

Bundesarchiv Berlin

BArch R 9361-V / 4972

BArch NS 15 / 120

BArch NS 15 / 135

Straßen-/Platzname: Eitelstraße

Datum der Benennung: 17. 08. 1909

Begründung der Benennung: unbekannt

Die Evangelische Gemeinde Düsseldorf-Rath wandte sich 1951 mit der Bitte an die Stadtverordneten, die Eitelstraße umzubenennen. Als Gründe wurden neben der Verwechslungsgefahr mit der „Eifelstraße“ vor allem die fehlende Popularität des Namensgebers genannt: *„Auch alte Rather Bürger vermögen nicht anzugeben, nach wem die Straße ihren Namen eigentlich erhalten hat.“*

Name, Titel, Beruf oder Amt

Wilhelm Eitel Friedrich Christian Karl von Preußen (1883-1942), preußischer Prinz.

Kurzbiographie / Verdienste

Der zweite Sohn Kaiser Wilhelms II. trat während seines Studiums in den Militärdienst ein und nahm als Generalmajor und Kommandeur des „Ersten Garde-Regiments zu Fuß“ am Ersten Weltkrieg teil; für seine Verdienste erhielt er das Eiserne Kreuz I. und II. Klasse sowie den höchsten Tapferkeitsorden „Pour le Mérite“. Nach Kriegsende engagierte sich Eitel Friedrich von Preußen im Wehrverband „Stahlhelm“ und wurde Mitglied im monarchistischen „Bund der Aufrechten“; bis 1926 war er Herrenmeister des Johanniterordens. 1931 gehörte der Prinz zu den Mitbegründern der „Harzburger Front“, einem Bündnis antidemokratischer Nationalisten und Rechtsextremisten.

Nationalismus / Militarismus

Als Mitglied des Hauses Hohenzollern und zweitältester Sohn des letzten deutschen Kaisers gehörte Eitel Friedrich von Preußen zu den wichtigsten Repräsentanten der Monarchie. Aufgrund seines Einsatzes an den vordersten Fronten des Ersten Weltkriegs galt der hochdekorierte Prinz in der Öffentlichkeit als zuverlässiger und pflichtbewusster Kommandeur; sein Engagement in nationalistischen und demokratiefeindlichen Organisationen rückte Eitel Friedrich schließlich in die Nähe der Nationalsozialisten, denen er allerdings ablehnend gegenüberstand.

Nach der Abdankung Kaiser Wilhelms II. und dem Thronverzicht des Kronprinzen im Jahr 1918 hatte Eitel Friedrich von Preußen auf den Gang ins Exil verzichtet und war als Stellvertreter der Familie in der Weimarer Republik verblieben. Der Prinz unterstützte Bestrebungen zur Restauration der Hohenzollern-Monarchie und „wusste sich eins mit den konservativen Kräften in Deutschland, die politisch bei der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) und im ‚Stahlhelm‘ beheimatet waren.“ (Preußen, S. 360) Der paramilitärisch organisierte Wehrverband trat für die Interessen ehemaliger Kriegsteilnehmer ein und war „als Zugpferd des bürgerlichen Militarismus“ (Hoffstadt, S. 192) streng antiparlamentarisch und nationalistisch ausgerichtet. Im Oktober 1931 schloss sich der „Stahlhelm“ mit den Rechtsparteien und anderen demokratiefeindlichen Vereinigungen zur sogenannten

„Harzburger Front“ zusammen, um die Regierung unter Reichskanzler Heinrich Brüning zu stürzen. Ungeachtet seiner gesellschaftlichen Stellung bekleidete Eitel Friedrich von Preußen innerhalb dieser Allianz keine Führungsposition, sondern widmete sich der militärischen Traditionspflege und entwarf Pläne für die Neuorganisation der Reichswehr.

Ferner war der Prinz nach dem Ersten Weltkrieg dem sogenannten „Bund der Aufrechten“ beigetreten, der die Wiederherstellung der konstitutionellen Monarchie propagierte und zu diesem Zweck ebenfalls den Zusammenschluss mit rechten Kräften suchte. Dieses „vorwiegend aus gemeinsamem Radikalismus gespeiste Bündnis“ sollte „das völkische Gedankengut nach Möglichkeit mit dem Monarchismus aussöhnen.“ (Hofmann, S. 89)

Obwohl der Hohenzoller die Einheitsfront der nationalen Kräfte begrüßte, beobachtete er die zunehmende Machterweiterung der Nationalsozialisten mit Argwohn und lehnte die sukzessive Gleichschaltung seiner Verbände ab. Mit dem Verbot aller monarchistischen Vereinigungen und der Auflösung des „Stahlhelms“ im Jahr 1935 zog sich Eitel Friedrich von Preußen endgültig ins Privatleben zurück. Nach seinem Tod verweigerte ihm Adolf Hitler ein Begräbnis mit militärischen Ehren und untersagte Gästen der Trauerfeier das Erscheinen in Uniform.

Kategorie: B

Begründung: Mitgliedschaft in rechtsextremen Vereinigungen

Literatur

Hoffstadt, Anke: *Frontgemeinschaft? Der Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten und der Nationalsozialismus*, In: Krumeich, Gerd (Hrsg.): *Nationalsozialismus und Erster Weltkrieg*. Essen 2010, S. 191-206.

Hofmann, Arne: „Wir sind das alte Deutschland, das Deutschland, wie es war ...“ Der „Bund der Aufrechten“ und der Monarchismus in der Weimarer Republik, Frankfurt am Main 1998.

Massenbach, Heinrich von: *Die Hohenzollern einst und jetzt. Die königliche Linie in Preußen, die fürstliche Linie in Hohenzollern*, Bonn 2004.

Preußen, Friedrich Wilhelm von: *Die Hohenzollern und der Nationalsozialismus*. München 1983.

Stribrny, Wolfgang: *Der Johanniterorden zwischen den zwei Weltkriegen*. In: Stribrny, Wolfgang.: *Der Johanniter-Orden und das Haus Hohenzollern*. Nieder-Weisel 2004, S.

Neumann, Kurt: *Was vor 75 Jahren geschah. Erinnerungen an die Harzburger Front*, In: *Spurensuche Harzregion e.V. (Hrsg.): Harzburger Front von 1931. Fanal zur Zerstörung einer demokratischen Republik*, Clausthal-Zellerfeld 2009, S. 9-18.

Kittel, Manfred: *Provinz zwischen Reich und Republik. Politische Mentalitäten in Deutschland und Frankreich 1918-1933/36*, München 2000.

Quellen

Preußen, Eitel Friedrich: *Erstes Garde-Regiment zu Fuß. Nach den amtlichen Kriegstagebüchern und persönlichen Aufzeichnungen*, Oldenburg /Berlin 1922.

Das Manifest der Harzburger Front vom 11. Oktober 1931. In: Müller, Rainer A. (Hrsg.): *Deutsche Geschichte in Quellen und Darstellung. Nr. 9: Weimarer Republik und Drittes Reich 1918 – 1945*, Stuttgart 2007, S. 130-132.

Stadtarchiv Düsseldorf

IV 52054 / Band 1

Bundesarchiv Berlin

BArch R 8034 / 108

Straßen-/Platzname: Finschstraße

Datum der Benennung: 14. 03. 1952

Begründung der Benennung

Otto Finsch „hat 1884 die Besitzergreifung der Kolonien Bismarckarchipel und Neuguinea vorbereitet. Nach ihm ist der Ort Finschhafen benannt.“

Name, Titel, Beruf oder Amt

Otto Friedrich Hermann Finsch (1839-1917), deutscher Zoologe, Ethnologe und Forschungsreisender.

Kurzbiographie / Verdienste

Nach einer abgebrochenen Schulausbildung und ersten privaten Forschungsreisen durch Osteuropa arbeitete Otto Finsch als Assistent am Reichsmuseum für Naturgeschichte in Leiden, wo er sich der Ornithologie zuwandte. 1864 erhielt er eine Anstellung als Konservator der „Gesellschaft Museum“ in Bremen, bevor er die Leitung des städtischen Völkerkunde-Museums übernahm. In den 1880er Jahren unternahm Finsch Expeditionen im Südpazifik und bereitete im Auftrag der Berliner „Neuguinea-Kompagnie“ die Besitzergreifung jener Gebiete vor, die den Kern der späteren Kolonie Deutsch-Neuguinea bildeten; bis heute erinnert die Hafenstadt Finschhafen an der Nordküste von Papua-Neuguinea an den Forschungsreisenden. Darüber hinaus sind mehrere Papageienarten nach Otto Finsch benannt.

Kolonialismus / Rassismus

Obwohl Otto Finsch zu den „Kolonialpionieren“ des Kaiserreichs gehörte, galt sein Augenmerk weniger den deutschen Handelsinteressen als vielmehr der Erforschung des pazifischen Lebensraums. Der „Globetrotter- und Amateur-Wissenschaftler“ (Hiery, S. 98) befasste sich nicht nur mit der Vogelwelt der Südsee, sondern studierte auf seinen Reisen auch die indigene Bevölkerung und veröffentlichte seine Beobachtungen in zahlreichen Fachbeiträgen. Der persönliche Kontakt mit den Völkern des Westpazifiks korrigierte sein vorgefertigtes Bild einer unterentwickelten Zivilisation und führte in späteren Jahren zu einer teils kritischen Auseinandersetzung mit den Folgen des Kolonialismus.

1879 war Otto Finsch mit Unterstützung der Humboldt-Stiftung erstmals zu einer mehrjährigen Expeditionsreise in die Südsee aufgebrochen, auf der er sich neben seinen Studien auch der Sammlung zoologischer und ethnologischer Exponate für deutsche Museen widmete. Aufgrund seiner regionalen Kenntnisse und Erfahrungen wurde der Ornithologe 1884 von der Berliner „Neuguinea-Kompagnie“ mit der Erschließung von Territorien im Westpazifik beauftragt; seine Hauptaufgabe bestand darin, in Begleitung zweier Kriegsschiffe „natürliche Häfen auszumachen, Karten anzulegen und die Bewohner der Küsten möglichst günstig für fremden Besuch zu stimmen.“ (Minden, S. 70) Die durch Vertragsabschlüsse und Flaggenhissung gesicherten Inseln erhielten den Namen „Bismarck-Archipel“, der nordöstliche Teil Neuguineas wurde als „Kaiser-Wilhelms-Land“ unter Schutz gestellt. Nach

dem Abschluss der Auftragsreise war Otto Finsch noch zwei Jahre in beratender Funktion für die „Neuguinea-Kompagnie“ tätig, fühlte sich von der Handelsgesellschaft allerdings nicht hinreichend gewürdigt und lehnte ein Stellenangebot ab. In der Folgezeit konnte er zunächst nicht an seine frühere berufliche Laufbahn anknüpfen und kehrte erst 1897 als Abteilungsleiter an das Reichsmuseum in Leiden zurück.

Obwohl der Forschungsreisende den europäischen Kolonialismus durchaus befürwortete, bemängelte er dessen Herrschaftspraktiken und widerlegte die in Kolonialkreisen gängigen Vorurteile gegenüber den Völkern der Südsee; seine Expeditionsberichte und Fachbeiträge schwanken „zwischen Kolonialapologetik und -kritik, Dienstbarkeit und Dissidenz, Mitmachen und Melancholie.“ (Joch, S. 132) So bescheinigte Finsch den Indigenen beispielsweise eine „*musterhafte Wirtschaft*“ sowie eine moralische Integrität, die noch nicht durch negative europäische Einflüsse (Alkoholismus, Spielsucht) geprägt sei: „*Ich muss immer wieder über das Bedauern der civilisierten [sic] Welt lächeln, welche alle Menschen durch unsere Civilisation [sic] glücklich zu machen meint.*“ In diesem Zusammenhang kritisierte er den zum Teil rücksichtslosen Umgang der „Neuguinea-Kompagnie“ mit der indigenen Bevölkerung und forderte die Entmachtung des Unternehmens durch das Deutsche Reich. Darüber hinaus hatte der Zoologe im Hinblick auf die sogenannte „Rassenfrage“ bereits 1882 die Existenz wesentlicher Unterschiede zwischen Europäern und Nicht-Europäern angezweifelt: „*Ich muss auf Grund [sic] meiner Erfahrungen (ich will nicht Studien sagen) annehmen, dass es nur eine einzige Menschen-Species [sic] giebt [sic]!*“

Ungeachtet seines Einsatzes für die Völker des Westpazifiks begrüßte Otto Finsch dennoch die Einführung der deutschen Gerichtsbarkeit in den vom ihm erschlossenen Kolonialgebieten und sondierte wirtschaftlich verwertbare Landstriche.

Kategorie: C

Begründung: historisch minderbelastet / persönliche Entwicklung

Literatur

Abel, Herbert: *Finsch, Otto Friedrich Hermann*. In: Historische Gesellschaft Bremen, Staatsarchiv Bremen (Hrsg.): *Bremische Biographie 1912–1962*. Bremen 1969, S. 150-151.

Demhardt, Imre Josef: *Aufbruch ins Unbekannte. Legendäre Forschungsreisen von Humboldt bis Hedin*, Darmstadt 2011.

Hiery, Hermann: *Die deutschen Kolonien in der Südsee*. In: Gründer, Horst/Hiery, Hermann (Hrsg.): *Die Deutschen und ihre Kolonien. Ein Überblick*, Berlin 2017, S. 89-122.

Howes, Hilary Susan: *The Race Question in Oceania. A. B. Meyer and Otto Finsch between metropolitan theory and field experience 1865–1914*, Frankfurt am Main 2013.

Joch, Markus: *Völkerkunde in Neuguinea. Herbst 1988 – Otto Finsch rettet die Ehre der Menschenfresser*, In: Honold, Arnold/Scherpe, Klaus R. (Hrsg.): *Mit Deutschland um die Welt. Eine Kulturgeschichte des Fremden in der Kolonialzeit*, Stuttgart 2004, S. 127-135.

Minden, Peter: *Die „zwei Seelen“ in der Brust des Ethnographen. Otto Finschs Reise nach Neuguinea 1884/85*, In: Harms, Volker (Hrsg.): *Andenken an den Kolonialismus*. Tübingen 1984, S. 66-81.

Quellen

Finsch, Otto: *Samoafahrten. Reisen in Kaiser Wilhelms-Land und Englisch-Neu-Guinea in den Jahren 1884 und 1885 an Bord des deutschen Dampfers "Samoa"*, Leipzig 1888.

Finsch, Otto: *Die Rassenfrage in Oceanien*. In: Berliner Gesellschaft für Anthropologie, Ethnologie und Urgeschichte (Hrsg.): *Zeitschrift für Ethnologie*. Band 14, 1882, S. 163-166.

Finsch, Otto: *Die Deutsche Kolonialausstellung. Zur Ethnologie unserer Südsee-Besitzungen*, In: *Deutsche Kolonialzeitung*, 9. Jg., 1896, Hefte 26-28.

Stadtarchiv Düsseldorf

IV 52054/ Band 1

Bundesarchiv Berlin

R 8023 / 823

Straßen-/Platzname: Freytagstraße

Datum der Benennung: 11. 08. 1903

Begründung der Benennung: unbekannt

Name, Titel, Beruf oder Amt

Gustav Freytag (1816-1895), deutscher Schriftsteller, Journalist und Kulturhistoriker.

Kurzbiographie/Verdienste

Der studierte Philologe arbeitete nach seiner Promotion und Habilitation zunächst als Privatdozent, bevor er sich hauptsächlich der schriftstellerischen Tätigkeit widmete. Als Herausgeber der nationalliberalen Zeitschrift „Die Grenzboten“ unterstützte er die Idee einer deutschen Einheit unter preußischer Führung und saß zwischenzeitlich als Abgeordneter der Nationalliberalen Partei im Reichstag; 1870/71 nahm er als Berichterstatter am Deutsch-Französischen Krieg teil. In seinen Dramen und Romanen (darunter das heute umstrittene Werk „Soll und Haben“) befasste sich Freytag mit den Werten der bürgerlichen Lebenswelt und avancierte so zu einem der bedeutendsten Schriftsteller des 19. Jahrhunderts.

Antisemitismus

Obwohl Gustav Freytag zu den populärsten Literaten seiner Zeit gehörte und im ausgehenden 19. Jahrhundert auf dem Lehrplan deutscher Gymnasien stand, hat ihn die Literaturwissenschaft des 20. Jahrhunderts weitestgehend vergessen. Diese Entwicklung basierte nicht zuletzt auf dem Vorwurf des Antisemitismus; Freytags einst gefeierter Roman <Soll und Haben> bediente die antijüdischen Klischees des damaligen Bildungsbürgertums und trug zur Verbreitung antisemitischer Stereotype bei.

Die Darstellung der jüdischen Figuren im 1855 erschienenen Werk fußt auf gängigen Vorurteilen, die sich auf Sprache, Auftreten und Verhaltensweise beziehen. So verkörpern der Händler Veitel Itzig („*keine auffallend schöne Erscheinung*“) und die Kaufmannsfamilie Ehrenthal („*das kriechende Wesen des Vaters*“) das Bild des hinterlistigen und habsüchtigen jüdischen Kapitals. Darüber hinaus werden diese in einen ständigen Kontrast zum deutschen Idealbild des Autors gesetzt; der Protagonist Anton Wolfahrt und die Kaufmannsfamilie Schröter repräsentieren die bürgerlichen Tugenden (Ordnung, Anstand, Leistungsbereitschaft) des 19. Jahrhunderts. Ferner greift Freytag in seinem Roman antipolnische Ressentiments auf, um eine moralische und wirtschaftliche Überlegenheit des deutschen Volkes zu demonstrieren.

Dass der Schriftsteller auch außerhalb der Literaturwelt antisemitische Vorurteile pflegte, beweist der von ihm verfasste Artikel „*Die Juden in Breslau*“ aus dem Jahr 1849, in dem er die deutsche Bürgerkultur bedroht sah: „*Die Lage Schlesiens an der Grenze von Posen, Polen und Galizien, begünstigt ein fortwährendes Eindringen der polnischen Schacherjuden in die Provinz [...]. Da hier die Destillation anfängt, bleibt auch der meiste Schmutz bei uns sitzen.*“

Allerdings betrachten jüngere Untersuchungen zu Gustav Freytags Biographie diesen ausdrücklich nicht als überzeugten Antisemiten und verweisen in diesem Zusammenhang auf dessen Unterstützung für die Judenemanzipation ab den 1860er Jahren. Anlässlich der Wiederveröffentlichung von Richard Wagners antisemitischer Schrift „Das Judentum in der Musik“ distanzierte sich der Schriftsteller: *„Wir halten aber gegenwärtig einen ernsten Angriff auf das jüdische Wesen unter uns nach keiner Richtung für zeitgemäß, nicht in Politik, nicht in Gesellschaft, nicht in Wissenschaft und Kunst.“* 1890 gehörte er zu den Unterzeichnern der sogenannten „Notabeln-Erklärung“, die sich gegen die antisemitische Bewegung aussprach; später trat er in den „Verband zur Abwehr des Antisemitismus“ ein. In einem Aufsatz, der 1893 in einer Wiener Zeitung veröffentlicht wurde, bezog Gustav Freytag abermals Stellung und griff die judenfeindlichen Propagandisten direkt an: *„Was jetzt mit aufgebauschtem Namen die "antisemitische Bewegung" genannt wird, ist in Wahrheit noch das alte Leiden, die Judenhetze [...]. Das Getöse ist so heftig, daß [sic] auch verständige Männer fragen, was daraus werden solle. Es giebt [sic] darauf nur eine runde Antwort: Nichts wird daraus. Für den Eifer und den Haß [sic] der Feindseligen durchaus nichts.“*

Kategorie: C

Begründung: persönliche Entwicklung

Literatur

Achinger, Christine: *Gespaltene Moderne. Gustav Freytags <Soll und Haben> – Nation, Geschlecht und Judenbild*, Würzburg 2007.

Burdekin, Hannah: *Kontinuität oder Veränderung? Freytags Judenbild vor und nach <Soll und Haben>*, In: Krobb, Florian (Hrsg.): *150 Jahre <Soll und Haben>. Studien zu Gustav Freytags kontroversen Roman*, Würzburg 2005, S. 269-284.

Gubser, Martin: *Literarischer Antisemitismus. Untersuchungen zu Gustav Freytag und anderen bürgerlichen Schriftstellern des 19. Jahrhunderts*, Göttingen 1998.

Hopp, Andrea: *„Gustav Freytag und die Juden“*, In: Hahn, Hans Werner/Oschmann, Dirk (Hrsg.): *Gustav Freytag (1816-1895). Literat, Publizist, Historiker*, Köln/Weimar/Wien 2016, S. 233-247.

Hubrich, Peter Heinz: *Gustav Freytags „Deutsche Ideologie“ in <Soll und Haben>*. Kronberg 1974.

Mühlen, Brent Ture von zur: *Gustav Freytag. Biographie*, Göttingen 2016.

Wyrwa, Ulrich: *Gustav Freytag*, In: Benz, Wolfgang (Hrsg.): *Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart*, Band 2, Berlin 2009, S. 253-255.

Quellen

Freytag, Gustav: *Soll und Haben*. München 1953.

Freytag, Gustav: *Die Juden in Breslau*, In: Elster, Ernst (Hrsg.): *Vermischte Aufsätze aus den Jahren 1848 bis 1894*, Band 2, Leipzig 1903, S. 339-347.

Freytag, Gustav: *Der Streit über das Judentum in der Musik*. In: *Die Grenzboten*, Jg. 28, 1869, Nr. 22, S. 333–336.

Freytag, Gustav: *Über den Antisemitismus. Eine Pfingstbetrachtung*, In: *Neue Freie Presse*, 21. Mai 1893.

Straßen-/Platzname: Kaiser-Friedrich-Ring / Kaiser-Friedrich-Straße / Kronprinzenstraße

Datum der Benennung: vor 1909 / vor 1929 / 03. 07. 1854

Begründung der Benennung: unbekannt

Name, Titel, Beruf oder Amt

Friedrich III. / Friedrich Wilhelm Nikolaus Karl von Preußen (1831-1888), deutscher Kaiser und König von Preußen.

Kurzbiographie / Verdienste

Der älteste Sohn Kaiser Wilhelms I. erhielt eine militärische Ausbildung und absolvierte zusätzlich ein rechtswissenschaftliches Studium an der Universität Bonn; 1849 wurde er zum Generalgouverneur der Rheinprovinz ernannt. Als preußischer Kronprinz stellte sich Friedrich Wilhelm gegen die Innenpolitik Otto von Bismarcks und avancierte so zur Hoffungsfigur der Liberalen. In den sogenannten „Einigungskriegen“ führte er als General der Infanterie die II. und III. Armee an; 1870 erhielt er für seine Verdienste den Titel eines Generalfeldmarschalls. Nach der deutschen Reichsgründung förderte Friedrich Wilhelm die königlichen Museen und trat im März 1888 schließlich die Nachfolge seines Vaters an, erlag allerdings nur drei Monate später einem Krebsleiden. Aufgrund seiner kurzen Regentschaft ist Friedrich III. als „99-Tage-Kaiser“ in die Geschichte eingegangen.

Militarismus

Kaiser Friedrich III. gehörte seiner Zeit zu den beliebtesten und angesehensten Mitgliedern des Hauses Hohenzollern. Der frühe Tod des Monarchen nur knapp 100 Tage nach der Übernahme der Kaiserwürde bedeutete nicht nur machtpolitische Veränderungen, sondern begründete auch den Mythos des vermeintlich liberalen und aufgeklärten Regenten, der das Deutsche Reich vor den Katastrophen des 20. Jahrhunderts hätte bewahren können. Diese Auffassung wird von der historischen Forschung mittlerweile angezweifelt.

Der einzige Sohn Kaiser Wilhelms I. war bereits in Kindheit und Ausbildung mit freiheitlich-nationalen Strömungen in Kontakt gekommen, wurde in seiner politischen Willensbildung aber vor allem durch die familiäre Verbindung zum englischen Königshaus beeinflusst; 1858 hatte Friedrich Wilhelm eine Tochter Queen Victorias geheiratet, die aus ihren „am großen Vorbild Englands geschulten liberalen Überzeugungen“ (Kraus, S. 271) keinen Hehl machte. Dementsprechend vertrat er durchaus fortschrittliche Positionen und unterstützte beispielsweise die Forderung nach der Durchsetzung des Rechts- und Verfassungsstaats. Darüber hinaus engagierte sich der Hohenzoller gegen die aufkommende antisemitische Bewegung, kritisierte den gesellschaftlichen Einfluss der katholischen Kirche und missbilligte die Todesstrafe.

Ungeachtet seiner Sympathien für liberale Werte und Ideen war Friedrich Wilhelm dennoch ein überzeugter Monarchist und in der Tradition des Militärs verhaftet; als solcher lehnte er den Parlamentarismus und das allgemeine Wahlrecht ab. Obwohl er sich im Jahr

1863 öffentlich von der repressiven Pressepolitik Otto von Bismarcks distanziert hatte, unterstützte er 1878 die Verabschiedung des sogenannten „Sozialistengesetzes“, das sämtliche sozialdemokratische Aktivitäten untersagte. Angesichts dieser „Spannung zwischen den westeuropäisch-liberalen und den preußisch-autoritären Zügen [seines] Lebenskonzepts“ wird eine hypothetische Entwicklung Friedrichs III. zum „Bürger-Kaiser“ (Seier, S. 417) von Historikern angezweifelt.

Ferner gilt Friedrich Wilhelm als zögernd und wenig durchsetzungsfähig; Wilhelm I. misshagte die Einmischungen seines Sohnes in die Regierungsangelegenheiten, sodass der sich in den 1860er Jahren weitestgehend aus der Politik zurückzog und vermehrt repräsentativen Pflichten nachging. Durch seine Verdienste als Befehlshaber avancierte er im Zuge der deutschen „Einigungskriege“ in der Öffentlichkeit zum Nationalhelden, konnte sich bis zum Ableben seines Vaters politisch allerdings nicht behaupten. „Friedrich Wilhelm mag für die Zeit nach seiner Thronbesteigung Veränderungen geplant haben; [...] alles in allem war die direkte Wirkung des Kronprinzen und Kaisers auf seine Umwelt und den Gang der deutschen Geschichte [jedoch] ausgesprochen begrenzt.“ (Müller, S. 355)

Kategorie: C

Begründung: keiner Kategorie zuzuordnen

Literatur

Herre, Franz: Kaiser Friedrich III. Deutschlands liberale Hoffnung, Eine Biographie, Stuttgart 1987.

Kraus, Hans-Christof: *Friedrich III.* In: Kroll, Frank-Lothar (Hrsg.): Preußens Herrscher. Von den ersten Hohenzollern bis Wilhelm II., München 2000, S. 265-289.

Müller, Frank Lorenz: Der 99-Tage-Kaiser. Friedrich III. von Preußen – Prinz, Monarch, Mythos, München 2013.

Seier, Helmut: *Friedrich III. – Deutscher Kaiser 1888.* In: Schindling, Anton/Ziegler, Walter (Hrsg.): Die Kaiser der Neuzeit 1519-1918. Heiliges Römisches Reich – Österreich – Deutschland, München 1990, S. 410-418.

Treue, Wilhelm: *Kaiser Friedrich III.* In: Treue, Wilhelm (Hrsg.): Ploetz. Drei deutsche Kaiser, Wilhelm I. - Friedrich III. - Wilhelm II., Ihr Leben und ihre Zeit 1858 – 1918, Freiburg im Breisgau 2003, S. 81-140.

Quellen

Baumgart, Winfried (Hrsg.): Kaiser Friedrich III. Tagebücher 1866 – 1888, Paderborn 2012.

Straßen-/Platzname: Füsilierstraße

Datum der Benennung: 30. 09. 1902

Begründung der Benennung: unbekannt

Historischer Hintergrund

Das Niederrheinische Füsilier-Regiment Nr. 39 wurde im Jahr 1818 gegründet und nach der Teilnahme am Deutsch-Deutschen Krieg 1866 in Düsseldorf stationiert. Seine Mannschaften kämpften sowohl im Feldzug gegen Frankreich 1870/71 als auch im Ersten Weltkrieg, nach dessen Ende der Infanterieverband aufgelöst wurde. 1936 erfolgte im Rheinland die Reaktivierung des Regiments; von 1886-2005 bestand die „Kameradschaft ehemaliger 39er“. Während ein erstes im Jahr 1928 errichtete Ehrenmal von den Nationalsozialisten entfernt wurde, erinnert bis heute das im Jahr 1939 eingeweihte Kriegerdenkmal in Golzheim an die verschollenen und gefallenen Mitglieder.

Militarismus

Das Niederrheinische Füsilier-Regiment Nr. 39 nahm im 19. und frühen 20. Jahrhundert einen festen Platz in der militärischen Tradition Düsseldorfs ein und genoss in der ehemaligen Garnisonsstadt zu Friedens- und Kriegszeiten hohes Ansehen. Von König Friedrich Wilhelm III. im Jahr 1818 zur Belagerung von Festungen gegründet, wurde der Infanterieverband zunächst in Luxemburg, Mainz und Koblenz stationiert.

Im Deutsch-Deutschen Krieg war das Regiment 1866 sowohl an der Besetzung Kurhessens als auch an den Kämpfen gegen die hannoverschen und bayrischen Streitkräfte beteiligt. Nach Beendigung des Feldzugs bezogen die Bataillone ihr Quartier in Düsseldorf, wo sie *„von den Vertretern der Stadt begrüßt und unter freudiger Teilnahme der Einwohner durch die festlich erleuchteten Straßen nach der Kaserne geleitet“* wurden. Im Krieg gegen Frankreich kämpfte der Verband zunächst in den Schlachten von Spichern und Gravelotte, bevor er die Einschließung der französischen Festung Metz unterstützte und auch an der Belagerung kleinerer Städte mitwirkte. Bei der Rückkehr nach Düsseldorf wurden die Mannschaften mit *„Kränzen und Blumen überschüttet“* und *„mit fliegenden Fahnen“* begrüßt.

Nach dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs rückte das Niederrheinische Füsilier-Regiment Nr. 39 im Zusammenschluss mit weiteren Verbänden in das neutrale Belgien ein, wo es an der Einnahme der Festung Lüttich teilnahm. Auch im weiteren Verlauf des Konflikts blieben die Bataillone an der Westfront eingesetzt, so zum Beispiel in der Schlacht von Verdun, die angesichts des massiven Einsatzes von Geschützen hohe Verluste auf beiden Seiten forderte. Anlässlich der Entlassung Erich Ludendorffs aus dem Dienst der Obersten Heeresleitung erhielt das Regiment nach Kriegsende den Beinamen *„General Ludendorff“*, wurde im Jahr 1919 allerdings demobilisiert und aufgelöst.

Auf Initiative der seit 1886 bestehenden „Kameradschaft ehemaliger 39er“ war bereits nach dem Ende des Deutsch-Französischen Kriegs ein Denkmal im Aaper Wald errichtet worden. 1928 folgte die Einweihung eines zentralen Ehrenmals an der Düsseldorfer Tonhalle, das durchaus auch an die Schrecken des Krieges erinnern sollte; *„von Heldenmut,*

Todesverachtung, Opferbereitschaft war keine Rede.“ (Brandt, S. 258) Die Nationalsozialisten diffamierten das Monument und seine Gestaltung daraufhin als Produkt einer jüdischen Verschwörung und ließen es nach der „Machtergreifung“ 1933 entfernen; erst 1976 wurden die noch existierenden Fragmente an ihrem ursprünglichen Bestimmungsort wieder aufgestellt. Indem das NS-Regime das Niederrheinische Füsilier-Regiment Nr. 39 im Jahr 1936 reaktivierte, „knüpfte es ganz bewusst an die alte Garnisonstradition der Stadt an.“ (Looz-Corswarem, S. 63) Drei Jahre später wurde als Erinnerung an die verschollenen und gefallenen Regimentsmitglieder ein neues Kriegerdenkmal am Reeser Platz eingeweiht, dessen martialische und revancharische Symbolik nach wie vor kontrovers diskutiert wird.

Kategorie: C

Begründung: Teil der militärischen Stadtgeschichte

Literatur

Brandt, Susanne: *Trauer und fortgesetzter Krieg. Totengedenken zwischen Trauer und Kriegsverherrlichung in Düsseldorf nach dem Ersten Weltkrieg*, In: Dülffer, Jost/Krumeich, Gerd (Hrsg.): *Der verlorene Frieden. Politik und Kriegskultur nach 1918*, Essen 2002, S. 243-260.

Krumeich, Gerd: *Denkmäler zwischen Mahnmal und Schande*. Engelbrecht, Jörg/Looz-Corswarem, Clemens von: *Krieg und Frieden in Düsseldorf. Sichtbare Zeichen der Vergangenheit*, Düsseldorf 2004, S. 219-230.

Looz-Corswarem, Clemens von: *Düsseldorf als Garnisonsstadt*. In: Engelbrecht, Jörg/Looz-Corswarem, Clemens von: *Krieg und Frieden in Düsseldorf. Sichtbare Zeichen der Vergangenheit*, Düsseldorf 2004, S. 35-88.

Moll, Jakob: *Geschichte der Kameradschaft ehemaliger 39er in Düsseldorf*. In: *100 Jahre Kameradschaft ehemaliger 39er (1886) Düsseldorf. Festschrift zum 12. Großen Wiedersehen aller ehemaligen 39er vom 12.-14.09.1986 in Düsseldorf*, Düsseldorf 1986. S. 19-36.

Quellen

Rintelen, W.: *Geschichte des Niederrheinischen Füsilier-Regiments Nr. 39*. Berlin 1911.

Rudorff, Franz von: *Das Füsilier-Regiment General Ludendorff (Niederrheinisches) Nr. 39 im Weltkriege 1914–1918*. Berlin 1925.

Moll, Jakob: *Regimentsgeschichte des Infanterie-Füsilier-Regiment 39 für die Zeit von 1936 bis 1945*. Herzogenrath 1968.

Straßen-/Platzname: Ganghoferstraße

Datum der Benennung: 16. 10. 1936

Begründung der Benennung: unbekannt

Name, Titel, Beruf oder Amt

Ludwig Albert Ganghofer (1855-1920), deutscher Heimatschriftsteller.

Kurzbiographie/Verdienste

Nach einem Studium der Literaturgeschichte und Philosophie sowie der anschließenden Promotion arbeitete Ludwig Ganghofer als Dramaturg und Feuilletonredakteur, bevor er sich ganz der Schriftstellerei widmete. In seinen Heimatromanen (z.B. „Das Schweigen im Walde“), die größtenteils Geschichten und Sagen des Berchtesgadener Landes aufgreifen, stehen die Erlebnisse und Schicksale der einfachen Menschen im Vordergrund. Darüber hinaus thematisierte der Volksschriftsteller auch gesellschaftliche Konflikte – insbesondere in Bezug auf die konträren Lebensbedingungen der städtischen und ländlichen Bevölkerung. Zwischen 1915 und 1917 betätigte sich Ganghofer als Kriegsberichterstatteur und veröffentlichte eine Vielzahl an Kriegsgedichten.

Militarismus

Von seinen zeitgenössischen Kritikern mitunter als „Heile-Welt-Schreiber“ charakterisiert, zählt Ludwig Ganghofer nach wie vor zu den bekanntesten deutschen Schriftstellern. Dieser Umstand resultiert nicht zuletzt aus den zahlreichen Verfilmungen seiner Werke, die insbesondere in der jungen Bundesrepublik das Bild der bayrischen Alpenidylle geprägt haben. Auch den Nationalsozialisten dienten Ganghofers unverfängliche Geschichten zur Unterhaltung. Dennoch ist der Schriftsteller von der Literaturwissenschaft des 20. Jahrhunderts weitestgehend ignoriert worden; eine ideologische Einordnung seiner Person erweist sich als schwierig und ist bisher nur vereinzelt versucht worden.

Anders als es seine Literatur vermuten lässt, beschäftigte sich Ludwig Ganghofer eingehend mit den gesellschaftspolitischen Themen seiner Zeit. Als Mitbegründer und Vorsitzender der „Literarischen Gesellschaft“ wehrte sich der kulturpolitisch eher liberal eingestellte Heimatschriftsteller gegen Zensurmaßnahmen und setzte sich für verfolgte Autoren ein; im Fall der für ihre satirischen Beiträge berüchtigten Wochenzeitschrift „Simplicissimus“ trat Ganghofer als Sachverständiger in Erscheinung, um die Einstellung der Gerichtsverfahren zu erreichen. Darüber hinaus weisen seine Werke keine antisemitischen Tendenzen auf, und auch privat äußerte sich der mit einer Frau jüdischer Abstammung verheiratete Literat in keiner Weise abwertend: *„Ich habe gefunden, daß [sic] in jüdischen Familien alle Wichtigkeiten der Menschwerdung [...] viel natürlicher und verständiger genommen und besprochen werden, als die verkrüppelte Sittlichkeit unserer „christlich-arischen Kultur“ das zuläßt [sic].“*

Allerdings stimmte auch Ludwig Ganghofer in die allgemeine Kriegsbegeisterung des Jahres 1914 ein. Da er als kriegsuntauglich eingestuft worden war, verfasste er zunächst

propagandistische Lyrik: „*Sie [die Soldaten] ziehen vorüber und sind verschwunden, ich sehe den Sieg, nicht Tod und Wunden, und sehe Tränen in jedem Blick – So weint nicht die Sorge, so weint das Glück.*“ Neben seiner Vaterlandsliebe dürfte auch die persönliche Beziehung zu Wilhelm II. Ganghofers Patriotismus verstärkt haben; der Kaiser schätzte die Heimatliteratur des Schriftstellers und sandte ihn 1915 als Berichterstatter an die Front. Seine in hoher Auflage publizierten „Kriegsbücher“ enthalten sowohl neutrale Beobachtungen als auch nationalistische und teils martialische Passagen: „*Wenn die Deutschen kommen, wird erst einmal Ordnung geschaffen. Singend, lachend, fröhlich und zufrieden befreien sie die Umwelt <vom üblichen französischen Schmutz>.*“ Angesichts der sich abzeichnenden deutschen Niederlage trat Ganghofer 1917 in die rechtsradikale „Deutsche Vaterlandspartei“ (DVLP) ein, die einen „Siegfrieden“ propagierte und sich für weitreichende Annexionen einsetzte; die Bewegung löste sich nach Kriegsende wieder auf.

Der in der Vergangenheit geäußerte Vorwurf, Ludwig Ganghofer habe mit seiner Kriegspropaganda „die Gesinnungs- und Gesundungsvorstellungen des Dritten Reiches geradezu vorweggenommen“ (Koch, Akzente S. 430), ist wissenschaftlich allerdings nicht haltbar; gleiches gilt für die Abwertung seiner Heimatliteratur als „terroristische Volksverbesserung“ (Schwerte, S. 208). Für die Nationalsozialisten gehörten Ganghofers Werke, die größtenteils das einfache Gut-Böse-Schema vor der Kulisse des bayrischen Hochlands präsentieren, in die Kategorie der klassischen Unterhaltungsliteratur und ließen sich dementsprechend unproblematisch zu Propagandazwecken einsetzen. „Die Leser konnten etwas in die Hand nehmen, das vermeintlich nach <Blut und Boden> roch, in Wirklichkeit aber vor allem die Bilder der guten alten Zeit transportierte.“ (Adam, S. 201)

Kategorie: C

Begründung: historisch minderbelastet

Literatur

Adam, Christian: Lesen unter Hitler. Autoren, Bestseller, Leser im Dritten Reich, Berlin 2010.

Braitto, Karl Emil: Ludwig Ganghofer und seine Zeit. Innsbruck 2005.

Hagenlücke, Heinz: Deutsche Vaterlandspartei. Die nationale Rechte am Ende des Kaiserreichs, Düsseldorf 1997.

Koch, Werner: *Der Kriegsberichterstatte Ludwig Ganghofer*. In: Akzente. Zeitschrift für Literatur, Band 1, München 1954-1974, S. 425-430.

Koch, Werner: Ganghofers Haltung. Referat in zwei Teilen, Steiner Verlag, Wiesbaden 1979.

Pecher, Claudia Maria/Stegherr, Marc: *Das „Hochland“ im Weltbild Ganghofers und seiner Zeit. Eine kulturgeschichtliche Untersuchung*, In: Pellengahr, Astrid/Kraus, Jürgen (Hrsg.): Kehrseite eines Klischees. Der Schriftsteller Ludwig Ganghofer, Thalhofen 2005, S. 70-83.

Scheichl, Sigurd Paul: *Humor in der Kriegsberichterstattung. Roda Roda und Ludwig Ganghofer im Ersten Weltkrieg*, In: Korte, Barbara/Tonn, Horst (Hrsg.): Kriegskorrespondenten. Deutungsinstanzen in der Mediengesellschaft, Wiesbaden 2007, S.237-253.

Schwerte, Hans: *Ganghofers Gesundung. Ein Versuch über sendungsbewusste Trivialliteratur*, In: Burger, H.O. (Hrsg.): Studien zur Trivialliteratur. Frankfurt am Main 1968, S. 154-208.

Thumser, Gerd: Ludwig Ganghofer. Alpenkönig und Kinofreund, München 2005.

Quellen

Ganghofer, Ludwig: Eiserne Zither. Kriegslieder, Stuttgart 1915.

Ganghofer, Ludwig: Reise zur deutschen Front. Berlin 1915.

Ganghofer, Ludwig: Lebenslauf eines Optimisten. Band 1: Buch der Kindheit, Stuttgart 1920.

Straßen-/Platzname: Carl-Friedrich-Goerdeler-Straße

Datum der Benennung: 1964

Begründung der Benennung

„Er war der Führer der Widerstandsbewegung gegen Hitler und für den Fall von Hitlers Sturz als Reichskanzler vorgesehen. Nach dem Fehlschlag des Attentats vom 20. 7. 1944 wurde er verhaftet und hingerichtet.“

Name, Titel, Beruf oder Amt

Carl Friedrich Goerdeler (1884-1944), deutscher Jurist, Politiker und Widerstandskämpfer im Nationalsozialismus; Oberbürgermeister von Leipzig (1930-1937) und Reichskommissar für Preisüberwachung (1931-1935).

Kurzbiographie / Verdienste

Nach seinem Jurastudium war Carl Friedrich Goerdeler zunächst in der Kommunalverwaltung von Solingen tätig, bevor er nach seinem Einsatz im Ersten Weltkrieg in die Deutschnationale Volkspartei (DNVP) eintrat und zweiter Bürgermeister von Königsberg wurde. 1930 erfolgte die Wahl zum Oberbürgermeister der Stadt Leipzig, ein Jahr später erhielt Goerdeler unter Reichskanzler Heinrich Brüning das Amt des Reichspreiskommissars. Aus Protest gegen das NS-Regime trat er 1937 als Oberbürgermeister zurück und avancierte zu einem der führenden Widerständler gegen Hitler; für den Fall eines erfolgreichen Umsturzes war der Jurist als neuer Regierungschef vorgesehen. Nach seiner Verhaftung wurde Carl Friedrich Goerdeler vor dem Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und in Berlin-Plötzensee hingerichtet.

Nationalsozialismus / Antisemitismus

Carl Friedrich Goerdeler gehörte zu den führenden Köpfen des politisch-militärischen Widerstands im Dritten Reich und hat „entscheidend dazu beigetragen, dass sich eine eindrucksvolle Oppositionsbewegung gegen Hitler formieren konnte.“ (Mommsen 2005, S. 102) Während dieser Verdienst sowohl im wissenschaftlichen als auch im öffentlichen Diskurs hinreichend gewürdigt wird, repräsentieren Goerdelers gesellschaftspolitische Ansichten und seine Haltung zur sogenannten „Judenfrage“ nach wie vor Streitpunkte der historischen Forschung.

Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs war der nationalkonservative Jurist als entschiedener Gegner des Versailler Vertrags in die rechtsgerichtete Deutschnationale Volkspartei (DNVP) eingetreten, die sich für die Restauration der Monarchie einsetzte und die Rückgabe der deutschen Ostgebiete forderte; in diesem Zusammenhang unterstützte Goerdeler Bestrebungen zur Wiederaufnahme des militärischen Kampfes gegen Polen und wurde Mitglied im „Deutschen Ostbund“, der die Errichtung eines Großdeutschlands propagierte. Darüber hinaus entwickelte er in den 1920er Jahren „autoritäre Verfassungskonzeptionen“, die „im bürgerlichen Lager [allerdings] verbreitet waren“. (Reich, S. 103)

Carl Friedrich Goerdeler lehnte das parlamentarische System der Weimarer Republik ab, passte sich jedoch den politischen Gegebenheiten an und befürwortete als Reichskommissar für Preisüberwachung die Wirtschaftspolitik von Reichskanzler Heinrich Brüning, was 1931 zu seinem Austritt aus der DNVP führte. Der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten stand er zunächst aufgeschlossen gegenüber, entsprach doch deren revanchistische und totalitäre Propaganda durchaus seinen eigenen rechtskonservativen Vorstellungen; das sogenannte „Ermächtigungsgesetz“ zur Aufhebung der Gewaltenteilung „betrachtete [der Jurist] als befreiende Maßnahme, die es endlich möglich machte, überfällige Reformen durchzuführen.“ (Mommsen 2003, S. xli) Dementsprechend war Goerdeler als Oberbürgermeister von Leipzig an der Gleichschaltung der Stadtverwaltung beteiligt und befasste sich in den Anfangsjahren des Dritten Reiches vor allem mit wirtschafts-, finanz- und kommunalpolitischen Fragen. Gleichzeitig unterband er 1933 die nationalsozialistische Beflaggung des Leipziger Rathauses und entschied sich gegen eine Mitgliedschaft in der NSDAP.

Obwohl sich Carl Friedrich Goerdeler nachweislich wiederholt von den antijüdischen Willkür- und Verfolgungsmaßnahmen des NS-Regimes distanziert hat und sich bereits zu Beginn des Dritten Reiches für jüdische Mitbürger einsetzte, werden ihm von Vertretern der historischen Forschung antisemitische Ressentiments zugeschrieben. Diese verweisen auf sein Engagement in der rechtsextremen DNVP, führen aber insbesondere seine im Jahr 1941 verfasste Denkschrift "Das Ziel" an, in der Goerdeler nicht nur die Beibehaltung eines übergeordneten „Reichsführers“ propagierte und deutschen Kolonialbesitz befürwortete, sondern auch die Gründung eines jüdischen Staates zur Lösung der „Judenfrage“ vorschlug. Während einige Historiker dieses Konzept als Beleg für „antijüdische Vorbehalte“ (Held, S. 310) werten, sehen andere darin „das Bestreben, die Verfolgten der Verfolgung zu entziehen.“ (Hoffmann, S. 245)

Die Machterweiterung der NSDAP und der Verlust von Rechtsstaatlichkeit und Ordnung stießen bei Goerdeler zunehmend auf Kritik. Nachdem die Nationalsozialisten während seiner Abwesenheit das Leipziger Mendelssohn-Denkmal entfernt hatten, trat er 1937 aus Protest von seinem Amt zurück. Als Berater der Firma Bosch unternahm Goerdeler in der Folgezeit zahlreiche Auslandsreisen, auf denen er Industrielle und Politiker vor Adolf Hitler warnte; gleichzeitig versuchte er, hochrangige NS-Funktionäre wie Hermann Göring von der Sinnlosigkeit der aggressiven deutschen Außenpolitik zu überzeugen. Mit dem Überfall auf Polen im September 1939 entschied sich der ehemalige Oberbürgermeister schließlich für den aktiven Widerstand, sammelte bürgerliche und militärische Mittstreiter um sich (Goerdeler-Kreis) und beteiligte sich an zahlreichen Umsturzplänen – ein Attentat auf Hitler lehnte er allerdings aus religiösen Gründen ab. Nach seiner Verhaftung durch die Gestapo im August 1944 wurde er vor dem Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und Anfang 1945 hingerichtet.

Kategorie: C

Begründung: Vorbildfunktion / selbstreflektierendes Handeln / persönliche Entwicklung

Literatur

Hehl, Ulrich von: *Der Leipziger Oberbürgermeister Carl Friedrich Goerdeler im Streit der Meinungen*. In: Historisch-Politische Mitteilungen. Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Band 20, 2013, S. 17-35.

Held, Steffen: *Carl Goerdeler, der Antisemitismus und die Leipziger Stadtverwaltung 1933-1936*. In: Leipziger Blätter, Heft 39, 2001, S. 39-41.

Hoffmann, Peter: *Carl Goerdeler gegen die Verfolgung der Juden*. Köln/Weimar/Wien, 2013.

Meyer-Krahmer, Frieder: *Carl Friedrich Goerdeler und sein gesellschaftlich-geistiges Umfeld in Leipzig*. In: Blecher, Jens (Hrsg.): *Leipziger offene Stadtgesellschaft und Widerstand 1933 bis 1944*. Leipzig 2015, 55-70.

Mommsen, Hans: *Ludwig Beck und Carl Goerdeler – Führer des zivilen Widerstandes gegen Hitler*. In: Brakelmann, Günter/Keller, Manfred (Hrsg.): *Der 20. Juli und das Erbe des deutschen Widerstandes*. Münster 2005, S. 89-102.

Mommsen, Hans: *Carl Friedrich Goerdeler im Widerstand gegen Hitler*. In: Gillmann, Sabine/Mommsen, Hans (Hrsg.): *Politische Schriften und Briefe Carl Friedrich Goerdelers*. Band 1, München 2003, S. xxxvii-lxvii.

Reich, Ines: *Carl Friedrich Goerdeler. Ein Oberbürgermeister gegen den NS-Staat*. Köln 1997.

Ritter, Gerhard: *Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung*. Stuttgart 1984.

Sassin, Horst R.: *Carl Goerdeler. Hitlers Widersacher in der Solinger Kommunalpolitik 1911 bis 1920*, Göttingen 2013.

Wilms, Beke: *Die europarechtlichen und europapolitischen Vorstellungen Carl Friedrich Goerdelers für ein Deutschland nach dem Nationalsozialismus*. Hamburg 2008.

Quellen

IV 52054 / Band 7
0-1-7-1942.0000 Blatt 687

Gillmann, Sabine/ Mommsen, Hans (Hrsg.): *Politische Schriften und Briefe Carl Friedrich Goerdelers*. Band 1 und 2, München 2003.

Beck, Ludwig/Goerdeler, Carl Friedrich/Schramm, Wilhelm Ritter von (Hrsg.): *Beck und Goerdeler. Gemeinschaftsdokumente für den Frieden*, München 1965.

Straßen-/Platzname: Gravelottestraße

Datum der Benennung: 01. 03. 1906

Begründung der Benennung: unbekannt

Historischer Hintergrund

Die Schlacht von Gravelotte-St. Privat am 18. August 1870 bildete den Abschluss der Gefechte um die lothringische Festungsstadt Metz und markierte gleichzeitig das größte und verlustreichste Aufeinandertreffen der gegnerischen Streitmächte im Deutsch-Französischen Krieg. Der Sieg der preußischen Truppen führte zu einer mehrwöchigen Belagerung der französischen Rheinarmee, sodass diese die napoleonischen Streitkräfte in der Schlacht von Sedan Anfang September 1870 nicht mehr unterstützen konnte. Im Jahr 2014 wurde in Gravelotte das „Museum des Deutsch-Französischen Krieges und der deutschen Annexion“ eröffnet.

Militarismus

Nach dem deutschen Sieg über die Franzosen in den Grenzschlachten bei Weißenburg, Wörth und Spichern Anfang August 1870 hatte sich die französische Rheinarmee unter Marschall Francois-Achille Bazaines in Richtung der Festungsstadt Metz zurückgezogen. Generalstabschef Helmuth von Moltke ließ die 1. und 2. Armee direkt gegen Metz marschieren, was am 14. und 16. August 1870 zu den Gefechten bei Colombey-Nouilly und Vionville-Mars-la-Tour führte, die die preußischen Truppen ebenfalls für sich entscheiden konnten.

Am 18. August 1870 trafen die gegnerischen Streitkräfte zwischen den Ortschaften Gravelotte und St. Privat aufeinander; es entwickelte sich „die blutigste Frontalschlacht des Krieges“. (Haselhorst, S. 98) Die bis in die Abendstunden andauernden Kämpfe waren durch den Einsatz neuentwickelter Infanteriewaffen geprägt (Granaten, Chassepot-Gewehre) und forderten tausende Opfer auf beiden Seiten. In diesem Zusammenhang erinnern zeitgenössische Berichte „an Bilder von Trümmerlandschaften des Ersten Weltkriegs, an die völlig verwüsteten Gegenden an der Somme oder in Flandern“. (Steinbach, S. 41)

Nach der Besetzung von Gravelotte und der Einnahme kleinerer Stellungen konnten preußische Truppen schließlich das Dorf St. Privat stürmen, sodass sich die französische Rheinarmee hinter die Forts von Metz zurückziehen musste. Es folgte eine mehrwöchige Belagerung, die erst im Oktober 1870 mit der Kapitulation und Gefangennahme der Franzosen endete. In der Zwischenzeit war das deutsche Heer bis auf Paris vorgerückt.

Kategorie: B

Begründung: historischer Hintergrund verlangt weiterführende Erläuterungen

Literatur

Haselhorst, Olaf: *Operationen der deutschen Heere im Krieg gegen Frankreich 1870/71*. In: Ganschow, Jan/Haselhorst, Olaf/Ohnezeit, Maik (Hrsg.): *Der Deutsch-Französische Krieg 1870/71. Vorgeschichte – Verlauf – Folgen*. Ares-Verlag, Graz 2009, S. 83-120.

Tümmler, Holger: *Großer Atlas des Deutsch-Französischen Krieges 1870/71*. Wolfenbüttel 2010.

Steinbach, Matthias: *Abgrund Metz. Kriegserfahrung, Belagerungsalltag und nationale Erziehung im Schatten einer Festung 1870/71*, München 2002.

Markov, Walter/Helmert, Heinz: *Schlachten der Weltgeschichte*. Gütersloh 1983.

Elliot-Wright, Philipp: *Gravelotte – St. Privat 1870. End of the Second Empire*, Oxford 1993.

Quellen

Bleibtreu, Carl: *Gravelotte. Die Kämpfe um Metz*, Stuttgart 1899.

Straßen-/Platzname: Gustaf-Gründgens-Platz

Datum der Benennung: 29. 10. 1976

Begründung der Benennung

Die Straßenbenennung erfolgte, *„um das Wirken des Schauspielers, Regisseurs und Theaterleiters Gustaf Gründgens in seiner Geburtsstadt zu würdigen, da er insbesondere die Theatergeschichte Düsseldorfs nach 1945 in entscheidender Weise geprägt und Maßstäbe gesetzt hat, die auch in der internationalen Theaterwelt anerkannt werden.“*

Name, Beruf, Funktion oder Amt

Gustav „Gustaf“ Heinrich Arnold Gründgens (1899-1963), deutscher Schauspieler und Intendant; Senator der Reichskulturkammer (1935), Preußischer Staatsrat (1936) und Generalintendant des Preußischen Staatstheaters (1935-1945).

Kurzbiographie / Verdienste

Der gebürtige Düsseldorfer entdeckte sein schauspielerisches Interesse in einem der Fronttheater des Ersten Weltkriegs und erhielt anschließend eine Ausbildung an der Schauspielschule Düsseldorf. Neben seinen zahlreichen Engagements als Darsteller sammelte Gustaf Gründgens auch Regie-Erfahrung, sodass er ab 1928 an Berliner Bühnen inszenierte. Seine herausragende Darstellung des Teufels „Mephisto“ in Goethes Werk „Faust“ verhalf ihm schließlich zum Durchbruch und schrieb Theatergeschichte. Gleichzeitig machte sich Gründgens als Charakterdarsteller in der Filmwelt einen Namen. 1934 übernahm er die Intendanz des Preußischen Staatstheaters. Nach Kriegsende konnte Gründgens als Leiter der Städtischen Bühnen in Düsseldorf an seine früheren Erfolge anknüpfen und gründete 1952 das Düsseldorfer Schauspielhaus. Seit 2012 werden Vertreter der darstellenden Künste in Hamburg mit dem „Gustaf-Gründgens-Preis“ ausgezeichnet.

Nationalsozialismus

Gustaf Gründgens zählt zu den wohl bedeutendsten deutschen Schauspielern des 20. Jahrhunderts und hat als Darsteller und Intendant Theatergeschichte geschrieben. Während seine Verdienste um das kulturelle Leben Deutschlands und insbesondere der Stadt Düsseldorf unbestritten sind, ist sein Wirken im Dritten Reich nach wie vor Gegenstand zahlreicher Spekulationen. Die „jahrzehntelange Diskussion um Recht und Unrecht, Schuld oder Unschuld des von Hermann Göring protegierten Künstlers“ (Blubacher 2011, S. 10) hat einen Mythos geschaffen, der eine historische Einordnung seiner Person zusätzlich erschwert.

Obwohl Gustaf Gründgens in der Weimarer Republik zu den Repräsentanten eines modernen, experimentellen und politisch linksorientierten Schauspiels gehört hatte, entschied er sich 1933 gegen die Emigration. Während zahlreiche jüdische und politisch unliebsame Ensemblemitglieder des Preußischen Staatstheaters entlassen und mit einem Berufsverbot belegt wurden, konnte Gründgens mit seiner Darstellung des „Mephisto“ Reichsminister Hermann Göring beeindrucken. Darüber hinaus dürfte die

freundschaftliche Beziehung zu seiner Schauspielkollegin Emmy Sonnemann (ab 1935 Emmy Göring) seine Stellung zusätzlich gestärkt haben; über das Ausmaß ihrer Unterstützung wird allerdings bis heute spekuliert. Fest steht, dass Sonnemann „ihren späteren Gatten auf die Qualitäten von Gründgens hingewiesen“ hat (Michalzik, S. 81).

Noch im Jahr der Machtergreifung wurde Gründgens mit der kommissarischen Leitung des Staatsschauspiels beauftragt, übernahm 1934 die Intendanz des Staatstheaters und erhielt im selben Jahr den Titel eines Preußischen Staatsschauspielers. Ferner wurde ihm 1935 das – lediglich repräsentative – Amt eines Senators der Reichskulturkammer angetragen. Als einer der „begünstigten Vorzeigekünstler“ (Walach, S. 85) des Dritten Reiches stand Gründgens trotz seiner Homosexualität, die ein offenes Geheimnis darstellte, unter dem persönlichen Schutz Hermann Görings. Angesichts der Verschärfung des berüchtigten Paragraphen 175 und der öffentlichen Angriffe gegen Gründgens Person machte der Reichsminister seinen Intendanten 1936 zum Preußischen Staatsrat und garantierte ihm auf diese Weise „quasi Immunität“. (Blubacher 2011, S. 76)

Durch seine herausragende Stellung verfügte Gustaf Gründgens sowohl in finanzieller als auch in künstlerischer Hinsicht über große Handlungsspielräume und nutzte diese, um sich für verfolgte Theaterleute einzusetzen; so engagierte er „jüdisch versippte“ Kollegen, verhalf einigen von ihnen zur Flucht ins Ausland und bewahrte 1943 den kommunistischen Schauspieler Ernst Busch vor der Todesstrafe. Darüber hinaus war er als Anhänger einer unpolitischen Kunstästhetik darum bemüht, den Einfluss der Nationalsozialisten auf den Spielplan des Staatstheaters zu begrenzen. Das nach 1945 verbreitete Bild einer „inselartigen“ und von den politischen Verhältnissen losgelösten Bühne ist allerdings von der jüngeren Forschung widerlegt worden; „durch die Illusion, das Theater könne sich auf sich selbst, seine eigene Wirklichkeit und Schönheit, zurückziehen, entging [Gustaf Gründgens] die weitgehende Integration seiner künstlerischen Arbeit in die Kulturfassade des nationalsozialistischen Staates.“ (Jammerthal, S. 230) Darüber hinaus ließ sich der Generalintendant für NS-Propaganda instrumentalisieren und übernahm – wenn auch nur widerwillig – eine Rolle in dem anglophoben Film „Ohm Krüger“. 1943 meldete er sich zum freiwilligen Dienst in der Wehrmacht, den er als Unteroffizier und Wachtmeister in einer Flakstellung in den Niederlanden ableistete, bevor er ein Jahr später von Hermann Göring zurück nach Berlin beordert und in die sogenannte „Gottbegnadeten-Liste“ aufgenommen wurde.

Nach Kriegsende verbrachte Gustaf Gründgens mehrere Monate in sowjetischer Gefangenschaft und wurde im Zuge seines Entnazifizierungsverfahrens von zahlreichen Theaterkollegen entlastet, sagte allerdings auch selbst zugunsten anderer Kulturschaffender aus, so zum Beispiel für Emmy Göring und Veit Harlan, den Regisseur des antisemitischen Werks „Jud Süß“. Neben Gründgens Wirken als Generalintendant beschäftigte sich die Entnazifizierungskommission mit seinem Anwesen in Zeesen, das er im Jahr 1934 mit Hilfe eines SA-Juristen aus jüdischem Besitz und unter Wert erworben hatte. Da Gründgens laut eigenen Angaben weder über den politischen Hintergrund des Rechtsanwalts noch über den Kaufwert der Immobilie informiert gewesen war und auch der ursprüngliche Eigentümer an seiner Schuld zweifelte, wurde diese Angelegenheit nicht weiterverfolgt; erst 1998 wurde

der Landsitz im Rahmen eines Gerichtsverfahrens rückübertragen. Während die Entnazifizierungskommission in Berlin den Künstler „nicht als Nutznießer des Systems“ betrachtete (Meiszius, S. 245) und ihm ab 1946 die Tätigkeit als Schauspieler und Regisseur bewilligte, stufte ihn die britische Militärregierung in Düsseldorf aufgrund seiner Ämter im Dritten Reich als „Mitläufer“ ein. Aus Sorge um den neuen Intendanten der Städtischen Bühnen bemühte sich Oberstadtdirektor Walther Hensel um eine Revision; 1948 wurde Gründgens endgültig entnazifiziert.

Obwohl Gustaf Gründgens zu den populärsten Künstlern des Dritten Reiches avancierte und finanziell erheblich profitierte, gehörte er doch gleichzeitig einer Bevölkerungsgruppe an, die nationalsozialistischen Verfolgungsmaßnahmen ausgesetzt war. Dementsprechend erschwert die Widersprüchlichkeit seines Handelns eine historische Einordnung seiner Person: „Er war – je nach Perspektive – der skrupellose, erfolgssüchtige Karrierist [...] oder der menschlich integre und dabei persönlich gefährdete Intendant, der mit seinem Theater einen Freiraum innerhalb des totalitären Staates schuf und couragiert bedrohte Kollegen schützte.“ (Blubacher 2013, S. 7)

Kategorie: C

Begründung: historisch minderbelastet

Literatur

Berger, Renate: Tanz auf dem Vulkan. Gustaf Gründgens und Klaus Mann, Darmstadt 2016.

Blubacher, Thomas: Gustaf Gründgens. Biografie, Leipzig 2013.

Blubacher, Thomas: Gustaf Gründgens. Hamburg 2011.

Goertz, Heinrich: Gustaf Gründgens. In Selbstzeugnissen und Bilddokumenten, Reinbek 1982.

Jammerthal, Peter: *Die „erste Bühne des Reiches“*. Gustaf Gründgens und das Berliner Staatstheater, In: Benz, Wolfgang/Eckel, Peter/Nachama, Andreas (Hrsg.): Kunst im NS-Staat. Ideologie, Ästhetik, Protagonisten, Berlin 2015, S. 219-232.

Lindeiner-Stráský, Karina: *„Görings glorreichste Günstlinge“*. The Portrayal of Wilhelm Furtwängler and Gustaf Gründgens as Good Germans in the West German Media since 1945, In: O Dochartaigh, Pól/Schönfeld, Christiane (Hrsg.): Representing the „Good German“ in Literature and Culture after 1945. Altruism and Moral Ambiguity, Rochester 2013, S. 29-49.

Meiszies, Winrich: *Gustav Gründgens (1899–1963)*. In: Rheinische Lebensbilder, Band 16, Köln 1997, S. 239–254.

Michalzik, Peter: Gustaf Gründgens. Der Schauspieler und die Macht, Berlin 1999.

Petropoulos, Jonathan: Artists under Hitler. Collaboration and Survival in Nazi Germany, Yale 2014.

Schrader, Bärbel: *„Jederzeit widerruflich“*. Die Reichskulturkammer und die Sondergenehmigungen in Theater und Film des NS-Staates, Berlin 2008.

Stern, Carola: Auf den Wassern des Lebens. Gustaf Gründgens und Marianne Hoppe, Köln 2005.

Walach, Dagmar: Aber ich habe nicht mein Gesicht. Gustaf Gründgens, eine deutsche Karriere, Berlin 1999.

Quellen

Katasteramt Düsseldorf

Akte „Gustaf-Gründgens-Platz“

Carl Zuckmayer: Geheimreport. Dossiers über deutsche Künstler, Journalisten und Verleger im „Dritten Reich“. Hrsg. von Gunther Nickel und Johanna Schrön. Wallstein, Göttingen 2002

Badenhausen, Rolf/Gründgens-Gorski, Peter (Hrsg.): Gustaf Gründgens. Briefe – Aufsätze – Reden, Hamburg 1967.

Straßen-/Platzname: Gurlittstraße

Datum der Benennung: 25. 02. 1965

Begründung der Benennung

„Unter seiner Leitung wurde der Kunstverein zum größten seiner Art in Deutschland und durch die von ihm gepflegte Ausweitung des Programms auch auf literarische und musikalische Veranstaltungen zu einem Sammelpunkt des kulturellen Lebens in Düsseldorf.“

Hildebrand Gurlitt *„hat in den Jahren nach dem Zweiten Weltkriege dem Wiederaufbau des kulturellen Lebens in Düsseldorf sowohl durch seine Ausstellungstätigkeit wie durch seine kulturelle Arbeit überhaupt wesentliche Akzente gegeben. [...] Darüber hinaus war er eine derart profilierte Persönlichkeit, dass sie aus dem kulturellen Leben Düsseldorfs nicht wegzudenken ist.“*

Name, Titel, Beruf oder Amt

Hildebrand Gurlitt (1895-1956), deutscher Kunsthistoriker und Kunsthändler.

Kurzbiographie / Verdienste

Der Enkel des Landschaftsmalers Louis Gurlitt studierte nach seinem Militärdienst im Ersten Weltkrieg zunächst Kunstgeschichte, bevor er die Leitungen des König-Albert-Museums in Zwickau (1925-1930) und des Hamburger Kunstvereins (1931-1933) übernahm. Im Dritten Reich arbeitete Gurlitt als Kunsthändler und wurde als Haupteinkäufer für das geplante Führermuseum in Linz mit der Zusammentragung von Kunstwerken beauftragt. Als Geschäftsführer des renommierten Düsseldorfer „Kunstvereins für die Rheinlande und Westfalen“ widmete er sich nach Kriegsende der Rehabilitierung der von den Nationalsozialisten diffamierten „entarteten Kunst“, realisierte moderne Ausstellungskonzepte und baute den Verein zu einer der führenden deutschen Kunstinstitutionen auf.

Nationalsozialismus

Mit der Bekanntgabe des sogenannten „Schwabinger Kunstfundes“ im Jahr 2013 sind der Kunsthistoriker Hildebrand Gurlitt und dessen Wirken im Nationalsozialismus schlagartig in den Mittelpunkt des öffentlichen und wissenschaftlichen Interesses gerückt. Die ungeklärte Herkunft seiner etwa 1600 Gemälde und Graphiken umfassenden Kunstsammlung – zahlreiche dieser Werke hatten seit dem Dritten Reich als verschollen gegolten – löste eine in der deutschen Nachkriegsgeschichte beispiellose Diskussion über NS-Raubkunst aus, deren „hoher Grad an Skandalisierung“ (Meier u.a., S. 21) Hildebrand Gurlitt als gewissenlosen Nutznießer der nationalsozialistischen Kulturpolitik erscheinen ließ. Mittlerweile ist die Zahl der verdächtigen Bilder allerdings „wie ein Schneemann in der Sonne zusammengeschmolzen“ (Remy, S. 24); bis heute (Stand März 2019) konnten lediglich fünf Werke eindeutig als Raubkunst identifiziert und an die Nachfahren ihrer ursprünglichen Eigentümer zurückgegeben werden. Aktuelle Studien zu Gurlitts Biographie zeichnen die

widersprüchliche und komplexe Rolle des Kunsthändlers nach, der „im Nationalsozialismus unter Druck geriet, mitmischte und sich [schließlich] verstrickte“. (Hoffmann/Kuhn, S. 11)

Bereits vor der Machtergreifung Adolf Hitlers im Jahr 1933 hatte sich der von den Nationalsozialisten propagierte Begriff der „entarteten Kunst“ zunehmend in der Kulturlandschaft der Weimarer Republik etabliert. Aufgrund seines Engagements für eben jene künstlerische Avantgarde verlor Hildebrand Gurlitt 1930 zunächst sein Amt als Direktor des König-Albert-Museums in Zwickau, bevor er drei Jahre später auch die Leitung des Hamburger Kunstvereins abgeben musste; der Kunsthistoriker hatte demonstrativ die angeordnete nationalsozialistische Beflaggung des Kunstvereinsgebäudes verweigert. Da ihm als sogenannter „Vierteljude“ – seine Großmutter war Jüdin – fortan eine leitende Stellung in Kulturinstitutionen verwehrt wurde, aber zunächst keine systematische Verfolgung drohte, machte sich Gurlitt als Kunsthändler selbstständig und gründete eine Galerie. Zu diesem Zweck meldete er 1934 seine Mitgliedschaft in der „Reichskammer der bildenden Künste“ an, die eine Voraussetzung für den Handel mit Kulturgut darstellte. In den folgenden Jahren organisierte er eigene Ausstellungen mit Werken der geächteten modernen Kunst und unterstützte zahlreiche verfolgte Künstler, Mäzene und Sammler, „profitierte [allerdings] immer mehr von der antisemitischen Politik des Dritten Reiches, gegen das er gleichzeitig Widerstand leistete“. (Hickley, S. 64) Im Zuge seiner Geschäfte mit Kunstwerken aus jüdischem Besitz erwarb er einige Bilder zunächst unter Wert und verkaufte diese später gewinnbringend weiter.

Angesichts der sogenannten „Zwangsarisierung“ der deutschen Wirtschaft, der staatlichen Beschlagnahmung „entarteter Kunst“ und der wiederholten Aufforderung, einen Abstammungsnachweis zu erbringen, fürchtete Hildebrand Gurlitt 1938 um seine berufliche und private Existenz. In dieser Situation empfahl er sich dem Propagandaministerium, das mit der devisenbringenden Veräußerung der enteigneten Kunstwerke beauftragt worden war, als Verkäufer. Bis 1941 übernahm der Kunsthändler von den Nationalsozialisten knapp 4000 Gemälde, Aquarelle und Graphiken, die er entgegen der Bestimmungen auch im Inland vermittelte; dabei brachte ihm jeder Umsatz eine Provision ein, die bis zu 25% der Verkaufssumme ausmachen konnte. Darüber hinaus schloss Gurlitt lukrative Tauschgeschäfte ab. Nach dem Abschluss dieser „Verwertungsaktion“ wurde Hildebrand Gurlitt als Haupteinkäufer für das geplante Führermuseum an der Donau akquiriert. Für den „Sonderauftrag Linz“ erwarb er ab 1943 mehrere hundert Kunstwerke im besetzten Ausland, darunter geraubte Bilder und Skulpturen aus öffentlichem und privatem Besitz. Ferner vermittelte er beschlagnahmtes Kulturgut auch an andere deutsche Museen.

In seinem Entnazifizierungsverfahren rechtfertigte Hildebrand Gurlitt seine Tätigkeit mit seiner jüdischen Abstammung und der Angst vor Zwangsarbeit; zahlreiche Entlastungszeugen verhalfen ihm schließlich zum Freispruch. Über den Grad seiner Verstrickung herrscht in der Forschung weitestgehend Konsens: Gurlitt gilt als „einer der bedeutendsten und umtriebigen Kunsthändler“ (Terlau, S. 19) des Dritten Reiches. Allerdings ist die Frage nach der moralischen Bewertung seines Handelns nicht abschließend zu beantworten. Während Hildebrand Gurlitt von den Geschäften mit „entarteter Kunst“ finanziell erheblich profitierte, gehörte er doch gleichzeitig zu jener

Bevölkerungsgruppe, die nationalsozialistischen Verfolgungsmaßnahmen ausgesetzt war. Darüber hinaus hat er durch die eigenmächtige Vermittlung von Raubkunst an deutsche Sammler und Museen deren großangelegte Verbannung aus Deutschland „am nachhaltigsten sabotiert“. (Hoffmann, „Saboteur und Profiteur“, S. 160)

Kategorie: B

Begründung: herausragende Stellung im Dritten Reich

Literatur

Gramlich, Johannes/Hopp, Meike: „*Gelegentlich wird Geist zu Geld gemacht.*“ *Hildebrand Gurlitt als Kunsthändler im Nationalsozialismus*, In: Kunstmuseum Bern/Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland GmbH (Hrsg.): Bestandsaufnahme Gurlitt. München 2017, S. 32-47.

Hoffmann, Meike/Kuhn, Nicola: *Hitlers Kunsthändler Hildebrand Gurlitt 1895–1956. Die Biographie*, München 2016.

Hoffmann, Meike: *Saboteur und Profiteur. Hildebrand Gurlitt als Händler „entarteter“ Kunst*, In: Fleckner, Uwe/Gaehetgens, Thomas/Huemer, Thomas (Hrsg.): *Markt und Macht. Der Kunsthandel im Dritten Reich*, Berlin 2017, S. 141-165.

Hoffmann, Meike: *Der lange Schatten der Vergangenheit. Eine kritische Betrachtung von Hildebrand Gurlitts Lebensweg*, In: Kunstmuseum Bern/Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland GmbH (Hrsg.): *Bestandsaufnahme Gurlitt*. München 2017, S. 16-27.

Hickley, Catherine: *Gurlitts Schatz. Hitlers Kunsthändler und sein geheimes Erbe*, Wien 2016.

Kracht, Isgard: *Im Einsatz für die deutsche Kunst. Hildebrand Gurlitt und Ernst Barlach*, In: Steinkamp, Maïke/Haug, Ute (Hrsg.): *Werke und Werte. Über das Handeln und Sammeln von Kunst im Nationalsozialismus*, Berlin 2010, S. 41-60.

Meier, Oliver/Feller, Michael/Christ, Stefanie: *Der Gurlitt-Komplex. Bern und die Raubkunst*, Zürich 2017.

Remy, Maurice Philip: *Der Fall Gurlitt. Die wahre Geschichte über Deutschlands größten Kunstskandal*, Berlin/München/Zürich/Wien 2017.

Schwarz, Birgit: *Hildebrand Gurlitt und der „Sonderauftrag Linz“*. In: Kunstmuseum Bern/Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland GmbH (Hrsg.): *Bestandsaufnahme Gurlitt*. München 2017, S. 48-55.

Terlau, Katja: *Hildebrand Gurlitt (1895-1956) und sein Wirkungskreis in der NS-Zeit*. In: Heil, Johannes/Weber, Annette (Hrsg.): *Ersessene Kunst. Der Fall Gurlitt*, Berlin 2015, S. 19-36.

Quellen

Stadtarchiv Düsseldorf

IV 18025 / Band 2

IV 52054 / Band 7

0-1-7-1942.0000 / Blatt 655

0-1-7-1937.0000 / Blatt 543c

Straßen-/Platzname: Haberstraße

Datum der Benennung: 13. 11. 1958

Begründung der Benennung

Mit der Straßenbenennung sollte „*einer der bedeutendsten Vertreter der modernen Chemie*“ geehrt werden.

Name, Titel, Beruf oder Amt

Fritz Haber (1868-1934), deutscher Chemiker.

Kurzbiographie/Verdienste

Nach Studium und Promotion betätigte sich Fritz Haber zunächst im Bereich der Brennstoffchemie und habilitierte sich über die Verbrennung von Kohlewasserstoffen. Das von ihm entdeckte Verfahren zur Ammoniaksynthese wurde in Zusammenarbeit mit dem Chemiker Carl Bosch für die industrielle Ammoniakgewinnung weiterentwickelt (Haber-Bosch-Verfahren), um die Produktion von Kunstdünger und Sprengstoff zu ermöglichen. 1918 erhielt Haber den Nobelpreis für Chemie und gründete zwei Jahre später die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG). Als Leiter des Kaiser-Wilhelm-Instituts für physikalische Chemie wurde er zu Beginn des Ersten Weltkriegs mit der Entwicklung von Gaskampfstoffen betraut und überwachte 1915 den deutschen Gasangriff bei Ypern. Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten im Jahr 1933 emigrierte der Wissenschaftler jüdischer Abstammung nach Großbritannien.

Militarismus

Fritz Haber zählt zu den bedeutendsten Wissenschaftlern des 20. Jahrhunderts und leistet mit seinen Entwicklungen zur Kunstdüngerproduktion nach wie vor einen entscheidenden Beitrag zur Ernährung der Weltbevölkerung. Über dessen Einsatz in der Kampfstoff-Forschung des Ersten Weltkriegs ist allerdings lange Zeit hinweggesehen worden; eine ausführliche Auseinandersetzung mit der Biographie des Chemikers begann erst in den 1990er Jahren. Die gegenwärtige Forschung zeichnet ein zwiespältiges Bild des Nobelpreisträgers, der für seine Verdienste um die Wissenschaft ebenso gewürdigt wie verachtet wird.

Wie viele Deutsche jüdischer Abstammung stellte sich auch der „überdurchschnittlich assimilationsbereite“ (Szöllösi-Janze, Biographie S. 63) und bereits im Jahr 1892 zum Protestantismus übergetretene Fritz Haber bei Ausbruch des Ersten Weltkriegs in den Dienst des Deutschen Kaiserreiches. Zusammen mit zahlreichen Vertretern der intellektuellen Elite unterzeichnete er im Herbst 1914 das Propaganda-Manifest „An die Kulturwelt!“, in dem jegliche Kriegsschuld Deutschlands abgestritten und der Einsatz militärischer Gewalt zum Schutz der deutschen Kultur legitimiert wurde. Dementsprechend bot sich der Wissenschaftler dem Kriegsministerium als Berater an und befasste sich als chemischer Leiter der neu eingerichteten Kriegsrohstoffbehörde zunächst mit der Versorgungskrise an der Front; ungenügende Munitions- und Sprengstoffvorräte bedrohten den deutschen

Vormarsch. Haber koordinierte die großtechnische Durchführung des von ihm selbst entwickelten Verfahrens zur Ammoniaksynthese, um die Sprengstoffherstellung zu gewährleisten, und arbeitete an der Verbesserung von Explosivstoffen.

Angesichts des erstarren Stellungskriegs an der Westfront wurden Pläne für den strategischen Einsatz von Giftstoffen entworfen, die den Gegner gezielt schädigen und kampfunfähig machen sollten. Am 22. April 1915 organisierte und überwachte Fritz Haber an einem Frontabschnitt bei Ypern in Belgien den ersten deutschen Gasangriff der Geschichte; das aus Stahlflaschen abgelassene Chlorgas tötete tausende alliierte Soldaten und leitete ein Wettrüsten unter allen kriegsbeteiligten Staaten ein. Unter Habers Führung entwickelte sich das Kaiser-Wilhelm-Institut für physikalische Chemie daraufhin „zur zentralen Einrichtung für die Erforschung und Entwicklung von chemischen Kampfstoffen“ (Rürup, S. 213) und er selbst avancierte „zum einem der wichtigsten Wissenschaftsorganisatoren des Ersten Weltkriegs“ (Schmaltz, S. 18).

Obwohl der Chemiker nach Kriegsende von den Alliierten zeitweise als Kriegsverbrecher gesucht wurde, verteidigte er den Einsatz chemischer Kampfstoffe als „*größte technische Neuerung des Landkrieges*“. In der Weimarer Republik setzte er seine Forschung auf dem Gebiet der Schädlingsbekämpfung fort, was ihn unfreiwillig und unwissentlich zu einem Wegbereiter des Holocausts werden ließ; das unter seiner Leitung von der Deutschen Gesellschaft für Schädlingsbekämpfung (Degesch) entwickelte Mittel Zyklon B ermöglichte später den industriell organisierten Massenmord in den Konzentrationslagern des Dritten Reiches, dem auch seine eigenen Verwandten zum Opfer fielen. Anfang der 1920er Jahre hatte Haber die Wirkung des Giftgases fatalerweise noch verharmlost: „*Die Einatmung der Blausäure belästigt in keiner Weise. Man kann nicht angenehmer sterben.*“

Kategorie: B

Begründung: herausragender Militarismus

Literatur

Charles, Daniel: *Between Genius and Genocide. The Tragedy of Fritz Haber, Father of Chemical Warfare*, London 2005.

Deichmann, Ute: *Flüchten, Mitmachen, Vergessen. Chemiker und Biochemiker in der NS-Zeit*, Köln 2001.

Kaiser, Gerhard: *Wie die Kultur einbrach. Giftgas und Wissenschaftsethos im Ersten Weltkrieg*, In: *Merkur*, Nr. 56 (2002), H. 635, S. 210-222.

Orth, Karin: *Vertreibung aus dem Wissenschaftssystem. Gedenkbuch für die im Nationalsozialismus vertriebenen Gremienmitglieder der DFG*, Stuttgart 2018.

Rürup, Reinhard: *Schicksale und Karrieren. Gedenkbuch für die von den Nationalsozialisten aus der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft vertriebenen Forscherinnen und Forscher*, Göttingen 2008.

Szöllösi-Janze, Margit: *Fritz Haber 1868–1934. Eine Biographie*, München 1998.

Szöllösi-Janze, Margit: *Der Wissenschaftler als Experte. Kooperationsverhältnisse von Staat, Militär, Wirtschaft und Wissenschaft 1914-1933*, In: Kaufmann, Doris (Hrsg.): *Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus. Bestandsaufnahme und Perspektiven der Forschung*, Band 1, Göttingen 2000, S. 46-64.

Schmaltz, Florian: *Chemie als Waffe. Fritz Haber und Richard Willstätter im Ersten Weltkrieg*, In: Crouthamel, Jason/Heikau, Ulrike (Hrsg.): *Krieg! Juden zwischen den Fronten 1914-1918*, Berlin 2014, S. 185-214.

Schmaltz, Florian: *Kampfstoff-Forschung im Nationalsozialismus. Zur Kooperation von Kaiser-Wilhelm-Instituten, Militär und Industrie*, Göttingen 2017.

Stoltzenberg, Dietrich: *Fritz Haber. Chemiker, Nobelpreisträger, Deutscher Jude, Eine Biographie*, Weinheim 1998.

Quellen

Haber, Fritz: *Zur Geschichte des Gaskrieges*. In: Haber, Fritz (Hrsg.): *Fünf Vorträge aus den Jahren 1920–1923*. Berlin 1924, S. 76-91.

Haber, Fritz: *Die Chemie im Kriege*. In: Haber, Fritz (Hrsg.): *Fünf Vorträge aus den Jahren 1920–1923*. Berlin 1924, S. 25-41.

Stadtarchiv Düsseldorf

IV 52054 / Band 7

0-1-7-1941.0000 / Blatt 513

0-1-7-1937.0000 / Blatt 408

Straßen-/Platzname: Albrecht-von-Hagen-Platz

Datum der Benennung: 14. 07. 1945

Begründung der Benennung:

Albrecht von Hagen gehörte zu den Männern, „*welche im Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 den Tod gefunden haben.*“

Name, Titel, Beruf oder Amt

Albrecht von Hagen (1904-1944), deutscher Jurist, Leutnant der Wehrmacht und Widerstandskämpfer im Nationalsozialismus.

Kurzbiographie / Verdienste

Nach seinem Jurastudium arbeitete Albrecht von Hagen zunächst als Amtsrichter, bevor er 1931 eine Anstellung als Syndikus bei einem Kreditinstitut erhielt. Mitte der 1930er Jahre absolvierte er freiwillige Lehrgänge der Wehrmacht, sodass er bei Ausbruch des Zweiten Weltkriegs als Leutnant der Reserve eingezogen wurde; zwischen 1940 und 1943 nahm von Hagen sowohl am Frankreichfeldzug als auch am Angriff auf die Sowjetunion teil. Während seiner Stationierung in Afrika machte er Bekanntschaft mit Claus Schenk Graf von Stauffenberg, der ihn für den Widerstand gewinnen konnte. Nach seiner Versetzung in die Organisationsabteilung des Oberkommandos des Heeres verwahrte der Oberleutnant das für einen Anschlag bestimmte Sprengmaterial und wurde nach den Ereignissen des 20. Juli 1944 in Berlin-Plötzensee hingerichtet.

Nationalsozialismus

Obwohl Albrecht von Hagen maßgeblich an der Organisation des Sprengstoffs für mehrere geplante Hitler-Attentate beteiligt war und damit zu den wichtigsten Mitgliedern der Widerstandsgruppe um Claus Schenk Graf von Stauffenberg zählt, hat sich die historische Forschung bislang nicht ausführlich mit seiner Person befasst. Der Jurist hatte dem Nationalsozialismus anfangs durchaus aufgeschlossen gegenübergestanden, bevor er angesichts der gesellschaftspolitischen Entwicklungen auf Distanz ging und sich schließlich dem aktiven Widerstand anschloss.

Wie viele Angehörige seiner Generation, die die politische Instabilität der Weimarer Republik mit Sorge betrachteten, befürwortete Albrecht von Hagen Bestrebungen zur „Erneuerung Deutschlands“ und hielt diese „von Politikern, die sich national und zugleich sozial verstanden, am ehesten realisierbar.“ (Albrecht. S. 27) Gleichzeitig verweigerte er nach der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten den Eintritt in die NSDAP, was zu einer dauerhaften Beobachtung durch die Gestapo und zu einer Denunziation bei seinem Arbeitgeber führte. Obwohl der junge Syndikus die Vorwürfe entkräften konnte und ihn die Stettiner „Bank für Industrieobligationen“ nach Berlin versetzte, wo er zum Handlungsbevollmächtigten aufstieg, wurde er weiterhin überwacht.

Angesichts der Aufrüstung des NS-Regimes und der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht absolvierte Albrecht von Hagen Mitte der 1930er Jahre militärische Lehrgänge,

um sich auf einen möglichen Dienst in der Wehrmacht vorzubereiten; Hitlers aggressive Außenpolitik lehnte er allerdings entschieden ab. Zu Beginn des Zweiten Weltkriegs wurde der Jurist als Leutnant der Reserve zur 10. Panzerdivision einberufen und sowohl im Frankreich- als auch im Russlandfeldzug eingesetzt, wo er mit den Verbrechen an der Zivilbevölkerung konfrontiert wurde. Während seiner Stationierung in Tunesien traf von Hagen 1943 auf Claus Schenk Graf von Stauffenberg, der ihn für den Widerstand gewinnen konnte.

Nach seiner Beförderung zum Oberleutnant und der Versetzung in die Organisationsabteilung des Oberkommandos des Heeres wurde der Jurist unter seinem Vorgesetzten und Mitverschwörer Hellmuth Stief mit der Problematik der Kriegsspitzengliederung betraut. Darüber hinaus übernahm er den Kurierdienst zwischen dem „Führerhauptquartier“ in Ostpreußen und dem Allgemeinen Heeresamt in Berlin. Zusammen mit Major Joachim Kuhn organisierte und verwahrte Albrecht von Hagen mehrere Sprengstoffpakete, die jedoch nicht zum Einsatz kamen. Im Mai 1944 übergab er Sprengmaterial an Hellmuth Stief, das dieser an Stauffenberg weiterleitete. Nach dem Scheitern des Umsturzes vom 20. Juli 1944 wurde Albrecht von Hagen vor dem Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und in Berlin-Plötzensee hingerichtet.

Kategorie: C

Begründung: Vorbildfunktion / selbstreflektierendes Handeln / persönliche Entwicklung

Literatur

Albrecht, Dagmar: „Mit meinem Schicksal kann ich nicht hadern“. Sippenhaft in der Familie Albrecht von Hagen, Berlin 2001.

Hofmann, Peter: Stauffenbergs Freund. Die tragische Geschichte des Widerstandskämpfers Joachim Kuhn. München 2007.

Hoffmann, Peter: Widerstand – Staatsstreich - Attentat. Der Kampf der Opposition gegen Hitler, München 1985.

Steinbach, Peter/Tuchel, Johannes (Hrsg.): Lexikon des Widerstandes 1933-145. München 1994.

Quellen

Jacobsen, Hans-Adolf (Hrsg.): "Spiegelbild einer Verschwörung". Die Opposition gegen Hitler und der Staatsstreich vom 20. Juli 1944 in der SD-Berichtserstattung, Geheime Dokumente aus dem ehemaligen Reichssicherheitshauptamt, Band 1 und 2, Stuttgart 1984.

Stadtarchiv Düsseldorf
0-1-7-1937.0000 / Blatt 516

Straßen-/Platzname: Otto-Hahn-Straße

Datum der Benennung: 29. 08. 1980

Begründung der Benennung

Otto Hahn „entdeckte mit Fritz Straßmann 1938 die Kernspaltung des Urans.“

Name, Titel, Beruf oder Amt

Otto Emil Hahn (1879-1968), deutscher Chemiker.

Kurzbiographie / Verdienste

Nach der Promotion und verschiedenen Forschungstätigkeiten im In- und Ausland arbeitete Otto Hahn auf dem Gebiet der Radiochemie; 1910 erhielt er seine Berufung zum Professor. Im Ersten Weltkrieg war der Chemiker für die militärische Giftgas-Einheit unter Fritz Haber tätig. Als Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Chemie erforschte Otto Hahn zusammen mit der Physikerin Lise Meitner und dem Chemiker Fritz Straßmann radioaktive Elemente; 1938 gelang ihnen die Entdeckung der Kernspaltung. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und einer kurzen Internierung in Großbritannien wurde Hahn zum Präsidenten des Max-Planck-Instituts ernannt und erhielt den Nobelpreis für Chemie. Sein Einsatz für ein Atomwaffenverbot wurde 1954 mit dem Bundesverdienstkreuz geehrt; 1959 erfolgte die Gründung des Hahn-Meitner-Instituts für Kernforschung in Berlin.

Militarismus / Nationalsozialismus

Obwohl Otto Hahn durch die Entdeckung der Atomkernspaltung zu den bedeutendsten Persönlichkeiten der deutschen Wissenschaftsgeschichte zählt und in der Bundesrepublik parteiübergreifend hochgeschätzt wurde, ist das öffentliche Bild des Radiochemikers mittlerweile Gegenstand zahlreicher Diskussionen. Diese Entwicklung ist zum einen mit der allgemeinen Ablehnung der Kernkraft verbunden, basiert jedoch hauptsächlich auf Hahns Engagement für den Giftgaskrieg und seiner komplexen Rolle im Wissenschaftsbetrieb des Dritten Reiches. Darüber hinaus wird die Einordnung seiner Person in den historischen Kontext durch die konträren Einschätzungen der Fachhistoriker erschwert; während die einen den Wissenschaftler als Kollaborateur des NS-Regimes betrachten, lehnen andere dieses „Pauschalurteil“ (Trömel, S. 236) ausdrücklich ab und empfehlen eine differenziertere Betrachtung.

Zu Beginn des Ersten Weltkriegs diente der einberufene Otto Hahn zunächst als Leutnant an der Westfront, bevor er im Jahr 1915 der von Fritz Haber geleiteten Spezialeinheit für chemische Kriegsführung zugeteilt wurde. Als sogenannter „Gaspionier“ erkundete er geeignete Stellungen für den Giftgasangriff an der Front, entwickelte Gasgranaten und arbeitete an der Verbesserung von Schutzmasken. Wie der Großteil der deutschen Bevölkerung hatte der Chemiker bei Kriegsausbruch an ein „*siegreiches Ende*“ geglaubt und sich „*durchaus mit Überzeugung*“ an der Giftgasforschung beteiligt, setzte sich später allerdings kritisch mit seiner Verantwortung auseinander: „*Der ständige Umgang mit diesen starken Giftstoffen hatte uns so weit abgestumpft, daß [sic] wir beim Einsatz an der Front*

keinerlei Skrupel hatten.“ Beim Anblick der sterbenden Soldaten sei er *„tief beschämt und innerlich sehr erregt“* gewesen.

Es gilt als unbestritten, dass sich Otto Hahn mit den wissenschaftspolitischen Rahmenbedingungen des Dritten Reiches arrangierte und sich von der unverhofften Entdeckung der Kernspaltung im Jahr 1938 eine „Festigung seiner Position“ (Keiser, S. 290) versprach. Zu Beginn des Zweiten Weltkriegs stellte er das Kaiser-Wilhelm-Institut für Chemie in den Dienst des Heereswaffenamts (HWA), das mit Hilfe seines Uranprogramms den Bau eines Kernreaktors sowie die Entwicklung einer Kernwaffe anstrebte. Dieses Vorhaben scheiterte letztendlich an den fehlenden technologischen Voraussetzungen, und nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches versuchte Otto Hahn, seine eigene Beteiligung als reine Grundlagenforschung abzutun. Auch wenn diese Darstellung wohl als Schutzbehauptung gelten kann, wird der in der Vergangenheit geäußerte Vorwurf der kriegsbegeisterten „Selbstmobilisierung“ (Sime, S. 303) in jüngeren Studien angezweifelt. Fest steht allerdings, dass Hahns Institut unter dessen Leitung keinen Beitrag zu den deutschen Kriegsanstrengungen geleistet hat. Darüber hinaus setzte sich das Ehepaar Hahn als Gegner der nationalsozialistischen Weltanschauung nachweislich für zahlreiche jüdische Mitarbeiter und Bekannte ein.

Nach wie vor streitet sich die Forschung auch über die Rechtmäßigkeit des Hahnschen Nobelpreises, mit dem der Chemiker 1944 für die Entdeckung der Kernspaltung ausgezeichnet wurde. Diese resultierte nachweislich aus gemeinschaftlichen Experimenten sowie - im Fall Lise Meitners – einer jahrzehntelangen Zusammenarbeit; die jüdische Physikerin hatte auch nach ihrer Emigration wesentliche Beiträge geliefert. Während Kritiker Otto Hahn vorwerfen, seine Arbeitskollegin vorsätzlich „aus der Geschichte der Entdeckung herausgeschrieben zu haben“ (Walker, S. 51), steht diese Anschuldigung für seine Befürworter „in krassem Gegensatz“ (Trömel, S. 175) zu den historischen Quellen.

Nach Kriegsende wurde Otto Hahn zusammen mit anderen führenden deutschen Wissenschaftlern zunächst in Großbritannien interniert, bevor er sich in Göttingen niederließ. Unter dem Eindruck der US-amerikanischen Atombombenangriffe auf Hiroshima lehnte der Chemiker den militärischen Einsatz der Kernenergie entschieden ab und engagierte sich bis zu seinem Lebensende für die atomare Abrüstung.

Kategorie: C

Begründung: persönliche Entwicklung

Literatur

Deichmann, Ute: *Flüchten, Mitmachen, Vergessen. Chemiker und Biochemiker in der NS-Zeit*, Weinheim 2001.

Hoffmann, Klaus: *Otto Hahn. Schuld und Verantwortung, Konflikte eines Wissenschaftlers*, Berlin 1993.

Keiser, Vera: *Hat Otto Hahn mit den Nazis kollaboriert? Eine Analyse des Aufsatzes „Die Uranspaltung hat da die ganze Situation gerettet.“ Otto Hahn und das Kaiser-Wilhelm-Institut für Chemie im Zweiten Weltkrieg von Ruth Lewin Sime*, In: Keiser, Vera (Hrsg.): *Radiochemie, Fleiß und Intuition. Neue Forschungen zu Otto Hahn*, Berlin 2018, S. 271-348.

Klee, Ernst: *Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945*, Frankfurt am Main 2003.

Lorenz, Robert: *Otto Hahn. Der atomare Fluch und Segen*, In: Marg, Stine/ Walter, Franz (Hrsg.): *Göttinger Köpfe und ihr Wirken in die Welt*. Göttingen 2012, S. 89–93.

Sime, Ruth Lewin: *„Die Uranspaltung hat da die ganze Situation gerettet.“ Otto Hahn und das Kaiser-Wilhelm-Institut für Chemie im Zweiten Weltkrieg*, In: Maier, Helmut (Hrsg.): *Gemeinschaftsforschung, Bevollmächtigte und der Wissenstransfer. Die Rolle der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im System kriegsrelevanter Forschung im Nationalsozialismus*. Göttingen 2007, S. 268-304.

Trömel, Martin: *Otto Hahn und die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Zerrspiegel neuerer Kritik*. In: Keiser, Vera (Hrsg.): *Radiochemie, Fleiß und Intuition. Neue Forschungen zu Otto Hahn*, Berlin 2018, S. 167-244.

Walker, Mark: *Otto Hahn. Verantwortung und Verdrängung*, (Hrsg.): Max-Planck-Gesellschaft, Vorabdrucke aus dem Forschungsprogramm „Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus“, Berlin 2003.

Quellen

Hahn, Otto: *Mein Leben*. München 1968.

Hahn, Otto: *Beziehung zu Nichtariern 1933-1945*. In: Keiser, Vera (Hrsg.): *Radiochemie, Fleiß und Intuition. Neue Forschungen zu Otto Hahn*, Berlin 2018, S. 249-267.

Straßen-/Platzname: Max-Halbe-Straße

Datum der Benennung: 23. 04. 1956

Begründung der Benennung

Anlässlich der Danziger Tagung im Jahr 1955 suchte Anneliese Halbe - die Tochter Max Halbes - das Düsseldorfer Kulturrat auf und bat darum, eine Straßenbenennung nach ihrem Vater in Erwägung zu ziehen. Dieses Anliegen wurde mit der Düsseldorfer Patenschaft für die Stadt Danzig begründet, die 1925 eine Ehrenbürgerschaft an Max Halbe verliehen hatte. Auf der Gedenkfeier zu Halbes 90. Geburtstag im Oktober 1955 ließ der Oberbürgermeister verkünden, dass ein entsprechender Antrag an den Stadtrat weitergeleitet werde. Da zu diesem Zeitpunkt keine Neuanlegung von Straßen in den sogenannten „Dichtervierteln“ vorgesehen war, wurde die Einrichtung einer „Max-Halbe-Straße“ *„dringend vorgemerkt“*; die Straßenbenennung erfolgte schließlich im April 1956 in Düsseldorf-Mörsenbroich.

Name, Beruf, Amt oder Funktion

Maximilian Halbe (1865-1944), deutscher Schriftsteller und Dichter.

Kurzbiographie / Verdienste

Nach dem Studium der Rechtswissenschaft, Geschichte und Philologie widmete sich der aus der Nähe von Danzig stammende Max Halbe der Schriftstellerei und näherte sich in seinen Werken zunächst dem Naturalismus an. Mit seinem Liebesdrama „Jugend“, das sich mit den moralischen Werten des Bürgertums auseinandersetzt, feierte er 1893 seinen größten Erfolg. Später wandte sich Halbe der mystischen und impressionistischen Dichtung zu und ließ dabei Erinnerungen und Motive aus seiner westpreußischen Heimat einfließen. Ab 1895 lebte Halbe als freier Schriftsteller in München, wo er das „Intime Theater für dramatische Experimente“ gründete; 1899 war er Mitbegründer der „Münchener Volksbühne“.

Rassismus / Chauvinismus / Nationalsozialismus

Obwohl Max Halbe zur den bekanntesten Schriftstellern des frühen 20. Jahrhunderts zählt, ist er in der Literaturwissenschaft weitestgehend in Vergessenheit geraten. Diese Entwicklung basierte nicht zuletzt auf seiner opportunistischen Haltung im Dritten Reich; der Schriftsteller ließ sich bereitwillig vereinnahmen, sodass *„sein Werk hinter der politischen Verwertbarkeit seines Namens schon zu Lebzeiten zurücktrat“*. (Loew 2009, S. 117)

Der auf dem Gebiet des ehemaligen Westpreußen aufgewachsene Schriftsteller übernahm schon früh die antipolnischen Ressentiments seiner Umgebung. Ungeachtet seiner eigenen polnischen Vorfahren beanspruchte Max Halbe die Zugehörigkeit zur *„deutschen Herren- und Erobererrasse“*, sprach abfällig von der *„devoten, kriecherischen, slawischen Masse“* und ließ dieses Weltbild auch in seine Werke einfließen, um die moralische und kulturelle Überlegenheit der Deutschen zu demonstrieren. So gehören die polnischen Figuren in seinen Dramen zumeist den unteren Gesellschaftsschichten an und werden durchgängig negativ dargestellt. In diesem Zusammenhang kann Halbes historisches

Festspiel „Heinrich von Plauen“ aus dem Jahr 1933 „als Höhepunkt rassistischer Diskriminierung und als Lehrstück faschistischer Weltanschauung gelesen werden“. (Günter, S. 140) Im Mittelpunkt des Dramas steht die Auseinandersetzung zwischen deutschen und slawischen Truppen in der „Schlacht bei Tannenberg“; die polemische Darstellung der slawischen Anführer („Schweinekerl“, „Höllenfürst“) wird nicht nur in einen extremen Kontrast zum deutschen Protagonisten („Erwählter des Herrn“) gesetzt, sondern beinhaltet darüber hinaus volksverhetzende Aussagen: „Der Pole, der Litauer, der Russe, der Tatar, sie alle sengen und brennen und rauben und morden und schänden.“

Max Halbes ausgeprägte Polenfeindlichkeit ermöglichte es den Nationalsozialisten, „ihn als einen dazugehörigen zu betrachten und seine Werke für propagandistische Zwecke auszunutzen“. (Zalubka, S. 58) Nach der Machtergreifung unterschrieb „der um Anerkennung und Absicherung ringende Dichter“ (Erdmann, S. 146) sowohl eine Loyalitätserklärung der Sektion Dichtkunst der Preußischen Akademie der Künste als auch das „Gelöbnis treuester Gefolgschaft“ für Adolf Hitler und begrüßte darüber hinaus den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund sowie den völkerrechtswidrigen Anschluss der Freien Stadt Danzig an das Deutsche Reich. Anlässlich seines Geburtstags wurde der Literat mit Ausstellungen und Lesungen geehrt, erhielt 1939 den Kunstpreis der NSDAP (Gau Danzig) und wurde ein Jahr später mit dem „Danzigkreuz I. Klasse“ ausgezeichnet. Ferner profitierte Max Halbe von seiner Stellung im Dritten Reich auch finanziell; ab 1938 erhielt er monatliche Zahlungen von 500 Reichsmark aus der sogenannten „Spende Künstlerdank“. 1944 wurde er in die „Gottbegnadeten-Liste“ der wichtigsten deutschen Schriftsteller aufgenommen.

Obwohl sich der chauvinistisch-rassistische Tenor in Halbes Werken mit der „Blut-und-Boden-Literatur“ der Nationalsozialisten in Einklang bringen ließ und er sich selbst wiederholt „als deutsch-konservativer Dichter mit patriotischer Gesinnung empfahl“ (Günter, S. 12), lehnte er die antisemitische Politik des Regimes strikt ab, bekannte sich zu jüdischen Freunden und äußerte sich positiv über jüdische Schriftsteller. Darüber hinaus musste der Schriftsteller seine älteren Dramen gegen seinen Willen umschreiben, konnte mit den Aufführungen und Verfilmungen allerdings keine großen Erfolge mehr feiern.

„Auch wenn Halbe nicht als NS-Autor im ideologischen Sinne gelten kann, so ließ er sich doch von der nationalsozialistischen Propaganda instrumentalisieren und stimmte bis zu seinem Tod im Jahr 1944 mit gewissen rassistischen Elementen der NS-Ideologie überein.“ (Sarkowicz/Mentzer, S. 297)

Kategorie: B

Begründung: latenter Rassismus

Literatur

Erdmann, Ulrich: Vom Naturalismus zum Nationalsozialismus? Zeitgeschichtlich-biographische Studien zu Max Halbe, Gerhart Hauptmann, Johannes Schlaf und Hermann Stehr. Mit unbekanntem Selbstzeugnissen, Frankfurt am Main 1997.

Günter, Andreas Lothar: Präfaschistische Weltanschauung im Werk Max Halbes. Frankfurt am Main 2002.

Klee, Ernst: Das Kulturlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2007.

Loew, Peter Oliver.: *Die Heimat sucht den Dichter – der Dichter sucht die Heimat. Max Halbe in Danzig*, In: Katny, Andrzej (Hrsg.): Das literarische und kulturelle Erbe von Danzig und Gdansk. Frankfurt am Main 2004, S. 79-97.

Loew, Peter Oliver: Das literarische Danzig 1793-1945. Bausteine für eine lokale Kulturgeschichte, Frankfurt am Main 2009.

Sarkowicz, Hans/Mentzer, Alf (Hrsg.): Schriftsteller im Nationalsozialismus. Ein Lexikon, Berlin 2011.

Stegemann, Thorsten: Literatur im Abseits. Studien zu ausgewählten Werken von Rainer Maria Rilke, Hermann Sudermann, Max Halbe, Gottfried Benn und Erich Kästner, Stuttgart 2000.

Zalubaska, Cecylia: *Der Fall Max Halbe*. In: Studia Germanica Posnaniensia, Nr. 20, 1993, S. 47-58.

Quellen

Halbe, Max: Scholle und Schicksal. Die Geschichte meiner Jugend, München 1933.

Halbe, Max: Heinrich von Plauen. Schauspiel in fünf Akten, Marienburg 1933.

Stadtarchiv Düsseldorf

0-1-7-1936-0000 / Blatt 205

0-1-7-1940.0000 / Blatt 321

IV 52054 / Band 7

Bundesarchiv Berlin

BArch R 9361-V / 5860

Sonstige

„Bald Max-Halbe-Straße“, In: Rheinische Post vom 10. Oktober 1955.

Straßen-/Platzname: Paul-von-Hase-Straße

Datum der Benennung: 14. 07. 1945

Begründung der Benennung

Paul von Hase gehörte zu den Männern, „*welche im Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 den Tod gefunden haben.*“

Name, Titel, Beruf oder Amt

Karl Paul Immanuel von Hase (1885-1944), deutscher Offizier, Stadtkommandant von Berlin (1940-1944) und Widerstandskämpfer im Nationalsozialismus.

Kurzbiographie / Verdienste

Der Sohn eines Oberstabsarztes nahm nach seinem Abitur zunächst ein rechtswissenschaftliches Studium auf, bevor er 1905 in die preußische Armee eintrat und sich um eine aktive Offizierslaufbahn bewarb. Im Ersten Weltkrieg diente Hase als Zugführer und Hauptmann im Generalstab; 1916 erhielt er das Eisernen Kreuz I. Klasse. Nach seiner Übernahme in die Reichswehr wurde der Kompanieführer 1931 als Adjutant des Wehrkreises III nach Berlin versetzt, wo er in den Rang eines Oberstleutnants aufstieg. Bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieg war von Hase als Kommandeur von Infanterie-Einheiten eingesetzt und nahm sowohl am Polen- als auch am Frankreichfeldzug teil, bevor er 1940 zum Stadtkommandanten von Berlin ernannt wurde. Bereits 1938 in Umsturzpläne des militärischen Widerstands eingeweiht, wurde Paul von Hase für seine Beteiligung am Unternehmen „Walküre“ 1944 vor dem Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und in Berlin-Plötzensee hingerichtet.

Nationalsozialismus

Obwohl Paul von Hase zu den wichtigsten Akteuren des 20. Juli 1944 gezählt werden kann, befasst sich die historische Forschung erst seit den 1990er Jahren mit seiner Rolle im militärischen Widerstand des Dritten Reiches. Während sich der Berufsoffizier zunächst mit dem NS-Regime arrangierte und maßgeblich von dessen Aufrüstung profitierte, stellte er sich noch vor Beginn des Zweiten Weltkriegs erstmals für Umsturzpläne zur Verfügung.

Wie viele der im Werte- und Gesellschaftssystem der Monarchie sozialisierten Militärangehörigen hatte auch Paul von Hase die deutschen Niederlage im Ersten Weltkrieg und deren Folgen nur schwer akzeptieren können. Dementsprechend begrüßte er die Revisionspolitik Adolf Hitlers und dessen propagierte Einheit von Partei und Armee (Zwei-Säulen-Theorie); das unter deutschen Streitkräften weit verbreitete Selbstverständnis eines unpolitischen Militärs preußischer Tradition trug zusätzlich zu seiner Anpassung bei. Innerhalb weniger Jahre stieg von Hase in den Rang eines Generalmajors auf, beobachtete die nationalsozialistische Bewegung aber dennoch mit Skepsis und missbilligte als theologisch geprägter Mensch insbesondere das Vorgehen des NS-Staates gegen die Kirchen (Kirchenkampf).

Die Entlassung seines ehemaligen Vorgesetzten Werner Freiherr von Fritsch, der sich als Oberbefehlshaber des Heeres kritisch über Hitlers Kriegspläne geäußert hatte, bestärkte Paul von Hase schließlich in seiner Abneigung, sodass er sich 1938 erstmals gedanklich mit dem Szenario eines Putsches beschäftigte. Angesichts der Vorbereitungen eines Militärschlags gegen die Tschechoslowakei war der Generalmajor zusammen mit anderen Wehrmachtsangehörigen an der Planung eines Staatsstreichs beteiligt („Septemberverschwörung“), der letztendlich durch die im Zuge des „Münchener Abkommens“ beschlossene Abtretung des Sudetenlandes an das Deutsche Reich nicht durchgeführt werden konnte.

Trotz seiner Bedenken ließ sich Paul von Hase zu Beginn des Zweiten Weltkriegs dennoch von der nationalsozialistischen Propaganda beeinflussen und stimmte in die allgemeine Euphorie der Jahre 1939/40 ein; als Kommandeur der 46. Infanterie-Division hatte er maßgeblich zum Sieg der deutschen Truppen in Polen und Frankreich beigetragen. Aufgrund einer Herzerkrankung wurde von Hase 1940 zum Stadtkommandanten von Berlin ernannt und übernahm in dieser Funktion sowohl die öffentliche Repräsentation der Wehrmacht als auch die Gerichtsherrschaft am Gericht der Wehrmachtkommandantur. Seine juristischen Einflussmöglichkeiten waren allerdings begrenzt; eine Aufhebung von Urteilen - insbesondere bei Todes- oder Zuchthausstrafen - konnte von ihm nicht veranlasst werden. 1943 und 1944 übte von Hase das Amt des Gerichtsherrn auch zeitweise am Reichskriegsgericht aus, wo er über größere Kompetenzen verfügte. Die fragmentarisch überlieferten Akten aus dieser Zeit enthalten zwar von ihm bestätigte Todesurteile, können aufgrund ihrer Unvollständigkeit und der zum Teil drastischen Verschärfungen des NS-Militärstrafrechts aber keinen Aufschluss über die genauen Vorgänge geben.

Unter dem Eindruck des Kriegsgeschehens, der Luftangriffe auf Berlin und der Anklage seines Neffen Dietrich Bonhoeffer wegen Landes- und Hochverrats festigte Paul von Hase den Kontakt zur Militäropposition; seine Regimegegnerschaft „bedeutete ein permanentes Rollenspiel nach außen hin, die Spaltung in eine öffentliche und eine private Person.“ (Kopp, S. 268) Über seine Rolle im Vorfeld der Operation „Walküre“ ist bisher wenig bekannt; fest steht jedoch, dass er „für den inneren Kreis des Widerstands als feste und sichere Größe gegolten hat“ (Kopp, S. 269) und dementsprechend eine Schlüsselposition besetzte. Am 20. Juli 1944 befahl der Stadtkommandant die Abriegelung des Regierungsviertels und die Festsetzung von Joseph Goebbels, was jedoch an der Dienstverweigerung des Kommandeurs des Wachbataillons scheiterte. Nach dem misslungenen Umsturzversuch wurde Paul von Hase vor dem Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und in Berlin-Plötzensee hingerichtet.

Kategorie: C

Begründung: Vorbildfunktion / selbstreflektierendes Handeln / persönliche Entwicklung

Literatur

Bücheler, Heinrich: *Paul von Hase. Der Wehrmachtkommandant von Groß-Berlin 1940–1944*. In: *Damals*. Juli 1984, S. 611-629.

Heinemann, Winfried: *Unternehmen „Walküre“*. Eine Militärgeschichte des 20. Juli 1944, Berlin 2019.

Kopp, Roland: *Paul von Hase. Von der Alexander-Kaserne nach Plötzensee*, Eine deutsche Soldatenbiographie 1885–1944, Münster 2001.

Mlynek, Klaus: *Hase, Paul von*. In: Böttcher, Dirk/Mlynek, Klaus/Röhrbein, Waldemar R./Thielen, Hugo (Hrsg.): *Hannoversches Biographisches Lexikon. Von den Anfängen bis in die Gegenwart*, Hannover 2002, S. 154.

Reich, Ines: *Potsdam und der 20. Juli 1944. Auf den Spuren des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus*, Begleitschrift zur Ausstellung des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes und des Potsdam-Museums, Freiburg im Breisgau 1994.

Quellen

Stadtarchiv Düsseldorf

0-1-7-1937.0000 / Blatt 516

Straßen-/Platzname: Gerhart-Hauptmann-Straße

Datum der Benennung: 19. 07. 1961

Begründung der Benennung

„Er war einer der bedeutendsten deutschen Dichter des 20. Jahrhunderts. Seine Dramen, besonders ‚Die Weber‘, bedeuten den Höhepunkt des naturalistischen Dramas in Deutschland.“

Name, Beruf, Amt oder Funktion:

Gerhart Johann Robert Hauptmann (1862-1946), deutscher Schriftsteller, Dichter und Dramatiker.

Kurzbiographie/Verdienste:

Nach dem Abbruch mehrerer Ausbildungen wandte sich Gerhart Hauptmann in den 1880er Jahren der Literatur zu und feierte mit seinen gesellschaftskritischen Theaterstücken („Bahnwärter Thiel“, „Vor Sonnenaufgang“) erste Erfolge. Als Anhänger und Vertreter des Naturalismus thematisierte Hauptmann die Missstände der urbanen Gesellschaft, kritisierte die infolge der Industrialisierung zunehmende soziale Ungleichheit und wies auch auf deren politische Dimension hin. Mit seinem Sozialdrama „Die Weber“ erlangte Hauptmann 1892 internationale Bekanntheit und avancierte zu einem der führenden Dramatiker der Moderne; 1912 wurde er mit dem Nobelpreis für Literatur ausgezeichnet.

Militarismus / Nationalsozialismus:

Die bisher veröffentlichten Untersuchungen zu Gerhart Hauptmanns Biographie lassen eine gewisse Ambivalenz im Umgang mit den gesellschaftspolitischen Entwicklungen seiner Zeit erkennen. Der ausgeprägte Patriotismus des Literaten förderte sowohl dessen Kriegsbegeisterung zu Beginn des 20. Jahrhunderts als auch dessen Naivität angesichts des sich entwickelnden Nationalsozialismus.

Wie viele seiner literarischen Zeitgenossen stimmte auch Gerhart Hauptmann in die nationalistische Euphorie des Jahres 1914 ein und engagierte sich publizistisch. Mit seiner Kriegsliteratur, die den Heldengeist glorifizierte und vor Siegesgewissheit strotzte, stand er „im Propagandakrieg an vorderster Front“. Anlässlich der Einziehung seines ältesten Sohnes dichtete der Schriftsteller: *„Diesen Leib, den halt‘ ich hin - Flintenkugeln und Granaten: eh‘ ich nicht durchlöchert bin, kann der Feldzug nicht geraten.“* Darüber hinaus gehörte er im Herbst 1914 zu den Unterzeichnern des Manifests „Aufruf an die Kulturwelt!“, in dem Vertreter der intellektuellen Elite die Übergriffe der deutschen Streitkräfte auf die Zivilbevölkerung im neutralen Belgien rechtfertigten und als Selbstverteidigung darstellten.

Am Ende des Ersten Weltkriegs war Hauptmanns einstige Hochstimmung einer tiefen Ernüchterung gewichen; er bekannte sich zur neuen Republik und setzte sich aktiv für diese ein. Als sich der Niedergang des parlamentarischen Systems abzeichnete, begrüßte der Dichter die nationalsozialistische Bewegung und hoffte auf eine deutsche Vormachtstellung innerhalb Europas. Um seine eigene Stellung zu festigen, bekundete der Schriftsteller vor

allein in der Gründungsphase des Dritten Reiches seine Solidarität. So unterschrieb er eine Loyalitätserklärung der Deutschen Akademie der Dichtung, unterstützte den Volksentscheid über den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund und beantragte eine Mitgliedschaft in der NSDAP, die jedoch aufgrund eines Aufnahmestopps nicht gewährt wurde. Die neuen Machthaber wiederum hofierten den alternden Hauptmann mit landesweiten Ehrungen und nutzten dessen Ansehen in der Bevölkerung für ihre eigenen Zwecke. 1944 wurde dieser in die „Sonderliste der sechs wichtigsten Schriftsteller“ aufgenommen.

Allerdings offenbarten Gerhart Hauptmanns private Aufzeichnungen jene Vorbehalte, die dieser in der Öffentlichkeit nicht zu äußern wagte; neben der Zensur des Kulturwesens kritisierte er vor allem die NS-Rassenideologie. Durch sein Interesse an der Vererbungslehre war er bereits 1905 in die „Gesellschaft für Rassenhygiene“ aufgenommen worden, lehnte jedoch die vom Regime propagierte Blutideologie strikt ab.

Als widersprüchlich muss auch Hauptmanns Verhältnis zum Judentum gelten. Während er Zeit seines Lebens einen engen Kontakt zu jüdischen Freunden und Förderern pflegte, entwickelte er im Nationalsozialismus einen latenten Antisemitismus: *„Es giebt [sic] einzelne Juden, und einzelne Eigenschaften bei Juden, die mich zum wildesten Antisemiten ihnen gegenüber machen.“* Darüber hinaus setzte er sich mit dem Schicksal der jüdischen Bevölkerung zwar auseinander, entschied sich ob seiner Untätig- und Machtlosigkeit aber für die Verdrängung: *„Ich muss endlich diese sentimentale Judenfrage für mich ganz und gar abtun: es stehen wichtigere, höhere Dinge auf dem Spiel [...].“*

Kategorie: C

Begründung: historisch minderbelastet

Literatur:

Erdmann, Ulrich: Vom Naturalismus zum Nationalsozialismus? Zeitgeschichtlich-biographische Studien zu Max Halbe, Gerhart Hauptmann, Johannes Schlaf und Hermann Stehr, Frankfurt am Main 1997.

Klee, Ernst: Das Kulturlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2007.

Piper, Ernst: Nacht über Europa. Kulturgeschichte des Ersten Weltkriegs, Berlin 2013.

Sarkowicz, Hans/Mentzer, Alf: Schriftsteller im Nationalsozialismus. Ein Lexikon, Berlin 2011.

Scharfen, Klaus: Gerhart Hauptmann im Spannungsfeld von Kultur und Politik 1880 bis 1918. Berlin 2005.

Sprengel, Peter: Gerhart Hauptmann. Bürgerlichkeit und großer Traum, München 2012.

Sprengel, Peter: Der Dichter stand auf hoher Küste. Gerhart Hauptmann im Dritten Reich, Berlin 2009.

Quellen:

Brescius, Hans von: Gerhart Hauptmann. Zeitgeschehen und Bewusstsein in unbekanntem Selbstzeugnissen, Bonn 1976.

Stadtarchiv Düsseldorf

IV 52054/ Band 6

0-1-7-1941.0000/ Blatt 620

Straßen-/Platzname: Helmut-Hentrich-Platz

Datum der Benennung: 29. 11. 2003

Begründung der Benennung

„Mit dem Dreischeidenhochhaus, der Sanierung der Tonhalle und weiteren herausragenden Bauten in Düsseldorf hat Professor Hentrich bedeutende architektonische Leistungen vollbracht“ und sich „in ganz besonderem Maße als Mäzen verdient gemacht“.

Name, Titel, Beruf oder Amt

Helmut Hentrich (1905-2001), deutscher Architekt.

Kurzbiographie / Verdienste

Der gebürtige Krefelder bildete sich nach dem Abschluss seines Architekturstudiums zunächst einige Zeit im Ausland weiter, bevor er 1933 seine zweite Staatsprüfung zum Regierungsbaumeister ablegte. Im Dritten Reich gehörte Helmut Hentrich als selbstständiger Architekt zum Arbeitsstab von Albert Speer und nahm darüber hinaus an NS-Architekturwettbewerben teil. Nach Kriegsende war er als selbstständiger Architekt am Wiederaufbau der Stadt Düsseldorf beteiligt; insbesondere das Ende der 1950er Jahre errichtete „Dreischeidenhaus“ erlangte internationale Bekanntheit. Ferner widmete sich Hentrich der Erneuerung historischer Bauten und unterstützte zahlreiche Kultureinrichtungen; 1985 wurde ihm die Düsseldorfer Ehrenbürgerschaft verliehen.

Nationalsozialismus

Helmut Hentrich hat als einer der führenden Architekten Deutschlands nicht nur das Düsseldorfer Stadtbild geprägt, sondern sich darüber hinaus auch als Kunstsammler und großzügiger Mäzen um die Förderung lokaler Kulturinstitutionen verdient gemacht. Im Dritten Reich stellte sich der selbstständige Baumeister in den Dienst der Nationalsozialisten und gehörte trotz seines jungen Alters zu den angesehenen Experten; seine fragwürdige Stellung innerhalb des NS-Regimes führte nach 1945 im Zuge des „Düsseldorfer Architektenstreits“ zu einer kritischen Auseinandersetzung mit seiner Person.

Helmut Hentrichs „erste Schaffensjahre fielen in eine Zeit des politischen Umbruchs in Deutschland.“ (Tünkers, S. 15) Im Jahr der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten bestand der Architekt sein zweites Staatsexamen, lehnte aber den Eintritt in die NSDAP sowie die ihm angebotene Stelle in einem Preußischen Staatshochbauamt ab und eröffnete im selben Jahr ein eigenes Architekturbüro in Düsseldorf; 1935 gründete Hentrich mit seinem Kollegen Hans Heuser eine Partnerschaft. Die Architekten erhielten zunächst Aufträge aus der Industrie- und Privatwirtschaft und arbeiteten auch mit jüdischen Auftraggebern und Maklern zusammen, was wiederholt zu Auseinandersetzungen mit der NSDAP-Ortsgruppe Oberkassel führte. Anlässlich der Reichsausstellung „Schaffendes Volk“ entwarf das Büro Hentrich/Heuser ein Modell des Düsseldorfer Rathauses, das aber nach einigen Tagen aufgrund der „*befremdlichen Nichtparteizugehörigkeit*“ aus der Exposition entfernt wurde. Trotz der erfolgreichen Teilnahme an zahlreichen öffentlichen

und internationalen Wettbewerben erhielten Helmut Hentrich und sein Partner bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs keine städtischen Aufträge.

Während die Düsseldorfer Behörden ihr Architekturbüro systematisch benachteiligten, konnten sich Hentrich und Heuser dennoch im Deutschen Reich etablieren; ab Mitte der 1930er Jahre nahmen sie vermehrt an offiziellen Ausschreibungen von staatlichen NS-Organisationen teil und entwarfen neben dem Deichtor im niederrheinischen Orsoy beispielsweise Heime für die „Hitler-Jugend“ (HJ). 1938 wurde das Büro auf Empfehlung des Architekten und künstlerischer Beraters von Fritz Todt — Paul Bonatz — für den Entwurf eines Rasthofes der Reichsautobahn verpflichtet; dieses Projekt zog nicht nur zahlreiche weitere Großaufträge (z.B. Senderanlagen für die „Deutsche Reichspost“) nach sich, sondern wurde von Helmut Hentrich auch im selben Jahr auf der zweiten „Deutschen Architekturausstellung“ im Münchener „Haus der Deutschen Kunst“ vorgestellt

Nachdem der Architekt als Mitglied in die nationalsozialistische „Akademie für Städtebau, Reichs- und Landesplanung“ aufgenommen worden war, gehörte er ab 1938 zum sogenannten „Arbeitsstab Speer“, der sich unter der Leitung des „Generalbauinspektors“ Albert Speer mit der Umgestaltung der „Reichshauptstadt Berlin“ befasste. In dieser Funktion widmete sich Hentrich unter anderem der Neugestaltung des Reichsversicherungsamtes und machte sich auf diese Weise „mit den Formeln der Darstellung staatlicher Macht vertraut.“ (Durth, S. 225) Ferner zählte er 1941 zu den Unterzeichnern einer Urkunde für Adolf Hitler, in der sich der Arbeitsstab um die Teilnahme am Neuaufbau der geplanten „Führerstadt“ Linz bewarb. Da die Düsseldorfer NSDAP nach eigenen Angaben mit der Schließung des Architekturbüros drohte, trat Helmut Hentrich 1941 schließlich als Anwärter in die Partei ein.

Während des Zweiten Weltkriegs wurde der Architekt zur Durchführung von Bauaufgaben vom Militärdienst freigestellt und entwarf zahlreiche Bunker und Barackenlager. Im Zuge der „Aktion Brandt“ übernahmen Hentrich und Heuser die Planung und Bauleitung einer Krankenhaus-Sonderanlage in Dahlheim, die allerdings nicht mehr in Betrieb genommen wurde; um Bettenplätze für Kriegsverletzte in vor Luftangriffen geschützten Krankenhäusern zu schaffen, hatte der „Bevollmächtigte für das Gesundheitswesen“ - Karl Brandt - ab 1943 Patienten aus Pflege- und Heilanstalten verlegen oder ermorden lassen. Ob Hentrich von der Bedeutung der Aktion wusste, ist unklar - dass dieser und andere Aufträge mit dem Einsatz von Zwangsarbeitern verbunden war, wurde von Hentrich erst Jahrzehnte später in seiner Autobiographie thematisiert. Darüber hinaus gehörte er zu den Beauftragten des von Albert Speer organisierten „Arbeitsstabes für den Wiederaufbau bombenzerstörter Städte“; für seine Verdienste wurde Hentrich 1944 in die sogenannte „Gottbegnadeten-Liste“ aufgenommen.

Nach Kriegsende betonte Helmut Hentrich seine rein fachliche Arbeit für das NS-Regime und erklärte, an politischen Vorgängen nicht sonderlich interessiert gewesen zu sein: *„Meine eigene, die Partei stets ablehnende Haltung, war und ist meinen zahlreichen Düsseldorfer und auswärtigen Freunden immer bekannt gewesen.“* Die zuständige Spruchkammer stufte den Architekten als „unbelastet“ (Kategorie V) ein. Zusammen mit dem Stadtplaner Friedrich Tamms, der ebenfalls im Dritten Reich Karriere gemacht hatte, beteiligte sich der Architekt

an den Planungen zum Wiederaufbau Düsseldorfs. Im Zuge des „Düsseldorfer Architektenstreits“ geriet Hentrich Ende der 1940er Jahre allerdings in die öffentliche Kritik; der antifaschistische „Architektenring Düsseldorf“ prangerte die Weiterbeschäftigung führender NS-Baumeister in der Rheinmetropole an und forderte die Absetzung der „*germanischen Kulturritter*“. Der Protest blieb letztlich wirkungslos; trotz seiner Verstrickungen im Dritten Reich stand Helmut Hentrich „eine glänzende Zukunft in den Düsseldorfer Wiederaufbaujahren bevor.“ (Englert, S. 51) Bis in die 1950er Jahre gehörte er zu den finanziellen Unterstützern der Familie des inhaftierten Albert Speer.

Kategorie: B

Begründung: herausragende Stellung im Dritten Reich

Literatur

Deschan, André: Im Schatten von Albert Speer. Der Architekt Rudolf Wolters, Berlin 2016.

Durth, Werner: Deutsche Architekten. Biographische Verflechtungen 1900–1970, München 1992.

Durth, Werner/Gutschow, Niels: Träume in Trümmern. Planungen zum Wiederaufbau zerstörter Städte im Westen Deutschlands 1940-1950, Band 2: Städte, Braunschweig 1988.

Englert, Klaus: *Albert Speers Architekten und der Wiederaufbau Düsseldorfs*. In: Anna, Susanne: Architektenstreit . Wiederaufbau zwischen Kontinuität und Neubeginn, Düsseldorf 2009, S. 43-54.

Muscheler, Ursula: *Wer liefert die Pläne? Der Düsseldorfer Architektenstreit*, In: Anna, Susanne: Architektenstreit . Wiederaufbau zwischen Kontinuität und Neubeginn, Düsseldorf 2009, S. 117-129.

Klee, Ernst: Kulturlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2007.

Tünkers, Sabine: Hentrich, Heuser, Petschnigg 1927–1955. Weimar 2000.

Wolf, Agnes: *Helmut Hentrich*. In: Allgemeines Künstlerlexikon. Die Bildenden Künstler aller Zeiten und Völker , Band 72, Berlin 2012, S. 81-82.

Quellen

Hentrich, Helmut: Bauzeit. Aufzeichnungen aus dem Leben eines Architekten, Düsseldorf, 1995. (Stadtarchiv)

Hentrich, Helmut: *70 Jahre Gestalten in Düsseldorf*. In: Spohr, Edmund/Küffner, Hatto (Hrsg.): Düsseldorf Persönlichkeiten. Düsseldorf 2004, S. 72-87.

Katasteramt Düsseldorf

Akte „Helmut-Hentrich-Platz“

Landesarchiv NRW – Abteilung Rheinland

NW 1002-T / 39456

Akademie der Künste - Baukunstarchiv

Hentrich 2152

Hentrich 1410

Hentrich 721

Hentrich 1385

Hentrich 1382

Hentrich 1531

Straßen-/Platzname: Erich-Hoepner-Straße

Datum der Benennung: 14. 07. 1945

Begründung der Benennung

Erich Hoepner gehörte zu den Männern, *„welche im Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 den Tod gefunden haben.“*

Name, Titel, Beruf oder Amt

Erich Hoepner (1886-1944), Generaloberst der Wehrmacht und Widerstandskämpfer im Nationalsozialismus.

Kurzbiographie / Verdienste

Der Sohn eines Sanitätsoffiziers trat nach dem Abitur als Fahnenjunker in das preußische Militär ein und wurde 1906 zum Leutnant ernannt. Nach seiner Teilnahme am Ersten Weltkrieg als Kompanieführer stieg Hoepner innerhalb der Reichswehr bis zum Oberst auf, übernahm die Leitung mehrerer Truppen- und Stabskommandos und wurde 1935 in den Generalstab des Heeres nach Berlin versetzt. Im Zweiten Weltkrieg nahm Hoepner als Kommandeur und Befehlshaber an allen militärischen Operationen des Dritten Reiches teil; er gehörte zu den erfolgreichen Panzerstrategen der Wehrmacht. Nach seiner unehrenhaften Entlassung im Jahr 1942 schloss sich der Generaloberst der Militäropposition an und war im Zusammenhang mit der „Operation Walküre“ als „Oberbefehlshaber im Heimatkriegsgebiet“ vorgesehen. In der Folge des gescheiterten Attentats vom 20. Juli 1944 wurde Erich Hoepner vor dem Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und in Berlin-Plötzensee hingerichtet.

Nationalsozialismus / Militarismus

Obwohl Erich Hoepner zu den wohl kontroversesten Persönlichkeiten des Widerstands im Dritten Reich zählt, hat sich die historische Forschung bislang nur oberflächlich mit seinem Wirken auseinandergesetzt. Diese Zurückhaltung resultiert vor allem aus der Widersprüchlichkeit des Generalobersts, der sich trotz seiner regimekritischen Einstellung zuverlässig in den Dienst Adolf Hitlers stellte und „den Erfolg der Panzertruppen im Zweiten Weltkrieg verkörperte“. (Mitcham/Mueller, S. 364)

Über Erich Hoepners Nähe zum Nationalsozialismus existieren unterschiedliche Aussagen und Meinungen; während die frühe Widerstandsliteratur noch das Bild des entschiedenen NS-Gegners verbreitete, wird diese Darstellung in jüngeren Studien mittlerweile kritisch hinterfragt. Dabei stehen insbesondere Hoepners Verhalten im Zweiten Weltkrieg und seine berüchtigten Tagesbefehle beim Überfall auf die Sowjetunion im Mittelpunkt der Diskussion. Obwohl die Beteiligung des Generalobersts am Umsturzversuch des 20. Juli 1944 hinreichend dokumentiert ist, sind auch seine Beweggründe nicht abschließend geklärt und bieten dementsprechend Anlass für Spekulationen.

Als Vertreter eines unpolitischen Militärs preußischer Tradition hat Erich Hoepner der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten zunächst wohl skeptisch gegenübergestanden,

sich im Zuge seines Aufstiegs innerhalb der Wehrmacht allerdings mit dem NS-Regime arrangiert. Die ihm in der einschlägigen Literatur nachgesagte aktive Mitwirkung an Staatsstreichplänen der Opposition um Generalstabschef Ludwig Beck im Jahr 1938 konnte bislang nicht eindeutig belegt werden; fest steht lediglich, dass Hoepners Truppenverband in die Überlegungen einbezogen wurde. Zwischen 1939 und 1940 führte er seine Panzer- und Infanteriedivisionen erfolgreich gegen Polen und Frankreich und avancierte in der Öffentlichkeit zum Aushängeschild der mobilen Kriegsführung. Für seine Verdienste wurde der General mit dem „Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes“ ausgezeichnet und zum Oberst befördert.

Besonders kritisch beurteilen Historiker Erich Hoepners antibolschewistische Geisteshaltung und seine Rolle beim Angriff der Wehrmacht auf die Sowjetunion, den er entschieden befürwortete. In seiner „Aufmarsch- und Kampfanweisung“ aus dem Mai 1941 heißt es: *„Der Krieg gegen Rußland [sic] ist ein wesentlicher Abschnitt im Daseinskampf des deutschen Volkes. Es ist der alte Kampf der Germanen gegen das Slawentum, die Verteidigung europäischer Kultur gegen moskowitzisch-asiatische Überschwemmung, die Abwehr des jüdischen Bolschewismus.“* Dementsprechend setzte er als Befehlshaber der Panzergruppe 4 „Hitlers Vorgaben eines rücksichtslosen Weltanschauungskrieges gegen Armee und Bevölkerung“ um (Steinkamp, S. 58) und ordnete die Liquidierung russischer Kommissare und Partisanen an.

Nachdem Erich Hoepner im Winter 1942 den von der NS-Führung ausgegebenen Durchhaltebefehl ignoriert und den Rückzug seiner Truppen veranlasst hatte, um das Überleben der Soldaten zu sichern, wurde er unehrenhaft aus der Wehrmacht entlassen. In der Folge stieß der Generaloberst Ende 1943 zu der Widerstandsgruppe um Claus Schenk Graf von Stauffenberg und war für den Fall eines erfolgreichen Umsturzes als „Oberbefehlshaber im Heimatkriegsgebiet“ vorgesehen. Nach dem Scheitern des Attentats wurde Erich Hoepner in den Abendstunden des 20. Juli 1944 im Bendlerblock verhaftet und nach seiner Verurteilung vor dem Volksgerichtshof in Berlin-Plötzensee hingerichtet.

„Erich Hoepner war kein Nationalsozialist, aber er war per se auch kein Widerstandskämpfer. Er gehört weder in die Schublade der fanatischen Kriegsverbrecher, noch in die Gruppe der von Beginn an vorbehaltlos gegen das NS-Regime kämpfenden Akteure. [...] Man kann und darf dem General, ganz unabhängig von seinem Verhalten zuvor, seinen Verdienst am 20. Juli 1944 nicht streitig machen.“ (Gemser, S. 240f.)

Kategorie: C

Begründung: Vorbildfunktion / selbstreflektierendes Handeln / persönliche Entwicklung

Literatur

Bücheler, Heinrich: Generaloberst Erich Hoepner und die Militäropposition gegen Hitler. Beiträge zum Widerstand 1933-1945, Heft 9, Berlin 1985.

Bücheler, Heinrich: Hoepner. Ein deutsches Soldatenschicksal des 20. Jahrhunderts, Herford 1980.

Gemser, Geraf: Darf eine Schule diesen Namen tragen? Zur Vorbildwirkung des Wehrmachtsgenerals Erich Hoepner, Marburg 2005.

Heinemann, Winfried: Unternehmen „Walküre“. Eine Militärgeschichte des 20. Juli 1944, Berlin 2019.

Heuer, Gerd F.: Die Generalobersten des Heeres. Inhaber höchster Kommandostellen 1933-1945, Raststatt 1988.

Hürter, Johannes: Hitlers Heerführer. Die deutschen Oberbefehlshaber im Krieg gegen die Sowjetunion 1941/42, München 2007.

Mitcham, Samuel W./Mueller, Gene: *Generaloberst Erich Hoepner*. In: Ueberschär, Gerd R. (Hrsg.): Hitlers militärische Elite. 68 Lebensläufe, Darmstadt 2015, S. 364-370.

Reuther, Thomas: Widerstand und Wehrmacht. Freiburg im Breisgau/Berlin/Wien 2013.

Steinkamp, Peter: *Die Haltung der Hitlergegner Generalfeldmarschall Wilhelm Ritter von Leeb und Generaloberst Erich Hoepner zur verbrecherischen Kriegführung bei der Heeresgruppe Nord in der Sowjetunion 1941*. In: Ueberschär, Gerd R. (Hrsg.): NS-Verbrechen und der militärische Widerstand gegen Hitler. Darmstadt 2000, S. 47-61.

Quellen

Stadtarchiv Düsseldorf

IV 52054 / Band 1

0-1-7-1937.0000 / Blatt 516

Straßen-/Platzname: Hördtweg

Datum der Benennung: 02. 08. 1940

Begründung der Benennung

Im Dritten Reich galt Philipp Hördt als „*Bahnbrecher der nationalsozialistischen Weltanschauung in der pädagogischen Welt*“.

Name, Titel, Beruf oder Amt

Philipp Hördt (1891-1933), deutscher Pädagoge.

Kurzbiographie

Der Schüler des späteren NS-Erziehungstheoretikers Ernst Kriek arbeitete zunächst als Volksschullehrer, bevor er das Amt eines Studienrats an der Lehrerbildungsanstalt in Heidelberg übernahm. Seine didaktischen Konzeptionen, die die übergeordnete Rolle der Volksgemeinschaft herausstellen und die Geschichte der deutschen Nation als lebensorientierende Grundlage propagieren, gehörten zu den populärsten erziehungswissenschaftlichen Theorien des Dritten Reiches.

Völkischer Nationalismus

Obwohl Philipp Hördt der völkischen Bewegung nahestand und zu den „führenden erziehungswissenschaftlichen Theoretikern“ (Peters, S. 60) des NS-Regimes zählte, erweist sich eine historische Einordnung seiner Person als schwierig. Während seine Vorstellungen von Bildung und Geschichtsbewusstsein durchaus totalitäre Züge aufweisen und dementsprechend Ansätze für die sogenannte „Formationserziehung“ der Nationalsozialisten boten, lehnte der Didaktiker die Einteilung der Bevölkerung nach rassebiologischen Kriterien ab.

Philipp Hördts „Grundformen volkhafter Bildung“ (Gespräch, Spiel, Arbeit, Feier) erweitern das schulische Lernen durch Lernprozesse innerhalb der Volksgemeinschaft und favorisieren die „*praktische Gestaltung des menschenformenden Gemeinschaftslebens*“. Dabei wird „der Erziehung in, durch und für Gemeinschaft die Priorität vor der Individualerziehung eingeräumt.“ (Olberg, S. 92); das affektive Lernen wird dem kognitiven vorgezogen.

In diesem Zusammenhang maß Hördt dem „*Bild vom Werden der deutschen Nation*“ eine große Bedeutung bei und definierte die „*Erziehung zur Deutschheit*“ als zentrale Aufgabe des Geschichtsunterrichts. Dieser sollte sich nicht mit der reinen Vermittlung historischer Ereignisse beschäftigen, sondern die Geschichte als „*lebendige Einheit*“ und Lebensorientierung begreiflich machen, um das völkische Bewusstsein der Schüler zu vertiefen und ihre „*Gliedwerdung im Volkskörper*“ zu unterstützen. Für den Pädagogen repräsentierte die Geschichte der Volksgemeinschaft „die Bestimmung und das Schicksal des Einzelnen, denen er sich unterzuordnen und zu dienen hat.“ (Norden, S. 44). Dementsprechend plädierte er nicht nur für eine nationalgeschichtliche

Unterrichtsperspektive, sondern befürwortete auch eine „Anknüpfung an Heimat und Gegenwart“ unter Einbeziehung von politik- und kulturgeschichtlichen Inhalten.

Obwohl Philipp Hördt die „Schicksalsbedeutung des Blutes“ durchaus berücksichtigte, warnte er vor einer „materialistischen Auffassung des Rassebegriffs“ und sah die „Erhaltung und Fortpflanzung eines Volkes“ weniger biologisch als vielmehr kulturell begründet: „Das Deutschtum ist nicht einfach pflanzenhaft aus dem Germanischen erwachsen, sondern ist das Ergebnis einer schöpferischen geschichtlichen Tat: der Gründung eines deutschen Staates.“ Dementsprechend ermögliche erst der geistige und kulturelle Zusammenschluss verschiedener Völker die Herausbildung eines echten Volkstums. Darüber hinaus betonte Philipp Hördt die „allmenschliche Einheit und Gemeinschaft“ zwischen den Völkern und kritisierte die in völkischen Kreisen propagierte aggressive Ausbreitung des deutschen Lebensraums: „Gerade der echte Volksbegriff muß [sic] zur Ablehnung einer imperialistischen Eroberungs- und Ausdehnungspolitik führen. Die Achtung vor dem eigenen Volkstum lehrt Achtung vor jedem fremden Volkstum [...].“

Aufgrund seiner Kritik am liberalen System der Weimarer Republik wird Philipp Hördt in der historischen Wissenschaft zur konservativen Bewegung gezählt. „Politisch optierte er wie sein Lehrer Ernst Kriek für die Nationalsozialisten, auch wenn er die Machtübernahme nicht mehr erlebte und so die Frage nach seiner Stellung zur tatsächlichen NS-Herrschaft unbeantwortet bleiben muss.“ (Baumgärtner, S. 113)

Kategorie: B

Begründung: ideologische Nähe zum Nationalsozialismus

Literatur

Baumgärtner, Ulrich: *Völkische Geschichtsdidaktik(er) in der Weimarer Republik: Philipp Hördt – Georg Adolf Otto Collischonn – Max Maurenbrecher*. In: Hasberg, Wolfgang/Seidenfuß, Manfred (Hrsg.): *Geschichtsdidaktik(er) im Griff des Nationalsozialismus?* Münster 2005, S. 107-120.

Döpp, Robert: *Jenaplan-Pädagogik im Nationalsozialismus. Ein Beitrag zum Ende der Eindeutigkeit*, Hannover 2002.

Genschel, Helmut: *Politische Erziehung durch Geschichtsunterricht. Der Beitrag der Geschichtsdidaktik und des Geschichtsunterrichts zur politischen Erziehung im Nationalsozialismus*, Frankfurt am Main 1980.

Giesecke, Hermann: *Hitlers Pädagogen. Theorie und Praxis nationalsozialistischer Erziehung*, Weinheim 1999.

Norden, Jörg van: *Geschichte ist Bewusstsein. Historie einer geschichtsdidaktischen Fundamentalkategorie*, Frankfurt am Main 2018.

Olberg, Hans-Joachim von: *Etappen didaktischen Denkens von der Aufklärung bis 1945*. In: Porsch, Raphaela (Hrsg.): *Einführung in die Allgemeine Didaktik. Ein Lehr- und Arbeitsbuch für Lehramtsstudierende*, Münster 2016, S. 73-100.

Omland, Sabine: *NS-Propaganda im Unterricht deutscher Schulen 1933-1943. Teilband 1*, Münster 2014.

Peters, Otto: *Meine Lehrer im Dritten Reich. Versuch einer autobiographischen Konstruktion*, Münster 2007.

Quellen

Stadtarchiv Düsseldorf

IV 15919 (5)

Hördt, Philipp: *Der Durchbruch der Volkheit in der Schule*. Leipzig 1933.

Hördt, Philipp: *Geschichte und Geschichtsunterricht*. 1926.

Hördt, Philipp: *Ernst Kriek. Volk als Schicksal und Aufgabe*, Heidelberg 1932.

Hördt, Philipp: *Grundformen volkhafter Bildung*. Frankfurt am Main 1932.

Lüdtke, Gerhard: *Kürschners Deutscher Gelehrtenkalender 1931*. Berlin/Leipzig 1931.

Straßen-/Platzname: Heinz-Ingenstau-Straße

Datum der Benennung: 24. 04. 2004

Begründung der Benennung

„Ende der sechsziger Jahre wurde durch seine Aktivitäten im Düsseldorfer Norden (unmittelbar neben dem Rheinstadion und in der Nähe des Flughafens) das Messegelände angesiedelt.“

Name, Titel, Beruf oder Amt:

Heinz Ingenstau (1910-1971), deutscher Jurist; Stadtdirektor von Düsseldorf (1964-1971).

Kurzbiographie / Verdienste

Nach dem Studium der Rechtswissenschaften absolvierte Heinz Ingenstau von 1933 bis 1936 sein Referendariat am Oberlandesgericht Düsseldorf und engagierte sich während seiner praktischen Ausbildung in verschiedenen NS-Organisationen. Ab 1937 arbeitete der Jurist als Gerichtsassessor an Land- und Amtsgerichten, bevor er 1941 zum Landgerichtsrat ernannt wurde. Nach seinem Einsatz im Zweiten Weltkrieg übernahm Ingenstau 1953 die Leitung des Düsseldorfer Landgerichts sowie den Vorsitz der Umlegungsbehörde und widmete sich der städtebaulichen Neuordnung. Als Beigeordneter und späterer Stadtdirektor machte sich Heinz Ingenstau darüber hinaus vor allem um das Düsseldorfer Messewesen und den Ausbau des Flughafens verdient.

Nationalsozialismus

Heinz Ingenstau ist als *„einer der fähigsten leitenden Beamten der Nachkriegszeit“* (Houben) in die Düsseldorfer Stadtgeschichte eingegangen; der Landgerichtsdirektor und Kommunalpolitiker engagierte sich in besonderem Maße für die Wirtschaftsförderung und realisierte unter anderem das Messegelände in Stockum, dessen Einweihung er allerdings nicht mehr erlebte. Während des Dritten Reiches passte er sich berufsbedingt an, um seine juristische Laufbahn nicht zu gefährden.

Im Jahr der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten hatte Ingenstau sein Jurastudium an der Universität Köln abgeschlossen und war unmittelbar in den Staatsdienst übernommen worden. Während seines Referendariats betätigte er sich ehrenamtlich in verschiedenen NS-Organisationen; so trat der angehende Jurist 1933 beispielsweise für einige Monate als Anwärter in die paramilitärische „Sturmabteilung“ (SA) ein. Von 1934 bis 1937 beriet Ingenstau als Rechtsreferent die Mitglieder der örtlichen „Hitlerjugend“ (HJ) in rechtlichen Fragen und stieg in diesem Zusammenhang in den Rang eines „Scharführers“ auf, durfte aufgrund seiner *„rein fürsorglichen Aufgaben“* allerdings keine leitende Funktion übernehmen. Laut eigener Aussage deckte sich diese Tätigkeit mit der Arbeit im Kreisamt der „Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt“ (NSV), in der er als Unterabteilungsleiter in der Jugendhilfe aushalf. Darüber hinaus betätigte sich Ingenstau für kurze Zeit als Bezirksgruppenleiter im „Nationalsozialistischen Rechtswahrerbund“ (NSRB) und war für die Weitergabe von Anordnungen und Mitteilungen der Berufsorganisation an andere

Referendare verantwortlich. Dieses Amt beinhaltete auch die Position des Kreisstellenleiters beim Kreisrechtsamt sowie den Beisitz im Gau-Ehrengericht (disziplinarrechtliches Berufsgericht); Ingenstau selbst behauptete, aufgrund seiner fehlenden Parteimitgliedschaft nicht in diese Ämter eingewiesen worden zu sein und überdies auch keine politischen Gutachten verfasst zu haben.

Nach seiner Übernahme in den richterlichen Probedienst trat der Gerichtsassessor 1937 schließlich in die NSDAP ein und wurde in der Folge ehrenamtlich im Gauschatzamt Düsseldorf (Verwaltung von Staatsvermögen) eingesetzt, wo er Mietverträge für Büroräume der Partei überprüfte und Versicherungen für Kraftfahrzeuge überwachte. Gegen Ingenstaus „politische Zuverlässigkeit“ wurde seitens seiner Ausbilder „keine Bedenken“ erhoben; die beruflichen Zeugnisse fielen durchweg positiv aus: „*Er ist ein überzeugter Nationalsozialist.*“ 1940 erfolgte der Einzug zum Wehrdienst, den Heinz Ingenstau als Unteroffizier bei der Nachrichtentruppe ableistete. Auf Betreiben des Düsseldorfer Gauleiters Friedrich Karl Florian wurde dem Juristen während seiner Abwesenheit 1941 vom Staatssekretär des Reichsjustizministeriums – Roland Freisler – eine Stelle als Landgerichtsrat übertragen; 1944 erhielt er das Kriegsverdienstkreuz II. Klasse.

Nach seiner Rückkehr aus russischer Kriegsgefangenschaft wurde Heinz Ingenstau ohne Überprüfung zunächst an der Berufsausübung gehindert und bat den zuständigen Landgerichtspräsidenten im Jahr 1946 um dessen Intervention bei der Militärregierung. Seine Ehrenämter in NS-Organisationen sowie die positiven Beurteilungen seiner Person rechtfertigte er als notwendige Übel, die seine berufliche Zukunft sichern sollten. In seinem Entnazifizierungsverfahren wurde Ingenstau schließlich durch mehrere Zeugen – darunter eine angeheiratete jüdische Verwandte – entlastet. Auch die Entnazifizierungsausschüsse seiner ehemaligen Arbeitsstellen empfahlen die Wiedereinstellung des Juristen: „*Er hat sich zu keiner Zeit propagandistisch oder aktivistisch für die Partei betätigt, auch den NatSoz. [sic] nicht gefördert.*“ Die Spruchkammer stufte Heinz Ingenstau daraufhin als „minderbelastet“ ein (Kategorie IV) und hob die Berufsbeschränkung auf. 1950 wurde dessen Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens und die von ihm angestrebte Einstufung in Kategorie V („unbelastet“) allerdings abgelehnt.

Kategorie: A

Begründung: exponierte Stellung im Dritten Reich / SA-Mitgliedschaft

Quellen

Stadtarchiv Düsseldorf

0-1-5-81564.0000

3-1996-25-10.0000

Landesarchiv NRW – Abteilung Rheinland

NW 1008 KAT ¾ / 107

NW 1037-RS / 886

NW-Pe / 2597

Bundesarchiv Berlin

BArch 9361-VIII / 13171240

Houben, Alfons: *Stadtdirektor erlag einem Herzinfarkt – Trauer um Heinz Ingenstau*. In: *Düsseldorfer Nachrichten*, 13. April 1971.

Beschlussvorlage Nr. 175 39/2004 der Bezirksvertretung 5.

Straßen-/Platzname: Franz-Jürgens-Straße / Jürgensplatz

Datum der Benennung: 14. 07. 1945 / 23. 03. 1949

Begründung der Benennung

Franz Jürgens gehörte zu den „heldenmutigen Männern“, die die Stadt Düsseldorf bei Kriegsende an die Alliierten übergaben und auf diese Weise „viel Unheil und unnötiges Blutvergießen“ verhinderten. Als Mitglied der „Widerstandsgruppe der Düsseldorfer Bürger“ wurde er „wegen Konspiration mit dem Feinde am Vorabend des Einmarsches amerikanischer Truppen am 16. April 1945 erschossen.“

Name, Titel, Beruf oder Amt

Franz Jürgens (1895-1945), deutscher Polizeibeamter; Kommandant der Schutzpolizei und Widerstandskämpfer im Nationalsozialismus.

Kurzbiographie / Verdienste

Der gebürtige Hamburger meldete sich zu Beginn des Ersten Weltkriegs als Freiwilliger zum Wehrdienst, kämpfte als Angehöriger eines Infanterie-Regiments sowohl an der West- als auch an der Ostfront und wurde mit dem Eisernen Kreuz I. und II. Klasse ausgezeichnet. Nach Kriegsende bewarb sich Franz Jürgens als Polizeioffizier bei der Ordnungspolizei seiner Heimatstadt und stieg dort bis in den Rang eines Majors auf. 1941 erfolgte zunächst seine Versetzung nach Darmstadt, wo er das Kommando über die Schutzpolizei erhielt, bevor er drei Jahre später dasselbe Amt in Düsseldorf übernahm. Im April 1945 beteiligte sich Jürgens an der „Aktion Rheinland“, die die kampflose Übergabe der Stadt Düsseldorf an die Alliierten zum Ziel hatte, wurde allerdings kurz vor dem Einmarsch der amerikanischen Streitkräfte von einem NS-Standgericht zum Tode verurteilt und hingerichtet; posthum erhielt er ein Ehrengrab auf dem Düsseldorfer Nordfriedhof.

Nationalsozialismus

Obwohl sich Franz Jürgens erst in den letzten Tagen des Zweiten Weltkriegs gegen das NS-Regime stellte und dementsprechend nur bedingt dem konventionellen Widerstand im Dritten Reich zugerechnet werden kann, ist er dennoch als „moralisches Gewissen“ (Wintgens, S. 101) in die Düsseldorfer Stadtgeschichte eingegangen. Während die Beteiligung des Polizeikommandanten an der „Aktion Rheinland“ im April 1945 hinreichend dokumentiert ist, lassen sich sein Wirken in Hamburg und Darmstadt sowie seine persönliche Haltung zum Nationalsozialismus nur schwer nachvollziehen.

Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs trat Franz Jürgens als Polizeileutnant in den Dienst der Hamburger Ordnungspolizei ein, deren Mitglieder „zum großen Teil antirepublikanisch und rechtsradikal eingestellt“ waren und „in der Tradition der militärischen Niederschlagung sozialistisch-kommunistischer Volksbewegungen standen.“ (Diercks, S. 17) Ob und inwieweit Jürgens diese Einstellungen teilte, ist nicht bekannt. 1923 folgte seine Beförderung zum Oberleutnant, 1932 wurde er zum Polizeihauptmann ernannt und mit der Führung eines größeren Wachkreises betraut. Nach der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten trat

Jürgens 1933 der NSDAP bei. Zwischenzeitlich mit der kasernierten Landespolizei in die Wehrmacht eingegliedert, kehrte er 1937 zur Hamburger Polizei zurück und war zunächst als Verkehrsoffizier eingesetzt, bevor im selben Jahr in den Rang eines Majors der Schutzpolizei aufstieg.

1941 wurde Franz Jürgens „im Dienstinteresse“ als Kommandeur zur staatlichen Polizeiverwaltung in Darmstadt versetzt, wo er die Leitung der Schutzpolizei übernahm und offensichtlich Beamte zur Unterstützung der Gestapo bei der Deportation von Juden abstellte; in seinem Tagesbefehl aus dem November 1942 heißt es: *„Der Leiter der Geheimen Staatspolizeistelle Darmstadt übermittelte mir für die erwiesene Unterstützung bei der Durchführung der Judenevakuierungen seinen Dank. Für den vollen Einsatz spreche ich allen beteiligten Offizieren, Unterführern und Männern meine Anerkennung aus.“* Ob und Inwieweit sich Jürgens an weiteren antisemitischen Maßnahmen beteiligt hat, bleibt unklar. Fest steht, dass er während des Zweiten Weltkriegs nicht in die Vernichtungsaktionen der „Schutzstaffel“ (SS) und der Polizei in den besetzten Gebieten involviert war, obwohl seine Position einen solchen „Werdegang“ durchaus hätte begünstigen können.

Auch die überlieferten Tagesbefehle lassen aufgrund ihrer rein informativen und zweckdienlichen Sprache nur bedingt Rückschlüsse auf Jürgens persönliche Gesinnung zu. Darüber hinaus existiert eine „Sippenakte“ der SS aus dem Jahr 1944, die eine vermeintliche Aufnahme von Franz Jürgens suggeriert; ein entsprechender Antrag oder eine Mitgliedsnummer konnten indes nicht ausfindig gemacht werden. Es ist daher nicht auszuschließen, dass das Ehepaar Jürgens lediglich im Zuge der sukzessiven Angliederung der Polizei an die SS erbgesundheitlich überprüft worden ist.

Nachdem der Polizeikommandant 1943 zum Oberstleutnant der Schutzpolizei ernannt worden war, erfolgte *„aus politischen Gründen“* seine Versetzung nach Düsseldorf, wo er erneut die Führung der Schutzpolizei übernahm; laut Aussage eines Personalsachbearbeiters der Darmstädter Polizeiverwaltung hatte sich Jürgens gegen die Einmischung der NSDAP in Anordnungen des örtlichen Luftschutzes zur Wehr gesetzt. Auf die Frage nach den Motiven, die ihn schlussendlich zur Beteiligung an der „Aktion Rheinland“ bewogen haben, *„ist eine zweifelsfreie Antwort mangels näherer schriftlicher oder mündlicher Äußerungen von [ihm] selbst posthum kaum mehr möglich.“* (Düwell, S. 305) Spätere Zeugenaussagen betonten Jürgens regimekritische Haltung, die vor allem aus den Konflikten mit der Partei in Darmstadt resultiert habe. Darüber hinaus mag ihn auch der Anblick der durch Bombenangriffe bereits schwer beschädigten Stadt Düsseldorf in seiner Entscheidung bestärkt haben. Fest steht, dass der Polizeikommandant die von NSDAP-Gauleiter Friedrich Karl Florian im Frühjahr 1945 angeordnete Zerstörung der Infrastruktur und Versorgungsbetriebe entschieden ablehnte und stattdessen die von der Widerstandsgruppe um den Juristen Karl August Wiedenhofen angestrebte kampflose Übergabe der Stadt an die vorrückenden Alliierten unterstützte.

Am 16. April 1945 ließ Franz Jürgens zunächst den Düsseldorfer Polizeipräsidenten August Korreng festsetzen, bevor er das Kommando über die Polizei übernahm und mittels Passierschein August Wiedenhofen als städtischen Unterhändler legitimierte. Während dieser zusammen mit Aloys Odenthal erfolgreiche Verhandlungen mit den Amerikanern

aufnehmen konnte, wurden Jürgens und einige seiner Mitstreiter auf Befehl Karl Brumshagens – Oberstleutnant der Schutzpolizei – festgenommen. Nachdem ihn ein Standgericht noch in der Nacht zum Tode verurteilt hatte, wurde er in einem Hof an der Färberstraße hingerichtet.

Kategorie: C

Begründung: Vorbildfunktion / selbstreflektierendes Handeln / persönliche Entwicklung

Literatur

Danner, Lothar: Ordnungspolizei Hamburg. Betrachtungen zu ihrer Geschichte 1918 bis 1933, Hamburg 1958.

Diercks, Herbert: Dokumentation Stadthaus. Die Hamburger Polizei im Nationalsozialismus, Hamburg 2012.

Dönecke, Klaus: Die Ereignisse des 16. Und 17. April 1945 in Düsseldorf. „Aktion Rheinland“.

Düwell, Kurt: *Franz Jürgens – Der lange Weg des Düsseldorfer Schutzpolizeikommandanten zur Dienstverweigerung*. In: Dahms, Carsten/Dönecke, Klaus/Köhler, Thomas (Hrsg.): „Dienst am Volk?“ Düsseldorfer Polizisten zwischen Demokratie und Diktatur, Frankfurt am Main 2007, S. 301-319.

Dybowski, Michael: *Ein Polizeioffizier im Widerstreit. Erinnerungen an Franz Jürgens*, In: Polizei in Düsseldorf. Ausgabe 1985, S. 76-82.

Lichtenstein, Heiner: Himmlers grüne Helfer. Die Schutz- und Ordnungspolizei im „Dritten Reich“, Köln 2003.

Wintgens, Frank: Mit der Vergangenheit leben. Feiern und Feste in Düsseldorf 1945-1955, Düsseldorf 1996.

Quellen

Stadtarchiv Düsseldorf

0-1-7-1937.0000 / Blatt 516

0-1-4-18022.0000

Landesarchiv NRW – Abteilung Rheinland

BR 2073 / 64

NW 293 / 184

Gerichtsakten Rep. 0017 / 849

Gerichtsakten Rep. 0017 / 850

Gerichtsakten Rep. 0017 / 852

Gerichtsakten Rep. 0017 / 853

Hessisches Staatsarchiv Darmstadt

HStAD G 12 C / 3799

HStAD R 12 P / 2719

HStAD G 12 A / 42-3

HStAD G 12 A / 42-4

HStAD G 12 A / 42-5

HStAD G 12 A / 42-6

Bundesarchiv Berlin

BArch R 9361-III / 235224

Staatsarchiv Hamburg

113-5_BV 20 UA 35

331-1 II_620

Straßen-/Platzname: Arthur-Kampf-Straße

Datum der Benennung: vor 1975

Begründung der Benennung: unbekannt

Name, Titel, Beruf oder Amt

Egbert Paul Arthur Kampf (1864-1950), deutscher Historienmaler und Hochschullehrer; Vorsitzender der Abteilung der bildenden Künste an der Preußischen Akademie der Künste (1937-1945).

Kurzbiographie/Verdienste

Der gebürtige Aachener machte bereits während seines Studiums an der Düsseldorfer Kunstakademie auf sich aufmerksam und erlangte mit seinen Monumentalwerken (z.B. „Der Choral von Leuthen“, „Aufbahrung der Leiche Kaiser Wilhelms I.“) große Bekanntheit. 1893 erhielt Kampf eine Professur an seiner ehemaligen Lehranstalt, bevor er Mitglied der Preußischen Akademie der Künste und 1907 zum Präsidenten der Institution ernannt wurde; von 1915 bis 1924 leitete er die Hochschule für bildende Künste in Charlottenburg. Im Dritten Reich gehörte Arthur Kampf zu den angesehenen deutschen Malern.

Nationalsozialismus

Obwohl Arthur Kampf zu den bekanntesten Historien- und Genremalern seiner Zeit gehörte und sich bereits im ausgehenden 19. Jahrhundert als Vertreter des Wilhelminismus mit Werken zur Geschichte der Freiheitskriege hervorgetan hat, fokussiert die historische Kunstwissenschaft fast ausschließlich sein Wirken im Dritten Reich. Nach 1933 ließ sich der Künstler kulturpolitisch vereinnahmen, entsprachen doch vor allem seine naturalistischen Darstellungen der „Blut-und-Boden-Ideologie“ der Nationalsozialisten.

Von der avantgardistischen Kunstbewegung des frühen 20. Jahrhunderts zunehmend aus dem Blick der Öffentlichkeit verdrängt, konnte Arthur Kampf als Vertreter einer konservativen Stilrichtung nach der „Machtübernahme“ Adolf Hitlers an seine frühere Popularität anknüpfen. Im Mai 1933 trat der fast Siebzigjährige in die NSDAP ein und zählte damit zu jenen Parteimitgliedern, die sich erst kurz vor dem Inkrafttreten der Aufnahmesperre für einen Beitritt entschieden; zwei Jahre später wurde er in das „Deutsche Führerlexikon“ aufgenommen. In einer Denkschrift bezeichnete der Künstler das aus seiner Sicht zu lasche Vorgehen gegen „Kulturentartungen“ als eine „fortgesetzte Sabotage des Führerwillens“ und forderte den konsequenten Ausschluss von Repräsentanten der „marxistischen Verfallskunst“ aus dem deutschen Kulturleben.

Zu Propagandazwecken griff das NS-Regime nicht nur auf Kampfs kriegerische Bildmotive aus der Weimarer Republik zurück, sondern nutzte auch seine körperbetonten Arbeiterdarstellungen aus der Weimarer Republik, um die Stellung des Arbeiters im Dritten Reich hervorzuheben. Ungeachtet ihrer Entstehungszeit wurden diese nach 1945 als vermeintliche Produkte der faschistischen Malerei qualifiziert; in diesem Zusammenhang weisen Kritiker zurecht daraufhin, dass die von Arthur Kampf dargestellte Körperlichkeit

„bereits lange vor den Nationalsozialisten bildwürdig wurde.“ (Schroyen 1997, S. 114) Gleiches gilt für jene Werke, die der Maler nachweislich während der NS-Zeit angefertigt hat – darunter Szenen, „die an Menschenverachtung ihresgleichen suchen.“ (Schroyen 2000, S. 105)

1937 übernahm Arthur Kampf den Vorsitz der Abteilung der bildenden Künste an der Preußischen Akademie der Künste und trat in dieser Funktion auch öffentlich in Erscheinung; bei der Eröffnung der Frühjahrsausstellung 1939 begrüßte er die „*Schöpfung Großdeutschlands*“ durch Adolf Hitler. Im selben Jahr wurde der Künstler mit dem „Adlerschild des Deutschen Reiches“ ausgezeichnet und nahm mit über 15 Werken an der „Großen Deutschen Kunstausstellung“ im Münchener Haus der Kunst teil. 1944 wurde Kampf als „unersetzlicher Künstler“ in die Sonderliste der sogenannten „Gottbegnadeten-Liste“ aufgenommen.

Infolge der Berliner Bombenangriffe zog er 1944 zunächst nach Oberlangenau (heute Polen), wo er zu seinem 80. Geburtstag noch Glückwünsche der NS-Führung entgegennahm, bevor er kurz vor Kriegsende mit seiner Familie nach Berchtesgaden übersiedelte; sein Spätwerk bestimmten religiöse Themen. Obwohl sich Arthur Kampf im hohen Alter den Nationalsozialisten angedient hat und zu den angesehensten Malern des Dritten Reiches gehörte, blieb sein Einfluss auf die Kunst dieser Zeit begrenzt. Bei der gestalterischen Umsetzung der ideologischen Vorstellungen „schöpfte er aus einem Formenrepertoire, das sich lange vor 1933 etablierte.“ (Schroyen 2000, S. 105) Darüber hinaus darf nicht außer Acht gelassen werden, dass sein Ruf als faschistischer Vorzeige-Künstler maßgeblich durch fachliche Fehleinschätzungen der Kunstwissenschaft gefördert wurde.

Kategorie: B

Begründung: herausragende Stellung im Dritten Reich

Literatur

Klee, Ernst: Das Kulturlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2007.

Petsch, Joachim: „*Unersetzliche Künstler*“. *Malerei und Plastik im Dritten Reich*, In: Sarkowicz, Hans (Hrsg.): Hitlers Künstler. Die Kultur im Dienst des Nationalsozialismus, Frankfurt am Main/Leipzig 2004, S. 245-277.

Schroyen, Andreas: *Kampf, Arthur*. In: Beyer, Andreas/Savoy, Bénédicte/Tegethoff, Wolf (Hrsg.): Allgemeines Künstlerlexikon. Die Bildenden Künstler aller Zeiten und Völker, Band 79, Berlin 2013, S. 237-238.

Schroyen, Andreas: „<NS> ist nur drin, wenn <NS> draufsteht?“ *Die Rezeption der Arbeitsdarstellungen von Arthur Kampf im 3. Reich und ihre Aufarbeitung durch die Kunstgeschichte nach 1945*, In: Türk, Klaus (Hrsg.): Arbeit und Industrie in der bildenden Kunst. Beiträge eines interdisziplinären Symposiums, Stuttgart 1997, S. 110-118.

Schroyen, Andreas: *Der Künstler Arthur Kampf und sein Aufenthalt in Angermund*. In: Jahrbuch des Angermunder Kulturkreises. Band 21, 2000, S. 102-109.

Thoms, Robert: Große Deutsche Kunstausstellung München 1937–1944. Verzeichnis der Künstler in zwei Bänden, Band I: Maler und Graphiker, Berlin 2010.

Quellen

Das Deutsche Führerlexikon 1934/35. Berlin 1934.

Kampf, Arthur: Aus meinem Leben. Aachen 1950.

Bundesarchiv Berlin

BArch R 43-II / 1225

BArch R3 / 1585

BArch R 3961-I / 1533

Landesarchiv Berlin

A Rep. 243-04-4058

Akademie der Künste

PrAdK 0746

PrAdK 1109

PrAdK I.0211

Straßen-/Platzname: Klausingsstraße

Datum der Benennung: 14. 07. 1945

Begründung der Benennung

Friedrich Karl Klausings gehörte zu den Männern, „*welche im Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 den Tod gefunden haben.*“

Name, Titel, Beruf oder Amt

Friedrich Karl Klausings (1920-1944), Offizier der Wehrmacht und Widerstandskämpfer im Nationalsozialismus.

Kurzbiographie / Verdienste

Der Sohn eines Juristen gehörte einer christlichen Pfadfinderschaft an, die 1933 in die Hitlerjugend eingegliedert wurde. Nach seinem Abitur und dem Einzug zum Reichsarbeitsdienst trat Klausings 1938 als Fahnenjunker in das Potsdamer Infanterieregiment Nr. 9 ein und nahm als Offiziersanwärter während des Zweiten Weltkriegs an Kämpfen in Polen, Frankreich und der Sowjetunion teil; für seine Verdienste erhielt er das Eiserne Kreuz I. Klasse sowie die Beförderung zum Hauptmann. Aufgrund von Kriegsverletzungen wurde der Wehrmachtsangehörige 1943 in den Innendienst beim Oberkommando des Heeres versetzt, wo er sich der Widerstandsgruppe um Claus Schenk Graf von Stauffenberg anschloss. Nach dem Scheitern der „Operation Walküre“ wurde Friedrich Karl Klausings vor dem Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und in Berlin-Plötzensee hingerichtet.

Nationalsozialismus

„Die Erinnerung an den bedeutenden Beitrag Friedrich Karl Klausings zum Geschehen des 20. Juli ist in der einschlägigen Literatur fast verlorengegangen, obwohl er bei der Vorbereitung wie bei der Durchführung des Anschlags eine maßgebliche Rolle gespielt hat.“ (Rüthers 2007, S. 308) Während die Namen seiner Mitverschwörer Teil des öffentlichen Diskurses sind, wird dem jungen Wehrmachtsoffizier nach wie vor nur wenig Beachtung geschenkt.

Als Sohn eines überzeugten Nationalsozialisten hatte Friedrich Karl Klausings der Ideologie des Dritten Reiches zunächst bedenkenlos gegenübergestanden und die von der NS-Führung propagierte Notwendigkeit einer totalen Kriegsführung nicht hinterfragt. Sein soldatisches Selbstverständnis beinhaltete zwar die traditionelle Pflichterfüllung, schloss aber auch ein gewisses Maß an Verantwortungsbewusstsein und moralischem Mut ein; den unbedingten militärischen Gehorsam lehnte er dementsprechend ab: „*Befehle, die sich gegen die Ehre des Einzelnen wie der Gesamtheit richten, brauche und darf ich nicht ausführen.*“

Im Zweiten Weltkrieg nahm Friedrich Karl Klausings sowohl am Polen- als auch am Frankreichfeldzug teil und wurde 1942 schließlich in der Schlacht bei Stalingrad eingesetzt. Durch die Erlebnisse an der Front bereits desillusioniert, setzte sich der mittlerweile zum Hauptmann beförderte Wehrmachtsangehörige zunehmend kritisch mit dem Nationalsozialismus und dessen Folgen auseinander. Nach seiner verletzungsbedingten

Versetzung zum Oberkommando des Heeres kam Klausung über Fritz-Dietlof von der Schulenburg in Kontakt mit Claus Schenk Graf von Stauffenberg und schloss sich 1944 dem militärischen Widerstand an. Dieser Schritt bedeutete nicht nur die Gefährdung des eigenen Lebens, sondern auch die innere Abkehr von der Lebenswelt und den Wertvorstellungen des Elternhauses.

Als Stauffenbergs Adjutant begleitete Friedrich Karl Klausung seinen Vorgesetzten bei zwei geplanten Attentatsversuchen am 11. und 15. Juli 1944 in das „Führerhauptquartier“ und führte dabei den Sprengstoff mit sich; der Plan wurde jedoch aufgrund der Abwesenheit Heinrich Himmlers nicht umgesetzt. Am 20. Juli 1944 blieb der Offizier im Bendlerblock und übermittelte telefonisch die Befehle der „Operation Walküre“. Nach dem Scheitern des Umsturzes und dem vergeblichen Versuch, seinen Mitverschwörern zur Flucht zu verhelfen, konnte Klausung zunächst einer Verhaftung entgehen, stellte sich jedoch einen Tag später freiwillig der Gestapo. Im August 1944 wurde Friedrich Karl Klausung vor dem Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und in Berlin-Plötzensee hingerichtet.

Kategorie: C

Begründung: Vorbildfunktion / selbstreflektierendes Handeln / persönliche Entwicklung

Literatur

Leber, Annedore: Das Gewissen steht auf. 64 Lebensbilder aus dem deutschen Widerstand 1933-1945, Berlin 1954.

Ramm, Arnim: Der 20. Juli vor dem Volksgerichtshof. Berlin 2007.

Rüthers, Bernd: Verräter, Zufallshelden oder Gewissen der Nation? Facetten des Widerstandes in Deutschland, Tübingen 2008.

Schwerin, Detlef Graf von: Die Jungen des 20. Juli 1944. Berlin 1991.

Steinbach, Peter/Tuchel, Johannes: Lexikon des Widerstands 1933-1945. München 1994.

Vollmer, Antja/Keil, Lars-Broder: Stauffenbergs Gefährten. Das Schicksal der unbekanntesten Verschwörer, München 2015.

Quellen

Stadtarchiv Düsseldorf
0-1-7-1937.0000 / Blatt 516

Straßen-/Platzname: Jakob-Kneip-Straße

Datum der Benennung: 11. 06. 1963

Begründung der Benennung

„Jakob Kneip war ein natur- und volksnaher Lyriker, Erzähler und Essayist, dem es um die Wahrung und Erweckung religiöser und heimatlicher Kräfte ging.“

Name, Titel, Beruf oder Amt

Jakob Kneip (1881-1958), deutscher Schriftsteller und Pädagoge.

Kurzbiographie / Verdienste

Nach dem Besuch des Priesterseminars in Trier und dem Studium der Germanistik und Philologie trat Jakob Kneip 1909 in den Schuldienst ein; im Ersten Weltkrieg meldete er sich für ein Jahr zum freiwilligen Militärdienst. Danach arbeitete der nebenberufliche Schriftsteller als Dolmetscher im Preußischen Kriegsministerium und war bis 1920 in der Zentrale des „Heimatsdienstes der Sozialdemokratischen Partei“ in Frankfurt tätig, bevor er als Studienrat nach Köln wechselte. Darüber hinaus gehörte Kneip sowohl zu den Mitbegründern des „Rheinischen Dichterbundes“ als auch des „Rheinischen Kulturinstituts“; 1956 wurde er mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. In seiner konfessionell geprägten Literatur steht das dörfliche und bäuerliche Leben im Vordergrund.

Militarismus / Nationalsozialismus

Jakob Kneips literarischer Einfluss konzentrierte sich weitestgehend auf das Rheinland; seine Werke „blieben seit den 1920er Jahren konfessionell auf die katholische Dichtung, regional auf die Hunsrücker Dorfidylle und personell auf die Glorifizierung des Bauernstands beschränkt.“ (Delseit, S. 188) Im Dritten Reich gehörte der Schriftsteller trotz seiner christlichen Prägung zu den angesehenen Autoren, ließen sich doch seine volks- und naturnahen Erzählungen sowie seine Lyrik aus der Zeit des Ersten Weltkriegs im Sinne der nationalsozialistischen „Blut-und-Boden-Ideologie“ vereinnahmen.

Nachdem Jakob Kneip bereits 1916 ohne Fronteinsatz aus dem Dienst des deutschen Heeres entlassen worden war, reihte er sich in die lange Liste der Kriegsliteratur ein; seine Gedichte aus dieser Zeit implizieren „eine religiöse Überhöhung des Kampfes und der Gemeinschaft.“ (Delseit 1997, S. 186) Durch die Konfrontation mit den Kriegserlebnissen seines privaten Umfelds sensibilisiert, distanzierte sich der Schriftsteller schließlich von seinem propagandistischen Engagement und bekannte Ende 1917: *„In bin in diesem Krieg radikaler Demokrat geworden.“*

Der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten stand Jakob Kneip zwiespältig gegenüber. Während er 1932 noch Adolf Hitlers *„jugendlich schwunghafte Kraft und seine glänzende Rednergabe“* bewundert und diesen getrennt von der nationalsozialistischen Bewegung wahrgenommen hatte (*„Man darf ihn wohl nicht für alles Geschwätz seiner Mitläufer verantwortlich machen.“*), erkannte er zu Beginn des Dritten Reiches die

gesellschaftspolitischen Auswirkungen der NS-Propaganda: „Die Macht Hitlers hat auch hier alle Köpfe verwirrt, alles freie Urteil ausgeschaltet.“ Trotz seiner Abneigung beantragte Kneip eine Mitgliedschaft in der „Reichsschrifttumskammer“, die eine Voraussetzung für jeden Literaturschaffenden darstellte, und gehörte in den folgenden Jahren zu den „vielen anpassungsbereiten Schriftstellern, die als kleines Rädchen das Getriebe bewegten.“ (Delseit 1997, S. 190) Obwohl seine christlich-religiöse Prägung nicht den ideologischen Vorstellungen des NS-Regimes entsprach, ermöglichte die „*echte und tiefe Verwurzelung [des Schriftstellers] mit dem Volkstum und Heimatboden*“ bis zu Beginn der 1940er Jahre zahlreiche Veröffentlichungen, die sich trotz fehlender antisemitischer und rassistischer Elemente in das Kulturverständnis des Dritten Reiches einfügten. Darüber hinaus war Kneip auf regionalen Kulturtagungen zugegen, nahm allerdings nicht an offiziellen Propagandaveranstaltungen teil.

Ungeachtet seiner „Blut-und-Boden-Literatur“ wurde Jakob Kneip wiederholt in seiner Arbeit eingeschränkt; so lehnte beispielsweise die Zeitung „Junge Front“ 1934 die Publikation von Auszügen seines Bekenntnisbuchs „Das Reich Christi“ ab. Die zunehmende Hinwendung des Schriftstellers zu christlichen Heilsgeschichten führte 1936 auch zum Verbot seines Werks „Feuer am Himmel“, in dem die Entwicklung eines jungen Rheinländers zum katholischen Priester thematisiert wird. Darüber hinaus untersagte das NS-Regime anlässlich des 60. Geburtstags des Schriftstellers öffentliche Ehrungen, sodass Jakob Kneip lediglich im Ausland Erwähnung fand. Nachdem er sich bereits ab 1939 schrittweise aus dem Literaturbetrieb zurückgezogen hatte, stellte er 1943 die Zahlungen seiner Mitgliedsbeiträge für die „Reichsschrifttumskammer“ ein; kurz vor Kriegsende wurde der Schriftsteller „notdienstverpflichtet“ und zum Baueinsatz an der Westgrenze eingezogen.

Nach 1945 konnte Jakob Kneip nicht mehr an seine literarischen Erfolge anknüpfen, beteiligte sich allerdings am kulturellen Wiederaufbau Deutschlands und wurde für sein Engagement mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet.

Kategorie: C

Begründung: keine herausragende Stellung im Dritten Reich

Literatur

Delseit, Wolfgang: *Jakob Kneip (1881-1958)*. In: Rheinische Lebensbilder. Band 16, Köln 1997, S. 181-195.

Delseit, Wolfgang: *Jakob Kneip (1881-1958)*. In: Kortländer, Bernd (Hrsg.): 60 Portraits von Autoren aus dem Gebiet des heutigen Nordrhein-Westfalen. Bielefeld 1995, S. 186-193.

Quellen

Winckler, Josef/Kneip, Jakob/Vershofen, Wilhelm (Hrsg.): Das Brennende Volk. Kriegsgabe der Werkleute auf Haus Nyland, Jena 1916.

„Köpfe des nationalen deutschen Schrifttums - Jakob Kneip“. In: Leipziger Neueste Nachrichten. 5. Mai 1935.

Stadtarchiv Düsseldorf

IV 50254 / Band 7

Bundesarchiv

BArch NS 5-VI / 17634

BArch NS 15 / 30

Landesarchiv Koblenz – Außenstelle Rommersdorf/ Stadtarchiv Neuwied

700, 193 / 5

700, 193 / 6

700, 193 / 57

700, 193 / 423

700, 193 / 427

700, 193 / 431

700, 193 / 448

700, 193 / 449

700, 193 / 1146

700, 193 / 1150

Straßen-/Platzname: Wilhelm-Kreis-Straße

Datum der Benennung: 19. 07. 1961

Begründung der Benennung

Wilhelm Kreis gehörte zu den „Architekten, die in Düsseldorf bekannte und bedeutende Bauten erstellt haben.“

Name, Titel, Beruf oder Amt

Wilhelm Heinrich Kreis (1873-1955), deutscher Architekt; Präsident des Bundes Deutscher Architekten (1926-1933), Senator der Reichskammer der bildenden Künste (1938), Generalbaurat (1941) und Präsident der Reichskammer der bildenden Künste (1943-1945).

Kurzbiographie / Verdienste

Nach dem Studium der Architektur arbeitete Wilhelm Kreis zunächst an der Kunstgewerbe-Akademie in Dresden, bevor er 1909 die Leitung der Düsseldorfer Kunstgewerbeschule übernahm; im Ersten Weltkrieg bekleidete der Architekt den Rang eines Offiziers. Um die Jahrhundertwende erlangte er durch seine Denkmäler für Otto von Bismarck (Bismarcktürme) internationale Bekanntheit. 1920 erhielt Kreis eine Professur an der Kunstakademie Düsseldorf und entwarf zahlreiche Pläne für Groß- und Monumentalbauten; ebenso geht das „Ehrenhofensemble“ (Museen, Tonhalle, Rheinterassen) auf ihn zurück. Im Jahr 1926 wurde er Professor an der Kunstakademie Dresden, wo er sich dem Bau des städtischen Hygiene-Museums widmete. Im Dritten Reich leitete der Architekt als Generalbaurat unter anderem die Ausgestaltung der Kriegerfriedhöfe.

Nationalsozialismus

Wilhelm Kreis gehörte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu den führenden Vertretern der deutschen Architektur und konnte trotz der historischen und gesellschaftspolitischen Umwälzungen von der Kaiserzeit bis zur Demokratie der Bundesrepublik gestalterisch tätig werden. Im Dritten Reich stellte sich der Baumeister in den Dienst der Nationalsozialisten, übernahm ihre ideologischen Vorstellungen und stieg zu den „Spitzenarchitekten im NS-Staat“ auf. (Nerdinger, S. 26)

Nach der „Machtergreifung“ war Wilhelm Kreis als „Angehöriger des Weimarer Establishments“ (Preiß, S. 19) zunächst ins berufliche Abseits geraten; er musste von der Leitung des „Bundes Deutscher Architekten“ (BDA) zurücktreten, erhielt aufgrund seiner Arbeiten für jüdische Bauherren keine Großaufträge mehr und wurde für die jüdische Abstammung seiner Frau angefeindet. Dennoch beantragte er im Oktober 1933 eine Mitgliedschaft in der NSDAP. Ob der Architekt zusätzlich als „Förderndes Mitglied“ in die SS eintrat, konnte nicht geklärt werden; diese Information findet sich ohne Quellenangabe in einem wissenschaftlichen Aufsatz. Eine entsprechende Anfrage an das Bundesarchiv sowie die Sichtung der Entnazifizierungsakte brachte diesbezüglich keine Ergebnisse.

Angesichts des „Bedarfs ausgewiesener, erfahrener und ‚klassisch‘ gestimmter Architekten für die gewaltigen Berliner Umbau- und Erneuerungspläne“ (Mai, S. 162f.)

wurde Kreis ab Mitte der 1930er Jahre schließlich mit der Planung von Monumentalanlagen beauftragt und entwarf unter anderem das Luftgaukommando in Dresden sowie Neubauten für das Oberkommando des Heeres (OKW) und das Reichsverkehrsministerium, um Hitlers Vorstellung einer „Reichshauptstadt Germania“ zu realisieren. 1938 erfolgte die Ernennung zum Reichskultursenator; ein Jahr später gehörte Kreis zu den Mitbegründern des „Großdeutschen Architektenordens“, der das nationalsozialistische Bauen fördern sollte.

Auf Veranlassung Adolf Hitlers wurde Wilhelm Kreis 1941 zum „*Generalbaurat für die Bearbeitung der künstlerischen Aufgaben bei der Errichtung von Kriegerfriedhöfen*“ berufen und mit der Planung von Heldengedenkstätten und Ehrenmalen verpflichtet, darunter zahlreiche „Totenburgen“, die „in gigantischen Dimensionen entscheidende Schlachtfelder des Zweiten Weltkriegs und damit vor allem auch die erstrebten Grenzen des ‚Großgermanischen Reiches‘ markieren sollten.“ (Arndt, S. 169) Sein Entwurf für das Grabmal des verstorbenen SS-Obergruppenführers Reinhard Heydrich wurde 1942 allerdings abgelehnt.

Mit der Übernahme der Präsidentschaft der Reichskammer der bildenden Künste als Nachfolger von Adolf Ziegler avancierte Wilhelm Kreis 1943 endgültig zum „mächtigsten Kulturrepräsentanten des Dritten Reiches“. (Preiß, S. 19) In öffentlichen Reden und Zeitschriftenbeiträgen argumentierte der Architekt im Sinne des NS-Regimes und äußerte sich deutlich antisemitisch und rassistisch; so ereiferte er sich über „*deutschfremde und jüdische Elemente*“ und forderte das „*Ausschalten solcher Schädlinge*“. Dieses systemkonforme Verhalten wurde mit zahlreichen Würdigungen, Auszeichnungen und Publikationen belohnt. Neben der „Goethemedaille für Kunst und Wissenschaft“ erhielt Wilhelm Kreis den „Adlerschild des Deutschen Reiches“ für außerordentliche Verdienste und wurde 1944 in die Sonderliste der wichtigsten bildenden Künstler der sogenannten „Gottbegnadeten-Liste“ aufgenommen. Zu seinem 70. Geburtstag erschien eine von Albert Speer autorisierte Biographie, in der er den Baumeister als Wegbereiter der nationalsozialistischen Architektur verherrlichte: „*Der Weg von seinen Frühwerken bis zu den reifen Leistungen des Siebzigjährigen ist zugleich der Weg des Reiches von Bismarck bis zu Adolf Hitler.*“ Ab 1943 gehörte Kreis zu den Beauftragten des von Speer organisierten „Arbeitsstabes für den Wiederaufbau bombenzerstörter Städte“.

Ungeachtet seiner Stellung im Dritten Reich konnte Wilhelm Kreis seine Arbeit nach Kriegsende nahezu ungehindert fortsetzen. Im Entnazifizierungsverfahren als „Mitläufer“ eingestuft, stritt der Architekt jegliche Sympathie für den Nationalsozialismus entschieden ab und rechtfertigte seine Tätigkeit mit der Sorge um die Ehefrau. Seine „chamäleonhafte Anpassung bei gleichzeitiger Ausblendung der NS-Vergangenheit“ (Nerdinger, S. 27) ermöglichte Kreis den beruflichen Neustart in der jungen Bundesrepublik.

Kategorie: B

Begründung: herausragende Stellung im Dritten Reich

Literatur

Arndt, Karl: *Problematischer Ruhm – die Großaufträge in Berlin 1937-1943*. In: Nerdinger, Winfried/Mai, Ekkehard (Hrsg.): *Wilhelm Kreis. Architekt zwischen Kaiserreich und Demokratie*. München 1994, S. 169-188.

Weber, Stephan: *Die Gleichschaltung der Kunstakademie*. In: Die Ausstellung „Entartete Kunst“ und der Beginn der NS-Kulturbarbarei in Dresden. Dresdener Hefte, Band 77, 2004, S. 26-35.

Deschan, André: *Im Schatten von Albert Speer. Der Architekt Rudolf Wolters*, Berlin 2016.

Durth, Werner: *Deutsche Architekten. Biographische Verflechtungen 1900–1970*. München 1992.

Englert, Klaus: *Albert Speers Architekten und der Wiederaufbau Düsseldorfs*. In: Anna, Susanna (Hrsg.): *Architektenstreit. Wiederaufbau zwischen Kontinuität und Neubeginn*, Düsseldorf 2009, S. 43-70.

Franken, Friedrich: *Kontinuität und Wandel im Leben und Werk des Architekten Wilhelm H. Kreis*. Aachen 1996.

Klee, Ernst: *Das Kulturlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945*, Frankfurt am Main 2007.

Nerdinger, Winfried: *Wilhelm Kreis – Repräsentant der deutschen Architektur des 20. Jahrhunderts*. In: Nerdinger, Winfried/Mai, Ekkehard (Hrsg.): *Wilhelm Kreis. Architekt zwischen Kaiserreich und Demokratie*. München 1994, S. 9-27.

Nüßlein, Timo: *Kreis, Wilhelm*. In: *Allgemeines Künstlerlexikon. Die Bildenden Künstler aller Zeiten und Völker*, Band 81, Berlin 2014, S. 522-523.

Preiß, Achim: *Das Museum und seine Architektur. Wilhelm Kreis und der Museumsbau in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts*, Alfter 1993.

Quellen

Stephan, Hans/Speer, Albert: *Deutsche Künstler unserer Zeit - Wilhelm Kreis*. Oldenburg 1944.

Kreis, Wilhelm: *Die Großbauten der Partei und des Staates im Bilde der Stadt und der Landschaft*. In: *Deutsche Bauzeitung*. Heft 43, 26. Oktober 1938.

Arntz, Helmut: *Der Patenonkel*. In: Nerdinger, Winfried/Mai, Ekkehard (Hrsg.): *Wilhelm Kreis. Architekt zwischen Kaiserreich und Demokratie*. München 1994, S. 204-222.

Stadtarchiv Düsseldorf

IV 52054 / Band 6

0-1-7-1937.0000/ Blätter 537c und 537d

Staatsarchiv München

SpkA K 959

Bundesarchiv Berlin

BArch R 9361-V / 102258

BArch NS 6 / 346 / Blatt 24

BArch R 9361-VI / 1643

BArch NS 19 / 3454 / Blätter 26-28

Straßen-/Platzname: Kriegestraße

Datum der Benennung: 23. 06. 1953

Begründung der Benennung:

Im Februar 1953 stellte die Landeszentralbank Nordrhein-Westfalen den Antrag, eine Straße in Lohausen nach ihrem verstorbenen Präsidenten Walter Kriege zu benennen; dieser habe „im öffentlichen Leben vielfache und große Verantwortung getragen“. In der Gemeinde Lohausen errichtete die Landeszentralbank zum damaligen Zeitpunkt ein Wohngebiet für ihre Angestellten, das Walter Kriege noch zu Lebzeiten initiiert hatte.

Name, Titel, Beruf oder Amt

Walter Adolf Florens Hermann Kriege (1891-1952), deutscher Jurist; Ministerialdirigent im Reichsjustizministerium (1940-1944) und Präsident des Oberpräsidiums (1939-1944).

Kurzbiographie / Verdienste

Der in Paraguay geborene Walter Kriege arbeitete nach dem Studium der Rechtswissenschaften und seinem Einsatz im Ersten Weltkrieg zunächst bei der Reichsbank, bevor er in die preußische Justizverwaltung wechselte. Im Dritten Reich war er als Ministerialdirigent im Reichsjustizministerium tätig; 1939 wurde der Jurist zum Präsidenten des Oberpräsidiums (Seekriegsrecht) ernannt. Im Zusammenhang mit den Umsturzplänen der Widerstandskreise um Carl Friedrich Goerdeler war er als Justizminister vorgesehen. Nach Kriegsende übernahm Kriege den stellvertretenden Vorsitz des Deutschen Finanzrates und arbeitete unter Staatssekretär Walter Strauß im Bundesjustizministerium. Ab 1950 leitete er die Landeszentralbank Nordrhein-Westfalen.

Nationalsozialismus

Obwohl Walter Kriege von den Widerstandskreisen im Nationalsozialismus als potentiell Regierungsmitglied gehandelt wurde und in den ausgearbeiteten Kabinettslisten für das Amt des Justizministers vorgesehen war, herrscht über das Ausmaß seiner Beteiligung nach wie vor Unklarheit. Bis 1944 gehörte er zu den höheren Juristen des Dritten Reiches und fügte sich in das Rechtssystem des NS-Regimes ein.

Walter Kriege war bereits 1922 der nationalliberalen Deutschen Volkspartei (DVP) beigetreten und hatte sich sowohl 1932 als auch 1933 im Wahlkreis Ostpreußen um einen Sitz im Berliner Landtag beworben. Ungeachtet seiner politischen Einstellung behielt er nach der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten sein Amt als Ministerialrat und wurde Mitglied im „Reichsbund Deutscher Beamter“ (RDB), der als berufsständiger Verband der NSDAP angeschlossen war. Den Eintritt in den „Nationalsozialistischen Rechtswahrerbund“ (NSRB) zögerte der Jurist allerdings hinaus und berief sich auf mögliche Konflikte im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit in der internationalen „Gemischten Kommission für Oberschlesien“, strebten doch auch ausländische Kollegen die Aufnahme in die Organisation an.

1939 wurde Walter Kriege zum Präsidenten des Oberpräsidiums ernannt und befasste sich in dieser Funktion mit einem Teil des Seekriegs- und Völkerrechts; diese Amtsübernahme begründete er später mit der weitgehenden Unabhängigkeit gegenüber der Partei und der SS, die ihm eine „Reinhaltung der Präsidiumsrechtsprechung“ ermöglicht habe. Im selben Jahr war er kurzzeitig als Justizreferent beim damaligen Militärbefehlshaber in Prag tätig und erhielt 1940 sowohl die „Medaille zur Erinnerung an den 1. Oktober 1938“ als auch die dazugehörige „Spange“; beide Abzeichen ehrten Verdienste um die „Wiedervereinigung“ des Sudetenlandes mit dem Deutschen Reich und die Schaffung des Protektorats Böhmen und Mähren. Darüber hinaus wurde der Jurist mit osteuropäischen Verdienstorden ausgezeichnet, so zum Beispiel für seine Mitwirkung am Abschluss des Deutsch-Ungarischen Beglaubigungsabkommens vom 27. Mai 1940.

Obwohl Walter Kriege antifaschistische Haltung durchaus bekannt war, erfolgte 1940 die Beförderung zum Ministerialdirigenten. Sein Antrag auf Aufnahme in die NSDAP wurde aufgrund „seiner stark konfessionellen Einstellung“ und seines „politischen Verhaltens“ allerdings abgelehnt; der verantwortliche NS-Stabsleiter stellte fest: „Gesinnungsgemäß gilt er nicht als Nationalsozialist.“ Laut Aussage des nach Kriegsende im Nürnberger Juristenprozess verurteilten Ministerialrats Wilhelm von Ammon soll Walter Kriege im April 1941 jener Arbeitstagung des Reichsjustizministeriums beigewohnt haben, auf der die Pläne zur „Vernichtung lebensunwerten Lebens“ vorgestellt wurden. Da das entsprechende Sitzungsprotokoll keine Anwesenheitsliste enthält, kann seine Teilnahme bislang nicht zweifelsfrei nachgewiesen werden.

Nach dem gescheiterten Umsturzversuch des 20. Juli 1944 wurde Walter Kriege von der Gestapo verhaftet und trotz fehlender Beweise für seine Mittäterschaft aus dem Dienst des Reichsjustizministeriums entlassen. Die ihm angebotene Stelle als Amtsgerichtsrat lehnte er ab, da seine „Anschauungen über die Pflichten eines Strafrichters in erheblichem Gegensatz zu denen des Regimes standen.“ Stattdessen bat der Jurist um die Aufhebung seiner „Unabkömmlichkeit“ und trat seinen aktiven Wehrdienst bei der Kraftfahr-Ersatz-Abteilung in Rathenow an, bevor er im Mai 1945 in amerikanische Kriegsgefangenschaft geriet.

Im Zuge seines Entnazifizierungsverfahrens wurde Walter Kriege vollständig entlastet; prominente Fürsprecher – darunter der ehemalige sozialdemokratische Innenminister Carl Severing sowie der vom NS-Regime verfolgte Theologe Martin Niemöller – beschrieben ihn als „aufrechten und entschiedenen Gegner des Nationalsozialismus“, der sich mit Hilfe seiner internationalen Rechtsbeziehungen für Minderheiten und Einzelpersonen eingesetzt habe. Kriege's Kontakte zum Widerstand resultierten nach bisherigen Erkenntnissen aus dem dienstlichen Verhältnis zum Juristen Berthold Schenk Graf von Stauffenberg; ob und inwieweit der Ministerialdirigent in Umsturzpläne eingeweiht war, bleibt indes unklar. Als Mitarbeiter im Bundesjustizministerium wurde Walter Kriege aufgrund seines Einblicks in die NS-Justiz zum einem wichtigen Berater in Personalfragen.

Kategorie: C

Begründung: Vorbildfunktion

Literatur

Görtemaker, Manfred/Safferling, Christoph: Die Akte Rosenberg. Das Bundesministerium der Justiz und die NS-Zeit, München 2016.

Gruchmann, Lothar: Justiz im Dritten Reich 1933-1940. Anpassung und Unterwerfung in der Ära Gürtner, Oldenburg 2001.

Klee, Ernst: Das Personenlexikon im Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2003.

Kramer, Helmut: „*Gerichtstag halten über uns selbst.*“ *Das Verfahren Fritz Bauers zur Beteiligung der Justiz am Anstaltsmord*, In: Loewy, Hanno/Winter, Bettina: NS-Euthanasie vor Gericht. Fritz Bauer und die Grenzen juristischer Bewältigung, Frankfurt am Main 1996, S. 81-131.

Ritter, Gerhard: Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung. Stuttgart 1984.

Ottinger, Johannes: Orden und Ehrenzeichen in der Bundesrepublik Deutschland, Hamburg 1977.

Quellen

Stadtarchiv Düsseldorf

0-1-7-1939.0000 / Blatt 21

0-1-7-1936.0000 / Blatt 34

Bundesarchiv Berlin

BArch R 3001 / 64775

BArch R 3001 / 64776

BArch R 3001 / 64777

BArch R 3001 / 20245

BArch R 9631-II / 583032

Staatsarchiv Hamburg

221-11 / F 16430

Straßen-/Platzname: Robert-Lehr-Ufer

Datum der Benennung: 03. 06. 1957

Begründung der Benennung

Die Benennung des Robert-Lehr-Ufers erfolgte auf Wunsch des Ältestenrates sowie des Oberstadtdirektors zum Gedenken an den ehemaligen Düsseldorfer Oberbürgermeister. Darüber hinaus plante man die Einweihung eines Robert-Lehr-Gedenksteins in unmittelbarer Nähe der Rheinpromenade.

Name, Titel, Beruf oder Amt

Robert Lehr (1883-1956), deutscher Politiker und Jurist; Oberbürgermeister von Düsseldorf (1924-1933), Oberpräsident der Provinz Nordrhein (1945-1946), Präsident des Landtages Nordrhein-Westfalen (1946-1947) und Bundesinnenminister (1950-1953).

Kurzbiographie / Verdienste

Der aus Celle stammende Jurist Robert Lehr trat 1913 in den Dienst der Stadt Düsseldorf ein; als Polizei- und Finanzdezernent setzte er sich während des Ersten Weltkriegs und in den darauffolgenden Jahren für den Schutz der öffentlichen Ordnung und die wirtschaftliche Sanierung ein. Nach seiner Wahl zum Oberbürgermeister im Jahr 1924 förderte Lehr unter anderem die Ansiedlung von Industrieunternehmen sowie den städtischen Wohnungsbau. 1929 trat er in die „Deutschnationale Volkspartei“ (DNVP) ein, wurde allerdings zu Beginn des Dritten Reiches seines Amtes enthoben und unterhielt bis 1945 Kontakte zum zivilen Widerstand. Nach Kriegsende machte sich Robert Lehr als Oberpräsident der Nordrheinprovinz um den staatlichen Wiederaufbau in Westdeutschland verdient; so gehörte er beispielsweise zu den Gründungsmitgliedern der CDU im Rheinland. Über seine Mitgliedschaft im Parlamentarischen Rat zog der Jurist 1948 in den ersten deutschen Bundestag ein und befasste sich als Bundesinnenminister mit sicherheitspolitischen Themen.

Nationalsozialismus

Robert Lehr zählt zu den bedeutenden Oberbürgermeistern der Stadt Düsseldorf; durch sein kommunalpolitisches Engagement in der Zeit der Weimarer Republik und seine Beteiligung am Aufbau einer freiheitlich-demokratische Grundordnung nach 1945 ist der Jurist weit über die Grenzen des Rheinlands hinaus bekannt geworden. Während die Verdienste um seine Heimat und die Bundesrepublik nie angezweifelt worden sind, haben Lehrs Mitgliedschaft in der rechtsgerichteten „Deutschnationalen Volkspartei“ (DNVP) und seine Rolle im Vorfeld der nationalsozialistischen „Machtergreifung“ in der Vergangenheit durchaus Anlass zu kritischen Spekulationen gegeben.

Obwohl Robert Lehr bereits 1914 als Beigeordneter in der Politik aktiv wurde, blieb er bis zum Ende der 1920er Jahre parteipolitisch ungebunden und trat auch in den ersten Jahren seiner Oberbürgermeisterschaft als unabhängiger Kommunalbeamter auf; einen ausschweifenden Parlamentarismus, der sich *„aus wahltechnischen Gründen dem Geschrei der Masse opfert“*, lehnte er ab. Mit den von ihm initiierten Eingemeindungen und der

daraus resultierenden Gebietsneuordnung kam es im Jahr 1929 zu Konflikten im preußischen Landtag, sodass der nationalkonservative Lehr zur Stärkung seiner Position „Anschluss an die ihm politisch nahestehende deutschnationale Fraktion suchte“. (Sent, S. 100) Sein Eintritt in die DNVP, die auch in Düsseldorf mit nationalistischen und antisemitischen Ressentiments auf sich aufmerksam machte, wurde von der Ortsgruppe allerdings zurückhaltend aufgenommen, da man Einschränkungen für die Kommunalpolitik der Partei befürchtete. Dementsprechend entwickelte sich kein engeres Verhältnis; Lehr selbst fühlte sich dem gemäßigten Flügel zugehörig und empfand die Verpflichtungen der Parteimitgliedschaft als lästig.

In seiner Rede zur Einweihung des „Schlageter-Denkmal“ im Jahr 1931 lobte der Oberbürgermeister zwar den Mut des im Ruhrkampf ums Leben gekommenen Märtyrers der nationalen Rechten, zweifelte gleichzeitig jedoch den Nutzen seines Einsatzes an. Der rechtsextreme Flügel der DNVP-Fraktion kritisierte diese Äußerungen als mit der Parteizugehörigkeit nicht vereinbar, prangerte Lehrs mangelndes Engagement für das antidemokratische Volksbegehren zur Auflösung des preußischen Landtags an und versuchte, den Oberbürgermeister „über die Entziehung seiner Parteiämter aus der Partei zu drücken“. (Gemein, S. 188) Dieser nahm die Anschuldigungen allerdings nicht widerspruchslos hin: *„Ich bin keiner Partei darüber Rechenschaft schuldig, was ich als Oberbürgermeister der Stadt Düsseldorf zu tun für richtig halte.“*

Obwohl Robert Lehr die Radikalität der nationalsozialistischen Bewegung in den Wochen vor der Reichstagswahl 1933 mit Sorge betrachtete und diese beispielsweise gegenüber dem Düsseldorfer Rabbiner Max Eschelbacher zum Ausdruck brachte (*„Entfesselte Volksleidenschaften, ganz gleich aus welcher Richtung sie kommen, sind immer bedenklich und letzten Endes eine Gefahr für den Staat.“*), hegte er dennoch die Hoffnung, die NSDAP politisch integrieren und das Amt des Oberbürgermeisters behalten zu können. Kurz nach der „Machtergreifung“ wurde Lehr während einer Ratssitzung unter dem Vorwurf der Beamtenbestechung festgenommen; die „Schutzhaft“ in Düsseldorf-Derendorf wirkte sich verheerend auf seinen Gesundheitszustand aus. Nachdem das Dienststrafverfahren im Zuge einer allgemeinen Amnestie 1934 eingestellt worden war, zog sich das ehemalige Stadtoberhaupt ins Privatleben zurück, stand aufgrund seiner Kontakte zu Regimekritikern aber weiterhin unter Beobachtung der Gestapo.

Kategorie: C

Begründung: historisch minderbelastet / Vorbildfunktion

Literatur

Först, Walter: Robert Lehr als Oberbürgermeister. Ein Kapitel deutscher Kommunalpolitik, Düsseldorf 1962.

Gemein, Jörg Gisbert: Die DNVP in Düsseldorf 1918-1933. Köln 1969.

Kaff, Brigitte: *Robert Lehr(1883-1956) - Bundesinnenminister*. In: Buchstab, Günter/Kaff, Brigitte/Kleinmann, Hans-Otto (Hrsg.): Christliche Demokraten gegen Hitler. Aus Verfolgung und Widerstand zur Union, Freiburg 2008, S. 337-343.

Marx, Stefan: *Robert Lehr (1883-1956)*. In: Buchstab, Günter/Kleinmann, Hans-Otto (Hrsg.): In Verantwortung vor Gott und den Menschen. Christliche Demokraten im Parlamentarischen Rat 1948/49, Freiburg 2008, S. 245-260.

Sent, Eleonore: *Dr. Robert Lehr (20.8.1883–13.10.1956). Düsseldorfer Oberbürgermeister, Oberpräsident der Nord-Rheinprovinz und Bundesinnenminister*, In: Düsseldorfer Jahrbuch. Beiträge zur Geschichte des Niederrheins, Jg. 78, 2008, S. 88–115.

Quellen

Stadtarchiv Düsseldorf

0-1-7-1940.0000 / Blätter 417-427 und 440

0-1-7-1937.0000 / Blatt 501

0-1-5-54796.0002

0-1-3-18093.0000

4-27-3-10.0000

4-27-3-18.0000

4-27-3-26.0001

Landesarchiv NRW – Abteilung Rheinland

RW 0058 / 10739

Bundesarchiv Berlin

R 53 / 168

Straßen-/Platzname: Heinrich-Lersch-Straße

Datum der Benennung: 11. 06. 1963

Begründung der Benennung

„Er war dort bedeutend, wo er in seinen Gedichten und Erzählungen die Welt des Arbeiters, so wie er sie selbst erlebt hatte, darstellte.“

Name, Titel, Beruf oder Amt

Heinrich Karl Lersch (1889-1936), deutscher Arbeiterdichter und Kesselschmied.

Kurzbiographie/Verdienste

Nach einer Lehre im väterlichen Betrieb und einer mehrjährigen Tätigkeit als Fabrikarbeiter im In- und Ausland veröffentlichte Lersch 1914 seinen ersten Gedichtband. Als Vertreter des Arbeitermilieus thematisierte er das Alltagsleben der Proletarier und die damit verbundenen sozialen Probleme, sah in ihrer Aufopferung jedoch die Grundlage des Fortschrittsgedankens. Anlässlich des ersten Weltkriegs, an dem der Dichter selbst teilnahm, verfasste er sein wohl bekanntestes Werk „Soldatenabschied“; dessen Parole „Deutschland muss leben, und wenn wir sterben müssen!“ findet sich noch heute auf zahlreichen Kriegerdenkmälern und Soldatenfriedhöfen.

Militarismus / Nationalsozialismus

Obwohl sich der Großteil von Heinrich Lersch's Werken der Arbeiterliteratur des frühen 20. Jahrhunderts zuordnen lässt, fokussieren sich die Diskussionen um seine Person nach wie vor auf dessen Kriegssyrik und Wirken im Nationalsozialismus. Jüngere Untersuchungen zeichnen darüber hinaus das Bild eines Literaten, der sich im Laufe seines Lebens unterschiedlichen Weltanschauungen zuwandte und „in wechselnden Abständen die Nähe zu verschiedenen politischen und ideologischen Lagern suchte“. (Elbing 2014, S. 8)

Im August 1914 reihte sich Heinrich Lersch mit seinem patriotischen Bekenntnis „Soldatenabschied“ in die lange Liste der Militärpropagandisten ein; dessen Schlachtruf „Deutschland muss leben, und wenn wir sterben müssen!“ avancierte zum Leitspruch des Ersten Weltkriegs und der Dichter selbst zu „Deutschlands bekanntestem Kriegssyriker“. In zahlreichen weiteren Gedichten hielt Lersch zunächst an dieser Kriegsbegeisterung fest und mystifizierte seine Fronterlebnisse, wofür er 1916 mit dem Kleist-Preis ausgezeichnet wurde. Angesichts des unbarmherzigen Kriegsalltags ließ er im späteren Verlauf des Konflikts jedoch auch zweifelnde Gedanken in seine Werke einfließen.

Mit der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten erhoffte sich Heinrich Lersch einen gerechten deutschen Sozialismus, der sich in der Weimarer Republik nicht hatte entwickeln können. Ferner litt er unter der ausbleibenden Anerkennung seiner schriftstellerischen Arbeit und der damit verbundenen prekären Finanzlage. Dementsprechend ließ er sich und seine Literatur von den neuen Machthabern, die sein Engagement für Krieg und Proletariat für ihre eigenen Zwecke nutzten, bereitwillig instrumentalisieren. Durch seine Berufung in die „gesäuberte“ Deutsche Akademie der Dichtung im Juni 1933 bekannte sich Lersch

öffentlich zum Nationalsozialismus und unterzeichnete vier Monate später das „Gelöbnis treuester Gefolgschaft“ für Adolf Hitler. Als „Dichter der Arbeitsfront“ trat er bei Großkundgebungen auf, warb für die Vereinigung des Reichspräsidenten- und Reichskanzleramtes und engagierte sich mit Vorträgen und Schulungskursen in verschiedenen NS-Organisationen. In seiner „Rede zu Ehren des Führers“ aus dem Jahr 1934 propagierte Heinrich Lersch die herausragende Bedeutung Hitlers für die Arbeiterschaft: *„Wir [...] feiern das Gigantenwerk unseres Führers! Ehe Adolf Hitler kam, [...] da waren wir Sklaven und Knechte im Eisen. [...] Seine Führerhände weisen uns in das Land des Nationalsozialismus.“* Werke, die der Dichter vor der Machtergreifung veröffentlicht hatte, formulierte er im Sinne der NS-Ideologie kurzerhand um. 1935 trat er in die NSDAP ein und erhielt den Rheinischen Literaturpreis.

Ungeachtet seiner Dienste für das Dritte Reich kann Heinrich Lersch dennoch nur bedingt als überzeugter Nationalsozialist gelten. Als Mitglied der Deutschen Akademie der Dichtung setzte er sich für verfolgte Schriftsteller ein. Auch existieren keine Belege für eine antisemitische oder rassistische Einstellung des Dichters. Darüber hinaus konnte Lersch aus seiner Popularität keinen finanziellen Vorteil ziehen.

Sein früher Tod im Jahr 1936 und die anschließende Vereinnahmung seiner Person durch die NS-Führung haben zusätzlich dazu beigetragen, dass das Andenken des Dichters nach 1945 in Verruf geriet; in der Sowjetischen Besatzungszone wurden seine Werke nach Kriegsende auf die „Liste der auszusondernden Literatur“ gesetzt.

Kategorie: C

Begründung: historisch minderbelastet

Literatur

Czapla: Ralf Georg: *Katholizismus, Nationalismus, Sozialismus. Zur Interferenz weltanschaulicher Formationen im Werk des Arbeiterdichters Heinrich Lersch*, In: Kühlmann, Wilhelm/Luckscheiter, Roman (Hrsg.): *Moderne und Antimoderne. Der »Renouveau catholique« und die deutsche Literatur.* Beiträge des Heidelberger Colloquiums vom 12. bis 16. September 2006, Freiburg im Breisgau 2008, S. 325–359

Elbing, Steffen: *Heinrich Lersch. Eine literaturpolitische Biographie*, Bielefeld 2014.

Elbing, Steffen: *Heinrich Lersch - Der Arbeiterdichter*, In: Düsterberg, Rolf (Hrsg.): *Dichter für das Dritte Reich. Biographische Studien zum Verhältnis von Literatur und Ideologie*, Bielefeld 2009.

Elbing, Steffen: *Heinrich Lersch im Bund rheinischer Dichter. Zur ideologischen Verortung des "Arbeiterdichters"*, In: Barbian, Jan-Pieter/ Cepl-Kaufmann, Gertrude/ Palm, Hanneliese (Hrsg.): *Von Flussidyllen und Fördertürmen. Literatur an der Nahtstelle zwischen Ruhr und Rhein*, Essen 2011, S. 117-141.

Klee, Ernst: *Das Kulturlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945*, Frankfurt am Main 2007.

Sarkowicz, Hans/Mentzer, Alf: *Schriftsteller im Nationalsozialismus. Ein Lexikon*, Berlin 2011.

Quellen:

Klein, Johannes (Hrsg.): *Heinrich Lersch. Ausgewählte Werke, Band 1: Gedichte*, Düsseldorf/Köln 1965.

Klein, Johannes (Hrsg.): *Heinrich Lersch. Ausgewählte Werke, Band 2: Briefe und Erzählungen*, Düsseldorf/Köln 1966.

Lersch, Heinrich: *Rede zu Ehren des Führers*. In: *Die Büchergilde*, Nr. 8, 1934, S. 11-13.

Stadtarchiv Düsseldorf

IV 18025/2

Straßen-/Platzname: Leutweinstraße

Datum der Benennung: 16. 12. 1937

Begründung der Benennung

Im Zusammenhang mit der für die NS-Reichsausstellung „Schaffendes Volk“ geplanten Mustersiedlung in Düsseldorf-Stockum schlug der damalige Direktor der Landes- und Stadtbibliothek - Hermann Reuter - 1936 vor, die Straßen dieses Geländes „*nach verdienten Männern der deutschen Kolonialgeschichte zu benennen.*“ Ein halbes Jahr später wurden die Mustersiedlung auf Betreiben des damaligen Gauleiters Florian in „Schlageter-Stadt“ benannt und ihre Straßen umgewidmet. Als Ausgleich schufen die Nationalsozialisten kurze Zeit später ein neues Kolonialviertel in Urdenbach, in dem die ursprünglichen Straßennamen wieder zum Tragen kamen.

Name, Titel, Beruf oder Amt

Theodor Gotthilf Leutwein (1849-1921), deutscher Kolonialpolitiker; Kommandeur der Kaiserlichen Schutztruppe (1895-1905) und Gouverneur von Deutsch-Südwestafrika (1896-1905).

Kurzbiographie/Verdienste

Theodor Leutwein schlug 1868 als Fahnenjunker des 5. Badischen Infanterie-Regiments eine militärische Laufbahn ein und stieg nach kurzer Zeit in den Rang eines Leutnants auf. Nach der Teilnahme am Deutsch-Französischen Krieg, der Lehrtätigkeit an Kriegsschulen und der Beförderung zum Major ging Leutwein 1893 nach Deutsch-Südwestafrika, wo er als Kommandeur der Kaiserlichen Schutztruppe die Unterwerfung der indigenen Bevölkerung vorantrieb und ein deutsches Herrschaftssystem installierte; später wurde er zum ersten Gouverneur von Deutsch-Südwestafrika ernannt. Nach Beginn des Aufstands der Herero im Jahr 1904 ließ sich Leutwein in den Ruhestand versetzen und widmete sich unter anderem seinen Memoiren.

Kolonialismus

In der Geschichte des deutschen Kolonialismus zählt Theodor Leutwein zu den „gemäßigeren“ Kolonialpolitikern, die bei der Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols diplomatisch und verhandlungsorientiert agierten. Seine Machtbildung folgte dem Prinzip „divide et imperia“ und strebte „eine deutsche Oberherrschaft auf der Basis eines allgemeinen Landfriedens“ (Gründer, S. 122) an.

Theodor Leutwein war 1893 nach Deutsch-Südwestafrika entsandt worden, um den Aufständen und Konflikten der indigenen Bevölkerung Einhalt zu gebieten und einen Kolonialkrieg zu vermeiden. Dementsprechend machte er sich die Spannungen zwischen den Völkerstämmen zunutze und suchte den Kontakt zu ihren Anführern, mit denen er sogenannte „Schutzverträge“ aushandelte. Im Gegenzug für die Anerkennung des deutschen Hoheitsanspruchs sowie des Landfriedens verpflichtete sich das Deutsche Reich zur militärischen und rechtlichen Unterstützung und erkannte die Autorität der lokalen

Oberhäupter an. Auf diese Weise spielte Leutwein die Stämme gegeneinander aus und stabilisierte gleichzeitig die deutsche Vormachtstellung; Vertragsbrüche wurden streng sanktioniert und teilweise mit dem Tod bestraft.

Während sich zahlreiche Anführer wie beispielsweise Samuel Maharero vom Stamm der Herero freiwillig unterordneten und mit den Deutschen zusammenarbeiteten, leisteten andere erbitterten Widerstand. Im Fall des Nama-Führers Hendrik Witbooi schritt Leutwein militärisch ein und konnte diesen nach mehrwöchigen Kämpfen schließlich zur Kapitulation bewegen. Darüber hinaus mischte sich der Kolonialpolitiker massiv in die inneren Angelegenheiten der Einheimischen ein; um die Position Samuel Mahareros zu stärken und ihn als obersten Anführer der Herero durchzusetzen, ließ er dessen Konkurrenten "durch eine militärische Machtdemonstration vor den Augen ihrer Gefolgsleute demütigen und zur Unterwerfung zwingen" (Zimmerer, S. 25). Ferner war die indigene Bevölkerung im „System Leutwein“ gegenüber den europäischen Siedlern einer straf- und zivilrechtlichen Benachteiligung ausgesetzt, wurde doch *„das Leben des Weißen höher eingeschätzt, als dasjenige des Eingeborenen“*.

Mit dem Fortschreiten der Kolonisierung und dem Ausbruch von Infektionskrankheiten (Rinderpest) wurden die Herero zunehmend aus ihren Gebieten verdrängt und in die wirtschaftliche Abhängigkeit der Siedler getrieben. Daraufhin stellte Theodor Leutwein Reservate zur Verfügung, die allerdings die ursprünglichen Gebietsgrenzen nicht berücksichtigen und neue Konflikte auslösten. Diese Gemengelage führte 1904 schließlich zum Aufstand der Herero, den Leutwein durch Friedensverhandlungen vergeblich zu beruhigen versuchte. Um den Widerstand gewaltsam aufzulösen, übertrug die Reichsregierung das Kommando schließlich an Lothar von Trotha, der mit seinem „Vernichtungsbefehl“ den ersten Völkermord des 20. Jahrhunderts auslöste. Theodor Leutwein lehnte dieses brutale Vorgehen entschieden ab und wurde auf eigenen Wunsch in den Ruhestand versetzt.

Kategorie: A

Begründung: aggressiver Kolonialismus

Literatur

Dvorak, Helge: Biographisches Lexikon der Deutschen Burschenschaft. Band 1: Politiker, Teilband 3: I–L, Heidelberg 1999, S. 280-281.

Eicker, Steffen: Der Deutsch-Herero-Krieg und das Völkerrecht. Die völkerrechtliche Haftung der Bundesrepublik Deutschland für das Vorgehen des Deutschen Reiches gegen die Herero in Deutsch-Südwestafrika im Jahre 1904 und ihre Durchsetzung vor einem nationalen Gericht, Frankfurt am Main 2009.

Gründer, Horst: Geschichte der deutschen Kolonien. Paderborn 2012.

Helbig, Helga/Helbig, Ludwig: Mythos Deutsch-Südwest. Namibia und die Deutschen, Weinheim 1983.

Kaulich, Udo: Geschichte der ehemaligen Kolonie Deutsch-Südwestafrika. Eine Gesamtdarstellung, Frankfurt 2003.

Poser, Alexis Themo von/Baumann, Bianca: Heikles Erbe. Koloniale Spuren bis in die Gegenwart, Dresden 2016.

Sudholt, Gerd: Die deutsche Eingeborenenpolitik in Südwestafrika von den Anfängen bis 1904. München 1975.

Zimmerer, Jürgen: Deutsche Herrschaft über Afrikaner. Staatlicher Machtanspruch und Wirklichkeit im kolonialen Namibia, Hamburg 2002.

Quellen

Stadtarchiv Düsseldorf

IV 15919 (4)

0-1-7-1937.0000 / Blatt 421

IV 52054 / Band 1

Leutwein, Theodor: Elf Jahre Gouverneur in Deutsch-Südwestafrika. Berlin 1906.

Leutwein, Theodor: Die Kämpfe der Kaiserlichen Schutztruppe in Deutsch-Südwestafrika in den Jahren 1894 - 1896, sowie die sich hieraus für uns ergebenden Lehren. Berlin 1899.

Straßen-/Platzname: Lönsstraße

Datum der Benennung: 16. 01. 1937

Begründung der Benennung: unbekannt

Name, Titel, Beruf oder Amt

Hermann Löns (1866-1914), deutscher Schriftsteller, Journalist und Heimatdichter.

Kurzbiographie/Verdienste

Der bereits seit seiner Kindheit naturverbundene Hermann Löns arbeitete nach einem abgebrochenen Zoologie-Studium als Redakteur in Hannover. Zeitgleich veröffentlichte er seine ersten Gedichte und machte sich als Tier- und Naturschriftsteller einen Namen. Dabei ließ sich Löns von der Landschaft der Lüneburger Heide inspirieren und avancierte mit seinen Heimatromanen, Wanderbeschreibungen und Tiererzählungen (z.B. „Mümmelmann“, „Mein braunes Buch“) zum bekanntesten deutschen Heidedichter. Darüber hinaus gilt der Schriftsteller als Vordenker des Naturschutzgedankens; 1911 trat er für die Gründung des ersten deutschen Naturparks ein.

Rassismus/Chauvinismus/Antisemitismus

Nach seinem Tod an der Front von Reims im September 1914 ist Hermann Löns von der Erinnerungskultur des 20. Jahrhunderts fortwährend vereinnahmt und unterschiedlich interpretiert worden. In der Weimarer Republik wurde er als Vorbild der Jugend- und Wandervogelbewegung gefeiert, im Nationalsozialismus als Vertreter der „Blut-und-Boden-Ideologie“ glorifiziert, und die Umweltbewegung der 1980er Jahre erklärte den Schriftsteller zu ihrem Vorkämpfer. Die Debatte um den „Mythos Löns“ setzte erst im letzten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts ein und wird bis heute kontrovers geführt.

Kritiker des Heidedichters stoßen sich vor allem an dessen völkisch-nationalistischen Untertönen. Durch die Rassentheorien und Germanenlegenden des 19. Jahrhunderts beeinflusst, bezeichnete sich Löns als „*Teutone hoch vier*“ und hielt „*eine ganz gehörige Portion Chauvinismus sogar für unbedingt nötig*“. Dementsprechend begrüßte er den Ausbruch des Ersten Weltkriegs und entschied sich begeistert für den Kriegsfreiwilligendienst; sein Tagebuch aus dieser Zeit enthält allerdings keine kriegsverherrlichenden Passagen.

Obwohl sich Hermann Löns für den Erhalt der unberührten Natur engagierte und auf die durch den gesellschaftlichen Wandel bedrohte Tierwelt aufmerksam machte, streitet die Forschung über dessen Motive. Während seine Anhänger den Schriftsteller zu den bedeutendsten Vertretern des Umweltschutzes zählen, verweisen Kritiker auf die völkischen Tendenzen in seinen Schriften: „[Die Naturschutzbewegung] *ist ein Kampf für die Gesunderhaltung des gesamten Volkes, ein Kampf für die Kraft der Nation, für das Gedeihen der Rasse. [...] Wir wissen, daß [sic] Naturschutz gleichbedeutend ist mit Rassenschutz.*“

Die „Überbetonung des Nationalen“ (Anger, S. 11) findet sich auch im bekannten Werk „Der Wehrwolf“; der vor detaillierten Gewaltszenen strotzende Roman thematisiert die

Geschichte einer Gruppe von Bauern, die sich während des Dreißigjährigen Krieges mit gnadenloser Brutalität gegen ihre Feinde zur Wehr setzt. Im Mittelpunkt stehen die fortwährende Auseinandersetzung zwischen den Einheimischen („*blanke Gesichter, gelbes Haar*“) und den Fremden („*schwarzbraune Leute*“) und der damit verbundene Kampf um das Überleben der eigenen Gemeinschaft: „*Jeder ist sich selbst der Nächste. Besser fremdes Blut am Messer, als ein fremdes Messer im eigenen Blut!*“

Für die Nationalsozialisten repräsentierten dieser Gegensatz von Bauern- und Nomadentum sowie die Idealisierung der Selbstjustiz ein willkommenes Propagandainstrument; Hermann Löns avancierte zum Aushängeschild der „Blut-und-Boden-Literatur“. Die Pflichtlektüre des „Wehrwolfs“ diente an der Front des Zweiten Weltkriegs der psychologischen Motivation, und das im Jahr 1911 verfasste „Matrosenlied“ („*Wir fahren gegen Engelland*“) begleitete die deutschen Luftangriffe auf Großbritannien. Darüber hinaus dürften die vom Heimatdichter gebrauchten antisemitischen Stereotype in seinem Roman „Das zweite Gesicht“ zu seiner Vereinnahmung beigetragen haben.

Angesichts der Tatsache, dass Hermann Löns zwei Jahrzehnte vor der „Machtergreifung“ Adolf Hitlers verstorben ist und dessen Werke bereits im wilhelminischen Kaiserreich politisch instrumentalisiert worden sind, ist sein in den 1930er und 40er Jahren geförderter Ruf als nationalsozialistischer Vordenker wissenschaftlich nicht haltbar. Dennoch empfiehlt sich ein kritischer Umgang mit seiner „völkisch-national-konservativen Literatur“ (Dupke, Mythos, S. 133), die im historischen Kontext ihrer Entstehungszeit zu beurteilen ist.

Kategorie: C

Begründung: historisch minderbelastet

Literatur

Adam, Christian: Lesen unter Hitler. Autoren, Bestseller, Leser im Dritten Reich, Berlin 2010.

Anger, Martin: Hermann Löns. Schicksal und Werk aus heutiger Sicht, Braunschweig 1986.

Brunk, Rolf: Anmerkungen zu Hermann Löns. Hermannsburg 2006.

Dupke, Thomas: Hermann Löns. Mythos und Wirklichkeit, Hildesheim 1994.

Dupke, Thomas: Mythos Löns. Heimat, Volk und Natur im Werk von Hermann Löns, Wiesbaden 1993.

Hille, Almut: Identitätskonstruktionen. Die „Zigeunerin in der deutschsprachigen Literatur des 20. Jahrhunderts, Würzburg 2005.

Jensen, Uffa: *Blut und Boden*. In: Benz, Wolfgang/ Graml, Hermann/ Weiß, Hermann (Hrsg.): Enzyklopädie des Nationalsozialismus. Stuttgart 1998, S. 399-400.

Klee, Ernst; Das Kulturlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2007.

Schmoll, Friedemann: *Die Verteidigung organischer Ordnung: Naturschutz und Antisemitismus zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus*. In: Radkau, Joachim (Hrsg.): Naturschutz und Nationalsozialismus. Frankfurt 2003; S. 169-182.

Quellen

Deimann, Wilhelm (Hrsg.): Der Künstler und Kämpfer. Eine Lönsbiographie und Briefausgabe, Hannover 1935.

Löns, Hermann/Janßen, Karl-Heinz/Stein, Georg (Hrsg.): Leben ist Sterben, Werden, Verderben. Das verschollene Kriegstagebuch, Kiel 1986.

Löns, Hermann: *Naturschutz und Rassenschutz*. In: Löns, Hermann/Deimann, Wilhelm (Hrsg.): Nachgelassene Schriften. Band 1, Leipzig/Hannover 1928, S.486-491.

Löns, Hermann: Der Wehrwolf. Eine Bauernchronik, Hannover 1942.

Löns, Hermann: Matrosenlied. Hrsg. von Konrad Kamrath, Köln 1914.

Straßen-/Platzname: Lüderitzstraße

Datum der Benennung: 16. 12. 1937

Begründung der Benennung

Im Zusammenhang mit der für die NS-Reichsausstellung „Schaffendes Volk“ geplanten Mustersiedlung in Düsseldorf-Stockum schlug der damalige Direktor der Landes- und Stadtbibliothek – Hermann Reuter – 1936 vor, die Straßen dieses Geländes *„nach verdienten Männern der deutschen Kolonialgeschichte zu benennen.“* Ein halbes Jahr später wurden die Mustersiedlung auf Betreiben des damaligen Gauleiters Florian in „Schlageter-Stadt“ benannt und ihre Straßen umgewidmet. Als Ausgleich schufen die Nationalsozialisten kurze Zeit später ein neues Kolonialviertel in Urdenbach, in dem die ursprünglichen Straßennamen wieder zum Tragen kamen.

Name, Titel, Beruf oder Amt

Franz Adolf Eduard von Lüderitz (1834-1886), deutscher Kaufmann.

Kurzbiographie / Verdienste

Nach dem Abschluss einer Handelslehre arbeitete der Sohn eines Bremer Tabakhändlers zunächst in einem Handelshaus in Mexiko, bevor er in das väterliche Unternehmen eintrat und 1878 dessen Leitung übernahm. Auf der Suche nach Bodenschätzen und Niederlassungsmöglichkeiten erwarb er ab 1883 Gebiete im heutigen Namibia, die sowohl den Kern der späteren Kolonie Deutsch-Südwestafrika als auch die Grundlage für den deutschen Kolonialismus bildeten. Adolf Lüderitz kam 1886 auf einer Expedition in Südafrika ums Leben; bis heute erinnert die namibische Hafenstadt Lüderitz in der Lüderitzbucht an ihn.

Kolonialismus

Adolf Lüderitz zählt zu den frühen Wegbereitern des deutschen Kolonialismus; sein privatwirtschaftliches Engagement in Übersee ermöglichte dem Deutschen Reich den „Eintritt in den Kreis der Kolonialmächte“ (Zimmerer, S. 16). Bei dem Erwerb von Landstrichen in Südwestafrika schloss der Bremer Großhändler dubiose Kaufverträge mit lokalen Autoritäten und betrog diese um ein Vielfaches ihres Besitzes.

Um seine „Vision eines südafrikanischen Großreiches“ (Gründer, S. 112) zu verwirklichen, sandte Lüderitz 1883 seinen Bevollmächtigten Heinrich Vogelsang nach Südwestafrika, der dem Nama-Führer Joseph Fredericks zunächst die Bucht von Angra Pequena und kurze Zeit später den ganzen Küstenstreifen abkaufte. Dieses Abkommen ging als sogenannter „Meilenschwindel“ in die Geschichte ein: da Fredericks lediglich die englische Meile (1,6 km) kannte, wurde im Vertrag vorsätzlich die geographische Meile (7,5 km) festgehalten. Auf diese Weise trat der Nama-Führer unfreiwillig ein fünfmal größeres Gebiet unter Wert an Adolf Lüderitz ab, der dessen Unwissenheit ohne schlechtes Gewissen ausnutzte: *„Da in unserem Contracte steht 20 geogr. Meilen Inland, so wollen wir diese auch beanspruchen.“*

Um seine Besitzungen vor dem Zugriff anderer Kolonialmächte zu schützen, bat der Kaufmann 1884 die deutsche Regierung erfolgreich um militärischen Schutz; mit der offiziellen Inbesitznahme erhielt das Kaiserreich seine erste Kolonie in Afrika. In der Folgezeit weitete Adolf Lüderitz seine Unternehmungen aus, bemühte sich um weitere Landerwerbungen und sicherte sich Rechte an Minen, in denen er wertvolle Rohstoffe vermutete. Da diese Vorhaben seine finanziellen Möglichkeiten schnell überstiegen, musste er seine Ländereien 1885 an die „Deutsche Kolonialgesellschaft für Südwestafrika“ abtreten. Mit neuem Kapital ausgestattet, brach Lüderitz 1886 zu einer Expedition nach Südostafrika auf, von der er nicht zurückkehrte.

Der ungeklärte Tod des Kolonialisten trug zusätzlich zu seiner posthumen Verehrung bei; zum Andenken an den Begründer von Deutsch-Südwestafrika erhielt die Bucht Angra Pequena den Namen Lüderitzbucht. Im Dritten Reich gehörte Adolf Lüderitz zu den gefeierten „Kolonialpionieren“ und galt als „wichtigste Symbolfigur für die heroischen Taten von Kaufleuten beim Erwerb von Kolonien“ (Schleier, S. 233). Dementsprechend wurde sein Lebenswerk in Ausstellungen, Zeitungsbeiträgen und Monographien regelmäßig hervorgehoben und glorifiziert: *„Es gibt Naturen, die nur geschaffen scheinen, um auf stürmischem Meere zu fahren; Sie umwittert ein Hauch von Abenteuer und Schicksalhaftigkeit. Zu ihnen gehörte Lüderitz.“*

Kategorie: A

Begründung: aggressiver Kolonialismus

Literatur

Bade, Klaus J.: Friedrich Fabri und der Imperialismus in der Bismarckzeit. Revolution – Depression – Expansion, Freiburg im Breisgau 1975.

Graichen, Gisela/Gründer, Horst: Deutsche Kolonien. Traum und Trauma. Berlin 2005.

Gründer, Horst: Geschichte der Deutschen Kolonien. Paderborn 2012.

Helbig, Helga/Helbig, Ludwig: Mythos Deutsch-Südwest. Namibia und die Deutschen, Weinheim 1983.

Kaulich, Udo: Die Geschichte der ehemaligen Kolonie Deutsch-Südwestafrika. Eine Gesamtdarstellung, Frankfurt 2003.

Petschull, Jürgen: Der Wahn vom Weltreich. Hamburg 1986.

Schleier, Bettina: *Carl Adolf Lüderitz, Ludwig Roselius und Bremen als Stadt der Kolonien*. In: Bremisches Jahrbuch. Nr. 84, 2005, S. 233-240.

Zimmerer, Jürgen: Deutsche Herrschaft über Afrikaner. Staatlicher Machtanspruch und Wirklichkeit im kolonialen Namibia. Hamburg 2004.

Quellen

Lüderitz, C.A.: Die Erschließung von Deutsch-Südwest-Afrika durch Adolf Lüderitz. Akten, Briefe und Denkschriften, Oldenburg 1945.

Schüßler, Wilhelm: Adolf Lüderitz. Ein deutscher Kampf um Südafrika 1883-1886, Geschichte des ersten Kolonialpioniers im Zeitalter Bismarcks, Bremen 1936.

Stadtarchiv Düsseldorf

IV 15919 (4)

0-1-7-1937.0000 / Blatt 421

IV 52054 / Band 1

Straßen-/Platzname: Lubarschstraße

Datum der Benennung: 30. 11. 1956

Begründung der Benennung

Otto Lubarsch *„hat sich um die [Medizinische] Akademie und die Städtischen Krankenanstalten, deren ärztlicher Direktor er war, außerordentliche Verdienste erworben. Er gehörte zu den bedeutenden Pathologen seiner Zeit.“*

Name, Titel, Beruf oder Amt

Otto Lubarsch (1860-1933), deutscher Pathologe.

Kurzbiographie / Verdienste

Nach einem Studium der Medizin, Naturwissenschaften und Philosophie und der anschließenden Promotion arbeitete der Sohn einer deutsch-jüdischen Familie zunächst als Dozent an verschiedenen Pathologischen Instituten, bevor er 1907 eine Professur an der Medizinischen Akademie zu Düsseldorf und zwei Jahre später deren Leitung übernahm. Nach einem Wechsel an die Universität Kiel übernahm Lubarsch 1917 die Leitung des Pathologischen Instituts an der Berliner Charité; bis 1933 war er für die Publikation der medizinischen Fachzeitschrift „Virchows Archiv“ verantwortlich. Der Mediziner befasste sich mit den Fragen der allgemeinen Pathologie, widmete sich aber vor allem der Erforschung von Geschwüren und Tumoren; nach ihm sind die sogenannten „Lubarsch-Inseln“ (Lipoide der Magenschleimhaut) und das „Lubarsch-Pick-Syndrom“ (Amyloideinlagerungen der Zunge) benannt.

Antisemitismus / Rassismus

Otto Lubarsch zählt zu den renommiertesten Pathologen seiner Zeit und hat mit seinen Studien über Infektionskrankheiten, Entzündungen und Geschwulstproblemen einen entscheidenden Beitrag zur medizinischen Forschung geleistet. Gleichzeitig gilt er aufgrund seiner politischen und „antisemitisch getönten Haltung“ (Prüll 2005, S. 868) als einer der umstrittensten Wissenschaftler der Weimarer Republik.

Der Sohn einer deutsch-jüdischen Familie hatte schon früh seine eigene Herkunft abgelehnt und war zu Beginn seines Studiums zum Protestantismus übergetreten. Als Anhänger eines starken Deutschnationalismus favorisierte er die vollständige Assimilation der Juden, denen er *„Unduldsamkeit, Überheblichkeit, Prahlucht und [die] Verachtung des arbeitssamen christlich-deutschen Mittelstandes“* vorwarf. In diesem Zusammenhang kritisierte Otto Lubarsch insbesondere die jüdische Zuwanderung aus dem Osten und brachte diese mit kriminellen Machenschaften in Verbindung. Von der Existenz einer „jüdischen Rasse“ überzeugt, „sah er es als selbstverständlich an, dass ihre Eigenschaften überwiegend negativ zu bewerten seien und den Vererbungsgesetzen unterlägen.“ (Lipphardt, S. 234) Gleichzeitig vertrat der Pathologe die Ansicht, dass das Erbgut durch Umwelteinflüsse und äußere Prägung (Erziehung, Bildung, Lebensweise) aktiv verändert werden und er sich selbst von seiner jüdischen Herkunft „befreien“ könne; das

„Ziel der vollkommenen Eindeutschung“ sah Lubarsch in der Heirat mit einer Christin und der Gründung eines „von jüdischen Einflüssen ganz freien Stammes“ realisiert. 1891 gehörte er zu den Gründungsmitgliedern des „Allgemeinen Deutschen Verbandes“, in dem sich Vertreter des völkischen Spektrums für eine Stärkung des Deutschtums im In- und Ausland einsetzten und gegen nationale Minderheiten agitierten. Darüber hinaus trat der Pathologe im Jahr 1918 in die „Deutsche Vaterlandspartei“ (DVLP) ein, die einen „Siegfrieden“ propagierte und für weitreichende Annexionen eintrat. Nach einem gescheiterten Umsturzversuch der radikalen Rechten im März 1920 (Kapp-Lüttwitz-Putsch) verhalf Lubarsch dem Anführer Wolfgang Kapp zur Flucht ins Ausland.

Als Inhaber des Lehrstuhls für Pathologie avancierte Otto Lubarsch „zum wichtigsten Repräsentanten des deutschnationalen-republikfeindlichen Lagers“ (Grüttner, S. 151) an der Berliner Charité. Wie viele Altkonservative, die den Zusammenbruch des Kaiserreichs nicht verwinden konnten, lehnte er das parlamentarische System strikt ab und bezeichnete dieses als „Parteiengewaltherrschaft“. Dementsprechend widmete sich der Vorsitzende des „Ausschusses deutschnationaler Hochschullehrer“ der „Bekämpfung sämtlicher demokratischen Einmischungen in seinen Institutionsbetrieb“ (Prüll 1997, S. 198. Ferner brachte der von seinen Studenten als „fanatischer Monarchist und Nationalist alldeutscher Prägung“ (Forßmann, S. 47) beschriebene Mediziner seine antisemitische Geisteshaltung auch im Unterricht zum Ausdruck: nachdem er bei der Sektion eines verstorbenen Häftlings dessen jüdische Herkunft öffentlich diffamiert hatte, wurde Lubarsch 1927 von seinen Vorlesungen entpflichtet.

Kategorie: B

Begründung: latenter Antisemitismus

Literatur

Grüttner, Michael: *Der Lehrkörper 1918-1932*. In: Vom Bruch, Rüdiger/Tenorth, Heinz-Elmar (Hsrg.): Geschichte der Universität unter den Linden 1810-2010. Band 2, Biographie einer Institution: Die Berliner Universität zwischen den Weltkriegen 1918-1945, Berlin 2012, S. 153-186.

Lipphardt, Veronika: *Biologie der Juden. jüdische Wissenschaftler über „Rasse und“ Vererbung, 1900 – 1935*, Göttingen 2008.

Puschner, Uwe: *Die völkische Bewegung im wilhelminischen Kaiserreich. Sprache – Rasse – Religion*, Darmstadt 2001.

Prüll, Cay-Rüdiger: *Otto Lubarsch*. In: In: Gerabek, Werner E./Haage, Bernhard D./Keil, Gundolf/Wegner, Wolfgang (Hrsg.): *Enzyklopädie Medizingeschichte*. Berlin/ New York 2005, S. 868.

Prüll, Cay-Rüdiger: *Otto Lubarsch (1860-1933) und die Pathologie an der Berliner Charité von 1917 bis 1928. Vom Trauma der Kriegsniederlage zum Alltag eines deutschnationalen Hochschullehrers in der Weimarer Republik*, In: Sudhoffs Archiv. Band 81, Heft 2, Stuttgart 1997, S. 193-210.

Walk, Joseph: *Kurzbiographien zur Geschichte der Juden 1918–1945*. Jerusalem/München 1988.

Winau, Rolf: *Medizin in Berlin*. Berlin/New York 1987.

Quellen

Forßmann, Werner: *Selbstversuch. Erinnerungen eines Chirurgen*, Düsseldorf 1972.

Lubarsch, Otto: *Ein bewegtes Gelehrtenleben. Erinnerungen und Erlebnisse, Kämpfe und Gedanken*, Berlin 1931.

Lubarsch, Otto: *Zur Frage der Hochschulreform*. Wiesbaden 1919.

Rössle, Robert: *Otto Lubarsch*. In: *Virchows Archiv für pathologische Anatomie und Physiologie und für klinische Medizin*. Band 290, Heft 1, Heidelberg 1933, S. 1-2.

Stadtarchiv Düsseldorf

IV 43551

0-1-7-1940.0000 / Blatt 369

Straßen-/Platznamen: Moltkestraße / Helmutstraße

Datum der Benennungen: 23. 10. 1888 / 17. 08. 1909

Begründung der Benennungen: unbekannt

Name, Titel, Beruf oder Amt

Helmuth Karl Bernhard Graf von Moltke (1800-1891), preußischer Generalfeldmarschall.

Kurzbiographie / Verdienste

Nach seiner Ausbildung an der Kadettenakademie in Kopenhagen diente Moltke zunächst im dänischen Infanterieregiment, bevor er 1822 als Leutnant in die preußische Armee aufgenommen und 1833 in den Großen Generalstab berufen wurde. Im Zuge der deutschen „Einigungskriege“ war der Generalstabschef ab den 1860er Jahren maßgeblich an der Entwicklung militärischer Strategien beteiligt und führte 1866 die preußischen Truppen in der „Schlacht bei Königgrätz“ persönlich an; für seine Verdienste erhielt Moltke 1871 den Titel eines Generalfeldmarschalls. Als Mitglied der Konservativen Partei wurde er 1881 Alterspräsident des Deutschen Reichstags.

Militarismus / Kolonialismus

Helmuth von Moltke der Ältere gilt bis heute als einer der bedeutendsten Befehlshaber der preußisch-deutschen Geschichte und verkörpert „wie kein anderer die militärischen Tugenden und Triumphe des Deutschen Kaiserreiches.“ (Meier, S. 269) Die von ihm entwickelten Strategien entschieden nicht nur maßgeblich die sogenannten „Einigungskriege“, sondern begründeten im 19. Jahrhundert auch eine neue Tradition militärischen Führungsdenkens.

Als Befürworter europäischer Nationalstaaten hielt Helmuth von Moltke die „Erhebung der deutschen Nation“ (Salewski, S. 72) nur durch kriegerische Auseinandersetzungen für realisierbar. Den Theorien des berühmten Militärwissenschaftlers Carl von Clausewitz folgend, betrachtete er den Krieg als legitimes politisches Mittel und widmete sich dementsprechend der Neuorganisation des Heeres. Neben der Umstrukturierung des Generalstabs und der Reformierung der militärischen Ausbildung unter Einbeziehung wissenschaftlicher Kriterien (Statistik, Geographie, Topographie. etc.) machte sich Moltke die technischen Entwicklungen seiner Zeit zunutze und avancierte auf diese Weise zum „Wegbereiter des industrialisierten Volkskriegs“ (Thies, S. 94); der Ausbau des Eisenbahn- und Telegraphennetzes bildete die logistische Voraussetzung für seine Aufmarschpläne.

Moltkes operatives Denken war maßgeblich durch die geostrategische Lage Preußens in Mitteleuropa beeinflusst und sah die schnelle Vernichtung des Gegners durch Umfassung vor. Die Durchführung dieser Militärmanöver setzte die Beweglichkeit des Heeres voraus, sodass der Chef des Generalstabs die Praxis der sogenannten „Auftragstaktik“ etablierte, die bis heute zur Führungsphilosophie der Bundeswehr gehört. Die Delegation von Weisungen bis auf die unterste Befehlsebene führte dazu, „dass vom General bis zum Unteroffizier ein eigenständiges Führungsdenken einzog und jeder, auch ohne Befehl, den Kampf von sich aus

fortsetzte.“ (Schobeß, S. 300) Diese Strategie fand sowohl in der „Schlacht bei Königgrätz“ (Deutsch-Deutscher Krieg) als auch im Deutsch-Französischen Krieg Anwendung und trug entscheidend zum Sieg der preußischen Truppen bei.

Wie viele Angehörige seiner Generation zeigte sich Helmuth von Moltke der Expansion des deutschen Lebensraums gegenüber aufgeschlossen. Nach seiner Zeit als Militärberater in der Türkei hatte er bereits in den 1840er Jahren öffentlich für die Errichtung eines christlichen Staates unter deutscher Führung in Palästina geworben. Im Zuge der Inbesitznahme deutscher Kolonien in den 1880er Jahren äußerte er seine Bewunderung für das Vorgehen des „Kolonialpioniers“ Hermann von Wissmann, der Aufstände der indigenen Bevölkerung brutal niederschlug: *„Der Mann macht mir Freude. So einen habe ich gern. Der geht doch feste da unten vor und hängt die Schufte auf, da wo sie es verdienen.“*

Obwohl Helmuth von Moltke den Krieg als *„Glieder in Gottes Weltordnung“* betrachtete und durchaus von dessen Notwendigkeit überzeugt war, beobachtete er *„die Fortentwicklung der Staaten, der Völker, ihrer Machtmittel und Mentalitäten“* (Salewski, S. 81) am Ende des 19. Jahrhunderts mit Sorge. In seiner letzten Reichstagsrede im Jahr 1890 warnte er schließlich vor dem Ausbruch eines totalen Volkskriegs: *„Es sind die größten Mächte Europas, welche, gerüstet wie nie zuvor, gegeneinander in den Kampf treten [...]. Wehe dem, der Europa in Brand steckt, der zuerst die Lunte in das Pulverfaß [sic] schleudert!“*

„Organisation und Professionalität, ein hohes Maß an politischer Unabhängigkeit und vor allem der Mut zu originärem Denken und eigenständigem Handeln zeichnete [Helmuth von Moltkes] Tradition über viele Jahre und Jahrzehnte aus, ehe der Generalstab im Ersten Weltkrieg erstmals in Verruf geriet und danach im Nationalsozialismus ebenso unterging wie das Reich, das zu schaffen er mitgeholfen hatte.“ (Görtemaker, S. 38)

Kategorie: B

Begründung: militärischer Hintergrund verlangt weiterführende Erläuterungen / latenter Kolonialismus

Literatur

Jessen, Olaf: Die Moltkes. Biographie einer Familie, München 2010.

Groß, Gerhard P.: Mythos und Wirklichkeit. Geschichte des operativen Denkens im deutschen Heer von Moltke d.Ä. bis Heusinger, Paderborn 2012.

Kolb, Eberhard: *Helmuth von Moltke in seiner Zeit. Aspekte und Probleme*, In: Foerster, Roland G. (Hrsg.): Generalfeldmarschall von Moltke. Bedeutung und Wirkung, München 1991, S. 1-18.

Schobeß, Volker: Das Kriegshandwerk der Deutschen. Preußen und Potsdam 1717–1945, Berlin 2015.

Thies, Jochen: Die Moltkes. Von Königgrätz nach Kreisau, Eine deutsche Familiengeschichte, München 2010.

Meier, Niklaus: Warum Krieg? Die Sinndeutung des Krieges in der deutschen Militärelite 1871-1945, Paderborn 2012.

Venohr, Wolfgang: *Helmuth von Moltke*. In: Haffner, Sebastian/Venohr, Wolfgang (Hrsg.): Preußische Profile. München 2008, S. 117-139.

Salewski, Michael: *Krieg und Frieden im Denken Bismarcks und Moltkes*. In: Foerster, Roland G. (Hrsg.): Generalfeldmarschall von Moltke. Bedeutung und Wirkung, München 1991, S. 67-88.

Quellen

Moltke, Helmuth von: *Deutschland und Palästina*. In: Moltke, Helmuth von (Hrsg.): Gesammelte Schriften und Denkwürdigkeiten des General-Feldmarschalls Grafen Helmuth von Moltke. Band 2, Vermischte Schriften, 1892, S. 279-288.

Becker, Alexander: Hermann von Wissmann - Deutschlands größter Afrikaner. Sein Leben und Wirken unter Benutzung des Nachlasses, Berlin 1907.

Straßen-/Platzname: Münchhausenweg

Datum der Benennung: März 1947

Begründung der Benennung

Die Straßenbenennung erfolgte auf Vorschlag des Leiters der Stadt- und Landesbibliothek, Dr. Hermann Reuter.

Name, Titel, Beruf oder Amt

Börries Albrecht Conon August Heinrich Freiherr von Münchhausen (1874-1945), deutscher Lyriker; Senator der Deutschen Akademie der Dichtung (1934).

Kurzbiographie/Verdienste

Der Nachfahre des berühmten „Lügenbarons“ verfasste bereits während seines Studiums eigene Balladen und Gedichte, in denen er die Legenden und Mythen vergangener Epochen aufgriff. Mit seiner lyrischen Glorifizierung des Rittertums und der germanischen Sagenwelt entwickelte sich Münchhausen zu einem der bedeutendsten Vertreter der Balladendichtung; zahlreiche seiner Werke wurden vertont und trugen so zu seiner Popularität bei. Darüber hinaus rief er 1898 den „Göttinger Musenalmanach“ ins Leben. Im Dritten Reich unterstützte der Baron die Nationalsozialisten und wurde als Senator in die Deutsche Akademie der Dichtung berufen. Kurz vor Ende des Zweiten Weltkriegs beging Börries von Münchhausen Suizid.

Antisemitismus / Rassismus / Nationalsozialismus

Börries Freiherr von Münchhausen zählt zu den „erfolgreichsten deutschsprachigen Lyrikern der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts“ (Schneider, S. 550); seine Balladen haben die deutsche Literaturlandschaft bis in die 1950er Jahre geprägt und gehörten zum festen Repertoire der Schullesebücher. Während die Werke seit den 1960er Jahren kaum mehr Beachtung finden, beschäftigt sich die jüngere Forschung mit der Biographie des Barons, seinem widersprüchlichen Antisemitismus und seiner Stellung im Dritten Reich.

Obwohl Börries von Münchhausen als junger Literat in jüdischen Kreisen verkehrte, jüdische Motive in seine Lyrik aufnahm und im Jahr 1900 zusammen mit dem Graphiker Ephraim Moses Lilien die Balladensammlung „Juda“ publizierte, die „als Plädoyer für die zionistische Bewegung“ (Sarkowicz/Mentzer, S. 482) gewertet wurde, näherte er sich nach der Jahrhundertwende der antisemitischen Bewegung an. Diese Entwicklung basierte vor allem auf Münchhausens völkischer Geisteshaltung, die das Judentum zwar nicht als minderwertig ansah, aber von der Notwendigkeit der deutschen „Rassereinheit“ überzeugt war und den jüdischen Einfluss im Kulturleben kritisierte: „*Jedesmal [sic], wenn ich Berlin wiedersehe, erschreckt mich die Verjudung unseres Volkes aufs höchste [sic] [...]. Es ist eine fürchterliche Rasse!*“ Ungeachtet seiner judenfeindlichen Haltung und Äußerungen pflegte der Lyriker allerdings weiterhin Kontakte zu jüdischen Freunden und wehrte sich noch zu Beginn des Dritten Reiches gegen den Vorwurf des Antisemitismus: „*Überdies bin ich heute noch kein Nationalsozialist [...]. Ich bin es vor allem deshalb nicht, weil ich anders zum*

Judentum stehe, als dem furchtbaren Feind unserer deutschen Kultur, und anders zum einzelnen Juden, der wie Heine ein recht wesentlicher Bestandteil dieser Kultur sein kann.“

Im Verlauf des Ersten Weltkriegs wurde Börries von Münchhausen zunächst als Oberleutnant eingesetzt, bevor er in die Propagandaabteilung der Obersten Heeresleitung berufen wurde und unter anderem mit Vorträgen an das Durchhaltevermögen der Soldaten appellierte. Darüber hinaus erfreuten sich seine nationalistischen Werke großer Beliebtheit an der Front, sodass die Auflagen sprunghaft anstiegen und seinen Bekanntheitsgrad steigerten. In der Weimarer Republik verbreitete Münchhausen seine rassistische Ideologie in zahlreichen Zeitungsbeiträgen, übernahm 1925 die Schriftleitung einer Beilage der Zeitschrift „Volk und Rasse“ und sprach sich im „Deutschen Adelsblatt“ gegen deutsch-jüdische Beziehungen aus: *„Eine Ehe zwischen Ariern und Juden ergibt immer einen Bastard, der den Sprung, den Riß [sic] im Äußeren und Inneren, in Sprache und Bewegung, in Geist und Seele, in Sittlichkeit und Denken nie los wird.“* Darüber hinaus setzte sich Münchhausen für einen Zusammenschluss nationalkonservativer und nationalsozialistischer Lyriker in der Sektion Dichtkunst der Preußischen Akademie der Künste ein und war „maßgeblich daran beteiligt, die Institution in den NS-Faschismus zu überführen“ (Ditfurth, S. 247).

Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten im Jahr 1933 wurde der Baron als Senator in die Deutsche Akademie der Dichtung der „gesäuberten“ Preußischen Akademie der Künste berufen, gehörte zu den Unterzeichnern des „Treuegelöbnisses“ der deutschen Schriftsteller für Adolf Hitler und warb im „Aufruf der Kulturschaffenden“ für die Vereinigung des Reichskanzler- und Reichspräsidentenamtes. Darüber hinaus agitierte er gegen den literarischen Expressionismus und dessen Vertreter und entfernte nach öffentlichen Angriffen auf seine Person sämtliche jüdischen Motive aus seinen eigenen Werken. Obwohl Münchhausen diesem Eingriff in die geistige Freiheit durchaus nicht unkritisch gegenüberstand und sich in einzelnen Fällen für verfolgte Kulturschaffende einsetzte, engagierte er sich bis Ende der 1930er Jahre in der Deutschen Akademie der Dichtung; seine Bewunderung für die NS-Führung ist in zahlreichen privaten Dokumenten überliefert. Im Jahr 1936 beschwerte sich Münchhausen bei SS-Oberführer und Ministerialdirektor Arthur Julius Gütt gar über die deutschen Nachnamen der jüdischen Bevölkerung und schlug eine Regelung vor, um *„in Zukunft das Erkennen der Juden leichter zu machen“*; diese Anregung trug 1938 zur sogenannten „Namensänderungsverordnung“ bei.

Zu Beginn der 1940er Jahre zog sich Börries von Münchhausen aus dem Literaturbetrieb zurück, erhielt jedoch noch 1944 die Ehrenbürgerschaft der Stadt Altenburg und wurde von Adolf Hitler auf die sogenannte „Gottbegnadeten-Liste“ der wichtigsten deutschen Schriftsteller gesetzt. *„Trotz der Ehrungen war dem Baron klar, dass hinter den Fassaden das geliebte Dritte Reich bröckelte und dass er mit ihm untergehen würde.“* (Gans, Zweiter Band, S. 211) Im März 1945 nahm sich der Lyriker auf seinem Schloss Windischleuba das Leben.

Kategorie: A

Begründung: aggressiver Antisemitismus / Unterstützung des NS-Regimes

Literatur:

Alter, Reinhard: *Gottfried Benn und Börries von Münchhausen. Ein Briefwechsel aus den Jahren 1933/34*, In: Martini, Fritz/Müller-Seidel, Walter/Zeller, Bernhard (Hrsg.): *Jahrbuch der Schillergesellschaft*. 25. Jg., 1981, S. 139-170.

Ditfurth, Jutta: *Der Baron, die Juden und die Nazis. Eine Reise in eine Familiengeschichte*, Hamburg 2015.

Gans, Henning: „Ich lass hier alles gehn und stehn“. Börries von Münchhausen, ein Psychopath unter drei Lobbyismokratien, Erster und Zweiter Band, Leipzig 2015.

Klee, Ernst: *Das Kulturlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945*, Frankfurt am Main 2007.

Mittenzwei, Werner: *Die Mentalität des ewigen Deutschen. Nationalkonservative Dichter 1918 bis 1947 und der Untergang einer Akademie*, Berlin 2003.

Sarkowicz, Hans: *Münchhausen, Börries Freiherr von*. In: Benz, Wolfgang (Hrsg.): *Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart*, Band 8, Nachträge und Register, Berlin 2015, S. 95-97.

Sarkowicz, Hans/Mentzer, Alf: *Schriftsteller im Nationalsozialismus. Ein Lexikon*, Berlin 2011.

Schneider, Thomas: „*Heldisches Geschehen*“ und „*reiner blaublonder Stamm*“. *Die Erneuerung der Ballade und ihre Instrumentalisierung durch Börries von Münchhausen seit 1898*. In: Białek, Edward/Durzak, Manfred/ Zybura, Marek (Hrsg.): *Literatur im Zeugenstand. Beiträge zur deutschsprachigen Literatur- und Kulturgeschichte*, Festschrift zum 65. Geburtstag von Hubert Orłowski, Frankfurt am Main 2002, S. S. 541–561.

Quellen

Schücking, Beate (Hrsg.): "Deine Augen über jedem Verse, den ich schrieb". Levin Ludwig Schücking - Börries von Münchhausen, Briefwechsel 1897 – 1945, Oldenburg 2001.

Münchhausen, Börries von: *Adel und Rasse*. In: *Deutsches Adelsblatt*. Nr. 42, 1924, S. 63-65.

Stadtarchiv Düsseldorf

0-1-4-18022.0000

Straßen-/Platzname: Nernstweg

Datum der Benennung: 16. 01. 1934

Begründung der Benennung: unbekannt

Name, Titel, Beruf oder Amt

Walther Hermann Nernst (1864-1941), deutscher Physiker und Chemiker.

Kurzbiographie / Verdienste

Nach dem Studium der Physik, Chemie und Mathematik und der anschließenden Promotion über physikalische Effekte (Ettinghausen-Nernst-Effekt) habilitierte sich Walther Nernst auf dem Gebiet der Thermodynamik; 1895 erhielt er eine ordentliche Professur für physikalische Chemie an der Universität Göttingen, wechselte jedoch kurze Zeit später an die Universität Berlin und erfand die nach ihm benannte Nernstsche Glühlampe. 1905 formulierte Nernst den dritten Hauptsatz der Thermodynamik (Nernst-Theorem). Im Ersten Weltkrieg gehörte er zu den wissenschaftlich-technischen Beratern der Obersten Heeresleitung und beteiligte sich an der Forschung zur Kriegstechnik. Bis zu seiner Emeritierung im Jahr 1933 war Walther Nernst als Lehrstuhlinhaber an der Universität Berlin im Bereich der Experimentalphysik tätig.

Militarismus / Nationalsozialismus

Obwohl Walther Nernst aufgrund seiner Verdienste auf dem Gebiet der Thermodynamik in Fachkreisen zu den renommiertesten deutschen Physikern zählt und als großer Förderer der Wissenschaften zu Lebzeiten hochgeschätzt wurde, ist sein Name der Allgemeinheit mittlerweile relativ unbekannt. Studien zu seiner Biographie zeichnen das Bild eines politisch interessierten Gelehrten, der sich ebenso für die Kriegsforschung wie für den Frieden einsetzte.

Bei Ausbruch des Ersten Weltkriegs gehörte Walther Nernst zu den Unterzeichnern des Propaganda-Manifests „An die Kulturwelt!“, in dem die intellektuelle Elite jegliche Kriegsschuld Deutschlands abstritt und den Einsatz militärischer Gewalt zum Schutz der deutschen Kultur legitimierte. Nachdem bereits seine Söhne einberufen worden waren, meldete sich der Physiker im Alter von fünfzig Jahren zum Militärdienst und transportierte als Mitglied des „Kaiserlichen Freiwilligen Automobilkorps“ Dokumente an die Westfront. In dieser Funktion erlebte er im September 1914 sowohl den deutschen Vormarsch auf Paris als auch die anschließende erste Schlacht an der Marne, die mit dem Rückzug der deutschen Truppen endete. Obwohl Walther Nernst bereits zu diesem Zeitpunkt nicht mehr an einen deutschen Sieg glaubte, stellte er sich dennoch in den Dienst der militärischen Forschung, um zumindest einen „*erkämpften Frieden*“ zu erreichen.

Angesichts des erstarrten Stellungskriegs setzte die Oberste Heeresleitung ihre Hoffnung in neuartige Kampfstoffe, um den Gegner gezielt schädigen und außer Gefecht setzen zu können. In Zusammenarbeit mit dem Chemiker Carl Duisberg („Nernst-Duisberg-Kommission“) widmete sich Nernst der Entwicklung von chemischen Artilleriegeschossen und experimentierte sowohl mit Reiz- als auch mit gefährlichen Lungenkampfstoffen

(Niespulver, Tränengas, Phosgen, Chlorgas), die mittels Granaten und Minenwerfern an den Feind gebracht werden sollten. Als wissenschaftlicher Beirat des „Minenwerferbataillons I“ testete er deren Wirkung persönlich an der Front; für seine Verdienste in der Kriegsforschung erhielt der Physiochemiker das Eiserne Kreuz I. Klasse. Bis Kriegsende leitete er den Fachausschuss Physik der 1916 gegründeten „Kaiser-Wilhelm-Stiftung für kriegstechnische Wissenschaft“ und arbeitete an der Entwicklung neuer Kampfstoff-Geschosse sowie entsprechender Geschütze. Nach der Kapitulation des Kaiserreichs stand Nernst zeitweilig auf der Liste der gesuchten Kriegsverbrecher. Obwohl er im Gegensatz zu Fritz Haber nicht direkt an tödlichen Gasangriffen beteiligt war, „steht seine Bedeutung bei der Etablierung chemischer Waffen außer Zweifel“ (Bartel 2014, S. 53).

Trotz seines wissenschaftlichen Engagements im Ersten Weltkrieg setzte sich der Physiker wiederholt für Friedensverhandlungen mit den Entente-Ländern ein, um eine endgültige Niederlage des Deutschen Reiches zu verhindern. Darüber hinaus warnte er die Oberste Heeresleitung 1917 vergeblich vor dem Kriegseintritt der technisch überlegenen Vereinigten Staaten.

Nach dem Zusammenbruch der politischen Ordnung und dem Sturz der Monarchie bekannte sich Walther Nernst öffentlich zur neuen Republik und wandte sich gegen den aufkommenden gesellschaftlichen Antisemitismus. Angesichts der Ermordung des Reichsaußenministers Walther Rathenau zu Beginn der 1920er Jahre durch die rechtsradikale „Organisation Consul“ rief er die liberalen Kräfte zum Zusammenhalt auf: *„Möge der Abscheu vor der Freveltat und zugleich die Verurteilung roher Gewalt, ja selbst, wenn es sich nur um die gewaltsame Mißachtung [sic] der Meinung Andersdenkender handelt, die Gutgesinnten zu gemeinsamer Arbeit vereinen [...].“* Im Jahr der nationalsozialistischen Machtergreifung zog sich Walther Nernst weitestgehend aus dem Wissenschaftsbetrieb zurück und ging auf Distanz zum NS-Regime. Dennoch stellte sich er sich 1940 in bereits schlechtem Gesundheitszustand ein letztes Mal für militärische Aufgaben zur Verfügung und wurde mit der Verbesserung von Torpedoantrieben der Marine betraut, scheiterte jedoch an den unzureichenden Arbeitsbedingungen und starb ein Jahr später.

Kategorie: C

Begründung: historisch minderbelastet

Literatur

Bartel, Hans-Georg: Walther Nernst. Leipzig 1989.

Bartel, Hans-Georg/Huebener, Rudolf P.: Walther Nernst. Pioneer of Physics and of Chemistry, New Jersey u.a. 2007.

Bartel, Hans-Georg: *Ein Geheimrat im Militärdienst. Walther Nernst im Spannungsfeld zwischen Kriegsforschung und Friedensbemühungen*, In: Physik Journal, Nr. 7, 2014, S. 49-53.

Mendelssohn, Kurt: Walther Nernst und seine Zeit. Aufstieg und Niedergang der deutschen Naturwissenschaft, Weinheim 1976.

Beyerchen, Alan D.: Wissenschaftler unter Hitler. Physiker im Dritten Reich, Köln 1980.

Baumann, Timo: Giftgas und Salpeter. Chemische Industrie, Naturwissenschaft und Militär von 1906 bis zum ersten Munitionsprogramm 1914/15, Düsseldorf 2011.

Coffey, Patrick: Cathedrals of Science. The Personalities and Rivalries that made Modern Chemistry, Oxford 2008.

Huebner, Rudolf/Lüddig, Heinz: Die Physikalisch-Technische Reichsanstalt. Ihre Bedeutung beim Aufbau der modernen Physik, Wiesbaden 2011.

Quellen

Nernst, Walther: *Der Krieg und die deutsche Industrie*. In: Bund deutscher Gelehrter und Künstler (Hrsg.): Deutsche Volkskraft nach zwei Kriegsjahren. Vier Vorträge, Leipzig 1916, S. 12-23.

Nernst, Walther: Über das Auftreten neuer Sterne. Rede zur Gedächtnisfeier des Stifters der Berliner Universität, König Wilhelm Friedrich III., Berlin 1922.

Straßen-/Platzname: Petersstraße

Datum der Benennung: 16. 12. 1937

Begründung der Benennung

Im Zusammenhang mit der für die NS-Reichsausstellung „Schaffendes Volk“ geplanten Mustersiedlung in Düsseldorf-Stockum schlug der damalige Direktor der Landes- und Stadtbibliothek – Hermann Reuter – 1936 vor, die Straßen dieses Geländes *„nach verdienten Männern der deutschen Kolonialgeschichte zu benennen.“* Ein halbes Jahr später wurden die Mustersiedlung auf Betreiben des damaligen Gauleiters Florian in „Schlageter-Stadt“ benannt und ihre Straßen umgewidmet. Als Ausgleich schufen die Nationalsozialisten kurze Zeit später ein neues Kolonialviertel in Urdenbach, in dem die ursprünglichen Straßennamen wieder zum Tragen kamen.

Name, Titel, Beruf oder Amt

Carl Peters (1856-1918), deutscher Kolonialpolitiker und Afrikaforscher; Reichskommissar für das Kilimandscharo-Gebiet (1891-1893).

Kurzbiographie

Als Bewunderer der britischen Kolonialpolitik beteiligte sich Peters 1884 an der Gründung der „Gesellschaft für Deutsche Kolonisation“ und erwarb in ihrem Auftrag das Kernland des späteren Deutsch-Ostafrika; die Übernahme der Schutzherrschaft durch das Deutsche Reich im Jahr 1885 ermöglichte weitere Expeditionen. Aufgrund seiner brutalen Amtsführung im Kilimandscharo-Gebiet wurde der als „Hänge-Peters“ bekannt gewordene Reichskommissar abgesetzt und zurück nach Deutschland beordert, wo er im Kolonialministerium arbeitete. Nach seiner Suspendierung vom Reichsdienst im Jahr 1897 gründete Peters eine Gesellschaft zur Finanzierung des Goldbergbaus in Südafrika und betätigte sich als Publizist und Forschungsreisender.

Kolonialismus/Rassismus

Carl Peters galt bereits zu Lebzeiten als eine der umstrittensten Schlüsselfiguren der deutschen Kolonialbewegung und steht heute im Fokus der Aufarbeitung deutscher Kolonialgeschichte. Während sich die ältere Forschungsliteratur zumeist auf die pathologische Auffälligkeit des Kolonialisten konzentriert hat („gerichtsnotorisch krimineller Psychopath“, Wehler S. 338), befassen sich jüngere Studien auch mit dessen politischem Werdegang und den Auswirkungen seiner aggressiven Expansionsunternehmungen.

Mit der Gründung der „Gesellschaft für Deutsche Kolonisation“ im Jahr 1884 setzte sich Carl Peters von der in Kolonialfragen eher zurückhaltend agierenden Regierung Bismarcks ab, um *„in entschlossener und durchgreifender Weise die Ausführung von [...] Kolonisationsprojekten selbst in die Hand zu nehmen.“* Die sich anschließenden Expeditionen wurden mit dem Ziel der *„rücksichtslosen Bereicherung des eigenen Volkes auf anderer, schwächerer Völker Unkosten“* durchgeführt. Dementsprechend schloss Peters mit lokalen Autoritäten unter Anwendung von fragwürdigen Methoden (Alkohol, Androhung und

Demonstration von Gewalt) sogenannte „Schutzverträge“ ab, die insbesondere ihm selbst „das alleinige und ausschließliche Recht völliger und uneingeschränkter Ausnutzung“ der entsprechenden Gebiete einräumten. Um seine Machtposition zu stärken und das Territorium vergrößern zu können, erzwang Peters 1885 einen kaiserlichen Schutzbrief, indem er mit der Abtretung der erworbenen Länder an Belgien drohte. Zeitgleich gründete er die „Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft“ (DOAG), auf die sämtliche Rechte übergingen.

Der Aufstand der ostafrikanischen Küstenbevölkerung („Araberaufstand“) in den Jahren 1888 bis 1890 ermöglichte der Reichsregierung die Übernahme der administrativen und militärischen Kontrolle über die Kolonie; Carl Peters wurde als Reichskommissar im Kilimandscharo-Gebiet eingesetzt. Dort errichtete er eine Willkürherrschaft, die „selbst für die damaligen kolonialen Verhältnisse als extrem gelten muss“. (Bear, S. 32) Nachdem er seine afrikanische Geliebte und seinen Diener aus persönlichen Gründen hatte hinrichten lassen, wurde der Kolonialpolitiker schließlich seines Amtes enthoben und in einem Disziplinarverfahren 1897 unehrenhaft aus dem Staatsdienst entlassen.

Der Fall des „Hänge-Peters“ erhielt durch eine Debatte im Reichstag überregionale Aufmerksamkeit; für die Sozialdemokraten unter August Bebel repräsentierte dieser das Bild eines „grimmigen Ariers, der alle Juden vertilgen will und in Ermangelung von Juden drüben [sic] in Afrika Neger totschießt [sic] wie Spatzen und Negermädchen zum Vergnügen aufhängt [...]“. Peters selbst machte aus seinen Überzeugungen keinen Hehl und offenbarte ungeniert sein rassistisch und sozialdarwinistisch geprägtes Menschenbild: „Der Neger ist der geborene Sklave, dem ein Despot nötig ist wie dem Opiumraucher die Pfeife.“ 1891 wurde unter seiner Mitwirkung der „Allgemeine Deutsche Verband“ gegründet, in dem sich Vertreter des völkischen Spektrums für die aggressive Ausbreitung des deutschen Lebensraums einsetzten.

Im Dritten Reich entwickelte sich ein regelrechter Kult um den „Kolonialpionier“; zahlreiche Biographien und Propagandafilme feierten Carl Peters als „Vorbild und Vorläufer des nationalsozialistischen Helden“ (Maß, S. 244). In diesem Zusammenhang honorierte das NS-Regime vor allem die konsequente und rücksichtslose Umsetzung seiner ideologischen Ziele und glorifizierte das brutale Vorgehen gegen die indigene Bevölkerung Afrikas als Beispiel herausragender Männlichkeit. Um Peters vollständig zu rehabilitieren, hob Adolf Hitler 1937 dessen Verurteilung wegen Amtsmissbrauchs posthum auf.

Kategorie: A

Begründung aggressiver Kolonialismus

Literatur

Baer, Martin/Schröter, Olaf: Eine Kopffjagd - Deutsche in Ostafrika. Spuren kolonialer Herrschaft, Berlin 2001.

Bückendorf, Jutta: „Schwarz-Weiß-Rot über Ostafrika“! Deutsche Kolonialpläne und afrikanische Realität, Münster 1997.

Dvorak, Helge: Biographisches Lexikon der Deutschen Burschenschaften. Band 1: Politiker, Teilband 4: M-Q, Heidelberg 2000, S. 293-295.

Klee, Ernst: Das Kulturlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2007.

Maß, Sandra: Weiße Helden – schwarze Krieger. Zur Geschichte kolonialer Männlichkeit in Deutschland 1918-1964, Köln/Weimar/Wien 2006.

Perras, Arne: Carl Peters and German Imperialism 1856-1918. A Political Biography, Oxford 2004.

Pesek, Michael: Koloniale Herrschaft in Deutsch-Ostafrika. Expeditionen, Militär und Verwaltung seit 1880, Frankfurt am Main 2005.

Peters, Michael: *Der „Alldeutsche Verband“*. In: Puschner, Uwe (Hrsg.): Handbuch zur „Völkischen Bewegung“ 1871–1918. München 1999, S. 301–315.

Speitkamp, Winfried: *Totengedenken als Berlin-Kritik. Der Kult um die Kolonialpioniere*, In: van der Heyden, Ulrich/Zeller, Joachim (Hrsg.): „...Macht und Anteil an der Weltherrschaft“. Berlin und der deutsche Kolonialismus, Münster 2005, S. 163-170.

Wehler, Hans-Ulrich: Bismarck und der Imperialismus. Köln u. a. 1969.

Quellen

Frank, Walter (Hrsg.): Carl Peters. Gesammelte Schriften, München/Berlin 1943.

Peters, Carl: Die deutsche Emin-Pascha-Expedition. Hamburg 1907.

Peters, Carl: Lebenserinnerungen. Hamburg 1918.

Peters, Carl: Wie Deutsch-Ostafrika entstand! Persönlicher Bericht des Gründers, Leipzig 1940.

„Ein schwarzer Tag“, In: Vorwärts – Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 13. Jg., Nr. 63, 14. März 1896.

Stadtarchiv Düsseldorf

IV 15919 (4)

0-1-7-1937.0000/ Blatt 421

IV 52054 Bd. 1

Straßen-/Platzname: Otto-Petersen-Straße

Datum der Benennung: 22. 11. 1979

Begründung der Benennung

Eine Namensgebung wurde bereits Ende 1953 durch Oberstadtdirektor Walther Hensel vorgeschlagen, da Otto Petersens „*hohe Verdienste um Düsseldorf*“ im Januar 1954 mit einer Ehrenbürgerschaft geehrt werden sollten; er starb überraschend im Dezember 1953. Das Vorhaben der Straßenbenennung wurde weiterverfolgt, allerdings waren im dafür vorgesehenen Gebiet rund um das Max-Planck-Forschungsinstitut zum damaligen Zeitpunkt keine neuen Straßen in Planung, und von einer Umbenennung bereits existierender Straßen wurde abgesehen.

Name, Titel, Beruf oder Amt

Otto Friedrich Petersen (1874-1953), deutscher Eisenhüttenmann und Ingenieur.

Kurzbiographie / Verdienste

Nach dem Studium der Eisenhüttenkunde und der Beendigung des Militärdienstes arbeitete Otto Petersen zunächst als Konstrukteur in den Vereinigten Staaten, bevor er 1901 zum Stahl- und Betriebswerk Rendsburg wechselte, wo er bis zum Prokuristen aufstieg. 1907 wurde der Ingenieur stellvertretender Geschäftsführer des „Vereins Deutscher Eisenhüttenleute (VDEh)“. Als Hauptgeschäftsführer und späteres Vorstandsmitglied der Organisation engagierte sich Petersen in der Forschungsförderung und initiierte beispielsweise 1917 die Gründung des „Kaiser-Wilhelm-Instituts für Eisenforschung“ (heute Max-Planck-Institut) in Düsseldorf; zwischen 1920 und 1933 saß er für die „Deutsche Volkspartei“ (DVP) im Düsseldorfer Stadtrat. Während des Zweiten Weltkriegs leitete der Ingenieur das Düsseldorfer Büro des „Hauptringes Eisenerzeugung“ beim Reichsminister für Rüstung und Kriegsproduktion, der die selbstverantwortliche industrielle Rüstungssteigerung fördern sollte.

Nationalsozialismus

Otto Petersen hat als Geschäftsführer des traditionsreichen „Vereins Deutscher Eisenhüttenleute“ (VDEh) die Geschicke der einflussreichen technisch-wissenschaftlichen Ingenieursvereinigung über Jahrzehnte mitbestimmt und sich in besonderem Maße um die Förderung und Weiterentwicklung der Stahltechnologie verdient gemacht. Obwohl sich der VDEh im Dritten Reich unter der Leitung des Ingenieurs „zu einem Bestandteil des NS-Herrschaftsapparates“ entwickelte (Maier 2010, S. 175) und er selbst bis in den Rang eines „Wehrwirtschaftsführers“ aufstieg, kann über seine persönliche Haltung zum Nationalsozialismus nur spekuliert werden.

Otto Petersen gehörte seit 1920 der nationalliberalen „Deutschen Volkspartei“ (DVP) unter Gustav Stresemann an, war allerdings eher im rechtskonservativen Flügel beheimatet; als Mitherausgeber einer Denkschrift hatte er bereits während des Ersten Weltkriegs Überlegungen zur Eingliederung der französisch-lothringischen Eisenerzbecken in das

Deutsche Reich angestellt. Mit der „Machtergreifung“ Adolf Hitlers und der Auflösung der DVP trat Otto Petersen zum 1. Mai 1933 in die NSDAP ein und zählte damit zu jenen Parteimitgliedern, die sich erst kurz vor dem Inkrafttreten der Aufnahmesperre für einen Beitritt entschieden. Im Zuge der Gleichschaltung technisch-wissenschaftlicher Vereine wurde der VDEh mit anderen Organisationen zur „Reichsgemeinschaft der technisch-wissenschaftlichen Arbeit“ (RTA) zusammengeschlossen; Petersen Befürchtungen einer Zwangsausschaltung und Übernahme durch die „Deutsche Arbeitsfront“ (DAF) bewahrheiteten sich indes nicht.

Während andere Vereinigungen die ideologischen Vorgaben der NS-Führung ohne zu Zögern umsetzten, wartete der VDEh die weiteren Entwicklungen ab und nahm beispielsweise den sogenannten „Arierparagraphen“ zunächst nicht in die Satzung auf; noch im Oktober 1935 verwies Otto Petersen auf eine Verfügung des RTA-Präsidenten Fritz Todt, der eigenmächtige „Sonderaktionen in der Judenfrage“ bis zur Bekanntgabe gesetzlicher Ausführungsbestimmungen untersagte. Darüber hinaus äußerte sich der Geschäftsführer in Bezug auf die staatlichen Eingriffe des NS-Regimes in die Wirtschaftswerbung durchaus kritisch. Nach Kriegsende gab er zudem an, bis 1937 Mitglied des international ausgerichteten „Rotary Clubs“ gewesen zu sein.

Dennoch war Otto Petersen „bereits Anfang 1937 der große Profiteur der abschließenden Neuordnung und weiteren Straffung des nationalsozialistischen technisch-wissenschaftlichen Behörden- und Institutionensystems geworden.“ (Bleidick, S. 91) Im Zusammenhang mit dem sogenannten „Vierjahresplan“, der die Wirtschaft auf die Aufrüstung ausrichten sollte, vermittelte der Ingenieur zwischen Staat und Eisen schaffender Industrie. Nachdem der „Nationalsozialistischen Bund Deutscher Technik“ (NSBDT) als übergeordnete Institution der berufsständischen Vereine etabliert worden war, stieg Petersen innerhalb dieser Organisation zum „Reichsfachgruppenwarter“ für Hüttenwesen und Bergbau auf; in dieser Funktion nahm er im Juni 1937 am „1. Reichsschulungskurs der deutschen Technik auf der Gauschulungsburg Plassenburg“ teil, der „vor allem der massiven Indoktrination der Spitzen der technisch-wissenschaftlichen Vereine diene.“ (Maier 2015, S. 88f.) 1938 wurde Otto Petersen zum „Wehrwirtschaftsführer“ ernannt und als Mitglied in den Wehrwirtschaftsrat aufgenommen; 1944 erhielt er die „Goethemedaille für Kunst und Wissenschaft“. Über seine Mitarbeit in Verwaltungsstellen der Kriegswirtschaft während des Zweiten Weltkriegs – darunter der „Hauptring Eisenerzeugung“ beim Reichsminister für Rüstung und Kriegsproduktion – ist nichts bekannt.

Nach Kriegsende wurde Otto Petersen von der britischen Militärregierung mit der Bildung einer Verwaltungsorganisation der westdeutschen Eisenerzeuger und -verarbeiter beauftragt, um die Wirtschaftstätigkeit „in den wichtigsten Bereichen anzukurbeln“. (Bührer, S. 38f.) In seinem Entnazifizierungsverfahren führte der Ingenieur neben seiner Parteiangehörigkeit auch Mitgliedschaften in der „Reichsschrifttumskammer“, im „Volksbund für das Deutschtum im Ausland“ (VDA) und im „Reichskolonialbund“ an. Er wurde als „Mitläufer“ (Kategorie IV) eingestuft und verlor sein passives Wahlrecht, behielt allerdings seinen Vorsitz im VDEh.

Kategorie: C

Begründung: historisch minderbelastet / Rolle im Dritten Reich nicht abschließend geklärt

Literatur

Bleidick, Dietmar: *Emil Schrödter und Otto Petersen – zwei starke Geschäftsführer*. In: Maier, Helmut/Zilt, Andreas/Rasch, Manfred (Hrsg.): 150 Jahre Stahlinstitut VDEh 1860-2010. Essen 2010, S. 71-98.

Bührer, Werner: Ruhrstahl und Europa. Die Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie und die Anfänge der europäischen Integration 1945–1952. München 1986.

Krebs, Stefan: Technikwissenschaft als soziale Praxis. Über Macht und Autonomie der Aachener Eisenhüttenkunde 1870–1914. Stuttgart 2009.

Maier, Helmut: *Der Verein Deutscher Eisenhüttenleute als technisch-wissenschaftlicher Verein im Nationalsozialismus 1933-1945*. In: Maier, Helmut/Zilt, Andreas/Rasch, Manfred (Hrsg.): 150 Jahre Stahlinstitut VDEh 1860-2010. Essen 2010, S. 139-175.

Maier, Helmut: Chemiker im „Dritten Reich“. Die Deutsche Chemische Gesellschaft und der Verein Deutscher Chemiker im NS-Herrschaftsapparat. Weinheim 2015.

Petzina, Dietmar/Euchner, Walter: Wirtschaftspolitik im britischen Besatzungsgebiet 1945–1949. Düsseldorf 1984.

Quellen

Meyer, Wilhelm/Reichert, Jacob/Vögler, Albert/Petersen, Otto: Zur Einverleibung der französisch-lothringischen Eisenerzbecken in das deutsche Reichsgebiet. Abschrift einer an die Reichs- und Oberste Heeresleitung gerichteten Denkschrift, Berlin 1917.

Stadtarchiv Düsseldorf

0-1-7-1936.0000 / Blatt 108

Landesarchiv NRW – Abteilung Rheinland

NW 1002-MG / 36405

Stahlinstitut VDEh – Archiv

VDEh-A Aa 4

VDEh-A Aa 40 / Band IV

VDEh-a A 71

Straßen-/Platzname: Pfitznerstraße

Datum der Benennung: 22. 07. 1950

Begründung der Benennung: unbekannt

Name, Beruf, Amt oder Funktion:

Hans Erich Pfitzner (1869-1949), deutscher Komponist, Dirigent und Autor; Senator der Reichskulturkammer (1936).

Kurzbiographie/Verdienste:

Der ausgebildete Komponist und Pianist wurde nach der Jahrhundertwende als Musikdirektor nach Straßburg berufen und leitete neben der städtischen Oper auch das dortige Konservatorium. Später unterrichtete er Meisterklassen an der Preußischen Akademie der Künste und betätigte sich landesweit als Dirigent und Regisseur. Da er sich selbst als Bewahrer der klassisch-romantischen Musiktradition des 19. Jahrhunderts verstand, orientierte sich Pfitzner bei der Komposition seiner Werke unter anderem an Robert Schumann und Franz Schubert. Mit seiner 1917 uraufgeführten Oper „Palestrina“, die die Diskrepanz von Künstler und Welt thematisiert, feierte der Komponist große Erfolge; diese wird bis heute als Höhepunkt seiner musikalischen Arbeit betrachtet.

Antisemitismus/Nationalsozialismus

Obwohl Hans Pfitzner als einer der bedeutendsten Vertreter der Spätromantik in die Musikgeschichte eingegangen ist, gelten seine Werke bis heute als historisch belastet und werden nur noch selten aufgeführt. Während einzelne Stimmen eine Neubewertung seiner Kompositionen anregen und diese unabhängig von seiner politischen Weltanschauung betrachten möchten, bleibt Pfitzners Musik für die große Masse der Kritiker untrennbar mit seiner antisemitischen Geisteshaltung und seinem Verhalten im Dritten Reich verbunden.

Zu seiner Judenfeindlichkeit bekannte sich der Komponist bereits am Ende des 19. Jahrhunderts, differenzierte jedoch zwischen Judentum und jüdischen Mitbürgern; letztere waren nicht zu behelligen, sofern sie sich zur „Überlegenheit“ des Deutschtums bekannten und „deutsch-national empfanden“. Dementsprechend ergriff Hans Pfitzner in der Zeit des Nationalsozialismus wiederholt Partei für jüdische Freunde und Bekannte. Gleichwohl sah er keine Veranlassung, die antisemitische Politik des NS-Regimes zu kritisieren, und bezeichnete sich 1933 sogar als ihr ideologischer Vordenker: *„Ich habe Zeit meines Lebens in diese Kerbe gehauen, die heute als theoretische Voraussetzung der nationalsozialistischen Weltanschauung gilt.“*

Mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten erwartete der sowohl in Kunst- als auch in Gesellschaftsfragen reaktionär eingestellte Pfitzner eine entsprechende Würdigung seiner Musik. Um sein Ansehen zu steigern, unterstützte er öffentlichkeitswirksam die Ziele der NSDAP. So warb er 1934 für die Vereinigung des Reichskanzler- und Reichspräsidentenamtes, lobte anlässlich der Reichstagswahl 1936 *„das [sic] unsterbliche Verdienst unseres Führers Adolf Hitler“* und trat 1938 für den „Anschluss“ Österreichs ein.

Darüber hinaus bewies Pfitzner seine Loyalität zum Regime, indem er seine Kompositionen gemäß der faschistischen Gesinnung inszenierte und diese auch im besetzten Ausland aufführte. Mit Hans Frank, dem berüchtigten Generalgouverneur von Polen, verband ihn ein freundschaftliches Verhältnis; ihm widmete der Komponist eines seiner Werke und bekräftigte 1946 seine Verbundenheit mit dem verurteilten Kriegsverbrecher.

Durch seine Ernennung zum Senator der Reichskulturkammer im Jahr 1936 erlangte Hans Pfitzner keinen größeren Einfluss, da das Amt primär repräsentativen Zwecken diene. Darüber hinaus honorierten die Nationalsozialisten seinen Einsatz mit zahlreichen Kulturpreisen und nahmen ihn 1944 in die „Sonderliste der drei wichtigsten Musiker des Dritten Reiches“ auf; im gleichen Jahr erhielt er auf Geheiß Adolf Hitlers eine Dotation von 50.000 Reichsmark.

Im Zuge des nach Kriegsende eingeleiteten Entnazifizierungsverfahrens wurden die Werke des Komponisten kurzzeitig mit einem Aufführungsverbot belegt und die Einnahmen aus seinen Urheberrechten gesperrt. Trotz seiner Unterstützung für das NS-Regime und seines daraus resultierenden Profits konnte Pfitzner - auch durch die Hilfe von Entlastungszeugen - einen Freispruch erreichen und wurde von der Spruchkammer in München als „vom Gesetz nicht betroffen“ eingestuft.

Seine im Jahr 1945 verfasste „Glosse zum II. Weltkrieg“ offenbart jedoch ein Weltbild, das an den Zielen des Nationalsozialismus festhielt und diese ausdrücklich befürwortete: *„Das Weltjudentum ist ein Problem und zwar ein Rassenproblem, aber nicht nur ein solches, und es wird noch einmal aufgegriffen werden, wobei man sich Hitlers erinnern wird und ihn anders sehen, als jetzt [...] Also nicht das ‚Warum‘ ist ihm vorzuwerfen, [...] sondern nur das ‚wie‘ er die Aufgabe angefasst hat [...].“*

Kategorie: A

Begründung: aggressiver Antisemitismus / herausragende Stellung im Dritten Reich

Literatur:

Busch, Sabine: Hans Pfitzner im Nationalsozialismus. Stuttgart/Weimar 2001.

Busch, Sabine: *Hans Pfitzner und seine Stellung im „Dritten Reich“. Ein Außenseiter mit schlechtem Ruf*, in: Benz, Wolfgang u.a. (Hrsg.): *Kunst im NS-Staat. Ideologie, Ästhetik, Protagonisten*, Berlin 2015, S. 381-393.

Jürgens, Birgit: "Deutsche Musik". Das Verhältnis von Ästhetik und Politik bei Hans Pfitzner, Hildesheim 2009.

Klee, Ernst: *Das Kulturlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945*, Frankfurt am Main 2007.

Prieberg, Fred K.: *Musik im NS-Staat*. Köln 2000.

Selig, Wolfram: *Hans Pfitzner*, in: Benz, Wolfgang (Hrsg.): *Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart*, Band 2/2, Berlin 2009, S. 635.

Vaget, Hans Rudolf: *"Der gute, alte Antisemitismus". Hans Pfitzner, Bruno Walter und der Holocaust*, in: Riethmüller, Albrecht (Hrsg.): *Bruckner-Probleme. Internationales Kolloquium 7.-9. Oktober 1996 in Berlin*, Berlin 1999, S. 215-228.

Quellen:

Adamy, Bernhard (Hrsg.): *Hans Pfitzner. Briefe, Band 1: Textband*, Tutzing 1991.

Adamy, Bernhard (Hrsg.): *Hans Pfitzner. Briefe, Band 2: Kommentar*, Tutzing 1991.

N.N.: *Fanfare für Hans Pfitzner*. In: *Die Musik* 26,3 (1933), S. 193-194.

Pfitzner, Hans: *Glosse zum II. Weltkrieg*, In: Adamy, Bernhard (Hrsg.): *Sämtliche Schriften, Band 4*, Tutzing 1987, S. 327-343.

Straßen-/Platzname: Harry-Piel-Platz

Datum der Benennung: 21. 07. 2007

Begründung der Benennung

„Mit insgesamt 107 Filmen war Harry Piel zu seiner Zeit nicht von den Kinoleinwänden Deutschlands und Europas wegzudenken. Er war bekannt für sensationsgeladene Abenteuerfilme, bei denen er die Stunts oft ohne Double selber ausführte. [...] Seiner Heimatstadt blieb er stets verbunden.“

Name, Beruf, Funktion oder Amt

Heinrich „Harry“ Piel (1892-1963), deutscher Regisseur, Schauspieler und Filmproduzent.

Kurzbiographie / Verdienste

Der gebürtige Benrather absolvierte zunächst eine kaufmännische Lehre, bevor er in Frankreich erste Erfahrungen in der Filmbranche sammelte und nach Berlin übersiedelte. Unter seiner Regie entstanden spannungsgeladene Sensationsfilme, die mit eindrucksvollen Spezialeffekten und Stuntszenen aufwarteten. Der Entschluss, als Hauptdarsteller Teil seiner eigenen Abenteuergeschichten zu werden, machte den „Dynamit-Regisseur“ endgültig zum Publikumsmagneten; Umfragen aus den 1920er Jahren kürten ihn gleich mehrfach zum beliebtesten deutschen Schauspieler. Als „Harry Piel, der tollkühne Detektiv“ wurde er darüber hinaus zum Helden seiner eigenen kleinformatigen Heftserie. Im Jahr 2006 widmeten das Filmmuseum Düsseldorf und die Stadtbücherei Benrath dem Schauspieler eine Ausstellung sowie ein mehrtätiges Film-Festival; an seinem Geburtshaus in Benrath erinnert eine Gedenktafel an Harry Piel.

Nationalsozialismus

Harry Piel gehörte zu den populärsten Darstellern und Filmproduzenten der Weimarer Republik; als „Erfinder des deutschen Actionfilms“ (Geschichtswerkstatt, S. 207) bediente er sich des Zusammenspiels aus innovativer Kameraführung und außergewöhnlicher Kulisse und bot seinen Zuschauern eine geradezu avantgardistische Mischung aus Unterhaltung und Nervenkitzel. Im Dritten Reich arrangierte sich der Schauspieler mit den politischen Rahmenbedingungen, um einem Berufsverbot zu entgehen.

Bereits kurz nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten trat Harry Piel in die NSDAP ein und wurde „Förderndes Mitglied der SS“. Im Oktober 1933 erfolgte die Aufnahme in die „Reichsfachschaft Film“, die eine Voraussetzung für alle Filmschaffende darstellte. Diese zügige Anpassung ist wohl als Reaktion auf das Verbot und die Beschlagnahmung zweier Produktionen zu werten, für deren Inhalte Harry Piel bereits in den Jahren zuvor angegriffen worden war; insbesondere die negative Darstellung des Giftgaskriegs in seinem Spielfilm „Der Geheimagent“ galt in nationalsozialistischen Kreisen als pazifistische Propaganda. Dass sich der Filmproduzent von der Annäherung an das NS-Regime die Sicherung seiner beruflichen Existenz erhoffte, beweist auch ein Schreiben an das

Reichspropagandaministerium, in dem er drei Tage nach Parteieintritt seine Beteiligung an der „nationalen Neugestaltung des deutschen Filmes“ anbot.

Während die historische Forschung der 1950er und 60er Jahre eine „Förderne SS-Mitgliedschaft“ noch kollektiv mit einer Art Schutzgeld gleichsetzte, verweisen jüngere Studien auf die Notwendigkeit der Einzelfallbetrachtung; dementsprechend kann die Spendenfinanzierung der SS „weder als völlig harmlos noch als schwer belastend“ gewertet werden. (Hein, S. 170) Obwohl Harry Piel nach Kriegsende zunächst behauptet hatte, über eine reguläre Mitgliedschaft nicht im Bilde gewesen zu sein und nachweislich falsche Angaben machte, ist in seinem Fall - nach bisherigen Erkenntnissen - von einer „notgedrungenen“ SS-Zugehörigkeit auszugehen, die aus der Sorge um die berufliche Zukunft resultierte.

Bis 1940 produzierte Harry Piel unverfängliche Abenteuerfilme mit nur „latent politischer Funktion“ (Albrecht, S. 368), die von der Filmprüfstelle als „volksbildend“ und „künstlerisch wertvoll“ eingestuft wurden. Obgleich er dank der Unabhängigkeit seiner eigenen Produktionsfirma weitestgehend auf politische Inhalte verzichten konnte, war der Schauspieler dennoch auf offiziellen Anlässen des Regimes zugegen und wurde auch privat von der NS-Führung empfangen; Adolf Hitler ließ sich neue Piel-Filme regelmäßig noch vor der eigentlichen Premiere vorführen. Im Gegensatz zu Veit Harlan oder Heinz Rühmann gehörte er aber nicht zu den Spitzenverdienern der NS-Filmindustrie.

Durch die Verstaatlichung seiner „Ariel-Film“ im Jahr 1939 geriet Harry Piel schließlich in die Abhängigkeit kontrollierter Filmgesellschaften, die ihn in seiner Arbeit einschränkten und zunehmend ins berufliche Abseits drängten. Darüber hinaus musste er sich 1940 gegen Angriffe aus dem Ausland zur Wehr setzen: eine ungarische Zeitung hatte ihn aufgrund einer längeren Schaffenspause und seiner guten Beziehung zu Frankreich der Spionage bezichtigt. Inwieweit diese Meldung bewusst lanciert wurde, um Piel zu schaden, bleibt unklar; dieser konterte mit einer Stellungnahme im Nazi-Jargon: *„Ich bedaure, dem Jud [sic] aus Budapest und seinen finanziellen und geistigen Urhebern in Paris ihr schäbiges Hirnprodukt nur symbolisch um die Ohren schlagen zu können.“*

Während des Zweiten Weltkriegs widmete sich Harry Piel der Produktion seines Spielfilms „Panik“, der angesichts der darin enthaltenen Filmszenen mit Luftangriffen auf einen Zoo allerdings nicht mehr freigegeben wurde. Gleichzeitig landete er auf der Liste der „fragwürdigen Regisseure“; Propagandaminister Joseph Goebbels, der eine ausgesprochene Abneigung gegen den Schauspieler hegte, hatte seinen Einfluss geltend gemacht. Dennoch wurde er 1944 in die sogenannte „Gottbegnadeten-Liste“ aufgenommen, die Kulturschaffende vor dem Kriegseinsatz bewahrte; im selben Jahr trat er aus der NSDAP aus.

Nach Kriegsende wurde Harry Piel aufgrund seiner Nähe zum NS-Regime und den Falschangaben im Zusammenhang mit seiner SS-Zugehörigkeit zu einer Geldstrafe und sechs Monaten Haft verurteilt. In seinem anschließenden Entnazifizierungsverfahren stufte ihn die Spruchkammer in Hamburg als „Mitläufer“ ein und genehmigte eine schauspielerische Tätigkeit, untersagte ihm *„wegen der immerhin vorhandengewesenen Bindung an die NS-Filmgrößen [sic]“* aber die Arbeit als Regisseur. Erst 1948 durfte Piel wieder als Filmproduzent tätig werden, konnte aber - anders als beispielsweise Gustaf Gründgens - in

der jungen Bundesrepublik nicht mehr an seine früheren Erfolge anknüpfen und starb 1963 in München.

Kategorie: B

Begründung: Mitgliedschaft in verbrecherischer Organisation

Literatur

Albrecht, Gerd: Nationalsozialistische Filmpolitik. Eine soziologische Untersuchung über die Spielfilme im Dritten Reich, Stuttgart 1969.

Bleckman, Matias: Harry Piel. Ein Kino-Mythos und seine Zeit, Düsseldorf 1992.

Drewniak, Boguslaw: Der Deutsche Film 1933-1945. Ein Gesamtüberblick, Düsseldorf 1987.

Geschichtswerkstatt Neuhausen e.V.: Hollywood in Neuhausen. Band 2, Die Stummfilmzeit aus der Sicht eines Münchener Stadtteils, München 2002.

Hein, Bastian: Elite für Volk und Führer? Die Allgemeine SS und ihre Mitglieder 1925-1945, München 2012.

Hohwiller, Heinz: *Filmstars in der deutschen Heftliteratur. Sensationsdarsteller und ihre Heftserien*, In: Magazin für Abenteuer-, Reise- und Unterhaltungsliteratur. Jg. 1990, Heft 66/67, S. 25-54.

Klee, Ernst: Das Kulturlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2007.

Schwabach-Albrecht, Susanne: *Harry Piel (1892-1963) - Filmstar aus Benrath*. In: Heimatgemeinschaft Groß-Benrath e.V. (Hrsg.): Benrath historisch. Aus der Geschichte Benraths in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, Düsseldorf 2014, S. 77-82.

Quellen

Piel, Harry: *Menschen – Tiere – Sensationen*. In: Düsseldorf kinematographisch. Düsseldorf 1982, S. 153-164.

Wulf, Joseph: Kultur im Dritten Reich. Band 4, Theater und Film im Dritten Reich, Eine Dokumentation, Frankfurt am Main 1989.

Katasteramt Düsseldorf
Akte „Harry-Piel-Platz“

Staatsarchiv Hamburg
221-11_MISC 6850

Straßen-/Platzname: Max-Planck-Straße

Datum der Benennung: 20. 08. 1959

Begründung der Benennung

„Nach ihm ist die Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften benannt, deren Präsident er 1930-1937 war. Bahnbrechend war Planck durch seine <Quanten-Theorie>.“

Name, Titel, Beruf oder Amt

Max Karl Ernst Ludwig Planck (1858-1947), deutscher Physiker.

Kurzbiographie / Verdienste

Nach seiner Promotion und Habilitation arbeitete Max Planck zunächst als Dozent, bevor er 1892 den Lehrstuhl für Theoretische Physik in Berlin erhielt. Durch die Forschung auf dem Gebiet der Thermodynamik gelang ihm 1899 die Entdeckung des Planckschen Wirkungsquantums, auf das sich die Quantentheorie begründet; 1918 wurde ihm der Nobelpreis für Physik verliehen. Nach seiner Emeritierung leitete Planck von 1930 bis 1937 die „Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft“, aus der später das Max-Planck-Institut hervorging, und setzte sich nach Kriegsende für den Wiederaufbau der deutschen Wissenschaft ein.

Militarismus / Nationalsozialismus

Als Hauptvertreter der theoretischen Physik zählt Max Planck zu den herausragenden Repräsentanten und Förderern der deutschen Wissenschaft. Während der Physiker in der Erinnerungskultur des 20. Jahrhunderts zum „Ideal eines Gelehrten“ (Hoffmann, S. 113) stilisiert wurde und ältere Studien zumeist dessen wissenschaftliche Verdienste hervorgehoben haben, befasst sich die jüngere Forschung auch mit Plancks gesellschaftspolitischem Wirken in Kaiserreich und Nationalsozialismus. Dabei zeichnet sie das Bild eines zwiespaltigen Wissenschaftlers, der die Umbrüche seiner Zeit mit Anpassung und Distanz zu bewältigen versuchte.

Als patriotischer Staatsbürger und loyaler Anhänger der Monarchie ließ sich Max Planck von der Kriegsbegeisterung des Jahres 1914 mitreißen und beschwor in einer Festrede den Zusammenhalt des deutschen Volkes: *„Wir wissen nicht, was der nächste Morgen bringen wird; wir ahnen nur, daß [sic] unserem Volke in kurzer Frist etwas Großes, etwas Ungeheures bevorsteht, daß [sic] es um Gut und Blut, um die Ehre und vielleicht um die Existenz des Vaterlandes gehen wird.“* Darüber hinaus gehörte er zu den Unterzeichnern des Propaganda-Manifests „An die Kulturwelt“, in dem jegliche Kriegsschuld Deutschlands abgestritten und der Einsatz militärischer Gewalt zum Schutz der deutschen Kultur legitimiert wurde. Im gleichen Zeitraum unterschrieb er die ähnlich konnotierte „Erklärung der Hochschullehrer des Deutschen Reiches“: *„Unser Glaube ist, daß [sic] für die ganze Kultur Europas das Heil an dem Siege hängt, den der deutsche <Militarismus> erkämpfen wird [...]“* Später distanzierte sich Planck vom Inhalt des Manifests, betonte jedoch ausdrücklich die Verbundenheit der deutschen Gelehrten mit dem Militär. Darüber hinaus setzte er sich in seiner Funktion als

Sekretar der Akademie der Preußischen Wissenschaften für Mitglieder aus den Entente-Ländern ein und verhinderte deren Ausschluss.

In der Weimarer Republik trat Max Planck in die nationalliberale Deutsche Volkspartei (DVP) unter Gustav Stresemann ein, die die Wiedererrichtung der Monarchie anstrebte, stand den demokratischen Grundprinzipien jedoch skeptisch gegenüber und lehnte die Einführung des allgemeinen Wahlrechts ab. Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten im Jahr 1933 war Max Planck als Präsident der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zunächst darum bemüht, die Institution und ihre Mitarbeiter aus den politischen Konflikten herauszuhalten. In einem Schreiben an Reichsinnenminister Wilhelm Frick stimmte er zu, die Gesellschaft „*systematisch in den Dienst des Reiches hinsichtlich der rassenhygienischen Forschung zu stellen*“. In der Hoffnung, durch gute Beziehungen zu den neuen Machthabern mäßigend auf diese einwirken und die Vertreibung jüdischer Wissenschaftler verhindern zu können, intervenierte Planck direkt bei Adolf Hitler, konnte seine Forderungen jedoch nicht durchsetzen. Daraufhin versuchte der Physiker, die Umsetzung des berüchtigten „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ hinauszuzögern und veranstaltete gegen den Willen des Regimes eine Gedächtnisfeier für den im Exil verstorbenen Chemiker Fritz Haber.

Die Verschärfung der antisemitischen und rassistischen Gesellschaftspolitik bestärkte ab Mitte der 1930er Jahre Plancks Distanz zur nationalsozialistischen Diktatur; diese „*stille Resistenz*“ (Hachtmann, Anpassung S. 34) äußerte sich vor allem in seinen Vorträgen, in denen ethische Fragestellungen in den Vordergrund rückten: „*Wie die Naturgesetze ehern und folgerichtig wirken, im Großen nicht anders als im Kleinen, so verlangt auch das Zusammenleben der Menschen gleiches Recht für alle, für Hoch und Niedrig, Vornehm und Gering. Wehe einem Gemeinwesen, wenn in ihm das Gefühl der Rechtssicherheit ins Wanken kommt [...].*“

Auf Druck der Nationalsozialisten, die Plancks wachsende Antipathien zwar registrierten, aber aufgrund seines internationalen Ansehens nicht ahnden konnten, gab dieser 1936 sein Präsidentenamt in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft auf. Nach der Gleichschaltung der Akademie der Wissenschaften im Jahr 1938 zog sich der Physiker endgültig aus dem Wissenschaftsbetrieb zurück und unternahm fortan zahlreiche Vortragsreisen. Inwieweit Max Planck in die Widerstandspläne seines Sohnes eingeweiht war, bleibt unklar. Erwin Planck wurde aufgrund seiner Beteiligung am Attentat des 20. Juli 1944 zum Tode verurteilt und Anfang 1945 in Berlin-Plötzensee hingerichtet.

Kategorie: C

Begründung: historisch minderbelastet

Literatur

Albrecht, Helmuth: *Max Planck. Mein Besuch bei Adolf Hitler, Anmerkungen zum Wert einer historischen Quelle*, In: Albrecht, Helmuth (Hrsg.): *Naturwissenschaft und Technik in der Geschichte*. Stuttgart 1993, S. 41-63.

Hachtmann, Rüdiger: *Wissenschaftsmanagement im „Dritten Reich“*. Geschichte der Generalverwaltung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, Band 1 und 2, Göttingen 2007.

Hachtmann, Rüdiger: *Anpassung und Nonkonformität. Zur politischen Position Max Plancks während der NS-Zeit*, In: Gibas, Monika/Stutz, Rüdiger/Ulbricht, Justus H. (Hrsg.): *Couragierte Wissenschaft*. Jena 2007, S. 25-43.

Heilbron, John L.: *Max Planck. Ein Leben für die Wissenschaft 1858-1947*, Stuttgart 1988.

Hoffmann, Dieter: *Max Planck. Die Entstehung der modernen Physik*, München 2008.

Klee, Ernst: *Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945*, Frankfurt am Main 2007.

Kohl, Ulrike: *Die Präsidenten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus. Max Planck, Carl Bosch und Albert Vögler zwischen Wissenschaft und Macht*, Stuttgart 2002.

Pufendorf, Astrid von: *Die Plancks. Eine Familie zwischen Patriotismus und Widerstand*, Berlin 2006.

Rürup, Reinhard: *Schicksale und Karrieren. Gedenkbuch für die von Nationalsozialisten aus der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft vertriebenen Forscherinnen und Forscher*, Göttingen 2007.

Stern, Fritz: *Max Planck. Größe des Menschen und Gewalt der Geschichte*, In: Max-Planck-Gesellschaft (Hrsg.): *Max Planck. Vorträge und Ausstellungen zum 50. Todestag*, München 1997, S. 34-51.

Quellen

Planck, Max: *Die Physik im Kampf um die Weltanschauung*. In: Roos, Hans/Hermann, Armin (Hrsg.): *Max Planck. Vorträge, Reden, Erinnerungen*, Heidelberg 2001, S. 119-136.

Planck, Max: *Mein Besuch bei Adolf Hitler*. In: *Physikalische Blätter*. Band 3, 1947, S. 143.

Stadtarchiv Düsseldorf

0-1-7-1941.0000 / Blatt 518

0-1-7-1937.0000 / Blatt 408

Straßen-/Platzname: Ernst-Poensgen-Allee

Datum der Benennung: 14. 12. 1951

Begründung der Benennung

Eine erste „Ernst-Poensgen-Allee“ wurde bereits im Jahr 1941 benannt, um die *„ausserordentliche [sic] Bedeutung, die der Name Poensgen in der Weltgeltung der deutschen Eisenindustrie besitzt“*, zu würdigen. 1950 wurde allerdings auf den ursprünglichen Namen „Ronsdorfer Straße“ zurückgegriffen, um Verwechslungen mit ähnlich klingenden Straßennamen (Gustav-Poensgen-Straße) zu vermeiden. Auf Anregung des Oberbürgermeisters wurde ein Jahr später die „Stadtwaldstraße“ in „Ernst-Poensgen-Allee“ umbenannt.

Name, Beruf, Amt oder Funktion

Carl Albert Ernst Poensgen (1871-1949), deutscher Industrieller.

Kurzbiographie / Verdienste

Das Mitglied der Düsseldorfer Industriellenfamilie Poensgen trat nach dem Abschluss seiner Studien 1896 in das väterlichen Röhren- und Eisenwalzwerke (DREW) ein und wurde bereits 4 Jahre später leitender Direktor des Blechwalz- und Stahlwerks in Lierenfeld; 1904 gehörte Ernst Poensgen zu den Mitbegründern des Düsseldorfer Stahlverbands. Im Ersten Weltkrieg diente er zunächst als Batteriechef, bevor er sich als Mitglied der Militärverwaltung in Belgien mit der Verwaltung der regionalen Stahlindustrie befasste. Nach Kriegsende avancierte Poensgen zu einem der führenden Eisen- und Stahlindustriellen, war 1926 an der Gründung der „Vereinigten Stahlwerke AG“ beteiligt und gehörte im Dritten Reich zu der Gruppe der „Wehrwirtschaftsführer“. Nach 1945 engagierte er sich für den wirtschaftlichen Wiederaufbau. Darüber hinaus unterstützte und förderte Ernst Poensgen das kulturelle und sportliche Leben in der Stadt Düsseldorf; bis heute erinnert das von ihm in den 1930er Jahren gestiftete Stadion („Ernst-Poensgen-Kampfbahn“) in Lierenfeld an den Industriellen.

Nationalsozialismus

Ernst Poensgen zählt nicht nur zu den bedeutenden Düsseldorfer „Industriepionieren“ (Wessel, S. 73), sondern hat sich darüber hinaus als städtischer Förderer und Mäzen besondere Verdienste erworben; er unterstützte das Schauspielhaus der Theaterleiter Gustav Lindemann und Louise Dumont, gehörte zu den Organisatoren der Ausstellung „GeSoLei“ und engagierte sich in zahlreichen Sportvereinen. Obwohl der Industrielle eine persönliche Distanz zum NS-Regime wahrte, repräsentierte er bis in die 1940er Jahre dennoch eine feste Größe in der Wirtschaft des Dritten Reiches.

Bereits vor 1933 war Ernst Poensgen als Mitglied einflussreicher Wirtschaftsvereinigungen wiederholt mit führenden Vertretern der NSDAP zusammengetroffen, so zum Beispiel anlässlich der Rede Adolf Hitlers im Düsseldorfer Industrie-Club 1932, betrachtete die nationalsozialistische Bewegung allerdings mit Skepsis. Von 1919 bis 1928 der nationalliberalen „Deutschen Volkspartei“ (DVP) angehörend und

anschließend in die weiter rechts stehende „Deutschnationale Volkspartei“ (DNVP) eingetreten, unterstützte der Stahlmanager die Politik von Reichskanzler Heinrich Brüning und lehnte eine Finanzierung der NSDAP entschieden ab. Dementsprechend missbilligte er als Präsident der Arbeitgeberorganisation „Arbeitnordwest“ die ohne sein Wissen durch den Geschäftsführer zur Verfügung gestellte Summe von 100.000 Reichsmark und forderte die sofortige Rückzahlung. Darüber hinaus stimmte er als Mitglied der Interessenvereinigung „Ruhrlade“ der Bewilligung der sogenannten „Adolf-Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft“ nur widerwillig zu.

Nach der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten wurde Ernst Poensgen Vorsitzender der „Wirtschaftsgruppe Eisenschaffende Industrie“, widersetzte sich jedoch den staatlichen Eingriffen in die wirtschaftliche Selbstverwaltung und „wandte sich gegen den Ausbau der Reichswirtschaftskammer zu einer zentralistischen Befehlsstelle.“ (Hatzfeld 2001, S. 319) So lehnte er beispielsweise die Gründung der „Reichswerke Hermann Göring“ ab, die im Zuge des sogenannten „Vierjahresplans“ den Ausbau der Rüstungswirtschaft forcieren sollten, und kritisierte wiederholt das übersteigerte Ausmaß der deutschen Aufrüstung. Ferner engagierte sich der Industrielle gegen die Zerschlagung der freien Gewerkschaften und setzte sich weiterhin für eine Verständigung mit Vertretern der internationalen Schwerindustrie ein. Einen großen Vorbehalt hegte Ernst Poensgen auch gegen die antisemitische und rassistische Ideologie der Nationalsozialisten; dementsprechend schützte er jüdische Mitbürger – darunter das Düsseldorfer Schauspielpaar Lindemann/Dumont und die Verwandtschaft seiner verstorbenen ersten Ehefrau – vor der politischen Verfolgung.

Ungeachtet seiner Gegnerschaft zum NS-Regime war Ernst Poensgen als Leiter der Industrieabteilung der Wirtschaftskammer Düsseldorf für den Einsatz von Zwangsarbeitern verantwortlich; so bat er im Oktober 1942 um die verstärkte Zuweisung von ausländischen Arbeitskräften in den Regierungsbezirk. 1937 zum „Wehrwirtschaftsführer“ ernannt, gehörte der Industrielle darüber hinaus zu den Initiatoren der Reichsausstellung „Schaffendes Volk“ sowie zu den Mitgliedern des „Rüstungsrats“ von Albert Speer und erhielt 1941 sowohl den „Adlerschild des Deutschen Reiches“ als auch das Kriegsverdienstkreuz I. Klasse

Nachdem Ernst Poensgen im Jahr 1942 die Leitung der „Wirtschaftsgruppe Eisenschaffende Industrie“ hatte abgeben müssen, trat er von weiteren Ämtern zurück und siedelte erst nach Österreich und dann in die Schweiz über. Nach Kriegsende wurde er von der britischen Militärregierung zunächst zur Fahndung ausgeschrieben, infolge seines Entnazifizierungsverfahrens allerdings vollständig entlastet. Neben zahlreichen Kollegen und Weggefährten würdigte insbesondere Gustav Lindemann die *„mutige und unerschrockene“* Haltung des Industriellen: *„Er gefährdete sich selbst, indem er die Rassengesetzgebung unverhohlen ablehnte; und indem er mich als seinen Freund bezeichnete, wagte er etwas, was – wenn in solchen Fällen alle soviel [sic] gewagt hätten – nicht ohne Einfluß [sic] auf die allgemeine Entwicklung geblieben wäre. Das Ethos, aus dem Ernst Poensgen lebt, hat keinen Raum für den Nationalsozialismus.“*

Kategorie: B

**Begründung: exponierte Stellung im Dritten Reich / Zwangsarbeit / Mäzen / schützte
Gustav Lindemann**

Literatur

Donges, Alexander: Die Vereinigte Stahlwerke AG im Nationalsozialismus. Konzernpolitik zwischen Marktwirtschaft und Staatswirtschaft, Paderborn 2014.

Hatzfeld, Lutz: Ernst Poensgen - Biographie eines einfachen Lebens 1871 – 1949. Düsseldorf 2001.

Hatzfeld, Lutz: *Ernst Poensgen (1871-1949)*. In: Rheinische Lebensbilder. Band 7, Köln 1977, S. 203-225.

Eglau, Hans Otto: Fritz Thyssen. Hitlers Gönner und Geisel, Berlin 2003.

Riedel, Matthias: Eisen und Kohle für das Dritte Reich. Paul Pleigers Stellung in der NS-Wirtschaft, Göttingen/Frankfurt am Main/Zürich 1973.

Klee, Ernst: Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2003.

Wessel, Horst A.: *Die Unternehmer der Familie Poensgen in der Eifel und in Düsseldorf*. In: Soénius, Ulrich S. (Hrsg.): *Bewegen – Verbinden – Gestalten. Unternehmer vom 17. bis zum 20. Jahrhundert*, Festschrift für Klara van Eyll zum 28. September 2003, Köln 2003, S. 71-86.

Mollin, Gerhard: Montankonzerne und „Drittes Reich“. Göttingen 1988.

Quellen

Rohland, Walter: *Bewegte Zeiten. Erinnerungen eines Eisenhüttenmannes*, Stuttgart 1978.

Stadtarchiv Düsseldorf

0-1-4-15919.0000 / (6)

0-1-4-18022.0000

IV 52054 / Band 1

Landesarchiv NRW – Abteilung Rheinland

NW 1002-I / 70908

BR 336, Nr. OE/130/100

Konzernarchiv ThyssenKrupp

VSt / 618

Straßen-/Platzname: Josef-Ponten-Straße

Datum der Benennung: 11. 06. 1963

Begründung der Benennung

„Neben rein erzählerischen Werken schrieb er Reiseberichte und kunsthistorische Abhandlungen. Hervorzuheben sind besonders auch seine Novellen und Erzählungen.“

Name, Titel, Beruf oder Amt

Servatius Josef Ponten (1883-1940), deutscher Schriftsteller und Dichter.

Kurzbiographie/Verdienste

Als Student der Philologie, Architektur und Kunstgeschichte veröffentlichte Ponten 1907 seinen ersten Roman (*„Jungfräulichkeit“*) und erlebte den Ersten Weltkrieg als Kraftfahrer an der Front; mit seinem im Jahr 1918 erschienenen Werk *„Der Babylonische Turm“*, das sich am Stil von Thomas Manns *„Buddenbrooks“* orientiert, feierte er schließlich seinen literarischen Durchbruch. Ab 1920 arbeitete Ponten als freier Schriftsteller in München, verfasste zunächst Reiseberichte sowie Heimat- und Landschaftsnovellen und gründete 1926 zusammen mit anderen Lyrikern den *„Bund Rheinischer Dichter“*, bevor er sich hauptsächlich dem Leben der Auslandsdeutschen widmete. Zu seinen bekanntesten Werken zählt der unvollendete Romanzyklus *„Volk auf dem Wege“*, der sich mit den historischen Umständen deutscher Auswanderungen in der Geschichte befasst.

Nationalsozialismus

Josef Ponten zählte einst zu den populärsten deutschen Autoren der 1920er und 30er Jahre, geriet jedoch nach dem Zweiten Weltkrieg weitestgehend in Vergessenheit und ist *„hauptsächlich als Freund Thomas Manns in die Literaturgeschichte eingegangen“* (Beck, S. 421); eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit seiner Person und seinem Wirken setzte erst in den 1990er Jahren ein. Die jüngere Forschung zeichnet das Bild eines egomanischen Literaten, der *„in seiner Haltung zum Nationalsozialismus [...] als nicht eindeutig festzulegende Gestalt“* (Parau, S. 13) charakterisiert wird.

In der Weimarer Republik gehörte Josef Ponten als Mitglied der Sektion Dichtkunst der Preußischen Akademie der Künste zum nationalkonservativen und *„volkstümlichen“* Flügel, der sich zunehmend gegen eine vermeintliche literarische Überfremdung positionierte. Dementsprechend setzte sich der Dichter wiederholt dafür ein, anstelle der *„preußischen“* Akademie eine gesamtdeutsche Institution einzurichten. Obwohl er sich zu Beginn der 1920er Jahre von der *„Ideologie des faschistischen Nationalismus“* distanziert hatte, unterzeichnete Ponten nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten im Jahr 1933 sowohl eine Loyalitätserklärung der Preußischen Akademie als auch das *„Gelöbnis treuester Gefolgschaft“* für Adolf Hitler und wurde in die neu gegründete *„Deutsche Akademie der Dichtung“* übernommen; zeitgleich unterschrieb er eine Erklärung für den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund.

Ungeachtet seiner pazifistischen und kosmopolitischen Einstellung, die sich „jedweder aggressiven und chauvinistischen Politik kategorisch verweigerte“ (Lieser 1998, S. 103), ließ sich der Dichter im Dritten Reich hofieren und argumentierte öffentlich im Sinne des NS-Regimes. Auf einer offiziellen Feier zu seinem 50. Geburtstag betonte Josef Ponten seine „*Verbundenheit mit Grund, Boden, Herkunft und Volk*“, äußerte sich abfällig über emigrierte Schriftsteller als „*weltberühmte Leute, die heute meist auf Reisen*“ seien und bezeichnete den im Konzentrationslager Oranienburg einsitzenden Literaten Armin Theophil Wegner als „*Gast und Vollpensionär des Staates an einem luftigen Ort*“. Darüber hinaus hielt er regelmäßig Vorträge und Lesungen auf NS-Veranstaltungen und wurde für die Propagandaarbeit auch in den annektierten Gebieten eingesetzt. 1936 erhielt er den „Rheinischen Literaturpreis“, ein Jahr später wurde er mit dem „Münchener Dichterpreis“ ausgezeichnet. Nach seinem Tod kam der Schriftsteller 1941 in die engere Auswahl für den „Volksdeutschen Schrifttumspreis“ der Stadt Stuttgart.

Obwohl sich Josef Pontens Werke durchaus mit der „Blut-und-Boden-Literatur“ des Dritten Reiches in Einklang bringen ließen, führte seine völkerverbindende Einstellung zu Konflikten mit dem Regime. 1938 bezichtigte ihn ein anonymer Leserbrief nicht nur der Beleidigung Adolf Hitlers und der Verherrlichung Sowjetrusslands, sondern kritisierte auch seine jüdische Verwandtschaft und die freundschaftliche Beziehung zu Thomas Mann. Letztere war bereits 1924 aufgrund ideologischer Differenzen auseinandergegangen, wurde jedoch von Ponten vehement verteidigt: „*Es war eine schöne Freundschaft [...]. Sie wird einmal in die deutsche Literaturgeschichte eingehen. Wir alle, die wir uns am großen deutschen Roman mühten und mühten, verdanken Mann viel.*“ Die Anschuldigungen führten letztendlich zum Verbot seines „Europäischen Reisebuchs“ und zur Durchsuchung seiner Wohnung durch die Gestapo.

Ein politische Einordnung Josef Pontens erweist sich grundsätzlich als schwierig, da er „weder zu den Befürwortern noch zu den ausdrücklichen Gegnern des Regimes“ gezählt werden kann. (Beck, S. 493)

Kategorie: B

Begründung: Nähe zum Nationalsozialismus

Literatur

Beck, Philippe: Umstrittenes Grenzland. Selbst- und Fremdbilder bei Josef Ponten und Peter Schmitz, 1918–1940, Brüssel 2013.

Cepl-Kaufmann, Gertrude: *Josef Ponten (1883-1940)*. In: Kortländer, Bernd (Hrsg.): Literatur von nebenan 1900-1945. 60 Portraits von Autoren aus dem Gebiet des heutigen Nordrhein-Westfalen, Bielefeld 1995, S. 270-275.

Jens, Inge: Dichter zwischen rechts und links. Die Geschichte der Sektion für Dichtkunst an der Preußischen Akademie der Künste, Leipzig 1994.

Klee, Ernst: Das Kulturlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2007.

Lieser, Dietmar: *Zur Ideologie des Naiven und des Erhabenen. Josef Pontens Moderne-Kritik im „Offenen Brief an Thomas Mann“ (1924) und ihre faschistischen Implikationen*, In: Breuer, Dieter/Cepl-Kaufmann, Gertrude (Hrsg.): Moderne und Nationalsozialismus im Rheinland. Paderborn 1997, S. 105-125.

Lieser, Dietmar: *Zwischen Distanz und Affinität. Anmerkungen zu Josef Pontens Weg in den Faschismus*, In: Kortländer, Bernd (Hrsg.): Literaturpreise, Literaturpolitik und Literatur am Beispiel der Region Rheinland/Westfalen. Stuttgart/Weimar 1998, S. 101-122.

Müller, Richard Matthias: *Josef Ponten (1883–1940). Freund Thomas Manns*, In: Thomas Mann Jahrbuch. Band 17, Frankfurt am Main 2004, S. 147–161.

Parau, Cristina Rita: Über die Genese politisch-legitimierender Sprachcodes. Josef Pontens Liminalität im Feld der nationalsozialistischen Sprachbildung, Würzburg 2012.

Quellen

Stadtarchiv Düsseldorf
IV 18025 / 2

Bundesarchiv Berlin
BArch NS 15 / 27, Blatt 252
BArch R 9361-V / 31350

Ponten, Josef: *Dichter und Volk. Ponten spricht. Seine Rede im Stadttheater*. In: Echo der Gegenwart. Elfte Aachener Zeitung, 86. Jg., 6. Februar 1934, Unterhaltungsbeilage.

Ponten, Josef: Der Rhein. Zwei Aufsätze. Gabe zur Feier der Tausend Jahre der Rheinlande, Berlin/Leipzig 1925.

Straßen-/Platzname: Porschestraße

Datum der Benennung: 09. 10. 1958

Begründung der Benennung

Ferdinand Porsche „konstruierte zahlreiche Fahrzeugtypen, u.a. für die Daimler A.G., ferner den 51 Rennwagen [sic] der Auto-Union, seit 1934 den bewährten Volkswagen.“

Name, Titel, Beruf oder Amt

Ferdinand Porsche (1875-1951), deutscher, österreichischer und tschechoslowakischer Automobilkonstrukteur und Unternehmer.

Kurzbiographie / Verdienste

Nach ersten Entwicklungen auf dem Gebiet der Automobilkonstruktion (Radnabenmotor, „Lohner-Porsche“) wurde Ferdinand Porsche als Technischer Direktor bei der Österreichischen Daimler-Motoren-Gesellschaft (Austro-Daimler) engagiert und produzierte u.a. das weltweit erste Hybridfahrzeug. 1923 wechselte er als technisches Vorstandsmitglied zu Daimler nach Deutschland, wo er Sportwagenmodelle der Marke Mercedes-Benz entwickelte. 1931 gründete Porsche sein eigenes Konstruktionsbüro und entwarf Renn- und Kleinwagenmodelle; im Dritten Reich wurde er mit der Entwicklung des „Kraft-durch-Freude-Wagens“ (Vorläufer des VW-Käfer) beauftragt. Von 1938 bis 1945 übernahm der Techniker die Leitung der Volkswagen GmbH.

Nationalsozialismus

Ferdinand Porsche gilt als herausragender Pionier der deutschen Automobilbranche, die mit Hilfe seiner innovativen Konstruktionen zu einem Industriezweig von Weltrang aufgestiegen ist. Um den Namensgeber der Marke Porsche ranken sich seit jeher Mythen und Legenden; das nach Ende des Zweiten Weltkriegs gezeichnete Bild des unbescholtenen Erfindergeistes ist allerdings von der Forschung mittlerweile widerlegt worden. Mit der wissenschaftlichen Aufarbeitung der Geschichte der Volkswagen AG im Nationalsozialismus ab den 1990er Jahren sind auch die Rolle Ferdinand Porsches und dessen Verstrickungen in die NS-Wirtschaft zunehmend in den Mittelpunkt der Diskussionen gerückt.

Zu Beginn der 1930er Jahre hatten die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise der deutschen Automobilindustrie stark zugesetzt; die Porsche GmbH litt nicht nur unter der prekären Auftragslage, sondern musste sich gleichzeitig auch gegenüber den führenden Auto-Herstellern behaupten. Nach der Machtergreifung Adolf Hitlers, der anlässlich der Automobilausstellung im Februar 1933 ein umfangreiches staatliches Konjunkturprogramm angekündigt hatte, suchte Ferdinand Porsche gezielt die Nähe zum Regime, um in Kooperation mit der Auto Union AG (später Audi) Subventionen für die Entwicklung eines Grand-Prix-Wagens zu erhalten. Der Erfolg dieses Rennwagens ermöglichte die wirtschaftliche Sanierung und steigerte den Bekanntheitsgrad des Technikers, der im Verlauf des Dritten Reiches zu Hitlers „Lieblingskonstrukteur“ avancierte.

Im Zusammenhang mit dessen Plänen zur Massenmotorisierung wurde Ferdinand Porsche ab 1934 mit der millionenschwer geförderten Entwicklung eines preisgünstigen Automobils für die breite Bevölkerung beauftragt. Obwohl sich die Arbeit am fabrikationsreifen Prototypen des sogenannten „Kraft-durch-Freude-Wagens“ erheblich verzögerte, nutzte der Ingenieur „die Protektion des Reichskanzlers als politischen Schutzschild“ (Pyta, S. 173f.), um sein Unternehmen und insbesondere sich selbst als unangreifbare Größe in der NS-Wirtschaft zu etablieren. Mit dem „Volkswagen-Vertrag“ von 1937 erhielt Porsche schließlich das Entwicklungsmonopol und wurde mit der Planung des VW-Werks in Fallersleben (heute Wolfsburg) betraut; zeitgleich ließ er auf dem Gelände seines Konstruktionsbüros in Stuttgart-Zuffenhausen eigene Produktionsanlagen errichten. Nachdem Ferdinand Porsche bereits 1934 auf Drängen Hitlers seine tschechoslowakische Staatsbürgerschaft zugunsten der deutschen aufgegeben hatte, trat er in die NSDAP ein und wurde zum „Wehrwirtschaftsführer“ ernannt.

Obwohl der Konstrukteur das antisemitische und rassistische Weltbild der Nationalsozialisten nach bisherigen Erkenntnissen nicht teilte, nutzte er jede sich ihm bietende Entfaltungsmöglichkeit, „ohne sich an den politischen Rahmenbedingungen zu stoßen“ (Mommsen/Grieger, S. 91). Als die Produktion des Volkswagens bei Ausbruch des Zweiten Weltkriegs eingestellt werden musste, organisierte er als Hauptgeschäftsführer und Aufsichtsratsmitglied der Volkswagen GmbH den Ausbau des Unternehmens zum Rüstungsbetrieb. Unter seiner Leitung wurden ab 1940 tausende Zwangsarbeiter eingesetzt, darunter Kriegsgefangene und KZ-Insassen, die zwischenzeitlich mehr als 70% der Stammbesetzung ausmachten. Diese waren in eigens für VW eingerichteten Lagern (KZ „Arbeitsdorf“, KZ-Außenlager Laagberg) untergebracht und teilweise von Ferdinand Porsche persönlich angefordert worden. Bis 1945 kamen neben zahlreichen Zwangsarbeitern auch mehr als 300 Kleinkinder der firmeneigenen „Ausländerkinder-Pflegestätte“ in Rügen ums Leben.

Für seine Verdienste um die Kriegsindustrie wurde dem Techniker 1942 ehrenhalber der Rang eines SS-Oberführers zugestanden; 1944 honorierte das NS-Regime dessen Initiative zur Beschäftigung von Zwangsarbeitern in unterirdischen Fertigungsstätten mit dem „Totenkopfring des Reichsführers SS“. Darüber hinaus versorgte Porschens Engagement im Rüstungsapparat auch sein eigenes Unternehmen mit entsprechenden Aufträgen und ermöglichte abermals den Einsatz hunderter Zwangsarbeiter.

Kurz vor Kriegsende ließ der Konstrukteur die Werkstätten von Stuttgart nach Österreich verlegen, geriet Ende 1945 jedoch in französische Gefangenschaft und wurde erst zwei Jahre später auf Kautions entlassen. Trotz seiner wirtschaftspolitischen Machtstellung im Dritten Reich und des daraus resultierenden Profits konnte Ferdinand Porsche in seinem Entnazifizierungsverfahren einen Freispruch erreichen; eine persönliche Auseinandersetzung mit seiner Verantwortung als „Aktivposten des Terrorregimes“ (Viehöver, S. 243) ist nicht überliefert.

Kategorie: A

Begründung: exponierte Stellung im Dritten Reich / Unterstützung des NS-Regimes

Literatur

Aust, Stefan/Ammann, Thomas: Die Porsche-Saga. Eine Familiengeschichte des Automobils, Köln 2016.

Grieger, Manfred: *Arbeitsdorf – Stammlager*. In: Benz, Wolfgang/ Distel, Barbara (Hrsg.): Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager, Band 7: Niederhagen/Wewelsburg, Lublin-Majdanek, Arbeitsdorf, Herzogenbusch (Vught), Bergen-Belsen, Mittelbau-Dora, München 2008, S. 107-130.

Historische Kommunikation der Volkswagen AG (Hrsg.): Erinnerungsstätte an die Zwangsarbeit auf dem Gelände des Volkswagenwerks. Wolfsburg 2014.

Jansen, Christian: *Zwangsarbeit für das Volkswagenwerk. Häftlingsalltag auf dem Laagberg bei Wolfsburg*, In: Ausbeutung, Vernichtung, Öffentlichkeit. Neue Studien zur nationalsozialistischen Lagerpolitik, München 2000, S. 81–107.

Klee, Ernst: Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2003.

König, Wolfgang: Volkswagen – Volksempfänger - Volksgemeinschaft. „Volksprodukte“ im Dritten Reich: Vom Scheitern einer nationalsozialistischen Konsumgesellschaft, Paderborn 2004.

Mommsen, Hans/ Grieger, Manfred: Das Volkswagenwerk und seine Arbeiter im Dritten Reich. Düsseldorf 1996.

Müller, Peter: Ferdinand Porsche. Der Vater des Volkswagens, Graz/Stuttgart 1998.

Osteroth, Reinhard: Ferdinand Porsche. Der Pionier und seine Welt, Reinbek 2004.

Pyta, Wolfram/Havemann, Nils/Braun, Jutta: Porsche. Vom Konstruktionsbüro zur Weltmarke, München 2017.

Viehöver, Ulrich: *Ferdinand Porsche*. In: Abmayr, Hermann G. (Hrsg.): Stuttgarter NS-Täter. Vom Mitläufer bis zum Massenmörder, Stuttgart 2009. S. 239-267.

Quellen

Stadtarchiv Düsseldorf

IV 52054 / Band 7

0-1-7-1941.000 / Blatt 495

Straßen-/Platzname: Erwin-Rommel-Straße

Datum der Benennung: 22. 09. 1966

Begründung der Benennung

Erwin Rommel wurde mit einer Straße in der Nähe der Bundeswehr-Kaserne im damaligen Erschließungsgebiet Mörsenbroich geehrt, in dem überwiegend Angehörige der Bundeswehr wohnten. Als Begründung dienten Rommels militärischen Fähigkeiten: *„Er genoß [sic] durch seine bewegliche und ritterliche Kampfführung, auch bei Gegnern, hohes Ansehen.“*

Name, Titel, Beruf oder Amt

Johannes Erwin Eugen Rommel (1891-1944), Generalfeldmarschall der Wehrmacht.

Kurzbiographie/Verdienste

Erwin Rommel schlug früh eine militärische Laufbahn ein und nahm unter anderem als Kompanieführer des Württembergischen Gebirgsbataillons am Ersten Weltkrieg teil; für seinen Einsatz erhielt er 1917 den höchsten Tapferkeitsorden „Pour le Mérite“. Bis 1933 lehrte der Berufsoffizier an der Dresdener Infanterieschule, wurde nach der Machtübernahme zum Major befördert und in das militärische Begleitkommando von Adolf Hitler berufen. Während des Zweiten Weltkriegs war Rommel als Kommandant des Führerhauptquartiers und der 7. Panzerdivision an Feldzügen in Polen und Frankreich beteiligt. Aufgrund seiner militärischen und taktischen Führungsqualitäten wurde er 1942 zum Oberbefehlshaber der deutschen Truppen in Nordafrika ernannt, was ihm den Beinamen „Wüstenfuchs“ einbrachte. Nach dem Anschlag auf Adolf Hitler am 20. Juli 1944 geriet Rommel unter den Verdacht des Widerstands und wurde von der NS-Führung zum Suizid gedrängt.

Nationalsozialismus

Die Frage nach der politischen und ideologischen Verortung des Wehrmachtangehörigen Erwin Rommel wird seit den 1970er Jahren kontrovers diskutiert und spaltet auch die jüngste Geschichtswissenschaft. Um Rommels Verhältnis zur Widerstandsgruppe des 20. Juli und seine Rolle während des Afrikafeldzugs ranken sich seit jeher Mythen und Spekulationen, die bis heute nachwirken und eine Einordnung seiner Person in den historischen Kontext erschweren. Diese Problematik wird durch die zum Teil konträren Einschätzungen führender Experten zusätzlich verkompliziert.

Das öffentliche Bild des – vermeintlichen - Widerstandskämpfers Rommel ist eng mit der Legende von der „sauberen Wehrmacht“ verbunden, die in den 1950er Jahren eine Beteiligung des deutschen Heeres an NS-Verbrechen leugnete und von der Forschung mittlerweile widerlegt wurde. Der bereits zu Lebzeiten von der NS-Propaganda als herausragender Kriegsheld instrumentalisierte Befehlshaber avancierte in der jungen Bundesrepublik zur positiven Leitfigur einer desillusionierten deutschen Bevölkerung, die sämtliche Wahrnehmungen in sich vereinte: „genialer Stratege, ritterlicher Held, heroischer Widerstandskämpfer oder nationalsozialistischer Wehrmachtsgeneral“. (Riederer, S. 571)

Als direkter Zeuge der deutschen Niederlage im Ersten Weltkrieg hatte Erwin Rommel die Revisionspolitik Adolf Hitlers und die daraus resultierende Aufrüstung begrüßt. Sein Selbstverständnis eines unpolitischen Militärs preußischer Tradition ließ ihn die gesellschaftlichen Auswirkungen des Nationalsozialismus ausblenden; Belege für eine Auseinandersetzung mit den menschenverachtenden Zielen des NS-Regimes existieren nicht. Im Gegenzug sind zahlreiche Dokumente überliefert, in denen Rommel seine glühende Bewunderung für Hitler und dessen Staatsführung zum Ausdruck bringt. Der rasante Aufstieg des ehrgeizigen Berufssoldaten zum „Lieblingsgeneral“ wurde nicht zuletzt vom „Führer“ persönlich gefördert, dem Rommels militärische Erfolge und bedingungslose Loyalität imponierten.

Nach wie vor streitet sich die historische Forschung über die Rolle des Generalfeldmarschalls als Befehlshaber des „Deutschen Afrikakorps“ (DAK), das von 1941 bis 1943 um die Vorherrschaft in Libyen, Ägypten und Tunesien kämpfte. Durch seine unkonventionelle und mobile Kriegsführung avancierte der „Wüstenfuchs“ sowohl in der Heimat als auch im gegnerischen Ausland zum populärsten deutschen Heerführer. Einige Historiker schließen eine direkte Verbindung Erwin Rommels zu Kriegsverbrechen aus und berufen sich auf den Umstand, dass dieser mehrere Anordnungen des NS-Regimes zur Liquidierung Kriegsgefangener ignorierte beziehungsweise nicht umsetzte. Andere wiederum zweifeln am Bild des aufrichtigen und fairen Generals und verweisen auf den unklaren Forschungsstand; tatsächlich hat der „Kriegsschauplatz Nordafrika“ in der Geschichtswissenschaft bisher wenig Beachtung gefunden.

Die Diskussion um Erwin Rommels Verhältnis zur Widerstandsgruppe des 20. Juli ist als eine der kontroversesten in die deutsche Nachkriegsgeschichte eingegangen. Fest steht, dass der Generalfeldmarschall an der aktiven Vorbereitung und Durchführung des Anschlags nicht beteiligt war. Die gegenwärtige Forschung diskutiert eine mögliche Mitwisserschaft, die Rommel entweder als passiver Widerstand oder als Willensschwäche ausgelegt wird. Vertreter beider Thesen stützen sich jedoch größtenteils auf überlieferte Dokumente und Aussagen von Zeitzeugen, deren Authentizität bislang nicht verifiziert werden konnte. Darüber hinaus wird spekuliert, ob Erwin Rommel möglicherweise von Widersachern innerhalb der Wehrmacht gezielt belastet worden sein könnte.

Eine zeitnahe wissenschaftliche Klärung des „Mythos Rommel“ ist angesichts der problematischen Quellenlage und unterschiedlichen Deutungen der Fachhistoriker nicht zu erwarten. Während Befürworter dem General „einen festen Platz im militärischen Widerstand“ einräumen (Lieb, S. 343) und ihn sogar als „eine der wichtigsten Figuren des gesamten Unternehmens“ definieren (Remy, S. 279), zeichnen Kritiker das Bild eines „gewöhnlichen Kriegsverbrechers“ (Proske, S. 218) und „opportunistischen Karrieristen“ (Mährle, S. 237). Differenziertere Einschätzungen berücksichtigen Erwin Rommels preußische Denk- und Verhaltensmuster und unterstellen ihm politische Naivität: „Dem ‚Führer‘, der der gedemütigten Nation ihre Selbstachtung wiedergab, ins Verderben gefolgt zu sein und dabei geglaubt zu haben, nichts als die Pflicht zu tun.“ (Reuth 2012, S. 275)

Kategorie: B

Begründung: Rolle im Widerstand unklar

Literatur

Fraser, David: *Generalfeldmarschall Erwin Rommel*. In: Ueberschär, Gerd (Hrsg.): *Hitlers militärische Elite*. 68 Lebensläufe, Darmstadt 2015, S. 455-464.

Günter Riederer: *Hitlers Krieger im Wüstensand. Zur medialen Konstruktion des militärischen Mythos Rommel*, In: Crivellari, Fabio (Hrsg.): *Die Medien der Geschichte. Historizität und Medialität in interdisziplinärer Perspektive*, Konstanz 2004, S. 569–588.

Klee, Ernst: *Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945*, Frankfurt am Main 2003.

Lieb, Peter: *Erwin Rommel: Widerstandskämpfer oder Nationalsozialist?*, In: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, Nr. 61 (2013), S. S. 303–343.

Lieb, Peter: *Krieg in Nordafrika 1940-1943*. Ditzingen 2018.

Mährle, Wolfgang: *Rommel, Erwin Eugen Johannes, Generalfeldmarschall (1891–1944)*, In: Rückert, Maria Magdalena (Hrsg.): *Württembergische Biographien unter Einbeziehung hohenzollerischer Persönlichkeiten*. Band 2, Stuttgart 2011, S. 233–237.

Proske, Wolfgang: *Erwin Rommel. Ein Nachruf*, In: Proske, Wolfgang (Hrsg.): *Täter, Helfer, Trittbrettfahrer. NS-Belastete von der Ostalb*, Ulm/Münster 2010, S. 189-220.

Reuth, Ralf Georg: *Erwin Rommel. Das Ende einer Legende*, München 2012.

Reuth, Ralf Georg: *Erwin Rommel. Die Propagandaschöpfung*, In: Smelser, Ronald/ Syring, Enrico (Hrsg.): *Die Militärelite des Dritten Reiches. 27 biographische Skizzen*, Berlin 1997, 460–475.

Remy, Maurice Philip: *Mythos Rommel*. München 2002.

Sternal, Daniel: *Ein Mythos wankt. Neue Kontroverse um den Wüstenfuchs Erwin Rommel*, Gerstetten 2017.

Quellen

Stadtarchiv Düsseldorf
IV 43552

Straßen-/Platzname: Roseggerstraße

Datum der Benennung: 1953

Begründung der Benennung:

Anlässlich des 110. Geburtstags von Peter Rosegger bat ein Düsseldorfer Bürger im Mai 1953 um die Straßenbenennung. Der Schriftsteller habe *„sich um das Deutsche Schrifttum so verdient gemacht“* und werde *„besonders in den heutigen Tagen der Deutschen Jugend so empfohlen“*.

Name, Titel, Beruf oder Amt

Peter Rosegger (1843-1918), österreichischer Schriftsteller, Dichter und Journalist.

Kurzbiographie/Verdienste

Der aus einer Bergbauernfamilie stammende Rosegger absolvierte zunächst eine Schneiderlehre, bevor sein literarisches Talent entdeckt und gefördert wurde. Mit seiner heimatbezogenen Lyrik und seinen Dorfgeschichten (z.B. „Die Schriften des Waldschulmeisters“), die den Kontrast zwischen bäuerlicher Lebenswelt und urbaner Großstadt thematisieren, wurde der Schriftsteller weit über die Steiermark hinaus bekannt. Als Gründer der Monatszeitschrift „Heimgarten“ setzte er sich außerdem mit den gesellschaftspolitischen Themen seiner Zeit auseinander und äußerte sich beispielsweise zu Bildungsfragen, zum Umweltschutz und zu den Auswirkungen der Landflucht.

Antisemitismus / Militarismus

Wie viele seiner literarischen Zeitgenossen ist auch Peter Rosegger von den politisch-ideologischen Strömungen des 20. Jahrhunderts fortwährend instrumentalisiert worden. Während seine konservativ-nationalen Ansichten und Äußerungen insbesondere im Dritten Reich eine völkisch-nationalistische Vereinnahmung ermöglichten, wurden diese nach 1945 allmählich ausgeblendet; nach wie vor existiert das verklärte Bild des einfachen Heimatdichters, der aufgrund seiner antimodernistischen Denkmuster zum „Propheten heutiger Zivilisationskritik“ (Hözl 2013, S. 24) stilisiert wird. Eine kritische Auseinandersetzung mit Roseggers Wirkungsgeschichte begann erst in den 1980er Jahren, ist in den letzten zwei Jahrzehnten allerdings größtenteils zum Erliegen gekommen.

Die politische Entwicklung Peter Roseggers vom Liberalen zum Konservativen ist eng mit den Umbrüchen seiner Zeit verbunden und wissenschaftlich gut dokumentiert. Ursprünglich Anhänger der Friedensbewegung und Vertreter eines freiheitlichen Kosmopolitismus, empfand der Schriftsteller den wachsenden Nationalitätenkonflikt innerhalb des habsburgischen Vielvölkerstaats am Ende des 19. Jahrhunderts als Bedrohung und wechselte in das Lager der österreichischen Deutschnationalen, die für den Schutz des deutschen Volkstums eintraten. In dieser Umgebung übernahm der Schriftsteller die teils radikale Weltanschauung der Bewegung und trat öffentlich für diese ein, kritisierte allerdings die rassistische Hetze des führenden Politikers Georg von Schönerer.

Mit den gesellschaftspolitischen Umwälzungen der Jahrhundertwende änderte sich auch Peter Roseggers pazifistische Einstellung. 1891 hatte dieser noch vor einem europäischen Konflikt gewarnt: *„Ich halte die Liebe zum eigenen Volke für eine große Tugend, allein der Nationalismus in seiner heutigen, fast tierischen Gestalt führt zu nichts Gutem. Er führt zu dem furchtbarsten Kriege, den die Welt je gesehen.“* Beim Ausbruch des Ersten Weltkriegs stimmte der Schriftsteller allerdings in die allgemeine Kriegsbegeisterung ein und warb für die Zeichnung von Kriegsanleihen. Darüber hinaus betätigte er sich publizistisch und glorifizierte in zahlreichen nationalistischen Gedichten und Texten die militärische Gewalt. Zusammen mit dem Dichter Ottokar Kernstock veröffentlichte er 1916 den Gedichtband *„Steirischer Waffensegen“*: *„Und nun stand, vom wilden Pochen eines ungeheuren Feindes geweckt, die deutsche Seele plötzlich auf, ging hin wie ein junger Gott und legte ihren Leib jauchzend auf den Opfertisch des Vaterlandes.“* Die Euphorie des Literaten wich jedoch im Verlauf des Konflikts der Resignation, sodass er sich auf seinen Pazifismus zurückbesann: *„Das Richtigeste, was man sagen kann: daß [sic] dieser Krieg ein Unding ist, auch wenn wir siegen.“*

Als widersprüchlich muss auch Peter Roseggers Verhältnis zum Judentum gelten. Für den Schriftsteller, der als Herausgeber einer Monatszeitschrift auch jüdische Mitarbeiter beschäftigte, repräsentierte der „vernünftigen Antisemitismus“ eine „vermeintliche Lösung der Sinnkrise der Gegenwart“ (Wagner, S. 260), die er mit der Industrialisierung und dem wachsenden Materialismus verband; seine Ablehnung von Moderne und Fortschritt verknüpfte sich mit dem Stereotyp des kapitalistischen Judentums. Dementsprechend verteidigte er einen Antisemitismus wirtschaftlichen Ursprungs, kritisierte jedoch den Fanatismus der antisemitischen Bewegung und wurde deshalb wiederholt angegriffen: *„Ihr habt uns Vorwürfe darüber gemacht, daß [sic] wir das Judentum protegieren. Wir wollen zu eurem Troste öffentlich sagen, daß [sic] auch wir Antisemiten sind – nur auf unsere Weise, die den Menschen schont, aber seine Laster verfolgt.“* Allerdings sind auch deutlich abwertende Äußerungen überliefert: *„Ich habe wahrlich zu den Juden keine Meinung, ihre durchschnittliche Artung ist gerade der meinen empfindlich scharf entgegengesetzt und ihre nationalen und oder Rassentugenden sind nicht die unseren.“* Darüber hinaus lehnte der Schriftsteller eine Ehrenmitgliedschaft im „Verein zur Abwehr des Antisemitismus“ ab.

Es gilt als unbestritten, dass Peter Rosegger mit seinen politischen Äußerungen und Texten selbst zu seiner Vereinnahmung im Dritten Reich beigetragen hat. Allerdings wurden diese von den Nationalsozialisten bewusst aus dem Kontext gerissen, um eine Verbindung des Schriftstellers zur NS-Ideologie herzustellen. Ferner darf nicht außer Acht gelassen werden, dass die Instrumentalisierung Roseggers maßgeblich durch dessen Sohn Hans Ludwig gefördert wurde; als Anhänger der nationalsozialistischen Weltanschauung stilisierte dieser seinen Vater nach dessen Ableben zum rassistischen Vorbild. Dementsprechend müssen Roseggers Eintreten für ein starkes Deutschtum und seine ambivalente Haltung dem Judentum gegenüber im historischen Kontext seiner Zeit beurteilt werden.

Kategorie: C

Begründung: historisch minderbelastet

Literatur:

Bunte, Wolfgang: Peter Rosegger und das Judentum. Altes und Neues Testament, Antisemitismus, Judentum und Zionismus, Hildesheim 1977.

Hölzl, Wolfgang: „Als des Deutschlands kühner Streiter...“. *Schlaglichter auf die Wirkungsgeschichte Peter Roseggers von 1918 bis in die Gegenwart*, In: Steiermark Landesregierung (Hrsg.): Die Kunst ist frei, also sei es auch die Kritik. Beiträge zum Symposium Peter Rosegger 2013, Graz 2015, S. 19-75.

Hölzl, Wolfgang: „Der Großdeutsche Bekenner“. Nationale und nationalsozialistische Rosegger-Rezeption, Frankfurt am Main 1991.

Pail, Gerhard: *Peter Rosegger – Ein trivialer Ideologe?* In: Bauer, Uwe (Hrsg.): Fremd gemacht? Der Volksschriftsteller Peter Rosegger, Wien 1988, S. 61-87.

Philippoff, Eva: Peter Rosegger - Dichter der verlorenen Scholle. Eine Biographie, Graz 1993.

Schöpfer, Gerald: Peter Rosegger. Sein Leben in Wort und Bild, Prag 2018.

Schöpfer, Gerald: *Peter Rosegger. Ein Dichter und Journalist mit vielen Facetten*, In: Steiermark Landesregierung (Hrsg.): Die Kunst ist frei, also sei es auch die Kritik. Beiträge zum Symposium Peter Rosegger 2013, Graz 2015, S. 83-123.

Schober, Wolfgang: *Roseggerforschung und Roseggerkult*. In: Österreich in Geschichte und Literatur, Band 25, 1981, S. 156-167.

Wagner, Karl: Die literarische Öffentlichkeit der Provinzliteratur. Der Volksschriftsteller Peter Rosegger, Tübingen 1991.

Quellen:

Stadtarchiv Düsseldorf

0-1-7-1939.0000 / Blatt 16

0-1-7-1936.0000 / Blatt 38

Rosegger, Peter: *Krieg dem Kriege!* In: Heimgarten, 16. Jg., 1891.

Rosegger, Peter/Kernstock, Ottokar (Hrsg.): Steirischer Waffensegen. Graz 1916.

Rosegger, Peter: *Heimgärtners Tagebuch*. In: Heimgarten, 41. Jg., 1917.

Rosegger, Peter: *Offenes Schreiben an junge Antisemiten in Wien*. In: Heimgarten, 8. Jg., August 1884.

Rosegger, Peter: *Bekenntnisse aus meinem Weltleben. Mein Antisemitismus*, In: Heimgarten, 10. Jg., Oktober 1885.

Straßen-/Platzname: Schlieffenstraße

Datum der Benennung: 19. 05. 1938

Begründung der Benennung

Die Benennung wurde vom Leiter der Landes- und Stadtbibliothek – Hermann Reuter – für jene Stadtgebiete vorgeschlagen, in denen Straßen nach „*deutschen Heerführern und grenzlanddeutschen Orten*“ benannt werden sollten.

Name, Titel, Beruf oder Amt

Alfred Graf von Schlieffen (1833-1913), preußischer Generalfeldmarschall.

Kurzbiographie / Verdienste

Der Sohn eines preußischen Generalmajors trat während seines Jura-Studiums in die preußische Armee ein und wurde 1863 zum Generalstabsoffizier befördert. Als Hauptmann und Major nahm Schlieffen sowohl am Preußisch-Österreichischen als auch am Deutsch-Französischen Krieg teil, bevor er Mitglied des Großen Generalstabs wurde und 1891 dessen Leitung übernahm; 1903 erfolgte die Ernennung zum Generaloberst. Für den Fall eines Zweifrontenkriegs entwickelte der Generalstabschef 1905 eine Strategie für eine schnelle Niederwerfung Frankreichs, die als sogenannter „Schlieffen-Plan“ in die Geschichte einging. Nach seinem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst wurde Alfred von Schlieffen 1911 für seine Verdienste zum Generalfeldmarschall ernannt.

Militarismus / Kolonialismus

Obwohl Alfred Graf von Schlieffen erst nach der deutschen Reichsgründung Mitglied des Großen Generalstabs wurde und somit keine kriegerische Auseinandersetzung in leitender Funktion miterlebt hat, zählt er zu den großen Militärstrategen der Kaiserzeit. Der von ihm zu Beginn des 20. Jahrhunderts entwickelte Aufmarschplan gegen Frankreich und dessen vermeintlicher Einsatz im Ersten Weltkrieg wurde „von der Nachwelt entweder als Siegesrezept glorifiziert oder als Höhepunkt des preußisch-deutschen Militarismus verdammt.“ (Groß 2012, S. 61)

Mit dem Abschluss des Militärbündnisses zwischen Frankreich und Russland im Jahr 1894 (Französisch-Russische Allianz) geriet das Deutsche Reich aufgrund seiner geographischen Mittellage in Bedrängnis. Um das Heer auf einen Zweifrontenkrieg vorzubereiten, entwarf Alfred von Schlieffen einen strategisch-operativen Plan für eine schnelle Westoffensive, den er 1905 in einer Denkschrift festhielt: Frankreich sollte mittels eines Vorstoßes preußischer Truppen durch die neutralen Benelux-Staaten in einer umfassenden Zangenbewegung besiegt werden, bevor im Anschluss die Verlegung sämtlicher Einheiten an die Ostfront vorgesehen war. Im Jahr 1914 diente diese Taktik als Grundlage für den deutschen Angriff auf Frankreich und die Verletzung der belgischen Neutralität, führte allerdings zu einem unbeabsichtigten Stellungskrieg im Westen. Während nach Ende des Ersten Weltkriegs Schlieffens Nachfolger im Generalstab – der jüngere Helmuth von Moltke – für die deutsche Niederlage verantwortlich gemacht wurde und man ihm insbesondere die

„Verwässerung“ der Strategie seines Vorgängers vorwarf, „manifestierte sich im Schlieffen-Plan der Glaube des Militärs an die Machbarkeit des kurzen Krieges.“ (Förster, S. 62)

Eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit diesem Mythos setzte erstmals in den 1950er Jahren ein. Die Darstellung des Schlieffen-Plans als „Anfang des deutschen Unglücks“ (Ritter, S. 102) wurde in der historischen Forschung konstitutiv; bis in die 1990er Jahre galt dieser als Beleg für einen aggressiven deutschen Militarismus und somit als eine der Hauptursachen des Ersten Weltkriegs. Im Zuge eines Historikerstreits kam es zu Beginn des 21. Jahrhunderts zu einer Neubewertung, die eine differenziertere Betrachtung nach sich zog. Fest steht, dass sich Helmuth von Moltke im Jahr 1914 an der operativ-strategischen Doktrin seines Vorgängers orientierte und dessen Grundprinzipien übernahm, die Aufmarschpläne allerdings in zentralen Punkten veränderte; jüngere Studien empfehlen deshalb eine grundsätzliche Unterscheidung zwischen beiden Strategien. Obwohl die in der Vergangenheit propagierte Übereinstimmung des Schlieffen-Plans mit dem militärischen Vorgehen im Ersten Weltkrieg teilweise widerlegt wurde, gilt die Denkschrift nach wie vor als ein Konzept, das „zukünftige Kriegsplanungen prägen sollte.“ (Mombauer, S. 96)

Als Vorgesetzter des Generalleutnants Lothar von Trotha billigte Alfred von Schlieffen im Jahr 1904 dessen brutales Vorgehen gegen die Herero und Nama in Deutsch-Südwestafrika und unterstützte den berüchtigten „Vernichtungsbefehl“, der den ersten Völkermord des 20. Jahrhunderts auslöste: *„Daß [sic] er die ganze Nation vernichten oder aus dem Land treiben will, darin kann man ihm beistimmen. [...] Der entbrannte Rassenkampf ist nur durch die Vernichtung oder vollständige Knechtung der einen Partei abzuschließen.“* Da sich beide „Strategien“ als nicht durchführbar erwiesen, empfahl Schlieffen letztendlich die Aufhebung des „Vernichtungsbefehls“, um eine Verlängerung des Kolonialkriegs zu vermeiden.

Kategorie: A

Begründung: aggressiver Militarismus / aggressiver Kolonialismus

Literatur

Förster, Stig: *Der deutsche Generalstab und die Illusion des kurzen Krieges 1871–1914. Metakritik eines Mythos*, In: Militärgeschichtliche Mitteilungen, Nr. 54, 1995, S. 61–95.

Groß, Gerhard P.: *There was a Schlieffenplan – Neue Quellen*. In: Ehlert, Hans/Epgenhans, Michael/Groß, Gerhard P. (Hrsg.): *Der Schlieffen-Plan. Analysen und Dokumente*, Paderborn 2006, S. 117-160.

Groß, Gerhard P.: *Mythos und Wirklichkeit. Geschichte des operativen Denkens im deutschen Heer von Moltke d. Ä. bis Heusinger*, Paderborn 2012.

Mombauer, Annika: *Der Moltkeplan. Modifikation des Schlieffenplans bei gleichen Zielen?* In: Ehlert, Hans/Epgenhans, Michael/Groß, Gerhard P. (Hrsg.): *Der Schlieffen-Plan. Analysen und Dokumente*, Paderborn 2006, S. 79-99.

Pantenius, Wilhelm Hartmut: *Alfred Graf von Schlieffen. Strategie zwischen Befreiungskriegen und Stahlgewittern*, Leipzig 2016.

Ritter, Gerhard: *Der Schlieffenplan. Kritik eines Mythos*, Mit erstmaliger Veröffentlichung der Texte und 6 Kartenskizzen, München 1956.

Sobich, Frank Oliver: *„Schwarze Bestien, rote Gefahr“*. Rassismus und Antisozialismus im deutschen Kaiserreich, Frankfurt am Main 2006.

Zuber, Terence: *Der Mythos vom Schlieffenplan*. In: Ehlert, Hans/Epgenhans, Michael/Groß, Gerhard P. (Hrsg.): *Der Schlieffen-Plan. Analysen und Dokumente*, Paderborn 2006, S. 45-78.

Quellen

Stadtarchiv Düsseldorf

0-1-4-15919 (5)

Straßen-/Platzname: Wilhelm-Schmidtbonn-Straße

Datum der Benennung: 11. 06. 1963

Begründung der Benennung

„In seinem erzählerischen, dramatischen und lyrischen Schaffen finden sich neben der z.T. autobiographischen Deutung seiner rheinischen Heimat phantastische und exotische Züge aus der Welt der Märchen, Sagen und Legenden.“

Name, Titel, Beruf oder Amt

Wilhelm Schmidt(bonn) (1876-1952), deutscher Schriftsteller und Dramatiker.

Kurzbiographie / Verdienste

Der gebürtige Rheinländer arbeitete nach dem Besuch des Kölner Konservatoriums zunächst als Buchhändler und widmete sich verschiedenen Studien, bevor er durch die Aufführung seines Dramas „Mutter Landstraße“ im Jahr 1904 regionale Bekanntheit erlangte. In den folgenden Jahren war Schmidtbonn zeitweilig als Dramaturg unter Louise Dumont und Gustav Lindemann am Düsseldorfer Schauspielhaus beschäftigt und berichtete im Ersten Weltkrieg von der Front in Serbien. 1926 wurde der Schriftsteller Mitglied im „Bund Rheinischer Dichter“. In Schmidtbonns Erzählungen kommt seine Heimatverbundenheit zum Ausdruck; die rheinische Natur bildet den zentralen Schauplatz seiner Geschichten. Zu seinen bekanntesten Werken zählen der Roman „Der Dreieckige Marktplatz“ sowie das Drama „Anna Brand“.

Militarismus / Nationalsozialismus / Antisemitismus

Obwohl Wilhelm Schmidtbonn „von etwa 1900 bis in die 1930er Jahre zu den viel gelesenen und erfolgreichen Schriftstellern und Bühnenaufgebern Deutschlands“ gehörte (Heckes, S. 234), ist er in der Literaturwissenschaft weitestgehend in Vergessenheit geraten. Während seine Werke weder antisemitische noch rassistische Tendenzen aufweisen, ließ sich der Autor im Dritten Reich vereinnahmen und trat öffentlich als Vertreter des NS-Kulturbetriebs in Erscheinung.

Im Ersten Weltkrieg hatte Wilhelm Schmidtbonn als Kriegsberichterstatte in Frankreich und Serbien gearbeitet; sein im Jahr 1914 publiziertes „Kriegsvorspiel für die Bühne“ enthält durchaus nationalistische Passagen: „[...] *neidisches England, du bist der Urfeind. Wir lassen nicht von dir, bis du erwürgt hinfällst [...].*“

Aufgrund gesundheitlicher Beschwerden war der Schriftsteller bereits Ende der 1920er Jahre in die Schweiz gezogen, verfolgte die politischen Vorgänge in Deutschland aber sehr genau. Er begrüßte 1933 die „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten, denen er Sympathien entgegenbrachte: „*Wir hörten alle Hitler-Reden und haben oft Tränen in den Augen vor Heimweh. Auch wir glauben an den Nationalsozialismus [...].*“ Schmidtbonn wurde in den „Reichsausschuss für Volksschauspiel“ berufen und in die neu gegründete „Deutsche Akademie der Dichtung“ an der Preußischen Akademie der Künste aufgenommen; im selben Jahr unterschrieb er eine Loyalitätserklärung an die NS-Führung und unterstützte den Aufruf

der Akademie zum Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund. Darüber hinaus trat er in eine Schweizer NSDAP-Ortsgruppe ein.

Obwohl Schmidtbonns Stücke im Dritten Reich nur vereinzelt auf Interesse stießen, wertete das NS-Regime sein Schaffen als „*positiv*“ und zeichnete den Literaten entsprechend aus; 1936 wurde ihm die Ehrendoktorwürde der Universität Bonn verliehen, 1941 erhielt er den „Rheinischen Literaturpreis“. In seiner Dankesrede begrüßte der Schriftsteller das „*durch den Führer geeinte Großdeutschland*“ und bezeichnete Adolf Hitler als „*Sinnbild des deutschen Menschen: kühn, willensstark, gütig.*“ Angesichts seiner schweren Erkrankung und der daraus resultierenden finanziellen Notlage bat Schmidtbonn das NS-Regime wiederholt um Unterstützung, sodass die Preußische Akademie der Künste ihm nicht nur einen jährlichen Ehrensold gewährte, sondern ab 1934 auch eine monatliche „Werkhilfe“ zahlte und anlässlich seines 60. Geburtstags eine Ehrengabe vom 3000 Reichsmark übermittelte.

Ungeachtet der Tatsache, dass Wilhelm Schmidtbonn noch 1928 seine Bereitschaft zum Eintritt in den Ehrenausschuss für ein geplantes Heinrich-Heine-Denkmal erklärt hatte, äußerte er sich in den 1930er Jahren antisemitisch. So beschwerte er sich 1933 beispielsweise über Emigranten in seinem Schweizer Domizil: „*In das frühere kleine und einsame Dorf [...] sind schon seit zwei Jahren zahlreiche jüdische Millionäre eingebrochen, die sich hier wahre Schlösser gebaut haben von deutschem Geld und den ganzen Ort verdorben, verteuert und ekelhaft gemacht.*“ Darüber hinaus bezeichnete der Schriftsteller 1934 das Interesse des „Jüdischen Theaters“ in Berlin an einem seiner Stücke als „*seelischen Schmerz*“.

Nach Kriegsende wurde Wilhelm Schmidtbonn dank eines Entlastungszeugnisses des Kölner Oberbürgermeisters (Hermann Pünder oder Ernst Schwering) vollständig entnazifiziert und von der Spruchkammer als „unbelastet“ eingestuft.

Kategorie: A

Begründung: Antisemitismus / Unterstützung des NS-Regimes

Literatur

Brenner, Hildegard: Ende einer bürgerlichen Kunst-Institution. Die politische Formierung der Preußischen Akademie der Künste ab 1933, Stuttgart 1972.

Cepl-Kaufmann, Gertrude: *Wilhelm Schmidtbonn (1876-1952)*. In: Kortländer, Bernd (Hrsg.): Literatur von nebenan. 60 Portraits von Autoren aus dem Gebiet des heutigen Nordrhein-Westfalen, Bielefeld 1995, S. 311-317.

Heckes, Pia: *Von der Notwendigkeit, die Welt sozial zu erneuern. Wilhelm Schmidtbonn und der ‚Magier von Köln‘ – die Albertuslegende, ein literarisches Vermächtnis*, In: Bonner Geschichtsblätter . Band 55/56, 2002, S. 234–256.

Klee, Ernst: Das Kulturlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2007.

Volz, Ellen: *Der Dichter Wilhelm Schmidtbonn lebte 14 Jahre in Bad Godesberg*. In: Godesberger Heimatblätter. Band 56, 2019, S. 97-

Quellen

Schmidtbonn, Wilhelm: *1914 - Ein Kriegsvorspiel für die Bühne*. In: Das literarische Echo. Nr. 17, 1914, S. 151-158.

Schmidtbonn, Wilhelm: *Wirkung und Gewalt in der Heimat. Die Rede Wilhelm Schmidtbonns zur Verleihung des Rheinischen Literaturpreises 1941*, In: Kölnische Zeitung. 9. Dezember 1941.

Stadtarchiv Düsseldorf

IV 18025 / 2

Landesarchiv NRW – Abteilung Rheinland

NW 1049 / 18775

Bundesarchiv Berlin

BArch NS 15 / 253 / Blatt 131

Akademie der Künste

PrAdK 0875 / Blatt 19

PrAdK 0855

PrAdK 1104 / Blätter 194-196

PrAdK 1114

PrAdK 0809 / Blätter 70-71

PrAdK 0831

PrAdK 0856

Stadtarchiv Bonn

SN 147 / VI / 15

SN 147 / 1704

SN 147 / 1770-137

SN 147 / 1770-138

Straßen-/Platzname: Sedanstraße

Datum der Benennung: 26. 03. 1872

Begründung der Benennung: unbekannt

Im Jahr 1950 richtete sich das „Bildungswerk Europa“ an den Oberbürgermeister und warb darum, „*Straßenbezeichnungen, die alltäglich an die Zeit der europäischen Zersplitterung erinnern*“, zu ersetzen. Ein solcher Schritt stelle „*einen Beitrag zur Überwindung geschichtlicher Reminiszenzen*“ dar, die einer europäischen Verständigung entgegenstünden.

Historischer Hintergrund

Die Schlacht von Sedan am 1. und 2. September 1870 markierte einen entscheidenden Wendepunkt in der Geschichte des Deutsch-Französischen Krieges. Mit dem Sieg der preußischen Armee endete die napoleonische Kaiserherrschaft; wenige Tage später wurde in Frankreich die Dritte Republik ausgerufen. Zum Gedenken an diesen militärischen Erfolg wurden nach der Gründung des Deutschen Reiches im Januar 1871 alljährlich der sogenannte „Sedantag“ gefeiert und zahlreiche Denkmäler errichtet.

Militarismus

Die Schlacht von Sedan ist als Gründungsmoment des Deutschen Reiches in die Erinnerungskultur des 19. und frühen 20. Jahrhunderts eingegangen und „gehörte zum selbstverständlichen Repertoire der [nationalen] Selbstvergewisserung“ (Kroener, S. 400). Dabei verschmolzen die vermeintliche „Entscheidungsschlacht“ und die Reichsgründung zu einem einheitlichen Mythos, der die ursprüngliche Geschichte des Deutsch-Französischen Krieges weitestgehend überlagerte und die historische Wahrnehmung der Deutschen über Generationen prägte.

Nur wenige Wochen nach Beginn der militärischen Auseinandersetzung hatten die Heeresverbände der Norddeutschen Bundes unter der Führung Preußens einen Großteil der französischen Armee zwischen der Festung von Sedan und der belgischen Grenze einschließen und zur Kapitulation bewegen können. Die Nachricht von der Gefangennahme Kaiser Napoleons III. löste spontane Siegesfeiern aus, drängten sich doch Analogien zur berühmten „Schlacht bei Waterloo“ auf, in der alliierte preußische und britische Truppen im Jahr 1815 die Kaiserherrschaft Napoleons I. beendet hatten. Mehr als ein halbes Jahrhundert später blendete diese „Vision eines mit der Festsetzung des französischen Monarchen besiegelten militärischen Erfolgs“ (Vogel, S. 203) allerdings die Tatsache aus, dass die Niederlage des napoleonischen Heeres bei Sedan keinesfalls den Schlussakt des Konflikts darstellte. Nach dem Sturz der Monarchie leisteten französische Truppen der Dritten Republik weiterhin militärischen Widerstand, bevor Paris im Januar 1871 endgültig kapitulierte und das Elsass sowie Teile Lothringens abtreten musste.

Im Bestreben, sowohl der siegreichen Schlacht von Sedan als auch der durch die Reichsgründung gefundenen nationalen Einheit ein gemeinsames Andenken zu widmen,

wurden nach Kriegsende alljährliche „Sedanfeiern“ organisiert; mit der Einführung eines Erinnerungstags am 2. September etablierte sich das Bild der „Entscheidungsschlacht“ schließlich im historischen Gedächtnis der Deutschen. Die von Reichskanzler Otto von Bismarck über Monate mit den süddeutschen Staaten geführten Verhandlungen über einen Beitritt zum Norddeutschen Bund („Novemberverträge“) traten dabei in den Hintergrund.

Darüber hinaus gerieten auch die Vorgeschichte des Deutsch-Französischen Krieges und dessen Wirklichkeit in Vergessenheit. Um eine preußische Vormachtstellung in Europa realisieren und die deutsche Kleinstaaterei beenden zu können, hatte Otto von Bismarck den Konflikt absichtlich initiiert und Paris mit der sogenannten „Emser Depesche“ zu einer Kriegserklärung verleitet: der deutsche Sieg „fand seine moralische Rechtfertigung in dem öffentlich wirksam vorgetragenen Vorwurf, Frankreich habe diesen Krieg provoziert, um die nationale Einigung der Deutschen zu verhindern.“ (Kroener, S. 408) Ferner markierte die Schlacht von Sedan angesichts des massenhaften Artillerieeinsatzes und der deutschen Kriegsverbrechen einen „Wendepunkt in der Militärgeschichte“ (Lorenzen, S. 156); beim Angriff auf das Dorf Bazeilles am Morgen des 1. September 1870 waren Dutzende Zivilisten und Soldaten getötet worden, die sich bereits ergeben hatten.

Nach der Jahrhundertwende nahm das Interesse am „Sedankult“ stetig ab, entsprach doch dessen monarchistische Prägung nicht mehr dem Selbstverständnis der aufkommenden nationalistischen Bewegungen. „Gehalten hat sich demgegenüber bis in die historische Forschung hinein die Chiffre vom <Sedantag> als Ausdruck für den im Kaiserreich herrschenden ‚Zeitgeist‘ [...].“ (Vogel, S. 217)

Kategorie: B

Begründung: historischer Hintergrund verlangt weiterführende Erläuterungen

Literatur

Faber, Peter: Bismarcks Reichsgründung. Diplomatie und Staatskunst 1862-1871, Gilching 2015.

Kroener, Bernhard R.: *Schlachtenmythen als Bestandteil einer politisch instrumentalisierten kollektiven Erinnerungskultur am Beispiel von Leuthen, Sedan und Stalingrad*. In: Altrichter, Helmut/Herbers, Klaus/Neuhaus, Helmut (Hrsg.): *Mythen in der Geschichte*. Freiburg im Breisgau 2004, S. 397-418.

Lorenzen, Jan N.: *Die großen Schlachten. Menschen, Mythen, Schicksale*, Frankfurt am Main 2006.

Schellack, Fritz: *Nationalfeiertage in Deutschland von 1871 bis 1945*. Frankfurt am Main 1990.

Schneider, Ute: *Einheit ohne Einigkeit. Der Sedantag im Kaiserreich*, In: Behrenbeck, Sabine/Nützenadel, Alexander (Hrsg.): *Inszenierungen des Nationalstaats. Politische Feiern in Italien und Deutschland seit 1860/71*, Köln 2000, S. 27-44.

Schneider, Ute: *Nationalfeste ohne politisches Zeremoniell? Der Sedantag (2. September) und die Erinnerung an die Befreiungskriege (18. Oktober) im Kaiserreich*, In: Biefang, A./Epkenhans, Michael/Tenfelde, K. (Hrsg.): *Das politische Zeremoniell im deutschen Kaiserreich 1871-1918*. Berlin 2008, S. 163-187.

Showalter, Dennis E.: *Das Gesicht des modernen Krieges. Sedan, 1. und 2. September 1870*, In: Förster, Stig/Pöhlmann, Markus/ Walter, Dierk (Hrsg.): *Die Schachten der Weltgeschichte. Von Salamis bis Sinai*, München 2002, S. 231f-247.

Vogel, Jakob: *2. September 1870. Der Tag von Sedan*, In: Francois, Étienne/Puschner, Uwe (Hrsg.): *Erinnerungstage. Wendepunkte der Geschichte von der Antike bis zur Gegenwart*, München 2010, S. 201-218.

Quellen

Stadtarchiv Düsseldorf

IV 52054/ Band 1

Straßen-/Platzname: Hans-Christoph-Seebohm-Straße

Datum der Benennung: 22.01.1980

Begründung der Benennung

Die Straßenbenennung wurde von der CDU-Ratsfraktion vorgeschlagen.

Name, Titel, Beruf oder Amt

Hans-Christoph Seebohm (1903-1967), deutscher Politiker und Ingenieur; Bundesminister für Verkehr (1949-1966) und Vizekanzler der BRD (1966).

Kurzbiographie / Verdienste

Nach dem Studium der Bergbau- und Ingenieurwissenschaften und der anschließenden Promotion war Hans-Christoph Seebohm ab 1933 in leitender Funktion in verschiedenen Bergbauunternehmen tätig. Nach Kriegsende wurde er Mitglied der Deutschen Partei (DP); bis 1948 gehörte der Ingenieur der niedersächsischen Landesregierung an. Als Bundesminister für Verkehr unter Konrad Adenauer und Ludwig Erhard gehörte Seebohm zu den Initiatoren der Europäischen Verkehrsministerkonferenz, etablierte die Bundesämter für Kraft- und Luftfahrt und setzte sich für eine Neuordnung der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung ein (Seebohm'sche Gesetze). Darüber hinaus engagierte er sich für den Vertriebenenverband der Sudetendeutschen. Nachdem Seebohm 1960 in die CDU übergetreten war, wurde er Vorsitzender des Landesverbands Hannover und Bundesschatzmeister der Partei.

Nationalsozialismus / Rechtsextremismus

Hans-Christoph Seebohm hat sich in besonderem Maße um die Modernisierung der deutschen Verkehrssysteme in der Nachkriegszeit verdient gemacht und zählte „aus der Sicht von Experten zu den kompetentesten Fachministern der ersten beiden Jahrzehnte der Bundesrepublik.“ (Lange, S. 236) Gleichzeitig galt das Regierungsmitglied innen- und außenpolitisch als umstritten; Seebohms kontroverse und teils revisionistische Äußerungen führten wiederholt zu öffentlichen Diskussionen um seine Person. Von der historischen Forschung bislang vernachlässigt, werden das Wirken des ehemaligen Bundesverkehrsministers und seine Nähe zum NS-Regime seit 2017 vom Institut für Zeitgeschichte umfassend aufgearbeitet.

Nachdem im Zuge des „Münchener Abkommens“ 1938 das Sudetengebiet an das Deutsche Reich abgetreten worden war, erfolgte die Zerschlagung und Umstrukturierung der regionalen Montanindustrie. Von diesen Maßnahmen profitierte die Industriellenfamilie Seebohm, die als privater Investor Großaktionär der neu gegründeten „Egerländer Bergbau AG“ wurde und somit „arisiertes“ Eigentum übernahm. Obwohl die Rolle Hans-Christoph Seebohms in diesen Vorgängen nicht abschließend geklärt ist, legen überlieferte Dokumente nahe, dass der spätere Bundesverkehrsminister „die Erhöhung seiner Anteile zu Lasten der jüdischen Anteilseigner zumindest billigte, wenn nicht aktiv betrieb.“ (Packheiser, S. 99) Darüber hinaus existieren auch über Seebohms leitende Tätigkeiten in verschiedenen

Unternehmen zwischen 1933 und 1945 nur spärliche Informationen. Fest steht, dass er 1934 sowohl in die „Deutsche Arbeitsfront“ (DAF, Organisation für Arbeitnehmer und -geber) als auch in den „Nationalsozialistischen Bund Deutscher Technik“ (NSBDT) eintrat und während des Zweiten Weltkriegs als „unabkömmlich“ vom Militärdienst zurückgestellt wurde. In seinem Entnazifizierungsverfahren räumte der sudetendeutsche Industrielle Finanzspenden an das Hitler-Regime ein, stritt aber den Erwerb von jüdischem Besitz ab und behauptete, aufgrund seiner „politischen Unzuverlässigkeit“ seit 1943 unter Beobachtung der Gestapo gestanden zu haben. Die zuständigen Ausschüsse stuften ihn daraufhin als vom Entnazifizierungsrecht nicht betroffen ein.

Nach Kriegsende schloss sich Hans-Christoph Seebohm der rechtskonservativen „Deutschen Partei“ (DP) an, die nicht nur die Politik der Entnazifizierung ablehnte und die Kriegsschuld der Deutschen leugnete, sondern auch den formalen Fortbestand des Deutschen Reiches propagierte und ehemaligen Nationalsozialisten eine politische Heimat bot. Als Mitglied des Parlamentarischen Rates unterstützte Seebohm Ende der 1940er Jahre Bestrebungen zur Abschaffung der Todesstrafe, um die Vollstreckung alliierter Todesurteile zu verhindern: *„Vom weltanschaulichen Gesichtspunkt aus ist es insbesondere nach den Erlebnissen der letzten Jahre, nicht nur der Zeit bis 1945, sondern auch der Zeit seit 1945, eine unbedingte Notwendigkeit [...]“* Obwohl er zu den „Vätern des Grundgesetzes“ zählte, lehnte Seebohm dessen Inhalt in Teilen ab; die DP hatte sich mit ihren Forderungen nach extrem föderalistischen Strukturen und der Verankerung des Eltern- und Heimatrechts in der Verfassung nicht durchsetzen können. 1949 zog der Politiker in den deutschen Bundestag ein und bekleidete bis 1966 durchgängig das Amt des Bundesverkehrsministers.

Ab 1950 setzte sich Hans-Christoph Seebohm als Vorstandsmitglied und später auch als Sprecher der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“ zusätzlich für die Interessen der nach 1945 vertriebenen Sudetendeutschen ein. In seinen skandalträchtigen Sonntagsreden stellte der „revisionistische Hardliner“ (Margalit, S. 36) die Grenzen in Osteuropa infrage, erklärte das Sudetenland zu deutschem Territorium und äußerte sich positiv über Symbole des Nationalsozialismus: *„Wir neigen uns in Ehrfurcht vor allen deutschen Menschen, die ihr Leben für ihr Vaterland geopfert haben und vor jedem deutschen Symbol, unter dem sie sich opferten.“* Seebohms radikale Äußerungen erregten auch im Ausland großes Aufsehen und brachten die deutsche Regierung nicht selten in Bedrängnis; insbesondere die Alliierten forderten wiederholt den Rücktritt des Bundesverkehrsministers. So erreichte Konrad Adenauer im Mai 1950 beispielsweise die Beschwerde eines britischen Hochkommissars, nachdem Seebohm die Beteiligung der britischen Besatzung an der Einführung des Grundgesetzes öffentlich angeprangert hatte. Trotz dieser Provokationen hielten der erste Bundeskanzler und sein Nachfolger Ludwig Erhard an ihrem Minister fest, erleichterte dessen Kabinettsmitgliedschaft doch die politische Integration des rechtsnationalen Lagers.

Nach dem Scheitern der Gespräche über eine engere Kooperation mit der CDU trat Hans-Christoph Seebohm zusammen mit anderen DP-Abgeordneten 1960 schließlich den Christdemokraten bei.

Kategorie: A

Begründung: Nähe zum Rechtsextremismus / Profiteur im Dritten Reich

Literatur

Glienke, Stephan A.: Die NS-Vergangenheit späterer niedersächsischer Landtagsabgeordneter. Abschlussbericht zu einem Projekt der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen im Auftrag des Niedersächsischen Landtages, Hannover 2012.

Lange, Eberhard H. M.: Wegbereiter der Bundesrepublik. Die Abgeordneten des Parlamentarischen Rates, Neunzehn historische Biografien, Brühl 1999.

Lausberg, Michael: Die extreme Rechte in Nordrhein-Westfalen 1946-1971. Aachen 2011.

Margalit, Gilad: *Hans-Christoph Seebohm und sein Versuch zur Universalisierung des Vertriebenenproblems in der Nachkriegszeit*. In: Stickler, Matthias (Hrsg.): *Jenseits von Aufrechnung und Verdrängung. Neue Forschungen zu Flucht, Vertreibung und Vertriebenenintegration*, Stuttgart 2014, S. 35-44.

Meyn, Hermann: Die Deutsche Partei. Entwicklung und Problematik einer national-konservativen Rechtspartei nach 1945, Düsseldorf 1966.

Nathusius, Ingo: Am rechten Rande der Union. Der Weg der Deutschen Partei bis 1953, Mainz 1992.

Packheiser, Christian: Aufarbeitung der Geschichte des Bundesverkehrsministeriums (BMV) und des Ministeriums für Verkehrswesen (MfV) der DDR hinsichtlich Kontinuitäten und Transformationen zur Zeit des Nationalsozialismus. Vorstudie des Instituts für Zeitgeschichte, München/Berlin 2018.

Wixforth, Harald: Die Expansion der Dresdener Bank in Europa. München 2006.

Quellen

Seebohm, Hans-Christoph: 3 Vorträge. Das Recht auf Heimat, Die Kasseler Rede, Verkehrspolitische Probleme in europäischer Sicht, 1952.

Küsters, Hanns Jürgen/Tessmer, Carsten: Dokumente zur Deutschlandpolitik. II. Reihe, Band 3, 1. Januar bis 31. Dezember 1950, Unveröffentlichte Dokumente, München 1997.

Der Parlamentarische Rat 1948-1949. Akten und Protokolle. Band 14, Hauptausschuss, Teilband II, München 2009.

Der Parlamentarische Rat 1948-1949. Akten und Protokolle. Band 9, Plenum, München 1996.

Stadtarchiv Düsseldorf

0-1-7-2121.0000

Bundesarchiv Berlin

BArch R 3101 / 31022

BArch R 3101 / 30512

Bundesarchiv Koblenz

B 136 / 6796

Landarchiv NRW – Abteilung Rheinland

NW 1097 / 20472

Straßen-/Platzname: Speckmannweg

Datum der Benennung: 16. 08. 1937

Begründung der Benennung: unbekannt

Name, Titel, Beruf oder Amt

Diedrich Wilhelm Gotthilf Speckmann (1872-1938), deutscher Pastor und Heimatschriftsteller.

Kurzbiographie / Verdienste

Nach einem Studium der Theologie übernahm Diedrich Speckmann zunächst eine Pfarrstelle in Grasberg, bevor er sich 1910 in Fischerhude niederließ, um sich ganz der Schriftstellerei zu widmen. In seinen Romanen und Erzählungen (z.B. „Heidenhof Lohe“, „Heidjers Heimkehr“) steht die Heimatverbundenheit im Vordergrund; Bauerntum, dörfliches Leben und die Lebenskonflikte der einfachen Leute spielen eine besondere Rolle. Im Ersten Weltkrieg diente der fast fünfzigjährige Speckmann als Soldat und verfasste Kriegstagebücher, die 2005 veröffentlicht wurden.

Nationalsozialismus

Diedrich Speckmann gehört zu den zahlreichen deutschen Lokalschriftstellern, die sich im Dritten Reich anpassten, politisch allerdings nicht sonderlich in Erscheinung traten. Ungeachtet fehlender antisemitischer oder rassistischer Inhalte entsprachen seine heimatbezogenen Romane und Erzählungen - mehrheitlich in der Zeit des Kaiserreichs und der Weimarer Republik entstanden - durchaus der nationalsozialistischen „Blut-und-Boden-Literatur“ und ließen sich dementsprechend ideologisch vereinnahmen.

Im Ersten Weltkrieg diente Speckmann zunächst beim Landsturm und in einem Infanterie-Regiment, bevor er aufgrund einer Verletzung in die belgische Etappe versetzt wurde. In seinen Tagebüchern brachte er anfangs seine Hoffnungen auf einen deutschen Endsieg zum Ausdruck, äußerte mit zunehmender Dauer der militärischen Auseinandersetzung allerdings den Wunsch nach Frieden und beklagte das „*Kriegselend*“ der Zivilbevölkerung.

Der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten stand Diedrich Speckmann skeptisch gegenüber; in einem seiner Briefe aus dem Mai 1933 heißt es: „*Man traut sich in diesen Zeiten nicht recht vom Hause fort. Ein Hakenkreuz an meinem Wägelchen anzubringen kann ich mich nicht entschließen [...].*“ Dennoch trat der Literat im selben Jahr dem „Reichsverband Deutscher Schriftsteller“ bei, der als Zwangsorganisation später in die Reichsschrifttumskammer integriert wurde, und unterzeichnete das „Gelöbnis treuester Gefolgschaft“ für Adolf Hitler. Neben seinen Romanen, die als „*vorzügliche und preiswerte Volks- und Heimatkunde-Literatur*“ sogar für den Schulunterricht empfohlen wurden, publizierte Speckmann auch in NS-Zeitschriften und Zeitungen, so zum Beispiel anlässlich des 70. Geburtstags seines völkischen Kollegen Gustav Frenssen. Obwohl er selbst nicht in die NSDAP eintrat, war der Schriftsteller auf Parteiveranstaltungen seines Heimatortes zugegen und wurde für sein kulturelles Engagement gewürdigt: „*Der Ausrichtung*

nationalsozialistischen Kulturschaffens ist D. Speckmann ein überzeugter, einflußreicher [sic] Anwalt geworden, so daß [sic] gerade in Fischerhude Begriffe wie Volkstum und Heimat sinnvoll mit echtem Leben erfüllt werden konnten.“ Darüber hinaus begrüßte der Autor die vom NS-Regime angestrebte Stärkung des Bauernstandes sowie die Pflege der Volksgemeinschaft.

Nach seinem Ableben im Jahr 1938 beantragte die Ehefrau Diedrich Speckmanns eine Mitgliedschaft in der Reichsschrifttumskammer, um seine Werke weiterhin verkaufen zu können. Der Roman „Ehler Wittkopp und sei Geheimnis“ aus dem Jahr 1935, in dem sich der Protagonist einer „*jungen Partei*“ zuwendet, „*die sämtliche alten Parteien überflüssig zu machen*“ verspricht, wurde nach Kriegsende in der sowjetischen Besatzungszone auf die sogenannte „Liste der auszusondernden Literatur“ gesetzt.

Kategorie: C

Begründung: historisch minderbelastet

Literatur

Klee, Ernst: Das Kulturlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2007.

Schulz, Kurd: *Speckmann, Diedrich*. In: Bremische Biographie 1912-1969. Bremen 1969, S. 490-491.

Fitschen, Ludwig: *Diedrich Speckmann*. In: Niedersächsische Lebensbilder. Band 3, Sonderdruck, Hildesheim 1957, S. 308-318.

Quellen

Achimer Kreisblatt vom 13. Februar 1937.

Mielke, Leo (Hrsg.): Kriegstagebücher des Heidedichters Diedrich Speckmann 1915-1918. Hermannsburg 2005.

Speckmann, Diedrich: Ehler Wittkopp und sein Geheimnis. Berlin 1935.

Speckmann, Diedrich: *Der Dichter der Getreuen. Zu Gustav Frenssens 70. Geburtstag*, In: Berliner Lokal-Anzeiger, 19. Oktober 1933, Unterhaltungsbeilage.

Deutsche Verwaltung für Volksbildung in der sowjetischen Besatzungszone: Liste der auszusondernden Literatur. Zweiter Nachtrag, Berlin 1948.

Bundesarchiv Berlin

BArch R 9361 V/33980

Heimatverbund Fischerhude-Quelkhorn – Archiv

Nachlass Speckmann / Karton 1 / Brief vom 19. Mai 1933

Nachlass Speckmann / Karton 1 / Schriftverkehr mit dem Paul-Franke-Verlag

Nachlass Speckmann / Karton 1 / verschiedene Zeitschriftenbeiträge und Zeitungsartikel

Straßen-/Platzname: Oswald-Spengler-Straße

Datum der Benennung: 16. 10. 1956

Begründung der Benennung

Der Vorschlag zur Straßenbenennung erfolgte auf Beschluss des Bauausschusses: „*Die Straße liegt in einem Bezirk, dessen Straßen nach deutschen Dichtern, Schriftstellern, Historikern usw. benannt werden.*“

„[Spenglers] *Hauptwerke sind: Der Untergang des Abendlandes und Umriss einer Morphologie der Weltgeschichte.*“

Name, Titel, Beruf oder Amt

Oswald Arnold Gottfried Spengler (1880-1936), deutscher Philosoph, Kulturhistoriker und Schriftsteller.

Kurzbiographie / Verdienste

Nach dem Studium der Naturwissenschaften, Mathematik und Philosophie und der anschließenden Promotion arbeitete Oswald Spengler zunächst als Gymnasiallehrer, bevor er sich ganz der Schriftstellerei widmete. Als Anhänger der Kulturkritik Friedrich Nietzsches befasste er sich in seinen philosophischen und politischen Schriften mit dem vermeintlichen Verfall der europäischen Moderne und deutete zivilisatorische Errungenschaften (Demokratie, Technik, etc.) als Symbole des bevorstehenden kulturellen Niedergangs. Mit seinem umstrittenen Monumentalwerk „Der Untergang des Abendlandes“ erlangte Spengler internationale Bekanntheit.

Faschismus / Antisemitismus

„An keinem Denker der Deutschen scheiden sich die Geister so sehr wie an Oswald Spengler, dem Philosophen des Schicksals.“ (Falck, S. 9) Der in der Weimarer Republik ebenso verehrte wie umstrittene und im Dritten Reich als ideologischer Spalter gemiedene Kulturhistoriker polarisiert auch im 21. Jahrhundert; während sich die Kritiker an Spenglers antidemokratischer und antiliberaler Geisteshaltung stoßen und diesen zu einem geistigen Wegbereiter des Nationalsozialismus stilisieren, regen Befürworter eine historisch und sozialpolitisch unabhängige Betrachtung seiner Theorien an, um deren kulturphilosophische Bedeutung untersuchen zu können.

Oswald Spenglers Hauptwerk „Der Untergang des Abendlandes“ zählt zu den wohl bekanntesten und meist diskutierten Schriften des 20. Jahrhunderts. Die darin propagierte „Lebenszyklustheorie“ der Hochkulturen basiert auf biologischen Analogien und folgt entsprechenden Gesetzmäßigkeiten: Jede der von Spengler definierten Kulturen durchläuft in ihrer auf 1000 Jahre datierten Lebensdauer bestimmte Phasen (Aufstieg, Blütezeit, Zerfall), bevor sie von einer neu entstehenden abgelöst wird und der Kreislauf ein weiteres Mal beginnt. Diese Auffassung widerspricht dem Fortschrittsgedanken der linearen Geschichtsschreibung, die von einer stetigen Weiterentwicklung der Menschheitsgeschichte ausgeht; zeitgenössische Intellektuelle lehnten Spenglers Geschichtsmorphologie

dementsprechend als unwissenschaftlich ab. Indes stieß deren Veröffentlichung im Jahr 1918 in der deutschen Bevölkerung auf große Resonanz, lieferte die These vom Untergang der abendländischen Kultur doch eine vermeintliche Erklärung für die Niederlage im Ersten Weltkrieg.

Spenglers kulturpessimistisches Bild des zivilisatorischen Endstadiums ist eng mit den historischen Umbrüchen seiner Zeit verbunden. Von den antimodernistischen Einstellungen der Jahrhundertwende geprägt, bezeichnete der Kulturhistoriker die parlamentarische Demokratie der Weimarer Republik als „*selbstgeschaffenes Werkzeug*“ und „*politische Waffe*“ des Kapitalismus, der nur durch ein autoritäres Staatsverständnis bekämpft werden könne. In der Auseinandersetzung zwischen rechts und links - „*zwischen dem überlegenen Dasein weniger und der niederen, massenhaften Handarbeit*“ (Elite vs. Masse) – werde der Sieg der Rechtsbewegung den Aufstieg eines cäsarischen Imperiums ermöglichen und letztendlich den endgültigen Zerfall der abendländischen Kultur einleiten. In diesem Zusammenhang favorisierte Spengler das Modell eines „preußischen Sozialismus“, in dem bestimmte sozialen Schichten unter der Führung eines Kanzlers eine legitime Herrschaft ausüben: „*Der Sinn des Sozialismus ist, daß [sic] nicht der Gegensatz von reich und arm, sondern der Rang, den Leistung und Fähigkeit geben, das Leben beherrscht.*“ Dabei stellte er die Gemeinschaft über die individuelle Entfaltung des Einzelnen: „*Sich als Material für große Führer erziehen, in stolzer Entsagung, zu unpersönlicher Aufopferung bereit, das ist auch eine deutsche Tugend.*“

Obwohl Oswald Spenglers weltanschauliche Grundpositionen durchaus mit denen der Nationalsozialisten übereinstimmten, lehnte er den demagogischen Massenappell Adolf Hitlers ab, da sich dieser „als Exponent der Linksbewegung“ (Thöndl, S. 442) und Vorsitzender der NSDAP nicht vom Parteiensystem hatte lösen können. Darüber hinaus warf der Kulturhistoriker den neuen Machthabern „*doktrinäre Beschränktheit*“ vor, verhöhnnte ihre innen- und außenpolitische Ziele als „*Luftschlösser*“ und kritisierte die völkische Rassenideologie: „*Rassereinheit ist ein groteskes Wort angesichts der Tatsache, daß [sic] seit Jahrtausenden alle Stämme und Arten sich gemischt haben [...]. Wer zuviel [sic] von Rasse spricht, der hat keine mehr.*“ Trotz seiner Missbilligung des rassebiologischen Antisemitismus propagierte Spengler dennoch judenfeindliche Stereotype und beschrieb das Judentum als einen nicht anpassungsfähigen Fremdkörper, der in der abendländischen Kultur „*zersetzend*“ wirke.

Während die Nationalsozialisten nach anfänglichen Vereinnahmungsversuchen auf Distanz gingen, sah Oswald Spengler seine Idealvorstellung einer Überwindung politischer Ideologien im italienischen Faschismus verwirklicht. Aus Sicht des Kulturhistorikers hatte Benito Mussolini als „*Herr seines Landes*“ sämtliche Merkmale eines linken Politikers abgestreift: „*Der vollendete Cäsarismus ist Diktatur, aber nicht die Diktatur einer Partei, sondern die eines Mannes gegen alle Parteien, vor allem die eigene.*“

Kategorie: B

Begründung: latenter Faschismus

Literatur

Buchholtz, Lutz-Udo: *Oswald Spengler – Eine Schlüsselfigur im konservativen Denken*. In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie. Band 37, 1989, S. 139-147.

Conte, Domenico: *Oswald Spengler. Eine Einführung*, Leipzig 2004.

Demandt, Alexander: *Untergänge des Abendlandes. Studien zu Oswald Spengler*, Köln/Weimar/Wien 2017.

Demandt, Alexander: *Was bleibt von Spengler?* In: Gangl, Manfred/Merlio, Gilbert/Ophälders, Markus (Hrsg.): *Spengler. Ein Denker der Zeitenwende*. Frankfurt am Main 2009, S. 273-285.

Falck, Martin: *Einführung - Der Unbequeme*. In: Maaß, Sebastian (Hrsg.): *Zyklen & Cäsaren. Mosaiksteine einer Philosophie des Schicksals, Reden und Schriften Oswald Spenglers*, Kiel 2013, S. 9-20.

Henkel, Markus: *Oswald Spengler, der Nationalsozialismus und die Nachkriegszeit (1918–1970)*. In: *Historische Mitteilungen der Ranke-Gesellschaft*, Band 20, 2007, S. 174–192.

Thöndl, Michael: *Das Politikbild von Oswald Spengler (1880–1936) mit einer Ortsbestimmung seines politischen Urteils über Hitler und Mussolini*. In: *Zeitschrift für Politik*, Nr. 40, 1993, S. 418–443.

Werth, Christoph H.: *Sozialismus und Nation. Die deutsche Ideologiediskussion zwischen 1918 und 1945*, Opladen 1996.

Wyrwa, Ulrich: *Spengler, Oswald*. In: Benz, Wolfgang (Hrsg.): *Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart*, Band 2/2, Personen L-Z, Berlin 2009, S. 784-786.

Quellen

Spengler, Oswald: *Der Untergang des Abendlandes. Umriss einer Morphologie der Weltgeschichte*, Band 1 und 2, Wien/München 1918/1922.

Spengler, Oswald: *Jahre der Entscheidung. Erster Teil, Deutschland und die weltgeschichtliche Entwicklung*, München 1933.

Spengler, Oswald: *Preußentum und Sozialismus*. München 1919.

Spengler, Oswald: *Politische Pflichten der deutschen Jugend*. In: Maaß, Sebastian (Hrsg.): *Zyklen & Cäsaren. Mosaiksteine einer Philosophie des Schicksals, Reden und Schriften Oswald Spenglers*, Kiel 2013, S. 275-295.

Stadtarchiv Düsseldorf

IV 52054 / Band 7

0-1-7-1940.0000 / Blatt 367 und 367a

Straßen-/Platzname: Spichernplatz / Spichernstraße

Datum der Benennung: um 1898

Begründung der Benennung: unbekannt

Historischer Hintergrund

Bei der Schlacht von Spichern am 6. August 1870 handelte es sich um ein Gefecht des Deutsch-Französischen Krieges unweit der deutsch-französischen Grenze bei Saarbrücken, die mit der Erstürmung der Spicherer Höhen durch die preußischen Truppen endete. Nach dem Ende des Krieges wurde die in Lothringen gelegene Gemeinde 1871 in das neu gegründete Deutsche Reich eingegliedert.

Militarismus

Die Schlacht von Spichern galt in der historischen Wahrnehmung der Deutschen lange Zeit als entscheidendes Moment des Deutsch-Französischen Krieges und hat die politische Erinnerungskultur der Saargegend nachhaltig geprägt. Die Rolle Saarbrückens als „Frontstadt“ sowie die Mobilisierung der Bevölkerung begründeten einen lokalen Mythos, dem „eine hohe Dynamik und Nachhaltigkeit innewohnte.“ (Trinkaus 2011, S. 99) Rituelle Inszenierungen und zahlreiche Denkmäler trugen zusätzlich zur Etablierung des Spichernkults bei.

Nach dem Ausbruch des militärischen Konflikts zwischen Frankreich und den deutschen Verbündeten waren französische Truppen Anfang August 1870 auf deutsches Territorium vorgestoßen und hatten die Grenzstadt Saarbrücken kurzzeitig besetzt, sich angesichts des herannahenden preußischen Heeres aber südlich auf die Spicherer Höhen zurückgezogen. Entgegen den Anweisungen von Generalstabschef Helmuth von Moltke, der einen geschlossenen Aufmarsch für eine erste große Entscheidungsschlacht an der Saar favorisierte, ließ General Georg von Kameke seine Division am 6. August eigenmächtig vorrücken und die feindlichen Stellungen stürmen, was zu hohen Verlusten auf beiden Seiten führte. Der Sieg der preußischen Truppen wurde durch das zögerliche Verhalten der französischen Führung begünstigt, erfolgte ungeplant und basierte letztendlich auf militärischem „Draufgängertum“ (Haselhorst, S. 89).

Die Tatsache, dass die Einwohner Saarbrückens als Sanitäter und Hilfsposten unmittelbar in das Kriegsgeschehen involviert wurden, förderte die lokale Festkultur; die Schlacht von Spichern avancierte „zum Inbegriff und Symbol einer heilsgeschichtlich erklärten Befreiung und Reichseinigung.“ (Wittenbrock, S. 94) Bis zum Ersten Weltkrieg gehörten jährliche Gedenkfeiern zum festen Repertoire der regionalen Erinnerungskultur, darunter das „Spicherer Turn- und Spielfest“, und die Umgebung des ehemaligen Schlachtfelds entwickelte sich zum touristischen Wallfahrtsort.

Mit der Abtretung Elsass-Lothringens an Frankreich nach der deutschen Niederlage im Jahr 1918 verschwand der Mythos zunehmend aus dem kollektiven Gedächtnis, wurde doch dem Gedenken an die Ereignisse des Weltkriegs eine größere Priorität eingeräumt. Erst die politische Aussöhnung beider Staaten nach 1945 rückte Spichern wieder in die öffentliche

Wahrnehmung und ermöglichte eine gemeinsame Erinnerungsarbeit; seit 2004 wird die Schlacht wiederholt auf den Spicherer Höhen als historisches Schauspiel aufgeführt und gilt mittlerweile als Teil der lokalen „Eventkultur“. (Wittenbrock, S. 101)

Kategorie: B

Begründung: historischer Hintergrund verlangt weiterführende Erläuterungen

Literatur

Hannig, Jürgen: *Im Schatten von Spichern. Militarismus und Nationalismus im Saarrevier vor dem Ersten Weltkrieg*, In: van Dülmen, Richard/Klimmt, Reinhard (Hrsg.): *Saarländische Geschichte. Eine Anthologie*, St. Ingbert 1995, S. 263-272.

Haselhorst, Olaf: *Operationen der deutschen Heere im Krieg gegen Frankreich 1870/71*. In: Ganschow, Jan/Haselhorst, Olaf/Ohnezeit, Maik (Hrsg.): *Der Deutsch-Französische Krieg 1870/71. Vorgeschichte – Verlauf – Folgen*. Ares-Verlag, Graz 2009, S. 83-120.

Mehrkens, Heidi: *Statuswechsel. Kriegserfahrung und nationale Wahrnehmung im Deutsch-Französischen Krieg 1870/71*, Essen 2008.

Trinkaus, Fabian: *Nationaler Mythos und lokale Heldenverehrung. Die Schlacht von Spichern und ihre kulturpolitische Rezeption in Saarbrücken während des Kaiserreichs*, Trier 2013.

Trinkaus, Fabian: *Die Kulturpolitische Rezeption der Spichernschlacht in Saarbrücken während der Kaiserreichszeit – Mentalitätsgeschichtlicher Hintergrund, Formen und Akteure*. In: *Zeitschrift für die Geschichte der Saargegend*. Band 59, 2011, S. 99-119.

Tümmler, Holger: *Großer Atlas des Deutsch-Französischen Krieges 1870/71*. Wolfenbüttel 2010.

Wittenbrock, Wolfgang: *Die Schlacht bei Spichern in der Erinnerungskultur beiderseits der Grenze*. In: *Zeitschrift für die Geschichte der Saargegend*. Band 58, 2010, S. 89-101.

Straßen-/Platzname: Sodenstraße

Datum der Benennung: 16. 12. 1936

Begründung der Benennung

Im Zusammenhang mit der für die NS-Reichsausstellung „Schaffendes Volk“ geplanten Mustersiedlung in Düsseldorf-Stockum schlug der damalige Direktor der Landes- und Stadtbibliothek 1936 vor, die Straßen dieses Geländes *„nach verdienten Männern der deutschen Kolonialgeschichte zu benennen.“* Ein halbes Jahr später wurden die Mustersiedlung auf Betreiben des damaligen Gauleiters Florian in „Schlageter-Stadt“ benannt und ihre Straßen umgewidmet. Als Ausgleich schufen die Nationalsozialisten kurze Zeit später ein neues Kolonialviertel in Urdenbach, in dem die ursprünglichen Straßennamen wieder zum Tragen kamen.

Name, Titel, Beruf oder Amt

Julius Freiherr von Soden (1846-1921), deutscher Jurist, Diplomat und Politiker; Gouverneur von Kamerun (1885-1891) und Deutsch-Ostafrika (1891-1893), Außen- und Verkehrsminister (1900-1906).

Kurzbiographie / Verdienste

Nach einem rechtswissenschaftlichen Studium diente Julius von Soden als Freiwilliger im Deutsch-Französischen Krieg und schlug 1871 eine Konsulatslaufbahn ein; in den folgenden Jahren war er als Generalkonsul unter anderem in Asien und Südamerika tätig. 1885 ging von Soden als Gouverneur nach Kamerun und bekleidete vorübergehend das Amt des Oberkommissars in Togo; später wurde er Gouverneur der Kolonie Deutsch-Ostafrika. Nach seiner Rückkehr arbeitete der Jurist zunächst als Kabinettschef am Hof König Wilhelms II. von Württemberg, bevor er 1900 mit dem Ministerium des Auswärtigen betraut wurde und sich vor allem der Förderung des Verkehrswesens widmete. Darüber hinaus engagierte sich Julius von Soden als Vorstandsmitglied der „Schiller-Gesellschaft“.

Kolonialismus

Obwohl Julius von Soden als Gouverneur fast ein Jahrzehnt an der Spitze der deutschen Kolonien in Afrika stand und dementsprechend zu den erfahrensten und einflussreichsten Kolonialpolitikern gezählt werden kann, ist seine Person von der historischen Forschung bisher allenfalls fragmentarisch in den Blick genommen worden. Dieser Umstand ist zum einen mit dem Fehlen von autobiographischen Quellen verbunden, resultiert aber vor allem aus der gemäßigten Politik von Sodens, die sich von den teils brutalen Praktiken seiner deutschen Kollegen (z.B. Carl Peters, Hermann von Wissmann) deutlich absetzte.

Im Zuge des Erwerbs afrikanischer „Schutzgebiete“ durch das Deutsche Reich wurde ab Mitte der 1880er Jahre mit dem Aufbau regionaler Verwaltungsstrukturen begonnen. Von Reichskanzler Otto von Bismarck weitestgehend ohne Instruktionen entsandt und mit einem geringen Etat ausgestattet, widmete sich Julius von Soden als erster Gouverneur von

Kamerun „der friedlichen Erschließung des Hinterlandes, der Beseitigung von Missständen, wozu damals auch Sklaverei und Kannibalismus zählten, und der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung des Landes.“ (Von Ow, S. 255) Zu diesem Zweck berücksichtigte er bei der Einführung einer Gerichtsbarkeit nicht nur die Sitten und Gebräuche der indigenen Bevölkerung, sondern unterstützte auch die Förderung der traditionellen Landwirtschaft und den Ausbau des Schulwesens. Ungeachtet seines Engagements scheint der Kolonialpolitiker dennoch Ressentiments gegen die Kameruner gehegt zu haben; so beschwerte sich der Duala-Führer King Bell im Jahr 1888 bei der deutschen Regierung über dessen abfällige und rassistische Bemerkungen. Obwohl im direkten Auftrag des Auswärtigen Amtes weiterhin Expeditionen in das Binnenland vorgenommen wurden, beschränkte sich die deutsche Herrschaft in der Amtszeit von Sodens auf das Küstengebiet und wurde erst unter seinen Nachfolgern zunehmend mit Gewalt durchgesetzt.

Nachdem im Jahr 1891 das deutsche „Schutzgebiet“ in Ostafrika offiziell der Verwaltung durch das Deutsche Reich unterstellt worden war, übernahm Julius von Soden die Amtsgeschäfte des bisherigen Reichskommissars Hermann von Wissmann und war bemüht, seine erprobte Kolonialpolitik zu etablieren. In diesem Zusammenhang stieß er allerdings auf den Widerstand von Wissmanns „Schutztruppe“, die bereits Aufstände der ostafrikanischen Bevölkerung niedergeschlagen hatte und den gemäßigten Kurs des neuen Zivilgouverneurs missbilligte. Von Soden lehnte wiederum die „Wissmannsche Kriegsführung“ entschieden ab und „zweifelte an der Notwendigkeit wie den Erfolgsaussichten solcher militärischer Unternehmungen.“ (Bührer, S. 162) Dementsprechend leitete er Reformen ein und übernahm selbst das Kommando über die „Schutztruppe“, um deren Mitglieder sukzessive in ihrer Exekutivmacht einzuschränken, duldete aber dennoch die Durchführung einiger Militärexpeditionen. Darüber hinaus geriet der Gouverneur in der Heimat zunehmend in die Kritik, begeisterte sich die deutsche Öffentlichkeit doch weniger für seine moderate Politik als vielmehr für die radikalen Methoden der populären „Kolonialhelden“ Peters und Wissmann. Von Sodens Weigerung, die gewaltsame Unterwerfung der afrikanischen Völker und Stämme zu unterstützen, führte 1893 schließlich zu seinem Rücktritt. Trotzdem unterhielt er weiterhin wirtschaftliche Beziehungen nach Afrika und gehörte 1897 beispielsweise zu den Mitbegründern und Anteilseignern der „Westafrikanischen Pflanzungsgesellschaft Victoria“, die Großplantagen in Kamerun unterhielt.

Kategorie: C

Begründung: historisch minderbelastet

Literatur

Bührer, Tanja: Die Kaiserliche Schutztruppe für Deutsch-Ostafrika. Koloniale Sicherheitspolitik und transkulturelle Kriegführung 1885 bis 1918, München 2011.

Edwin Henning: Württembergische Forschungsreisende der letzten anderthalb Jahrhunderte. 1953

Gründer, Horst: Geschichte der deutschen Kolonien. Paderborn 2012.

Lindner, Ulrike: Koloniale Begegnungen. Deutschland und Großbritannien als Imperialmächte in Afrika 1880-1914, Frankfurt 2011.

Ow, Meinrad Freiherr von: *Julius Freiherr von Soden*. In: Uhland, Robert (Hrsg.): Lebensbilder aus Schwaben und Franken. Band 16, Stuttgart 1986, S. 250-272.

Quellen

Reuß, J.: *Freiherr von Soden, Julius, Gouverneur von Kamerun und Deutsch-Ostafrika, Staatsminister des Auswärtigen, Kabinettschef*. In: Weller, Karl/Ernst, Viktor/Leuze, Otto (Hrsg.): Württembergischer Nekrolog für die Jahre 1920 und 1921. Stuttgart 1928, S. 165-172.

Stadtarchiv Düsseldorf

IV 52054 Bd. 1

IV 15919 (4)

0-1-7-1937.0000/ Blatt 421

Bundesarchiv Berlin

BArch R 1001 / 4297

Straßen-/Platzname: Solfstraße

Datum der Benennung: 16. 12. 1937

Begründung der Benennung

Im Zusammenhang mit der für die Reichsausstellung „Schaffendes Volk“ geplanten Mustersiedlung in Düsseldorf-Stockum schlug der damalige Direktor der Landes- und Stadtbibliothek 1936 vor, die Straßen dieser Siedlung *„nach verdienten Männern der deutschen Kolonialgeschichte zu benennen.“* Ein halbes Jahr später wurde auf Betreiben des damaligen Gauleiters Florian die Muster-Siedlung in „Schlageter-Stadt“ benannt und die in ihr liegenden Straßen „Alten Kämpfern“ gewidmet; die „Solf-Straße“ erhielt die Bezeichnung „Hans-Eric-Rickmers-Straße“. Als Ausgleich wurde kurze Zeit später ein neues Kolonialviertel in Urdenbach geschaffen, in dem die ursprünglichen Straßennamen wieder zum Tragen kamen.

Name, Titel, Beruf oder Amt

Wilhelm Heinrich Solf (1862-1936), deutscher Politiker und Diplomat; Gouverneur von Deutsch-Samoa (1900-1911), Staatssekretär des Reichskolonialamtes (1911-1918), Staatssekretär des Auswärtigen Amtes und Außenminister (1918) und Botschafter in Japan (1920-1928).

Kurzbiographie / Verdienste

Der studierte Indologe und Jurist war nach seiner Aufnahme in den diplomatischen Dienst zunächst am Generalkonsulat in Kalkutta tätig und arbeitete unter anderem als Richter in Daressalam. Als Gouverneur von Deutsch-Samoa förderte Wilhelm Solf die Selbstverwaltung der indigenen Bevölkerung und den Ausbau des Schulsystems. Für seine Verdienste wurde er 1911 mit der Leitung des Reichskolonialamts betraut und strengte umfassende Kolonialreformen an. Im Kabinett Max von Badens fungierte er bei Ende des Ersten Weltkriegs kurzzeitig als Außenminister, bevor er sich ab 1920 als Botschafter in Tokio für den deutsch-japanischen Kulturaustausch einsetzte. Im Dritten Reich bildete sich um das Ehepaar Solf der sogenannte „Solf-Kreis“, eine intellektuelle Widerstandsgruppe.

Kolonialismus / Rassismus / Nationalsozialismus

In der Geschichte des deutschen Kolonialismus gilt Wilhelm Solf aufgrund seiner liberalen und humanistischen Geisteshaltung als „Ausnahmeerscheinung“ (Brand, S. 55); im Gegensatz zu der oftmals brutalen und rücksichtslosen Praxis zahlreicher Amtskollegen zeichnete sich seine Kolonialpolitik durch einen respektvollen und weitestgehend gewaltfreien Umgang mit der indigenen Bevölkerung aus.

Obwohl Solf von der Überlegenheit der Europäer durchaus überzeugt war und dementsprechend an die Notwendigkeit einer kulturellen Missionierung glaubte, lehnte er das vielfach praktizierte Herrenmenschentum strikt ab und verfolgte als Gouverneur von Deutsch-Samoa stattdessen eine identitätserhaltende Entwicklung des Schutzgebietes: *„Kolonisieren ist Missionieren, und zwar Missionieren in dem hohen Sinne der Erziehung zur*

Kultur. Aber nicht zur europäischen Kultur, sondern zu einer Kultur, die in dem Boden und in der Heimat der Eingeborenen Wurzeln fassen kann [...].“ In diesem Zusammenhang förderte Wilhelm Solf nicht nur die regionale Selbstverwaltung und den Ausbau des Schulsystems, sondern vermittelte auch zwischen lokalen Konfliktpartnern und bemühte sich um eine Verständigung mit den ebenfalls auf Samoa agierenden Kolonialmächten. Sein besonderes Augenmerk galt der „ökonomischen Erschließung und Nutzbarmachung des deutschen Kolonialbesitzes“ (Kundrus, S. 18); um dessen wirtschaftliche Ausbeutung zu verhindern, stärkte er die Rechte der einheimischen Landbesitzer und verfolgte eine restriktive Einwanderungspolitik: *„Der Eingeborene darf von den höher entwickelten Rassen nicht nur als Mittel zum Zweck betrachtet werden [...]. Die Arbeit der Weißen [...] muss auch ihm dienen.“* Auch als Staatssekretär des Reichskolonialamtes setzte sich Solf für den Schutz der indigenen Bevölkerung ein und wurde für diese Praxis vor allem aus den völkisch-nationalistischen Kreisen scharf kritisiert, die eine radikale und rücksichtslose Ausbreitung des deutschen Lebensraums forderten.

Ungeachtet seines „liberalen Kolonialismus“ war Wilhelm Solf dennoch von der Notwendigkeit strikter biologischer *„Grenzlinien zwischen beiden Rassen“* überzeugt. Zu diesem Zweck ließ er im Jahr 1912 Mischehen zwischen Einheimischen und Europäern auf Deutsch-Samoa verbieten und strebte diese Regelung auch für andere deutsche Kolonien an. Im Zuge der sogenannten „Mischehendebatte“ verteidigte er sein Vorgehen im Reichstag: *„Sie senden Ihre Söhne in die Kolonien, wünschen Sie, dass sie Ihnen schwarze Schwiegertöchter ins Haus bringt? Wünschen Sie, dass sie Ihnen wollhaarige Enkel in die Wiege legen? [...] Missverständene Humanität rächt sich ebenso wie würdeloses Herabsteigen zur niederen Rasse.“* Der von Solf eingebrachte Gesetzesentwurf sah darüber hinaus die Unterscheidung zwischen legitimen und illegitimen Nachkommen vor; sämtliche nach der Einführung des Eheverbots geborenen Kinder sollten demnach keinen Anspruch mehr auf deutsche Bürgerrechte oder Unterhalt erheben können. Letztendlich scheiterte dieses Vorhaben an einer Resolution der Sozialdemokraten und anderen Parteien, die sich für eine Legalisierung der Mischehe und den rechtlichen Schutz der Kinder aussprachen.

Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs und dem Verlust der deutschen Kolonien änderte sich Wilhelm Solfs Überzeugungen grundlegend: „er hielt das Zeitalter der klassischen Kolonialpolitik für beendet“ (Kundrus, S. 19) und lehnte den Fanatismus der völkischen Kolonialbefürworter ab. Nach der „Machtergreifung“ Adolf Hitlers unterstützte er verfolgte jüdische Mitbürger und veranstaltete zusammen mit seiner Frau regelmäßige Treffen für Regimegegner („Solf-Kreis“), die auch nach seinem Tod fortgeführt wurden.

Kategorie B

Begründung: latenter Rassismus / latenter Kolonialismus

Literatur

Brand, Oliver: *Wilhelm Solf*. In: Großfeld, Bernhard (Hrsg.): "Rechtsvergleichler - verkannt, vergessen, verdrängt". Münster 2000, S. 55–74.

Kundrus, Birthe: *Das Reichskolonialamt zwischen nationalem Geltungsbewusstsein und Weltbürgertum. Die Staatssekretäre Friedrich von Lindequist und Wilhelm Solf*, In: van der Heyden, Ulrich/Zeller, Joachim (Hrsg.): „... Macht und Anteil an der Weltherrschaft.“ Berlin und der deutsche Kolonialismus, Münster 2005, S. 14-21.

Schmidt, Jürgen: *Arbeit und Nicht-Arbeit im "Paradies der Südsee". Samoa um 1890 bis 1914*, In: Arbeit – Bewegung – Geschichte, Nr. 2, 2016, S. 7–26.

Lindner, Ulrike: *Koloniale Begegnungen. Deutschland und Großbritannien als Imperialmächte in Afrika 1880 – 1914*, München 2011.

Kundrus, Birthe: *Moderne Imperialisten. Das Kaiserreich im Spiegel seiner Kolonien*, Köln/Wien 2003.

Schwartz, Thomas: *Die Mischehendebatte im Reichstag 1912. Hybridität in den Verhandlungen zwischen deutscher Biopolitik, Anthropologie und Literatur*, In: Dokilomunhak. Deutsche Sprach- und Literaturwissenschaft, 2002, S. 323-350.

Vietsch, Eberhard von: *Wilhelm Solf. Botschafter zwischen den Zeiten*, Tübingen 1961.

Hempenthal, Peter J./Mochida, Paula Tanaka: *The Lost Man. Wilhelm Solf in German History*, Wiesbaden 2005.

Quellen

Stadtarchiv Düsseldorf

IV 15919 (4)

0-1-7-1937.0000/ Blatt 421

IV 52054 / Band 1

Solf, Wilhelm Heinrich: *Kolonialpolitik. Mein politisches Vermächtnis*, Berlin 1919.

Verhandlungen des Reichstags. Stenographische Berichte, Band 285, XIII. Legislaturperiode, I. Session, 53. Sitzung, 2. Mai 1912, S. 1648f.

Straßen-/Platzname: Graf-von-Stauffenberg-Straße

Datum der Benennung: 22. 01. 1980

Begründung der Benennung

Der Vorschlag zur Straßenbenennung kam aus der CDU-Ratsfraktion: „*Claus Schenk Graf von Stauffenberg arbeitete einen Putsch- und Attentatsplan gegen Hitler aus. Er legte selbst die Bombe, der Putsch scheiterte, als Hitler das Attentat überlebte.*“

Name, Titel, Beruf, oder Amt

Claus Philipp Maria Schenk Graf von Stauffenberg (1907-1944), Offizier der Wehrmacht und Widerstandskämpfer im Nationalsozialismus.

Kurzbiographie / Verdienste

Claus Schenk Graf von Stauffenberg begann 1926 seine militärische Karriere im 17. Bayrischen Reiterregiment in Bamberg und besuchte sowohl die Infanterie- als auch die Kavallerieschule, bevor er 1930 zum Leutnant der Reichswehr ernannt wurde. Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten erfolgte die Beförderung zum Oberleutnant und Rittmeister. Im Zweiten Weltkrieg nahm Stauffenberg als Generalstabsoffizier unter anderem am Polenfeldzug und an der Westoffensive gegen Frankreich teil; 1940 wurde er in die Organisationsabteilung des Oberkommandos der Wehrmacht berufen. Zu Beginn der 1940er Jahre schloss sich Stauffenberg dem militärischen Widerstand an und koordinierte als einer der Hauptverantwortlichen die sogenannte „Operation Walküre“. Nach dem gescheiterten Attentat auf Adolf Hitler am 20. Juli 1944 wurde Claus von Stauffenberg noch am selben Tag verhaftet und in den Morgenstunden des 21. Juli hingerichtet.

Nationalsozialismus

Claus Schenk Graf von Stauffenberg ist als die wohl bedeutendste Symbolfigur des deutschen Widerstands in die Erinnerungskultur des 20. Jahrhunderts eingegangen und wird bis heute als „Bewahrer der nationalen Ehre“ (Mommsen, S. 252) geehrt. Während seine Beteiligung am Umsturzversuch des 20. Juli 1944 hinreichend dokumentiert ist, sind seine Motive bis heute Gegenstand zahlreicher Spekulationen und werden sowohl im gesellschaftspolitischen Diskurs als auch in der Forschung wiederholt in Frage gestellt. Dabei resultieren die zum Teil konträren Einschätzungen führender Fachhistoriker nicht zuletzt aus der posthumen ideologischen Instrumentalisierung des Wehrmachtsangehörigen. Nachdem Stauffenberg bis in die 1950er Jahre als Verräter diffamiert worden war, setzte erst allmählich die Einsicht ein, „dass es sich bei dem Attentat [...] um eine politisch und moralisch legitime Widerstandshandlung gegen ein verbrecherisches Regime gehandelt hatte“ (Wette, S. 73).

Nach wie vor streitet sich die historische Forschung um die Beweggründe, die Claus Schenk Graf von Stauffenberg an Adolf Hitler zweifeln ließen und ihn schließlich in den Widerstand führten. Fest steht, dass er als junger patriotischer und nationalkonservativ gesinnter Leutnant die „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten und ihre Revisionspolitik

begrüßt hatte, sich weder am Führerprinzip noch an der Abschaffung der Demokratie störte und wohl auch die antisemitischen Ausschreitungen tolerierte. Über den Zeitpunkt und die Motivlage der inneren Abkehr existieren dementsprechend unterschiedliche Aussagen und Meinungen. Während einige Historiker bereits ab Mitte der 1930er Jahre eine Distanzierung feststellen wollen, gehen andere von der Unterstützung Stauffenbergs für das NS-Regime bis in den Zweiten Weltkrieg aus.

Im Mittelpunkt der Diskussion steht die Frage, ob der Offizier sich letztendlich aus ethisch-moralischen oder staatspolitischen Gründen für den aktiven Widerstand entschied. In diesem Zusammenhang muss zwangsläufig sein militärisches Selbstverständnis berücksichtigt werden, sah er sich doch „bei allem ihm eigenen politischen Denken in erster Linie als Soldat“ (Neitzel, S. 223), der auch in einem autoritären Staatsgefüge seine Pflicht zu erfüllen hatte. Dementsprechend diente Stauffenberg trotz seiner wachsenden Zweifel lange Zeit loyal in der Wehrmacht und teilte die Euphorie über die deutschen Siege in Polen und Frankreich. Seine „Entwicklung zum Regimegegner war also ein mehrere Jahre dauernder Prozess, in dem er verschiedene Grauzonen zwischen Zustimmung und Ablehnung durchschritt.“ (Metzger, S. 73) Spätestens mit dem Überfall auf die Sowjetunion, den damit einhergehenden Kriegsverbrechen und Verlusten der Wehrmacht setzte ein widerständiges Denken ein, das ihn schließlich von der Notwendigkeit eines politischen Umsturzes überzeugte. Über das entscheidende Motiv für das Attentat am 20. Juli 1944 herrscht bis heute Uneinigkeit; während einige Historiker davon ausgehen, dass weniger die Verbrechen gegen die Menschlichkeit als vielmehr die Sorgen um den Kriegsverlauf und den Bestand Deutschlands im Vordergrund standen, sehen andere in den Vorbereitungen des Staatsstreichs einen „Aufstand des Gewissens“ (Neitzel, S. 225).

Es gilt als unbestritten, dass Claus Schenk Graf von Stauffenberg in seiner Funktion als Generalstabsoffizier der Wehrmacht das NS-Unrechtssystem über Jahre mitgetragen hat und aus heutiger Sicht sicherlich nicht als überzeugter Demokrat gelten kann. Dennoch „traute er sich, Verantwortung zu übernehmen, obwohl und weil [er] wusste, dass Diktaturen immer schuldig machen.“ (Steinbach, S. 111) Sein entschlossener und selbstloser Einsatz für den Widerstand sollte dementsprechend gewürdigt werden.

Kategorie: C

Begründung: Vorbildfunktion / selbstreflektierendes Handeln / persönliche Entwicklung

Literatur

Cornelißen, Christoph: *Der 20. Juli 1944 in der deutschen Erinnerungskultur*. In: Haus der Geschichte Baden-Württemberg (Hrsg.): *Verräter? Vorbilder? Verbrecher? Kontroverse Deutungen zum 20. Juli 1944 seit 1945*, Berlin 2016, S. 15-42.

Hoffmann, Peter: *Claus Schenk Graf von Stauffenberg. Die Biographie*, München 1992.

Karlauf, Thomas: *Stauffenberg. Porträt eines Attentäters*, München 2019.

Metzger, Martina: *Offiziersehre und Widerstand. Das Reiterregiment 17 und die Wurzeln des Staatsstreichs vom 20. Juli 1944*, Bayreuth 2016.

Mommsen, Hans: *Zur Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert. Demokratie, Diktatur, Widerstand*, München 2010.

Neitzel, Sönke: *Claus Schenk Graf von Stauffenberg und der 20. Juli 1944*. In: Stickler, Matthias (Hrsg.): *Portraits zur Geschichte des deutschen Widerstands*. Würzburg 2005, S. 209-226.

Schlie, Ulrich: *Claus Schenk Graf von Stauffenberg. Biographie*, Freiburg im Breisgau 2018.

Steinbach, Peter: *Claus Schenk Graf von Stauffenberg. Wagnis – Tat – Erinnerung*, Stuttgart 2015.

Ueberschär, Gerd R.: *Die Auswirkungen der Schlacht von Stalingrad auf Graf Stauffenbergs Haltung*. In: Kaffanke, Jakobus/Krause, Thomas/Weber, Edwin E. (Hrsg.): *Es lebe das „Geheime Deutschland!“ Claus Schenk Graf von Stauffenberg, Person – Motivation – Rezeption*, Berlin 2011, S. 123-130.

Wette, Wolfram: *„Wir müssen etwas tun, um das Reich zu retten.“ Stauffenbergs Motive zum Widerstand*, In: Kaffanke, Jakobus/Krause, Thomas/Weber, Edwin E. (Hrsg.): *Es lebe das „Geheime Deutschland!“ Claus Schenk Graf von Stauffenberg, Person – Motivation – Rezeption*, Berlin 2011, S. 73-91.

Quellen

Stadtarchiv Düsseldorf

0-1-7-2121.0000 / Blatt 887

Straßen-&/Platzname: Helmut-Stieff-Straße

Datum der Benennung: 14. 07. 1945

Begründung der Benennung

Hellmuth Stieff gehörte zu jenen Männern, „*welche im Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 den Tod gefunden haben*“.

Name, Titel, Beruf oder Amt

Hellmuth Stieff (1901-1944), Generalmajor der Wehrmacht und Widerstandskämpfer im Nationalsozialismus.

Kurzbiographie / Verdienste

Nach dem Notabitur trat Hellmuth Stieff 1918 als Freiwilliger in das deutsche Heer ein und leistete nach dem Ersten Weltkrieg zunächst seinen Dienst beim Grenzschutz, bevor er 1922 zum Leutnant ernannt wurde und anschließend eine Offizierslaufbahn begann. 1938 wurde er in die Operationsabteilung der Wehrmacht versetzt und nahm im Zweiten Weltkrieg sowohl am Polenfeldzug als auch am Überfall auf die Sowjetunion teil. Nachdem Stieff 1942 die Leitung der Organisationsabteilung im Generalstab des Heeres übernommen hatte, schloss er sich der Widerstandsgruppe um Claus Schenk Graf von Stauffenberg an. Infolge des gescheiterten Attentats vom 20. Juli 1944 wurde er vor dem Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und in Berlin-Plötzensee hingerichtet.

Nationalsozialismus

Obwohl Hellmuth Stieff „zum engsten Kreis des militärischen Widerstandes gegen Hitler“ gehörte (Mühleisen 1991, S. 339) und seine Beteiligung am Umsturzversuch des 20. Juli 1944 hinreichend belegt ist, hat sich die historische Forschung bisher nur fragmentarisch mit seiner Person befasst. Aufgrund seines unentschlossenen und zögerlichen Verhaltens im Vorfeld des Attentats galt der Wehrmachtsangehörige in der Vergangenheit als umstritten; seine Entwicklung zum Regimekritiker und Widerständler ist allerdings in privaten Briefen dokumentiert.

Zu Beginn des Dritten Reiches hatte Hellmuth Stieff in Adolf Hitler den „*Begründer einer neuen unzweifelhaft epochalen Weltanschauung*“ gesehen und der nationalsozialistischen Bewegung große Sympathien entgegengebracht. Damit reihte er sich in die Riege der jungen Militärangehörigen ein, deren Idealismus vom „Führer“ geschickt ausgenutzt wurde; „die inszenierte Beschwörung der Einheit von Nationalsozialismus und Preußentum mußte [sic] auf Stieff wie auf das Offizierskorps nachhaltig wirken.“ (Mühleisen 1994, S. 249) Auch den von Hitler propagierten Antibolschewismus unterstützte er.

Obwohl die Ermordung des österreichischen Bundeskanzlers Engelbert Dollfuß im Juli 1934 erste Zweifel auslöste, hielt der Major zunächst am NS-System fest. Die Konfrontation mit den Pogromen in Deutschland und Polen sowie die Auswirkungen des Polenfeldzugs erschütterten Hellmuth Stieffs Weltbild und lösten schließlich seine innere Abkehr vom Regime aus: „*Diese Ausrottung ganzer Geschlechter mit Frauen und Kindern ist nur von*

einem Untermenschentum möglich, das den Namen Deutsch nicht mehr verdient. Ich schäme mich, ein Deutscher zu sein.“ Während des Überfalls auf die Sowjetunion, den der Generalstabsoffizier entschieden abgelehnt hatte, erkannte er in der Kriegsführung Hitlers einen „*despotischen Vernichtungswillen*“ und entschied sich nach der deutschen Niederlage in Stalingrad für den aktiven Widerstand. Auf Vermittlung Henning von Tresckows stieß Hellmuth Stieff 1943 zur Widerstandsgruppe um Claus Schenk Graf von Stauffenberg.

Ungeachtet seines direkten Zugangs zu Adolf Hitler konnte sich der Leiter der Organisationsabteilung im Generalstab des Heeres allerdings nicht zur eigenständigen Durchführung eines Attentats entschließen, sodass er die für den 10. November 1943 und den 7. Juli 1944 geplanten Sprengstoffanschläge nicht in die Tat umsetzte. „War [Stieff] gefordert, so zögerte und schwankte er.“ (Mühleisen 1994, S. 254) Dennoch begleitete er Claus Schenk Graf von Stauffenberg am 20. Juli 1944 nach Ostpreußen, warnte nach dem Scheitern des Staatsstreichs weitere Mitverschwörer und gab deren Namen auch nach seiner Verhaftung trotz Folter durch die Gestapo nicht preis. Darüber hinaus verfasste der Generalmajor im Militärgefängnis eine kritische Denkschrift an Adolf Hitler, deren Verbleib allerdings bis heute unklar ist. Nach seiner Verurteilung durch den Volksgerichtshof wurde Hellmuth Stieff am 8. August 1944 in Berlin-Plötzensee hingerichtet.

Kategorie: C

Begründung: Vorbildfunktion / selbstreflektierendes Handeln / persönliche Entwicklung

Literatur

Schwerin, Detlef Graf von: Die Jungen des 20. Juli 1944. Berlin 1991.

Heinemann, Winfried: Unternehmen „Walküre“. Eine Militärgeschichte des 20. Juli 1944, Berlin 2019.

Ramm, Arnim: Kritische Analyse der Kaltenbrunner-Berichte über die Attentäter vom 20. Juli 1944. Ein Beitrag zur Geschichte des militärischen Widerstandes, Marburg 2003.

Ramm, Arnim: Der 20. Juli vor dem Volksgerichtshof. Berlin 2007.

Mühleisen, Horst: *Hellmuth Stieff und der Deutsche Widerstand*. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte. Jg. 39, Nr. 3, 1991, S. 339-377.

Mühleisen, Horst: *Hellmuth Stieff – Patriot und Zauderer*. In: Klemperer, Klemens von/Syring, Enrico/Zitelmann, Rainer (Hrsg.): „Für Deutschland“. Die Männer des 20. Juli, Frankfurt am Main 1994, S. 247-260.

Reuther, Thomas: Widerstand und Wehrmacht. Freiburg im Breisgau/Berlin/Wien 2013.

Quellen

Ausgewählte Briefe von Generalmajor Hellmuth Stieff. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte. 2. Jg., Nr. 3, 1954, S. 291-312.

Stieff, Hellmuth/Mühleisen, Horst (Hrsg.): Hellmuth Stieff. Briefe, Berlin 1991.

Stadtarchiv Düsseldorf

0-1-7-1937.0000 / Blatt 516

Straßen-/Platzname: Richard-Strauss-Platz

Datum der Benennung: 13. 09. 1954

Begründung der Benennung

„Seine bekannteste Oper ist der „Rosenkavalier“.

Name, Beruf, Amt oder Funktion

Richard Georg Strauss (1864-1949), deutscher Komponist und Dirigent; Präsident der Reichsmusikkammer (1933-1935).

Kurzbiographie/Verdienste

Der Sohn eines Münchener Hornisten komponierte bereits im Kindesalter seine ersten Werke und übernahm nach Anstellungen als Hofkapellmeister und Generalmusikdirektor 1919 die Leitung der Wiener Staatsoper. Später erlangte Richard Strauss als freischaffender Komponist und Dirigent internationale Bekanntheit. Seine Orchesterwerke, Opern und Tondichtungen (z.B. „Also sprach Zarathustra“, „Alpensinfonie“, „Salome“) zählen heute zu den populärsten Kompositionen der klassischen Musik. Darüber hinaus setzte er sich bereits um die Jahrhundertwende für das deutsche Urheberrecht ein und unterstützte 1920 die Gründung der Salzburger Festspiele.

Nationalsozialismus

Bis heute wird die Haltung des Komponisten im Dritten Reich kontrovers diskutiert; der überwiegende Teil der bisher veröffentlichten historischen Untersuchungen betrachtet Richard Strauss ausdrücklich nicht als überzeugten Nationalsozialisten, betont allerdings dessen opportunistische Nähe zum NS-Regime.

Als Anhänger der Kulturpolitik des Kaiserreichs, die der künstlerischen Freiheit einen großen Spielraum eingeräumt hatte, empfand Strauss die parlamentarischen Einflüsse der Weimarer Republik als anmaßend und übergriffig; die Demokratie als Form der politischen Herrschaft lehnte er ab. Dementsprechend begrüßte er die Machtergreifung des Wagnerianers Adolf Hitler und hoffte auf eine umfassende Neuausrichtung des Kulturbetriebs, in dem er selbst als einer der höchsten Repräsentanten der deutschen Musik im wahrsten Sinne des Wortes „den Ton angeben“ konnte. Seine Aktivitäten der Jahre 1933 und 1934 müssen in diesem Zusammenhang als Anbiederung an die neuen Machthaber gewertet werden. So beglückwünschte der Komponist Hitler persönlich zum Geburtstag, schloss sich dem Protest der Stadt München gegen Thomas Mann an, dem man eine Herabwürdigung Richard Wagners unterstellte, und unterstützte die Vereinigung des Reichskanzler- und Reichspräsidentenamtes. Darüber hinaus war er bei öffentlichen Anlässen und Veranstaltungen der Regierung zugegen.

Nach der Ernennung zum Präsidenten der Reichsmusikkammer im November 1933 nutzte Richard Strauss seinen Einfluss, um den von ihm favorisierten Komponisten und sich selbst einen festen Platz in den Programmheften des Dritten Reiches zu sichern. Im Sinne des „Reichskulturkammergesetzes“ ließ er in einer amtlichen Mitteilung verkünden, dass

„Nichtarier grundsätzlich nicht als geeignete Träger und Verwalter deutschen Kulturguts anzusehen“ seien und *„deshalb die erforderliche Zuverlässigkeit und Eignung [...] besonders nachzuweisen“* hätten. Dennoch kollidierte seine Vorstellung einer musikalischen Vormachtstellung Deutschlands alsbald mit der antisemitischen Politik des NS-Regimes; den Ausschluss jüdischer Künstler aus der Reichskulturkammer missbilligte er und hielt an einer Zusammenarbeit mit ihnen fest. In einem Brief an seinen Librettisten Stefan Zweig aus dem Sommer 1935 offenbarte Strauss seine Ablehnung: *„Für mich gibt es nur zwei Kategorien Menschen; solche die Talent haben und solche die keins haben. [...].Daß [sic] ich den Präsidenten der Reichsmusikkammer mime? Um Gutes zu tun und größeres Unglück zu verhüten.“*

Das Schreiben wurde von der Gestapo abgefangen und führte zur Entlassung des Komponisten, der sich aus Sorge um sein Lebenswerk und seine jüdische Schwiegertochter nebst Enkeln um Schadensbegrenzung bemühte. Angesichts dessen internationalen Renommees und der künstlerischen Relevanz seiner Werke verzichtete die NS-Führung auf weitere Konsequenzen, erwartete von Richard Strauss jedoch einen gewissen Einsatz im kulturellen Propagandasystem. In den Jahren bis 1944 bewies dieser seine Loyalität, indem er als Komponist und Dirigent auf Großveranstaltungen in Erscheinung trat. So eröffnete er beispielsweise eine Kundgebung von Joseph Goebbels auf den Düsseldorfer Reichsmusiktagen 1938 und war auch ein Jahr später als Gast geladen, beschwerte sich im Privaten jedoch über diese *„Pinscherveranstaltung“* und das *„Concertgestammel“*. Im Gegenzug für sein Engagement erhielt Strauss diverse Auszeichnungen und profitierte von dieser Wertschätzung auch finanziell. Darüber hinaus nahmen die Nationalsozialisten den Komponisten kurz vor Kriegsende in die *„Sonderliste der drei wichtigsten Musiker des Dritten Reiches“* auf.

Aufgrund seiner Präsidentschaft in der *„Reichsmusikkammer“* wurde Richard Strauss nach dem Entnazifizierungsgesetz automatisch als *„Hauptschuldiger“* eingestuft. Seine eidesstattliche Erklärung, in der er jegliche Sympathie für das NS-Regime zurückwies, wurde durch entlastende Stellungnahmen aus dem In- und Ausland gestützt; das Spruchkammerverfahren endete schließlich mit dem *„unbelasteten“* Freispruch.

Kategorie: B

Begründung: herausragende Stellung im Dritten Reich

Literatur

Beyer, Marion/May, Jürgen/Werbeck, Walter (Hrsg.): Richard Strauss. Späte Aufzeichnungen, Mainz 2016.

Ender, Daniel: Richard Strauss. Meister der Inszenierung, Wien 2014.

Kater, Michael H.: Composers of the Nazi Era. Eight Portraits, New York 2000.

Klee, Ernst: Das Kulturlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2007.

Riethmüller, Albrecht: *Präsident der Reichsmusikkammer*, in: Walter Werbeck (Hrsg.), Richard Strauss Handbuch, Stuttgart 2014, S. 48-53.

Splitt, Gerhard: *Richard Strauss und die Reichsmusikkammer – im Zeichen der Begrenzung von Kunst?*, in: Albrecht Riethmüller/Michael Custodis (Hrsg.), Die Reichsmusikkammer. Kunst im Bann der Nazi-Diktatur, Köln u.a. 2015, S. 15-31.

Splitt, Gerhard: *Die „Säuberung“ der Reichsmusikkammer. Vorgeschichte – Planung – Durchführung*, In: Weber, Horst (Hrsg.): Musik in der Emigration 1933-1945. Verfolgung, Vertreibung, Rückwirkung, Stuttgart 1994, S. 10-55.

Splitt, Gerhard: Richard Strauss 1933-1935. Ästhetik und Musikpolitik zu Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft, Pfaffenweiler 1987.

Stenger, Inga: *Reichsmusiktage für die <Volksgemeinschaft> - Die NS-Musikpolitik am Beispiel der Reichsmusiktage 1938 und 1939 in Düsseldorf*, in: Düsseldorfer Jahrbuch. Beiträge zur Geschichte des Niederrheins, Band 87, Essen 2017, S. 211-239.

Werbeck, Walter: *Strauss-Bilder*, in: Walter Werbeck (Hrsg.), Richard Strauss Handbuch, Stuttgart 2014, S. 2-15.

Quellen

Stadtarchiv Düsseldorf

0-1-7-1939-0000/ Blatt 163

Straßen-/Platzname: Wilhelm-Suter-Pfad

Datum der Benennung

Die Benennung erfolgte 1958 im Zuge der Aufstellung verschiedener Wegemarkierungssteine im Aaper Wald. Diese besaß zunächst aber keine Gültigkeit, da ein ordentliches Benennungsverfahren versäumt worden war. Erst 1965 wurden die Ämter angewiesen, „die Bezeichnung gemäß Dienststellenleiterbesprechung in das Straßenverzeichnis einzutragen“.

Begründung der Benennung: unbekannt

Name, Titel, Beruf oder Amt

Wilhelm Suter (1876-1954), Oberschullehrer und Wanderschriftsteller.

Kurzbiographie / Verdienste

Nach seiner Ausbildung am Lehrerseminar in Moers und dem Militärdienst trat Wilhelm Suter 1896 in den öffentlichen Schuldienst ein und arbeitete zunächst als Volks- und Vorschullehrer in Haan und Düsseldorf. Nach seinem Einsatz im Ersten Weltkrieg erhielt der Pädagoge 1924 eine Anstellung an der Hindenburgschule; zwei Jahre später erfolgte die Beförderung zum Oberschullehrer. In seiner Freizeit erkundete Suter die Umgebung Düsseldorfs und wurde durch seine Heimat- und Wanderbücher als „Wanderbaas“ bekannt. Im Dritten Reich engagierte er sich in NS-Freizeitorganisationen.

Nationalsozialismus

Der als „Düsseldorfer Wanderbas“ bekanntgewordene Pädagoge Wilhelm Suter widmete sich nach dem Ende des Ersten Weltkriegs der Erschließung seiner Heimat und brachte in den 1920er und 30er Jahren mehrere Wanderbücher mit Reisezielen in und um Düsseldorf heraus. Darüber hinaus veranstaltete er eigene Wanderführungen und engagierte sich in zahlreichen Heimat- und Wandervereinen. Im Dritten Reich wurde der Oberschullehrer aufgrund seiner Erfahrung als Fachberater in Kultur- und Freizeitorganisationen eingesetzt.

Nachdem Wilhelm Suter anlässlich der Reichstagswahl 1933 der NSDAP seine Stimme gegeben hatte, trat er im April desselben Jahres in die Partei ein. Dass der Pädagoge durchaus Sympathien für die nationalsozialistische Bewegung hegte, beweist ein Schreiben an den damaligen Düsseldorfer Oberbürgermeister aus dem Jahr 1934, in dem er sich für entsprechende Ortsbezeichnungen ausspricht. So sollte ein von der örtlichen „Hitler-Jugend“ gepflanzter Baum in den Namen „Baldur-Eiche“ erhalten, um den gleichnamigen germanischen Lichtgott zu ehren: *„Ein schöneres Symbol für Adolf Hitlers Reich und die kommende totale Jugend kann ich mir nicht denken.“* Darüber hinaus schlug Suter vor, einen Aussichtspunkt in Gerresheim nach dem NSDAP-Ortsleiter Alwin Pesch zu benennen: *„Der Verdienst dieses Mannes um die Eroberung des schlimmsten Kommunisten-Nestes im deutschen Vaterlande, die Gerresheimer Glashütte, sind so groß und beinahe unfassbar [sic], daß [sic] ihm eine solche Ehrung wohl zukommt.“*

In der Folgezeit wurde Wilhelm Suter im Kreis Düsseldorf mit der Organisation von Wanderausflügen der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ (KdF) betraut, die „die Arbeiterschaft durch gesellschaftliche Aufwertung und ihre Beteiligung an den bislang dem Bürgertum vorbehaltenen Urlaubsmöglichkeiten für den Nationalsozialismus einnehmen“ sollte. (Weiß, S. 294) Für seine Verdienste erhielt der Oberschullehrer 1934 den Rang eines „Gauwanderwarts“ und wurde auf Initiative des zuständigen Gauwarts für mehrere Monate vom Schuldienst beurlaubt, um durch Schulungen und Vorträge „in allen Betrieben und Zellen [des Gaus Düsseldorf] Wanderführer und Wandergruppen heranzubilden.“ In diesem Zusammenhang betätigte sich Suter auch als Fachberater des Gaukulturamts sowie im „Kampfbund für deutsche Kultur“, der die Verbreitung der NS-Weltanschauung in bildungsbürgerlichen Kreisen anstrebte.

Obwohl Wilhelm Suter bereits 1935 in den Ruhestand getreten war, wurde er während des Zweiten Weltkriegs nochmals als Lehrer eingesetzt; 1941 erhielt er von Adolf Hitler das goldene „Treudienst-Ehrenzeichen“ für seine über 40jährige Arbeit im öffentlichen Dienst. Ferner kümmerte er sich seit 1939 um die Bearbeitung der Feldpost in der Ortsgruppe Flingern, wofür er 1943 mit dem Kriegsverdienstkreuz II: Klasse ausgezeichnet wurde. In seinen Wanderbüchern passte sich der Pädagoge in Form und Sprache dem NS-Regime an; so bewarb er beispielsweise das Düsseldorfer „Schlageter-Denkmal“, das an den NS-Märtyrer Albert Leo Schlageter erinnerte.

Nach 1945 versicherte Wilhelm Suter, der NSDAP aus Zwang beigetreten zu sein, seine ehrenamtlichen Tätigkeiten „*niemals zu politischen Zwecken mißbraucht [sic]*“ und „*der Juden-Politik der Partei bewußt [sic] entgegen gearbeitet*“ zu haben; so seien der Ausschluss eines jüdischen Mitglieds aus der literarischen Raabe-Gesellschaft und die Verwüstung der Wohnung einer jüdischen Nachbarin durch ihn verhindert worden. Obwohl der Oberschullehrer in seinem Entnazifizierungsverfahren die Arbeit für die NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ einräumte, gab er die genaue Bezeichnung seiner Ämter nicht an. Die zuständige Spruchkammer wertete ihn lediglich als nominelles Parteimitglied und stufte ihn als „minderbelastet“ (Kategorie IV) ein. Mit Rücksicht auf Suters „*politische Vergangenheit*“ wurde seitens der städtischen Schulverwaltung 1946 „*davon Abstand genommen*“, ihm anlässlich seines Geburtstags Glückwünsche zukommen zu lassen.

Kategorie: B

Bewertung: Unterstützung des NS-Regimes

Literatur

Flachowsky, Sören: *Kampfbund für deutsche Kultur*. In: Benz, Wolfgang (Hrsg.): Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart, Band 5: Organisationen, Institutionen, Bewegungen, Berlin 2012, S. 350-352.

Weiß, Hermann: *Ideologie der Freizeit im Dritten Reich. Die NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“*, In: Archiv für Sozialgeschichte, Nr. 33, 1993, S. 289-303.

Quellen

Stadtarchiv Düsseldorf

IV 52054 / Band 5

0-1-5-25750.0000

0-1-4-18026

IV 15919 (3)

Landesarchiv NRW – Abteilung Rheinland

NW 1002-PENS / 105

BR 1050 / 1150

Wilhelm Suter. In: Düsseldorfener Heimatblätter. X. Jg., 1941, Heft 5.

Suter, Wilhelm: *Spaziergänge und Ausflüge im Bereich der Rheinbahn*. Düsseldorf 1934.

Suter, Wilhelm: *Düsseldorfener Heimatwanderungen*. Düsseldorf 1938.

Suter, Wilhelm: *Die schönsten Wanderungen im Regierungsbezirk Düsseldorf*. Ein Ratgeber für Wanderer, Düsseldorf 1937.

Straßen-/Platzname: Ulanenstraße / An der Ulanenkaserne

Datum der Benennung: 02.05.1929 / 27.12.2008

Begründung der Benennung: unbekannt

Historischer Hintergrund

Das Westfälische Ulanen-Regiment Nr. 5 wurde 1815 gegründet und war ab 1822 in der damaligen Garnisonsstadt Düsseldorf stationiert. Seine Lanzenreiter kämpften sowohl in den Befreiungs- als auch in den deutschen Einigungskriegen und nahmen darüber hinaus am Ersten Weltkrieg teil, nach dessen Ende das Kavallerieregiment aufgelöst wurde. Bis heute erinnert das 1929 eingeweihte Ulanen-Denkmal am Joseph-Beuys-Ufer an die gefallenen Regimentsangehörigen.

Militarismus

Das Westfälische Ulanen-Regiment Nr. 5 ist eng mit der Geschichte der Düsseldorfer Garnison verbunden und gehörte in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu den wichtigsten regionalen Militäreinheiten. Angesichts der Bedrohung Preußens durch die französische Vorherrschaft in Mitteleuropa wurde es 1815 auf Befehl König Friedrich Wilhelms III. aufgestellt und im letzten Akt der Befreiungskriege erfolgreich gegen die Truppen Napoleons eingesetzt. Nach dem Ende des Feldzugs war das Kavallerieregiment zunächst in Schlesien und im Saarland stationiert, bevor es 1822 nach Düsseldorf verlegt wurde.

In den Revolutionsjahren 1848 und 1849 kam es auch in den Städten der Rheinprovinz zu Unruhen, sodass Teile des Regiments zur Wahrung der öffentlichen Ordnung abgestellt wurden. Auf dem Höhepunkt der Düsseldorfer Unruhen wurden diese in der Nacht vom 9. auf den 10. Mai 1849 gewaltsam niedergeschlagen: *„Der Erfolg war vollkommen auf Seiten der Truppen. Die Barrikadenhelden räumten ihre Stellungen, und die Ruhe war gegen Morgen wieder hergestellt.“* Ungeachtet dieser Zusammenstöße genoss das Westfälische Ulanen-Regiment Nr. 5 in späteren Jahren dennoch großes öffentliches Ansehen, bot dessen zentral gelegene Kaserne doch einen idealen Schauplatz für Exerzier- und Reitübungen. *„Die Ulanen (Lanzenreiter) in ihren attraktiven Uniformen bildeten mit Sicherheit eine der Truppen, mit der sich die Düsseldorfer Bürger identifizieren konnten.“* (Looz-Corswarem, S. 56)

Im Krieg gegen Österreich rückte das Regiment 1866 nach der Einnahme Dresdens als Teil der Elbarmee in Böhmen ein und kämpfte in den Schlachten von Münchengrätz und Königgrätz; auch im Deutsch-Französischen Krieg 1870/71 wurde die Einheit in verschiedenen Gefechten eingesetzt. Darüber hinaus begleiteten einige Offiziere und Mannschaften zu Beginn des 20. Jahrhunderts Strafexpeditionen in asiatische und afrikanische Kolonialgebiete und beteiligten sich beispielsweise an der Niederschlagung des sogenannten „Boxeraufstands“ in China; solche Einsätze glichen einem internationalen militärischen „Schaulaufen“. Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs, in dem das Westfälische Ulanen-Regiment - inzwischen mit modernen Waffen ausgestattet - an Kämpfen an Ost- und

Westfront teilgenommen hatte, wurde es im Jahr 1919 schließlich demobilisiert und aufgelöst. Auf Initiative ehemaliger Regimentsmitglieder befasste sich die Stadtverwaltung in den späten 1920er Jahren mit der Gestaltung eines Denkmals, die durchaus kontrovers diskutiert wurde. Nachdem die bereits zugesagte Realisierung im Hofgarten verweigert worden war, erfolgte die Errichtung der über 15 Meter hohen Reiterstatue gegenüber der Tonhalle am Rheinufer; die kontroverse Inschrift („*Wenn tausend einen Mann erschlagen, Das ist nicht Ruhm, das ist nicht Ehr', Denn heißen wird's in spätern Tagen, Gesiegt hat doch das deutsche Heer.*“) wurde 1987 durch eine neutrale Fassung ersetzt.

Kategorie: C

Begründung: Teil der militärischen Stadtgeschichte

Literatur

Looz-Corswarem, Clemens von: *Das Ulanendenkmal*. In: Engelbrecht, Jörg/Looz-Corswarem, Clemens von: *Krieg und Frieden in Düsseldorf. Sichtbare Zeichen der Vergangenheit*, Düsseldorf 2004, S. 213-218.

Looz-Corswarem, Clemens von: *Düsseldorf als Garnisonsstadt*. In: Engelbrecht, Jörg/Looz-Corswarem, Clemens von: *Krieg und Frieden in Düsseldorf. Sichtbare Zeichen der Vergangenheit*, Düsseldorf 2004, S. 35-88.

Brandt, Susanne: *Trauer und fortgesetzter Krieg. Totengedenken zwischen Trauer und Kriegsverherrlichung in Düsseldorf nach dem Ersten Weltkrieg*, In: Dülffer, Jost/Krumeich, Gerd (Hrsg.): *Der verlorene Frieden. Politik und Kriegskultur nach 1918*, Essen 2002, S. 243-260.

Kuß, Susanne: *Deutsches Militär auf kolonialen Kriegsschauplätzen. Eskalation von Gewalt zu Beginn des 20. Jahrhunderts*, Berlin 2010.

Libero, Loretana de: *Rache und Triumph. Krieg, Gefühle und Gedenken in der Moderne*. München 2014.

Quellen

Burgsdorff, Alhard von. von: *Das Westfälische Ulanen-Regiment Nr. 5 und seine Kriegsformationen im Weltkriege*. Berlin 1930.

Boehn, Hans von: *Geschichte des Westfälischen Ulanen-Regiments Nr. 5*. Düsseldorf 1890.

Gedenkschrift zur Einweihung des Ehrenmals der Gefallenen des Westfälischen Ulanen-Regiments No. 5 in Düsseldorf am 25. und 26. Mai 1929. Düsseldorf 1929.

Straßen-/Platzname: Virchowstraße

Datum der Benennung: 28. 11. 1953

Begründung der Benennung

„Rudolf Virchow war einer der größten deutschen Ärzte und Forscher überhaupt.“

Name, Titel, Beruf oder Amt

Rudolf Ludwig Carl Virchow (1821-1902), deutscher Pathologe, Anthropologe und Politiker.

Kurzbiographie / Verdienste

Der aus einfachen Verhältnissen stammende Mediziner arbeitete zunächst als Pathologe in Berlin, bevor er aufgrund seiner Beteiligung an der „Märzrevolution“ im Jahr 1848 seines Amtes enthoben wurde und den Lehrstuhl für Pathologie an der Universität Würzburg übernahm. Nach seiner Rückkehr im Jahr 1856 leitete Virchow über vier Jahrzehnte das Pathologische Institut an der Charité und begründete mit seinen Forschungen auf dem Gebiet der Zellulärpathologie eine neue Krankheitslehre. Darüber hinaus befasste er sich mit anthropologischen und ethnologischen Fragen. Als liberaler Politiker und Gründungsmitglied der Deutschen Fortschrittspartei setzte sich Virchow nicht nur für eine soziale Gesundheitspolitik und städtische Reformen ein, sondern engagierte sich auch in der als „Kulturkampf“ bekanntgewordenen Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche.

Rassismus / Antisemitismus

Rudolf Virchow zählt zu den großen Universalgelehrten der deutschen Geschichte; der Begründer der Zellulärpathologie erweiterte nicht nur das medizinische Wissen, sondern setzte sich als liberaler Politiker auch für Sozialreformen und den wissenschaftlichen Fortschritt ein. Sein Interesse an anthropologischen und ethnologischen Fragestellungen und die daraus resultierenden Untersuchungen „wirken aus heutiger Perspektive zum Teil als grotesker Irrtum, sind aber aus einer historisch-hermeneutischen Perspektive gerade für die Entwicklung anthropologischer Methoden und Theorien ihrer Zeit wichtig und produktiv.“ (Schönholz, S. 20)

Mit der Veröffentlichung von Charles Darwins Theorien zur Entstehung der Arten rückte in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Abstammung des Menschen in den Mittelpunkt der Forschung; die sogenannte „Rassenkunde“ etablierte die Vorstellung von biologisch determinierten „Menschenrassen“. In diesem Zusammenhang befasste sich Rudolf Virchow wie viele seiner Kollegen vor allem mit der Vermessung und Katalogisierung menschlicher Schädelknochen, deren Form Aufschluss über Herkunft, äußere Einflüsse und rassistische Merkmale geben sollte. Als Vorsitzender der „Berliner Gesellschaft für Anthropologie, Ethnologie und Urgeschichte“ (BGAEU) förderte der Mediziner nicht nur Forschungsreisen und Museumsgründungen, sondern ließ auch eine umfassende physisch-anthropologische Sammlung zusammentragen (z.B. Schädel und Skelette), deren Provenienz nach wie vor aufgearbeitet wird. Darüber hinaus beteiligte sich Virchow an sogenannten

„Völkerschauen“, auf denen außereuropäische Menschen- und Volksgruppen einem breiten Publikum vorgeführt wurden, und nutzte diese als Forschungspraxis.

Obwohl Rudolf Virchow die von der Wissenschaft des späten 19. Jahrhunderts postulierten rassistischen Ordnungskriterien durchaus als Arbeitshypothese einsetzte und Völker auf der Basis dieser Konzepte untersuchte, warnte er vor der zunehmenden gesellschaftspolitischen Vereinnahmung des Rassendiskurses und seiner sozialdarwinistischen Auslegung; das von ihm vertretene „Paradigma einer liberalen Anthropologie widersprach somit Auffassungen eines Kampfes zwischen höheren und niederen Rassen, in dessen Gefolge die letzteren verdrängt würden.“ (Goschler, S. 334) In diesem Zusammenhang engagierte sich Virchow auch gegen die antisemitische Bewegung und kritisierte wiederholt die judenfeindliche Programmatik des Theologen Adolf Stoecker, der als Begründer der Christlich-Sozialen Partei (CSP) den Ausschluss der jüdischen Bevölkerung aus dem öffentlichen Leben forderte.

Um die Verbreitung der „Menschenrassen“ in deutschen Nationalstaat erfassen zu können, ließ die „Deutsche Anthropologische Gesellschaft“ in den 1870er Jahren unter der Leitung von Rudolf Virchow die Haut-, Haar- und Augenfarbe von über sechs Millionen Schulkindern erfassen. Die über 70.000 Schüler jüdischer Herkunft wurden gesondert registriert, da die Theorie einer vermeintlich „germanischen“ und einer „jüdischen Rasse“ als Ausgangspunkt der Studie diente. Darüber hinaus unterschied man zwischen Merkmalen eines „blonden“ und eines „brünetten Typus“. Nach der Auswertung dieser Datensammlung stellte Virchow schließlich fest, dass der Großteil der Schüler keinem eindeutigen Erscheinungsbild entsprach und entkräftete auf diese Weise den in völkischen Kreisen vorherrschenden „reinrassigen“ Germanenmythos.

In der historischen Forschung wird der langfristige Einfluss dieser Studie auf die Geschichte des Antisemitismus kontrovers diskutiert. Ungeachtet der Tatsache, dass sich Virchow „von der Erhebung ein wissenschaftliches Argument gegen den aufkommenden Rassismus erhoffte“ (Hess, S. 328), griffen Vertreter der nationalsozialistischen „Rassenhygiene“ auf die Untersuchungspraktiken des Mediziners zurück, „während sie gleichzeitig seine Schlussfolgerungen verwarfen“. (Goschler, S. 344) Aufgrund seines Engagements für die jüdische Bevölkerung verkörperte Rudolf Virchow im Dritten Reich „das ideale Feindbild für den Retter des deutschen Volkes“ (Schönholz, S. 278f.) und wurde von der NS-Propaganda wiederholt diffamiert.

Kategorie: C

Begründung: historisch minderbelastet

Literatur

Andree, Christian: *Virchow, Rudolf*. In: Gerabek, Werner E./Haage, Bernhard D./Keil, Gundolf/Wegner, Wolfgang (Hrsg.): *Enzyklopädie Medizingeschichte*. Berlin/ New York 2005, S. 1445–1447.

Goschler, Constantin: *Rudolf Virchow. Mediziner – Anthropologe – Politiker*, Köln/Weimar/Wien 2002.

Kümmel, Werner: *Rudolf Virchow und der Antisemitismus*. In: *Medizinhistorisches Journal*. Band 3, 1969, S. 165-179.

Lewerentz, Annette: *Rudolf Virchow als Anthropologe und seine Bedeutung für die Berliner Gesellschaft für Anthropologie, Ethnologie und Urgeschichte*. In: Saherwala, Geraldine (Hrsg.): *Zwischen Charité und Reichstag. Rudolf Virchow – Mediziner, Sammler, Politiker*. Begleitbuch zur Ausstellung „Virchows Zellen“ – Zeugnisse eines engagierten Gelehrtenlebens in Berlin“, Berlin 2002, S. 123-136.

Schipperges, Heinrich: *Rudolf Virchow*. Hamburg 1994.

Schönholz, Christian: *Rudolf Virchow und die Wissenschaften vom Menschen. Wissensgenerierung und Anthropologie im 19. Jahrhundert*, Würzburg 2013.

Zimmerman, Andrew: *Anti-Semitism as Skill. Rudolf Virchow's „Schulstatistik“ and the Racial Composition of Germany*, In: *Central European History*, Vol. 32, No. 4, 1999, S. 409-429.

Hess, Volker: *Vermessen*. In: Hennig, Jochen (Hrsg.): *Weltwissen. 300 Jahre Wissenschaften in Berlin*, München 2010, S. 324-328.

Quellen

Stadtarchiv Düsseldorf

IV 52054 / Band 7

0-1-7-1939.0000

0-1-4-15919 (6)

Straßen-/Platzname: Wagnerstraße

Datum der Benennung: 29.05.1888

Begründung der Benennung: unbekannt

Name, Beruf, Amt oder Funktion:

Wilhelm Richard Wagner (1813-1883), deutscher Komponist und Dramatiker.

Kurzbiographie/Verdienste:

Richard Wagner zählt zu den bedeutendsten und einflussreichsten Opernkomponisten des 19. Jahrhunderts und gilt insbesondere auf dem Gebiet des Musikdramas als Revolutionär; Werke wie „Tristan und Isolde“ oder „Der fliegende Holländer“ werden als Höhepunkte der musikalischen Romantik betrachtet. Mit dem Opernzyklus „Der Ring des Nibelungen“, dessen Schaffensperiode mehrere Jahrzehnte umfasste, verwirklichte Wagner seine Vorstellung vom Gesamtkunstwerk als eine Einheit aus Musik, Dichtung und Tanz. Die Uraufführung fand 1876 in Bayreuth statt und begründete die gleichnamigen Festspiele.

Antisemitismus / Rassismus:

Während Richard Wagners Kompositionen einen festen Bestandteil deutscher Alltagskultur repräsentieren, sind Diskussionen um seine Person lange Zeit vermieden oder tendenziös geführt worden; nach wie vor bewegt sich der „Mythos Wagner“ auf dem schmalen Grat zwischen kultischer Verehrung und gnadenloser Verachtung.

Die antisemitische Einstellung des Komponisten ist allerdings zweifelsfrei belegt und nicht nur in Briefen und Tagebüchern hinreichend dokumentiert. Als entschiedener Gegner der jüdischen Emanzipation veröffentlichte er erstmals 1850 seine berüchtigte Kampfschrift „Das Judentum in der Musik“, in der er den Juden die künstlerische Unfähigkeit bescheinigte und eine „*instinktmäßige Abneigung*“ ihnen gegenüber rechtfertigte. Neben der Kritik an der vermeintlichen „*Verjüdung der modernen Kunst*“ bediente sich Richard Wagner vor allem antisemitischen Stereotypen und gebrauchte rassistische Argumente, die sich im darauffolgenden Jahrhundert auch die Nationalsozialisten aneigneten: „*Der Jude [...] fällt uns im gemeinen Leben zunächst durch seine äußere Erscheinung auf, die [...] etwas [...] unangenehm Fremdartiges hat: wir wünschen unwillkürlich, mit einem so aussehenden Menschen Nichts [sic] gemein zu haben.*“

Die Frage nach der ideologischen Wirkung Richard Wagners im 20. Jahrhundert ist Gegenstand zahlreicher Untersuchungen und nicht abschließend zu beantworten. Während die einen jegliche Mitschuld am Nationalsozialismus kategorisch abstreiten, erklären andere den Komponisten zum geistigen Vordenker und Wegbereiter. Fest steht, dass Richard Wagner von Adolf Hitler außerordentlich verehrt wurde und zum „Hauskomponisten des Dritten Reiches“ avancierte. Dabei griff das NS-Regime vor allem die Inhalte der Wagner-Opern auf, um eine politisch-kulturelle Verbindung zu demonstrieren: Führerkult, Deutschtum und Blutideologie.

Obwohl keine Belege dafür existieren, dass sich Adolf Hitler näher mit Richard Wagners antisemitischen Schriften beschäftigt hat, ist eine Anlehnung an dessen judenfeindliche Geisteshaltung nur schwer von der Hand zu weisen. Allerdings muss in diesem Zusammenhang auf die Problematik einer historischen Gleichsetzung hingewiesen werden: Zwischen dem Ableben Richard Wagners und der Machtergreifung der Nationalsozialisten erstreckte sich ein halbes Jahrhundert, dementsprechend ist die Annahme eines Wagnerischen Bewusstseins oder gar einer Unterstützung für den Holocaust wissenschaftlich nicht haltbar. Darüber hinaus darf nicht außer Acht gelassen werden, dass die Familie Wagner ab den 1920er Jahren die Stilisierung ihres Oberhauptes zum ideologischen Pionier des Nationalsozialismus begrüßte und sogar ganz bewusst vorantrieb, um das Festspielhaus Bayreuth als kulturelle Machtzentrale zu etablieren.

Kategorie: B

Begründung: ausgeprägter Antisemitismus

Literatur:

Bernbach, Udo: Richard Wagner in Deutschland. Rezeption – Verfälschungen, Stuttgart 2011.

Drüner, Ulrich: Richard Wagner. Die Inszenierung eines Lebens, München 2016.

Fest, Joachim: *Richard Wagner – Das Werk neben dem Werk. Zur ausstehenden Wirkungsgeschichte eines Großideologen*, in: Richard Wagner im Dritten Reich, hrsg. von Saul Friedländer und Jörn Rüsen, München 2000, S. 24-39.

Fischer, Jens Malte: Richard Wagners „Das Judentum in der Musik“. Eine kritische Dokumentation als Beitrag zu Geschichte des Antisemitismus, Würzburg 2015.

Hamann, Brigitte: Winifred Wagner oder Hitlers Bayreuth, München 2002.

Hertel, Ludwig: Zum Wagnerkult im Nationalsozialismus. Berlin 2015.

Kiesewetter, Hubert: Von Richard Wagner zu Adolf Hitler. Varianten einer rassistischen Ideologie, Berlin 2015.

Klee, Ernst: Das Kulturlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2009.

Straßen-/Platzname: Weißenburgstraße

Datum der Benennung: um 1895

Begründung der Benennung: unbekannt

Historischer Hintergrund

In der Schlacht bei Weißenburg (franz. Wissembourg) am 4. August 1870 trafen nach dem Ausbruch des Deutsch-Französischen Kriegs erstmals beide Armeen aufeinander; das Gefecht endete mit dem ersten Sieg der gesamtdeutschen Truppen auf französischem Boden. 1871 wurde die Stadt Weißenburg als Teil des Elsass in das neu gegründete Deutsche Reich eingegliedert.

Militarismus

Nach dem Ausbruch des Deutsch-Französischen Kriegs hatten französische Truppen Anfang August 1870 kurzzeitig die Grenzstadt Saarbrücken eingenommen; der Plan einer Großoffensive auf deutschem Boden wurde angesichts der unzureichenden Mobilisierung allerdings verworfen. Während man auf französischer Seite nicht mit einem schnellen Gegenangriff rechnete, bereitete sich die 3. Armee unter Kronprinz Friedrich Wilhelm von Preußen auf die Überschreitung der elsässischen Grenze bei Weißenburg vor.

In den Morgenstunden des 4. August 1870 rückten die einzelnen deutschen Korps aus südöstlicher Richtung sukzessive auf die Stadt vor und überraschten die zahlenmäßig unterlegenen Franzosen, die sich unter Geschützfeuer hinter die Stadttore zurückzogen. Nach der Einnahme von Weißenburg wandten sich die preußischen Truppen den französischen Stellungen auf dem südlich gelegenen Geisberg zu und konnten die verlustreichen Gefechte um das Schloss in den Nachmittagsstunden schließlich für sich entscheiden; während die Deutschen etwa 1500 Tote zu beklagen hatten, waren auf französischer Seite ca. 1000 Mann gefallen, verwundet oder gefangen genommen worden.

Kategorie: B

Begründung: historischer Hintergrund verlangt weiterführende Erläuterungen

Literatur

Haselhorst, Olaf: *Operationen der deutschen Heere im Krieg gegen Frankreich 1870/71*. In: Ganschow, Jan/Haselhorst, Olaf/Ohnezeit, Maik (Hrsg.): *Der Deutsch-Französische Krieg 1870/71. Vorgeschichte – Verlauf – Folgen*. Ares-Verlag, Graz 2009, S. 83-120.

Tümmler, Holger: *Großer Atlas des Deutsch-Französischen Krieges 1870/71*. Wolfenbüttel 2010.

Tümmler, Holger: *Das Gefecht von Weißenburg. Eine taktisch-kriegsgeschichtliche Studie*, Wolfenbüttel 2009.

Quellen

Bleibtreu, Carl: *Weissenburg*. Stuttgart 1903.

Straßen-/Platzname: Kaiser-Wilhelm-Ring

Datum der Benennung: vor 1929

Begründung der Benennung: unbekannt

Name, Titel, Beruf oder Amt

Wilhelm I. / Wilhelm Friedrich Ludwig von Preußen (1797-1888), deutscher Kaiser und König von Preußen.

Kurzbiographie / Verdienste

Der zweite Sohn des preußischen Königs Friedrich Wilhelm III. wurde schon früh militärisch geschult und nahm ab 1814 an den sogenannten „Befreiungskriegen“ gegen Napoleon I. teil. In der Folgezeit bekleidete der Hohenzoller verschiedene militärische Ränge; aufgrund seines Eintretens für eine gewaltsame Niederschlagung der „Märzrevolution“ im Jahr 1848 erhielt Wilhelm Friedrich den Beinamen „Kartätschenprinz“. Als König von Preußen berief er Otto von Bismarck zum Ministerpräsidenten, führte in den „Einigungskriegen“ den Oberbefehl über das deutsche Heer und wurde im Zuge der Reichsgründung 1871 schließlich zum ersten deutschen Kaiser ausgerufen. Während der Regentschaft Wilhelms I. annektierte das Deutsche Reich erste Kolonialgebiete.

Militarismus / Kolonialismus

Unter dem ersten Hohenzollernkaiser konnte das Königreich Preußen seine Vormachtstellung in Mitteleuropa behaupten und im Zuge der Nationalstaatsgründung 1871 eine Führungsrolle im Deutschen Reich übernehmen. Dennoch „stand Wilhelms geschichtsmächtige Wirkung [lange Zeit] im Schatten der Bismarckschen“ (Seier, S. 395); die Frage nach der politischen Autonomie des Kaisers ist erst in jüngerer Vergangenheit in den Blickpunkt der Forschung gerückt.

Anders als seine Ehefrau Augusta von Sachsen-Weimar-Eisenach, die liberale Werte vertrat und diese auch dem gemeinsamen Sohn Friedrich Wilhelm (Kaiser Friedrich III.) vermittelte, war Wilhelm I. eher dem machtstaatlichen Konservatismus zugeneigt. Angesichts der reformerischen Strömungen des Vormärz sorgte sich der überzeugte Monarchist und Militarist um die Autorität der königlichen Krone; die Einführung einer freiheitlichen Verfassung und das Streben nach Volkssouveränität lehnte er entschieden ab.

Im Revolutionsjahr 1848 beugte sich der Prinz von Preußen schließlich dem Druck der bürgerlich-demokratischen Bewegung und unterzeichnete jene Proklamation, die die gesetzliche Bildung einer Volksvertretung zusagte, plädierte jedoch zwecks Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung für einen militärischen Eingriff. Obwohl Wilhelm als Generalgouverneur der Rheinarmee in Berlin über keine Befehlsgewalt verfügte und die blutigen Barrikadenkämpfe im März 1848 auf Anordnung seines Bruders König Friedrich Wilhelm IV. ausgelöst worden waren, wurde ihm aufgrund seiner Unterstützung die Verantwortung zugeschrieben. Von der Bevölkerung „als Kartätschenprinz“ (Kartätsche = Artilleriegeschoss mit Schrotladung) diffamiert, flüchtete der Thronfolger für mehrere

Monate ins englische Exil, kommandierte aber im darauffolgenden Jahr die gewaltsame Niederschlagung von Aufständen in Baden und in der Pfalz.

In den 1850er Jahren öffnete sich Wilhelm einem „gemäßigt-liberalen Konstitutionalismus“ (Angelow, S. 252) und trat nach der Übernahme der Regierungsgeschäfte für die Beibehaltung der Verfassung ein. Die von ihm angestrebte Neuorganisation des Heeres stieß im Parlament allerdings auf breite Ablehnung (preußischer Verfassungskonflikt); der preußische Ministerpräsident Otto von Bismarck sorgte schließlich dafür, dass der König als militärischer Machthaber die letzte Entscheidungsbefugnis erhielt. Obwohl der spätere Reichskanzler einen bestimmenden Einfluss ausübte und nach wie vor die historische Wahrnehmung der „Einigungskriege“ dominiert, ist die vielfach kolportierte Passivität Wilhelms I. inzwischen widerlegt worden. Beide strebten die Lösung der „deutschen Frage“ an und waren in diesem Zusammenhang von der Notwendigkeit kriegerischer Auseinandersetzungen überzeugt; dabei „trat Wilhelms Führungsanteil [zwar] zurück, [...] schrumpfte [aber] nie bis zur bloßen Formalität.“ (Seier, S. 399)

Nach der Reichsgründung zog sich der betagte Monarch zunehmend aus der Politik zurück und avancierte in der Öffentlichkeit zur nationalen Integrationsfigur; die ersten Kolonialerwerbungen des Deutschen Reiches erfolgten auf Initiative Bismarcks. „Es ehrt Wilhelm, für den Deutschland und Preußen keine Beute, sondern Schutzbefohlene waren, nicht wie sein Enkel mit herausfordernden Allmachtphantasien und Ausdehnungsstreben in die Welt hinausgetreten zu sein. Hierin liegt das historische Verdienst des ersten deutschen Kaisers [...].“ (Schule-Wegener, S. 483)

Kategorie: C

Begründung: keiner Kategorie zuzuordnen

Literatur

Angelow, Jürgen: *Wilhelm I. (1861–1888)*. In: Kroll, Frank-Lothar (Hrsg.): *Preußens Herrscher. Von den ersten Hohenzollern bis Wilhelm II.*, München 2006, S. 242–264.

Herre, Franz: *Kaiser Wilhelm I. Der letzte Preuße*, Köln 1980.

Richter, Günter: *Kaiser Wilhelm I.* In: Treue, Wilhelm (Hrsg.): *Ploetz. Drei deutsche Kaiser, Wilhelm I. - Friedrich III. - Wilhelm II., Ihr Leben und ihre Zeit 1858 – 1918*, Freiburg im Breisgau 2003, S. 15-80.

Schulze-Wegener, Guntram: *Wilhelm I. - Deutscher Kaiser, König von Preußen, Nationaler Mythos*. Hamburg 2015.

Seier, Helmut: *Wilhelm I. Deutscher Kaiser 1871–1888*. In: Schindling, Anton/Ziegler, Walter (Hrsg.): *Die Kaiser der Neuzeit 1519-1918. Heiliges Römisches Reich – Österreich – Deutschland*, München 1990, S. 395–409.

Straßen-/Platzname: Wissmannstraße

Datum der Benennung: 13. 03. 1908

Begründung der Benennung: unbekannt

Name, Titel, Beruf oder Amt

Hermann Wilhelm Leopold Ludwig von Wissmann (1853-1905), deutscher Offizier, Kolonialbeamter und Afrikaforscher; Reichskommissar (1888-1891) und Gouverneur (1895-1896) von Deutsch-Ostafrika.

Kurzbiographie / Verdienste

Nach seiner militärischen Ausbildung und der Beförderung zum Leutnant nahm Hermann von Wissmann an einer Expedition in Zentralafrika teil und durchquerte als erster Europäer den afrikanischen Kontinent von West nach Ost. Im Auftrag des belgischen Königs Leopold II. führte er weitere Forschungsreisen durch, bevor er 1888 zum Reichskommissar der Kolonie Deutsch-Ostafrika ernannt wurde und die erste deutsche Schutztruppe gründete. Für die Niederschlagung des sogenannten „Araberaufstands“ wurde Wissmann mit höchsten Ehren ausgezeichnet und in den erblichen Adelsstand erhoben. 1895 folgte eine kurze Amtszeit als Gouverneur von Deutsch-Ostafrika, die aus gesundheitlichen Gründen vorzeitig endete.

Kolonialismus / Rassismus

Das öffentliche Bild Hermann von Wissmanns – obgleich bereits zu Lebzeiten nicht unumstritten – ist in der Erinnerungskultur des 20. Jahrhunderts zunächst instrumentalisiert und später ignoriert worden. Im Kaiserreich als unerschrockener Forscher und Kriegsheld gefeiert und von den Nationalsozialisten zum Vorkämpfer eines deutschen Imperialismus stilisiert, spielte Hermann von Wissmann in der historischen Wahrnehmung der Bundesrepublik lange Zeit keine Rolle mehr. Erst mit dem Beginn der Aufarbeitung deutscher Kolonialgeschichte in den 1990er Jahren rückten der Kolonialoffizier und sein Wirken in den Fokus der wissenschaftlichen Debatten.

Über Wissmanns brutale Praxis als Befehlshaber der deutschen Schutztruppe („Wissmann-Truppe“) in Deutsch-Ostafrika herrscht in der Forschung weitestgehend Konsens. Der Afrikaforscher war aufgrund seiner im Dienst der belgischen Krone gesammelten Expeditionserfahrungen von Bismarck gezielt ausgewählt worden, um die Widerstandsbewegungen an den Küsten („Araberaufstand“) zu bekämpfen. Bevor Wissmann im Frühjahr 1889 Richtung Afrika aufbrach, erläuterte er seine Pläne im Reichstag, lehnte Verhandlungen mit lokalen Widerstandsführern rigoros ab und legitimierte die Anwendung von Gewalt. Dementsprechend nutzte seine aus Soldaten und Söldnern zusammengesetzte Kolonialarmee eine „Strategie des Terrors“ (Prinz, S. 321), um die indigene Bevölkerung zu unterwerfen. Bei der rücksichtslosen Eroberung der jeweiligen Gebiete wurden ganze Dörfer geplündert und in Brand gesteckt; willkürliche Hinrichtungen sollten den Bewohnern die Übermacht der deutschen Besatzer demonstrieren, und *„nicht allzu gering [war] die Zahl*

derer, die mit ihrem Körper [...] den Galgen oder eine Palme geziert haben“. Bei den von Wissmann angeordneten Massakern verloren tausende Menschen ihr Leben.

Darüber hinaus verband der Reichskommissar mit der militärischen Intervention auch eine vermeintlich zivilisatorische. Die in der Kolonialbewegung verbreitete Vorstellung eines „barbarischen“ und unkultivierten afrikanischen Kontinents, der sich allein durch eine umfassende europäische Zwangsmissionierung weiterentwickeln könne, resultierte aus den Rassentheorien des späten 19. Jahrhunderts. Hermann von Wissmann setzte sich mit diesen Denkmustern eingehend auseinander und stimmte ihnen weitestgehend zu: *„Keine Tätigkeit ist geeigneter, den Europäer für die richtige Behandlung der Neger zu erziehen als die militärische. ... Er wird bald erkennen, dass er in den Negern eine noch in den Kinderschuhen steckende Rasse vor sich hat.“*

Darüber hinaus initiierte der Kolonialoffizier in seiner kurzen Amtszeit als Gouverneur von Deutsch-Ostafrika die Einführung einer sogenannten „Hüttensteuer“, um die hohen Kosten für Militär und Verwaltung zu deckeln. Diese Maßnahme trug 1905 zum Ausbruch des berüchtigten „Maji-Maji-Aufstands“ bei, dessen Folgen (Hungersnöte, Entvölkerung) „höchstwahrscheinlich eine sechsstellige Zahl an Einheimischen“ (Becker/Beez, S. 12) das Leben kosteten.

Kategorie: A

Begründung: aggressiver Kolonialismus

Literatur

Becker, Felicitas/Beez, Jigal: *Ein nahezu vergessener Krieg*. In: Becker, Felicitas/Beez, Jigal (Hrsg.): *Der Maji-Maji-Krieg in Deutsch-Ostafrika 1905-1907*. Berlin 2005, S. 11-13.

Bührer, Tanja: *Die Kaiserliche Schutztruppe für Deutsch-Ostafrika. Koloniale Sicherheitspolitik und transkulturelle Kriegführung 1885 bis 1918*, München 2011.

Bührer, Tanja: *Ein Forschungsreisender als Notbehelf: Hermann von Wissmann und der erste Überseeinsatz des Deutschen Reichs (1889-1891)*. In: Bührer, Tanja (Hrsg.): *Globale Akteure an den Randzonen von Souveränität und Legitimität*. Leipzig 2013, S. 45-59.

Mikolaszek, Matthäus: *Erinnerung an Hermann von Wissmann – 2018 in Düsseldorf, Bad Lauterbach und Liezen (Österreich)*. In: Michels, Stefanie (Hrsg.): *(Dis-)Locating Hermann von Wissmann*. Düsseldorf 2018, S. 35-43.

Morlang, Thomas: *„Finde ich keinen Weg, so bahne ich mir einen.“. Der umstrittene „Kolonialheld“ Hermann von Wissmann*, In: van der Heyden, Ulich/Zeller, Joachim (Hrsg.): *„...Macht und Anteil an der Weltherrschaft“*. Berlin und der deutsche Kolonialismus, Münster 2005, S. 37-43.

Prinz, Claudia: *Hermann von Wissmann als „Kolonialpionier“*. In: *Peripherie. Zeitschrift für Politik und Ökonomie in der Dritten Welt*, 118/119 (2010), H.2, 315-336.

Schilling, Britta: *Hermann von Wissmann und die Verflechtung nationaler, internationaler und lokaler Erinnerungsdiskurse*. In: Michels, Stefanie (Hrsg.): *(Dis-)Locating Hermann von Wissmann*. Düsseldorf 2018, S. 4-15.

Speitkamp, Winfried: *Totengedenken als Berlin-Kritik. Der Kult um die Kolonialpioniere*, In: van der Heyden, Ulich/Zeller, Joachim (Hrsg.): *„...Macht und Anteil an der Weltherrschaft“*. Berlin und der deutsche Kolonialismus, Münster 2005, S. 163-170.

Zeller, Joachim: *Kolonialdenkmäler und Geschichtsbewusstsein. Eine Untersuchung der kolonialdeutschen Erinnerungskultur*, Berlin 1999.

Quellen

Becker, Alexander u. a.: *Hermann von Wissmann. Deutschlands größter Afrikaner*, Berlin 1907.

Maercker, Georg: *Unsere Schutztruppe in Ost-Afrika*. Berlin 1893.

Wissmann, Hermann von: *Afrika. Schilderungen und Rathschläge für den Dienst in den deutschen Schutzgebieten*, Berlin 1895.

Straßen-/Platzname: Erwin-von-Witzleben-Straße

Datum der Benennung: 14. 07. 1945

Begründung der Benennung

Erwin von Witzleben gehörte zu jenen Männern, „*welche im Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 den Tod gefunden haben.*“

Name, Titel, Beruf oder Amt

Job Wilhelm Georg Erwin Erdmann von Witzleben (1881-1944), Generalfeldmarschall der Wehrmacht und Widerstandskämpfer im Nationalsozialismus.

Kurzbiographie / Verdienste

Als Angehöriger einer Offiziersfamilie besuchte Erwin von Witzleben zunächst eine preußische Kadettenanstalt und trat als Leutnant in ein Grenadier-Regiment ein. Im Ersten Weltkrieg bekleidete er verschiedene militärische Ränge; zuletzt diente er als Generalstabsoffizier und wurde für seine Verdienste mit dem Eisernen Kreuz I. und II. Klasse ausgezeichnet. Nach der Beförderung zum Oberstleutnant übernahm Witzleben 1931 das Kommando über das 8. Preußische Infanterieregiment in Frankfurt an der Oder. Im Dritten Reich wurde er Oberbefehlshaber der Heeresgruppe 2 und führte 1940 die im Westen stationierte 1. Armee gegen Frankreich, engagierte sich jedoch gleichzeitig im Widerstand. Nach seiner Entlassung aus dem aktiven Dienst schloss sich der Generalfeldmarschall der Gruppe um Claus Schenk Graf von Stauffenberg an und war nach einem Staatsstreich als Oberbefehlshaber der gesamten Wehrmacht vorgesehen. Infolge des gescheiterten Attentats vom 20. Juli 1944 wurde Erwin von Witzleben vor dem Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Nationalsozialismus

In der Geschichte des deutschen Widerstands zählt Erwin von Witzleben zu jenen Wehrmichtsangehörigen, die „sehr früh den Nationalsozialismus als einen Irrweg und den Soldateneid auf Hitler als eine Schande ansahen.“ (Müller 2015, S. 265) Sein christlich geprägtes Weltbild und seine preußischen Wertvorstellungen ließen ihn bereits kurz nach der „Machtergreifung“ am NS-System zweifeln; die innen- und außenpolitischen Entwicklungen der 1930er Jahre überzeugten Witzleben schließlich von der Notwendigkeit eines politischen Umsturzes.

Der Entschluss zum aktiven Widerstand resultierte aus den Ereignissen des Jahres 1934; die Ermordung der Generäle Kurt von Schleicher und Ferdinand von Bredow im Zuge des sogenannten „Röhm-Putsches“ sowie die Einführung des berüchtigten „Arier-Paragrafen“ bestärkten Erwin von Witzleben in seiner Ablehnung und führten zu einer intensiven Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Politik. In diesem Zusammenhang nutzte er seine Position als territorialer Befehlshaber zur Informationsgewinnung und pflegte Kontakte zu nationalkonservativen Regimekritikern

inner- und außerhalb der Wehrmacht. Gleichzeitig begünstigten die Rüstungsmaßnahmen sowie Witzlebens hohes Ansehen dessen Aufstieg zum Oberbefehlshaber.

Angesichts der Angriffspläne Hitlers auf die Tschechoslowakei war er 1938 zusammen mit anderen Wehrmachtsangehörigen an der Vorbereitung eines Staatsstreichs beteiligt („Septemberverschwörung“), der letztendlich durch die im Zuge des Münchener Abkommens beschlossene Abtretung des Sudetenlandes an das Deutsche Reich nicht durchgeführt werden konnte. In der Folgezeit hielt Erwin von Witzleben den Kontakt zu zivilen Widerstandskreisen und widmete sich dem Aufbau eines oppositionellen militärischen Netzwerks, um mittels „konspirativer Kader“ (Müller 1988, S. 13) einen weiteren Umsturzversuch zu wagen, wurde allerdings 1939 vom Einmarsch der Wehrmacht in Polen überrascht. Als Oberbefehlshaber der im Westen stationierten 1. Armee versuchte er vergeblich, den von Hitler geplanten Feldzug gegen Frankreich zu verhindern und untersagte Ausschreitungen gegen die jüdische Bevölkerung im Saarland. Nach dem Ende der Offensive stieg Witzleben in den Rang eines Generalfeldmarschalls auf und erhielt das Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes; 1941 wurde er zum „Oberbefehlshaber West“ ernannt. Bisher existieren keine Hinweise auf eine Verantwortung oder gar Beteiligung Witzlebens an Kriegsverbrechen.

Im März 1942 erfolgte – offiziell aus gesundheitlichen Gründen – seine Verabschiedung in den Ruhestand; ob und inwieweit Erwin von Witzlebens „Doppelrolle als Soldat im Krieg und als Widerstandskämpfer gegen den Krieg“ (Witzleben, S. 222) enttarnt wurde, bleibt unklar. Von den Verschwörern der „Operation Walküre“ als Oberbefehlshaber der gesamten Wehrmacht vorgesehen, übermittelte er am 20. Juli 1944 aus dem Bendlerblock Anweisungen an die obersten Kommandos des Heeres. Nach dem Scheitern des Umsturzes wurde Erwin von Witzleben vor dem Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und in Berlin-Plötzensee hingerichtet.

Kategorie: C

Begründung: Vorbildfunktion / selbstreflektierendes Handeln / persönliche Entwicklung

Literatur

Benz, Wolfgang/Pehle, Walter H. (Hrsg.): Lexikon des deutschen Widerstandes. Frankfurt am Main 2008.

Heinemann, Winfried: Unternehmen „Walküre“. Eine Militärgeschichte des 20. Juli 1944, Berlin 2019.

Klee, Ernst: Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2003.

Müller, Gene: *Generalfeldmarschall Erwin von Witzleben*. In: Ueberschär, Gerd R. (Hrsg.): Hitlers militärische Elite. 68 Lebensläufe, Darmstadt 2015, S. 265-271.

Müller, Klaus-Jürgen: Witzleben – Stülpnagel – Speidel. Offiziere im Widerstand, Beiträge zum Widerstand 1933-1945, Heft 7, Berlin 1988.

Pommerin, Reiner: *Erwin von Witzleben – Der designierte Oberbefehlshaber*. In: Klemperer, Klemens von/Syring, Enrico/Zitelmann, Rainer (Hrsg.): „Für Deutschland“. Die Männer des 20. Juli, Frankfurt am Main 1994, S. 328-343.

Ramm, Arnim: Der 20. Juli vor dem Volksgerichtshof. Berlin 2007.

Ramm, Arnim: Kritische Analyse der Kaltenbrunner-Berichte über die Attentäter vom 20. Juli 1944. Ein Beitrag zur Geschichte des militärischen Widerstandes, Marburg 2003.

Witzleben, Georg von: „Wenn es gegen den Satan Hitler geht...“. Erwin von Witzleben im Widerstand, Biographie, Hamburg 2013.

Quellen

Stadtarchiv Düsseldorf

0-1-7-1937.0000 / Blatt 516

Straßen-/Platzname: Woermannstraße

Datum der Benennung: 16. 12. 1937

Begründung der Benennung

Im Zusammenhang mit der für die NS-Reichsausstellung „Schaffendes Volk“ geplanten Mustersiedlung in Düsseldorf-Stockum schlug der damalige Direktor der Landes- und Stadtbibliothek – Hermann Reuter – 1936 vor, die Straßen dieses Geländes *„nach verdienten Männern der deutschen Kolonialgeschichte zu benennen.“* Ein halbes Jahr später wurden die Mustersiedlung auf Betreiben des damaligen Gauleiters Florian in „Schlageter-Stadt“ getauft und ihre Straßen umgewidmet. Als Ausgleich schufen die Nationalsozialisten kurze Zeit später ein neues Kolonialviertel in Urdenbach, in dem die ursprünglichen Straßennamen wieder zum Tragen kamen.

Name, Titel, Beruf oder Amt

Adolph Woermann (1847-1911), deutscher Kaufmann und Großreeder.

Kurzbiographie / Verdienste

Der Sohn des Hamburger Kaufmanns Carl Woermann stieg 1874 in das familiäre Handelsunternehmen ein und trat 1880 die Nachfolge seines Vaters an. Unter der Leitung Adolph Woermanns wurden die internationalen Exportgeschäfte ausgebaut und insbesondere die Zahl der afrikanischen Niederlassungen vergrößert; auf sein Betreiben erwarb das Deutsche Reich 1884 Kamerun als deutsches Schutzgebiet. Ein Jahr später gründete Woermann die „Afrikanische-Dampfschiffahrts-Aktiengesellschaft“ (Woermann-Linie), die zusammen mit der „Deutsch-Ostafrika Linie AG“ (DOAL) maßgeblich an der Gründung der deutschen Kolonien in Afrika beteiligt war.

Kolonialismus

Adolph Woermann zählt zu jenen Schlüsselfiguren der deutschen Kolonialwirtschaft, die den Erwerb und die Aufbau von Schutzgebieten entscheidend geprägt und vorangetrieben haben. Der politische Einfluss des Hamburger Unternehmers ermöglichte die Expansion seines Handelshauses, das durch afrikanische Exportgeschäfte zu den herausragenden Profiteuren der deutschen Kolonialpolitik gehörte; Woermann selbst stieg zum „größten Privatreeeder der Welt“ auf. (Bade, S. 187)

Die Firma C. Woermann hatte bereits in den 1850er und 60er Jahren erste Handelsniederlassungen in Gabun und Kamerun eingerichtet, um Alkohol und Waffen aus dem Deutschen Reich gegen wertvolle Rohstoffe (Palmöl, Kautschuk, Elfenbein) tauschen zu können. Mit der Übernahme des Unternehmens durch Adolph Woermann im Jahr 1880 wurde dieser Handel ausgeweitet und die größtenteils aus Segelschiffen bestehende Flotte durch Dampfschiffe ersetzt. Angesichts der Konkurrenz der etablierten Kolonialmächte plädierte der Kaufmann für eine aktivere deutsche Kolonialpolitik: *„Es liegt auf der Hand, dass in Afrika zwei grosse [sic] ungehobene Schätze sind: Die Fruchtbarkeit des Bodens und die Arbeitskraft vieler Millionen Neger.“* In seiner im Jahr 1883 an die Regierung gerichteten

Denkschrift unterstützte er den Erwerb Kameruns und stellte sowohl die ökonomischen Vorteile als auch den Nutzen der Einheimischen heraus, die für ihn „*als Sklaven stets das gesuchteste Arbeitsmaterial für alle heißen Klimate*“ repräsentierten. Um die „Spitzenstellung“ (Gründer, S.89) seines Handelshauses in Südwestafrika zu sichern und das regionale Transportmonopol zu erhalten, hatte Adolph Woermann im Vorfeld dubiose Verträge mit lokalen Autoritäten abschließen lassen, die nach der Inbesitznahme von Kamerun auf das Deutsche Reich übergingen. Darüber hinaus nahm er als Berater an der Berliner Westafrika-Konferenz 1884/85 teil, auf der die Aufteilung des afrikanischen Kontinents unter den Großmächten beschlossen wurde.

Mit der steigenden Anzahl der Schiffsverbindungen gründete Woermann 1885 die „Afrikanische-Dampfschiffahrts-Aktiengesellschaft“ (Woermann-Linie), die neben Waren und Passagieren auch versklavte Menschen transportierte und ihren Tätigkeitsbereich auf die gesamte Westküste Afrikas ausweitete. Durch seine zahlreichen Aufsichtsratsposten in Übersee-Unternehmen und Mitgliedschaften in einflussreichen Wirtschaftsgremien konnte der Kaufmann ein „beachtliches Kolonialimperium“ (Möhle, S. 45) aufbauen; die Beteiligung an der staatlich subventionierte „Deutsch-Ostafrika Linie AG“ (DOAL) erschloss den Linienverkehr rund um den afrikanischen Kontinent.

Um Handelsrouten und Niederlassungen im Landesinneren zu eröffnen, setzte Adolph Woermann bei der Kolonisierung Kameruns eine eigene Söldnertruppe ein, die jeglichen Widerstand rücksichtslos niederschlug, ganze Dörfer plünderte und Einheimische für Zwangsarbeiten in Gefangenschaft nahm. Ab Mitte der 1890er Jahre wurden diese „Expeditionen“ ausgeweitet und mit der militärischen Unterstützung des Deutschen Reiches durchgeführt. Darüber hinaus profitierte der Unternehmer auch am Genozid an den Herero und Nama, die sich zwischen 1904 und 1908 gegen die deutsche Kolonialmacht zur Wehr setzten. Aufgrund ihres Beförderungsrechts für Regierungs- und Militärgüter verschiffte die Reederei den Großteil der angeforderten Soldaten und Waffen von Hamburg nach Namibia und richtete in der Hafenstadt Swakopmund eigene Konzentrationslager für Zwangsarbeiter ein; Adolph Woermann avancierte auf diese Weise zum „Großverdiener am Krieg“ (Möhle, S. 66).

Kategorie: A

Begründung: aggressiver Kolonialismus

Literatur

Bade, Klaus J.: Friedrich Fabri und der Imperialismus in der Bismarckzeit. Revolution – Depression – Expansion, Freiburg im Breisgau 1975.

Gründer, Horst: Geschichte der deutschen Kolonien. Paderborn 2012.

Hausschild-Thiessen, Renate: *Adolph Woermann*. In: Kopitzsch, Franklin/Brietzke, Dirk (Hrsg.): Hamburgische Biographie. Personenlexikon, Band 1, Hamburg 2010, S. 347-349.

Hücking, Renate/Launer, Ekkehard: Aus Menschen Neger machen. Wie sich das Handelshaus Woermann an Afrika entwickelt hat, Hamburg 1986.

Kreienbaum, Jonas: „Ein trauriges Fiasko“. Koloniale Konzentrationslager im südlichen Afrika 1900-1908, Hamburg 2015.

Kum'a Ndumbe III., Alexandre: Das Deutsche Kaiserreich in Kamerun. Wie Deutschland in Kamerun seine Kolonialmacht aufbauen konnte 1840 – 1910, Berlin 2007.

Möhle, Heiko: *Mit Branntwein und Gewehr – Wie das Afrikahaus C. Woermann Kamerun eroberte*, In: Möhle, Heiko (Hrsg.): Branntwein, Bibeln und Bananen, Berlin 1999, S. 39-46.

Möhle, Heiko: »*Pardon wird nicht gegeben*« – *Aufständische Afrikaner und hanseatische Kriegsgewinnler*, In: Möhle, Heiko (Hrsg.): Branntwein, Bibeln und Bananen, Berlin 1999, S. 63-70.

Nordmeyer, Wiebke: Die Geographische Gesellschaft in Hamburg 1873-1918. Geographie zwischen Politik und Kommerz, Stuttgart 1998.

Washausen, Helmut: Hamburg und die Kolonialpolitik des Deutschen Reiches 1880 bis 1890. Hamburg 1968.

Jürgen Zimmerer, Joachim Zeller (Hrsg.): Völkermord in Deutsch-Südwestafrika. Der Kolonialkrieg (1904–1908) in Namibia und seine Folgen. Berlin 2003

Quellen

Woermann, Adolph: *Kulturbestrebungen in West-Afrika. Vortrag, gehalten in der Geographischen Gesellschaft zu Hamburg am 1. Mai 1879*, In: Mittheilungen der Geographischen Gesellschaft in Hamburg 1878-79, Hamburg 1880, S. 58-71.

Stadtarchiv Düsseldorf

IV 15919 (4)

0-1-7-1937.0000 / Blatt 421

IV 52054 / Band 1

Anhang B: Prüflisten

- **Gesamtliste**
- **Schnellcheckliste**
 - **Prüfliste**

Gesamtliste Straßennamen Düsseldorf

Nach 1870 verstorbene Persönlichkeiten

Straße / Platz	Datum der Benennung	Persönlichkeit
Achenbachstraße	05. 07. 1910	Andreas (1815-1910) und Oswald (1827-1905) Achenbach, Landschaftsmaler
Adalbert-Probst-Straße	19. 12. 1966	Adalbert Probst (1900-1934), Aktivist und katholischer Jugendbundführer
Adalbertstraße	12. 06. 1909	Prinz Adalbert von Preußen (1884-1948)
Adam-Stegerwald-Straße	19. 12. 1966	Adam Stegerwald (1874-1945), Politiker
Adersstraße	26. 03. 1893	Oskar Aders (1831-1889), Landgerichtsdirektor
Ahrensplatz	21. 07. 2001	Ernst-Jürgen Ahrens (1932-1980), Pilot und Geschäftsführer der LTU
Albert-Schöndorff-Platz	08. 10. 2005	Albert Schöndorff (1870-1942), Unternehmer und Stadtverordneter
Albertstraße	förmlich festgestellt am 15. 05. 1895	Albert Poensgen (1818-1880), Industrieller
Albrecht-von-Hagen-Platz	14. 07. 1945	Albrecht von Hagen (1904-1944), Oberleutnant und Widerstandskämpfer
Alfred-Döblin-Straße	11. 06. 1963	Alfred Döblin (1878-1957), Mediziner und Schriftsteller
Alice-Heye-Platz	um 1939	Alice Heye, geb. Trinkaus (1871-1930), Leiterin sozialer Einrichtungen
Allmersstraße	16. 10. 1936	Hermann Allmers (1821-1902), Schriftsteller und Dichter
Aloys-Odenthal-Platz	22. 02. 2005	Aloys Odenthal (1912-2003), Architekt und Widerstandskämpfer
Am Adershof	31. 01. 1921	Oskar Aders (1831-1889), Landgerichtsdirektor
Amalienweg	22. 06. 1982	Amalie Schulze (1878-1955), engagierte sich in der Kinderbetreuung
Anhalter Straße	17. 08. 1909	Luise Wilhelmine von Preußen, geb. Herzogin von Anhalt-Bernburg (1799-1882)
Anna-von-Krane-Straße	21. 05. 1954	Freiin Anna von Krane (1853-1937), Schriftstellerin
Anton-Betz-Straße	X	Anton Betz (1893-1984), Gründungsverleger der Rheinischen Post
Anton-Fahne-Weg	16. 12. 1934	Anton Fahne (1805-1883), Schriftsteller und Friedensrichter
Arnold-Schönberg-Straße	22. 01. 1970	Arnold Schönberg (1874-1951), Komponist
Arthur-Kampf-Straße	vor 1975	Arthur Kampf (1864-1950), Historienmaler
Auerweg	17. 07. 1961	Carl Freiherr Auer von Welsbach (1858-1929), Chemiker

AugustastraÙe	förmlich festgestellt am 22. 02. 1888	Augusta von Sachsen-Weimar (1811-1890), Gemahlin Kaiser Wilhelms I.
August-Clemens-StraÙe	26. 01. 1984	August Clemens (1862-1949), Pädagoge
BagelstraÙe	28. 11. 1953	August Bagel (1838-1916), Unternehmer und Geheimer Kommerzienrat
BalckestraÙe	1929	N. Balcke, 1874 Mitbegründer des Rhrenwerks Balcke & Co.
BardelebenstraÙe	04. 01. 1912	Moritz von Bardeleben (1814-1890), Oberpräsident der Rheinprovinz
BaumstraÙe	16. 01. 1931	Gerhard Baum (1797-1882), Bankkaufmann und Geheimer Kommerzienrat
BayerstraÙe	30. 01. 1952	Adolph von Baeyer (1835-1917), Chemiker
BebelstraÙe	16. 06. 1954	August Ferdinand Bebel (1840-1913), Politiker
Behringweg	17. 05. 1954	Emil von Behring (1854-1917), Bakteriologe
BendemannstraÙe	30. 11. 1956	Eduard Bendemann (1811-1889), Historienmaler
BenderstraÙe	12. 05. 1909	Otto Bender (1848-1904), Bürgermeister von Gerresheim
Benedikt-Kippes-Weg	27. 08. 1980	Benedikt Kippes (1895-1978), Dichter
Benedikt-Schmittmann-StraÙe	15. 09. 1960	Benedikt Schmittmann (1872-1939), Sozialwissenschaftler
Benningesen-Platz	19. 09. 1991	Rudolf von Benningesen-Foerder (1926-1989), Jurist und Industriemanager
BenzstraÙe	16. 01. 1931	Carl Friedrich Benz (1844-1929), Ingenieur und Automobilpionier
BergiusstraÙe	13. 11. 1958	Friedrich Bergius (1884-1948), Chemiker
Bernburger StraÙe	17. 08. 1909	Luise Wilhelmine von PreuÙen, geb. Herzogin von Anhalt-Bernburg (1799-1882)
BertastraÙe	12. 07. 1909	Berta Wolters (1871-1953), Ehefrau von Richard Wolters (Initiator der Siedlung Neu-Eller)
Berta-von-Suttner-Platz	13. 09. 1984	Berta von Suttner (1843-1914), Schriftstellerin und Friedensforscherin
Berta-von-Sutter-StraÙe	25. 10. 1977	Berta von Suttner (1843-1914), Schriftstellerin und Friedensforscherin
Berty-Albrecht-Park	24. 10. 2009	Berty Albrecht (1893-1943), Widerstandskmpferin
BessemerstraÙe	1929	Henry Bessemer (1813-1898), Ingenieur
BismarckstraÙe	10. 08. 1875	Frst Otto von Bismarck (1815-1898), erster deutscher Reichskanzler
Bismarckweg	X	Frst Otto von Bismarck (1815-1898), erster deutscher Reichskanzler
BlanckertzstraÙe	23. 04. 1956	Minna Blanckertz (1867-1955), Gründerin des Rheinischen Frauenclubs
BloemstraÙe	16. 01. 1931	Gustav Bloem (1821-1905), Unternehmer
BlumenthalstraÙe	um 1901	Graf Leonhard von Blumenthal (1810-1900), preuÙischer Generalfeldmarschall
BodinusstraÙe	30. 04. 1901	Heinrich Bodinus (1814-1884), Zoologe
BcklinstraÙe	um 1901	Arnold Böcklin (1827-1901), Maler und Bildhauer
BoschstraÙe	13. 11. 1958	Carl Bosch (1874-1940), Chemiker

Boskampweg	27. 01. 1972	Paul Boskamp (1871-1963), Mediziner und Heimatschriftsteller
Brahmsplatz	07. 04. 1933	Johannes Brahms (1833-1897), Komponist
Brassertweg	20. 03. 1936	Hermann Brassert (1829-1892), Jurist und Berghauptmann
Bredelaerstraße	um 1935	Theodor Ulrich, Eigentümer der Eisengießerei Bredelaer
Brehmplatz	12. 04. 1910	Alfred Edmund Brehm (1829-1884), Zoologe
Bremstraße	04. 09. 1894	Alfred Edmund Brehm (1829-1884), Zoologe
Briedestraße	1929	Otto Briede (1864-1914), Gründer der Benrather Maschinenfabrik
Brorsstraße	07. 05. 1976	Franz Josef Brors, Pädagoge und Verfasser der Ortsgeschichte Unterbach
Brucknerstraße	16. 07. 1936	Anton Bruckner (1824-1896), Komponist
Brüderstraße	05. 04. 1986	Leonhard, Gustav und Max Herzfeld, Betreiber der Textilfabrik J. Herzfeld Söhne
Bruhnstraße	22. 11. 1954	Christian Bruhn (1868-1942), Mediziner
Bruno-Schmitz-Straße	19. 07. 1961	Bruno Schmitz (1858-1916), Architekt
Bruno-Recht-Weg	16. 10. 2004	Bruno Recht (1921-1998), Bürgermeister von Düsseldorf
Buddestraße	12. 08. 1915	Hermann von Budde (1851-1906), General und preußischer Minister
Bueckstraße	13. 07. 1938	Henry Axel Bueck (1830-1916), Politiker und Industriefunktionär
Büngerstraße	1929	Friedrich Bünger (1830-1919), Gründer der Fassfabrik Bünger GmbH
Büttgenbachstraße	26. 01. 1984	Franz Büttgenbach (1832-1900), Direktor des Heerdter Hochofens
Bunsenstraße	12. 07. 1904	Robert Wilhelm Bunsen (1811-1899), Chemiker
Camphausenstraße	23. 10. 1888	Wilhelm Camphausen (1818-1885), Maler
Cantadorstraße	26. 09. 1963	Lorenz Cantador (1810-1883), Kaufmann und Hauptakteur der Märzrevolution 1848 in Düsseldorf
Capitostraße	1929	Paul Capito (1849-1927), Mitbegründer des Blechwalzwerks Capito & Klein AG
Cardaunstraße	19. 01. 1956	Joseph Cardaun (1893-1944), Diözesanpräses des Kolpingwerks in Köln
Carl-Friedrich-Goerdeler-Straße	1964	Carl Friedrich Goerdeler (1884-1945), Oberbürgermeister von Leipzig und Widerstandskämpfer
Carl-Jaspers-Straße	14. 06. 1984	Karl Jaspers (1883-1969), Philosoph
Carl-Maria-Splett-Straße	25. 10. 1977	Carl Maria Splett (1898-1964), Bischof von Danzig
Carl-Mosterts-Platz	05. 02. 1954	Carl Mosterts (1874-1926), Theologe
Carlo-Schmid-Straße	22. 01. 1980	Carlo Schmid (1896-1979), Jurist, Politiker und Minister
Carl-Severing-Straße	19. 12. 1966	Carl Severing (1875-1952), Politiker und Minister
Carl-Sonnenschein-Straße	23. 03. 1949	Carl Sonnenschein (1876-1929), Geistlicher und Sozialpolitiker
Carl-von-Ossietzky-Straße	19. 12. 1966	Carl von Ossietzky (1889-1938), Publizist und Friedensnobelpreisträger

Cecilienallee	01. 03. 1906	Cecilie Auguste Marie Herzogin von Mecklenburg-Schwerin (1886-1954)
Charlottenstraße	förmlich festgestellt am 07. 02. 1871	Marie Charlotte Amélie Augustine Victoire Clémentine Léopoldine von Belgien (1840-1927)
Clara-Viebig-Straße	19. 10. 1930	Clara Viebig (1880-1952), Schriftstellerin
Clausiusweg	16. 01. 1934	Rudolf Julius Emanuel Clausius (1822-1888), Physiker
Clemensstraße	31. 01. 1921	Adam Clemens (1864-1941), Landesrat der Provinzialverwaltung Düsseldorf
Curieweg	22. 11. 1962	Marie (1867-1934) und Pierre (1859-1906) Curie, Physiker und Chemiker
Curt-Beckmann-Straße	27. 02. 1996	Curt Beckmann (1901-1970), Bildhauer und Maler
Daelenstraße	05. 02. 1941	Reiner Daelen (1813-1887), Ingenieur und Gründer des Neusser Eisenwerks in Heerdt
Daimlerstraße	16. 01. 1931	Gottlieb Daimler (1834-1900), Ingenieur und Automobilpionier
Damaschkestraße	19. 10. 1930	Adolf Wilhelm Ferdinand Damaschke (1865-1935), Ökonom und Politiker
Dauzenbergstraße	1922	Alois Dauzenberg (1831-1907), katholischer Pfarrer in Kaiserswerth
Davidstraße	30. 06. 1951	Anton David (1854-1925), Bürgermeister von Rath
Dechant-König-Weg	25. 04. 1979	Karl König (1894-1975), katholischer Pfarrer und Dechant des Dekanats Düsseldorf-Heerdt
Dechenweg	16. 01. 1934	Heinrich von Dechen (1814-1889), Geologe
Degerstraße	01. 09. 1891	Ernst Deger (1809-1885), Historienmaler
Deikerstraße	Februar 1932	Johann Christian Deiker (1822-1892), Maler
Dieselstraße	10. 03. 1930	Rudolf Diesel (1858-1913), Ingenieur
Dietrich-Bonhoeffer-Platz	09. 07. 2005	Dietrich Bonhoeffer (1906-1945), Theologe und Widerstandskämpfer
Dietrich-Bonhoeffer-Straße	15. 04. 2000	Dietrich Bonhoeffer (1906-1945), Theologe und Widerstandskämpfer
Dörpfeldstraße	12. 05. 1909	Friedrich Wilhelm Dörpfeld (1824-1893), Pädagoge und Schriftsteller
Dreherstraße	1909	Ignaz Dreher (+ 1894), Unternehmer und Stadtverordneter von Gerresheim
Eckenerstraße	06. 11. 1961	Hugo Eckener (1868-1954), Luftschiffer
Edisonplatz	28. 11. 1960	Thomas Alva Edison (1847-1931), Unternehmer und Erfinder
Edith-Stein-Weg	28. 09. 1965	Edith Stein (1891-1942), Philosophin
Edmund-Bertrams-Straße	28. 06. 1976	Edmund Bertrams, Gemeindevorsteher von Kalkum
Eduard-Schloemann-Straße	24. 02. 1984	Eduard Schloemann (1840-1914), Ingenieur und Gründer der Schloemann AG
Eduard-Schulte-Straße	18. 05. 1993	Eduard Schulte (1891-1966), Industriemanager
Einsteinstraße	13. 11. 1958	Albert Einstein (1879-1955), Physiker
Eitelstraße	17. 08. 1909	Prinz Eitel Friedrich von Preußen (1883-1942)

Elfriede-Bial-Straße	02. 04. 2016	Elfriede Bial (1886-1944), Kranken- und Gemeindeschwester der jüdischen Gemeinde in Düsseldorf
Elisabethstraße	20. 12. 1850	Elisabeth von Bayern (1801-1873)
Elly-Heuss-Knapp-Straße	26. 09. 1985	Elly Heuss-Knapp (1881-1952), Pädagogin und Mitbegründerin des Deutschen Müttergenesungswerks
Ellystraße	erscheint erstmals 1936 im Adressbuch	Elly Haniel (1891-1963), Ehefrau des Industriellen Alfred Haniel
Elsa-Brandström-Straße	26. 09. 1985	Elsa Brandström (1888-1948), Philanthropin
Emil-Barth-Straße	11. 06. 1963	Emil Barth (1900-1958), Lyriker
Emma-Horion-Weg	05. 07. 2003	Emma Horion (1889-1982), Pädagogin und Mitbegründerin des Deutschen Müttergenesungswerks
Emmastraße	22. 10. 1895	Emma Burmann (1831-1902), vermachte Grundstücke der Stadt Düsseldorf.
Erich-Hoepner-Straße	14. 07. 1945	Erich Hoepner (1886-1944), General und Widerstandskämpfer
Erich-Klausener-Straße	19. 11. 1949	Erich Klausener (1885-1934), Ministerialdirektor und Leiter der Katholischen Aktion in Berlin
Erich-Müller-Straße	1929	Erich Müller (1858-1925), Unternehmer und Kommerzienrat
Erich-Ollenhauer-Straße	04. 11. 1965	Erich Ollenhauer (1901-1963), Politiker
Erik-Nölting-Straße	13. 09. 1984	Erik Nölting (1892-1953), Politiker
Ernst-Abbe-Weg	20. 11. 1999	Ernst Abbe (1840-1905), Naturwissenschaftler
Ernst-Derra-Straße	09. 03. 2002	Ernst Derra (1901-1979), Mediziner
Ernst-Gnoß-Straße	25. 01. 1994	Ernst Gnoß (1900-1949), Politiker
Ernst-Lemmer-Straße	22. 01. 1980	Ernst Lemmer (1898-1970), Politiker und Gewerkschafter
Ernst-Poensgen-Allee	14. 12. 1951	Ernst Poensgen (1871-1949), Industrieller
Ernst-Reuter-Platz	13. 11. 1958	Ernst Reuter (1889-1953), Bürgermeister von Berlin
Ernst-Schneider-Platz	02. 12. 1977	Ernst Schneider (1900-1977), Unternehmer und Präsident der Industrie- und Handelskammer Düsseldorf
Erwin-Rommel-Straße	22. 09. 1966	Erwin Rommel (1891-1944), Generalfeldmarschall
Erwin-von-Witzleben-Straße	14. 07. 1945	Erwin von Witzleben (1881-1944), Generalfeldmarschall und Widerstandskämpfer
Esmarchstraße	05. 07. 1910	Friedrich August von Esmarch (1823-1908), Mediziner

Eugen-Richter-Straße	22. 03. 1913	Eugen Richter (1838-1906), Politiker
Eulerstraße	22. 05. 1925	Josef Euler (1804-1886), Vorsitzender des Notariatsvereins für die Rheinprovinz
Eythstraße	21. 08. 1931	Max von Eyth (1836-1906), Ingenieur und Schriftsteller
Fahneburgstraße	17. 08. 1909	Anton Fahne (1805-1883), Schriftsteller und Friedensrichter
Fechnerweg	16. 08. 1937	Gustav Theodor Fechner (1801-1887), Physiker, Psychologe und Philosoph
Felix-Klein-Straße	25. 01. 1955	Felix Klein (1849-1925), Mathematiker
Ferdinand-Braun-Platz	08. 12. 2012	Ferdinand Braun (1850-1918), Physiker und Elektrotechniker
Ferdinand-Hiller-Weg	27. 03. 1963	Ferdinand Hiller (1811-1885), Komponist
Feuerbachstraße	17. 08. 1909	Anselm Feuerbach (1829-1880), Historienmaler
Finschstraße	14. 03. 1952	Hermann Otto Finsch (1839-1917), Zoologe, Ethnologe und Forschungsreisender
Flemingweg	09. 10. 1958	Sir Alexander Fleming (1881-1955), Bakteriologe
Flenderstraße	1929	Hermann August Flender (1839-1882), Unternehmer
Flotowstraße	13. 09. 1954	Friedrich von Flotow (1812-1883), Komponist
Fontanestraße	25. 09. 1981	Theodor Fontane (1819-1898), Schriftsteller
Franz-Hitze-Straße	erscheint seit 1933 im Adressbuch	Franz Hitze (1851-1921), Geistlicher und Politiker
Franziusstraße	Mai 1951	Ludwig Franzius (1832-1903), Ingenieur
Franz-Jürgens-Straße	14. 07. 1945	Franz Jürgens (1895-1945), Polizeibeamter und Widerstandskämpfer
Franz-Liszt-Straße	22. 01. 1970	Franz Liszt (1811-1886), Komponist
Franz-Lieder-Straße	26. 01. 1984	Franz Lieder (1886-1966), setzte sich für bezahlbare Eigenheime ein
Franz-Rennefeld-Weg	22. 03. 1986	Franz Rennefeld (1886-1968), Kurator des Stadtmuseums
Franz-Vaahsen-Weg	vor 1975	Franz Vaahsen (1881-1944), Pfarrer in Wittlaer
Freiligrathplatz	12. 11. 1948	Ferdinand Freiligrath (1810-1876), Dichter
Freiligrathstraße	23. 10. 1888	Ferdinand Freiligrath (1810-1876), Dichter
Freytagstraße	11. 08. 1903	Gustav Freytag (1816-1895), Schriftsteller
Friedingstraße	12. 05. 1909	Heinrich Frieding (1805-1902), Unternehmer
Friedrich-Ebert-Straße	Mai 1945	Friedrich Ebert (1871-1925), Politiker
Friedrich-Engels-Straße	13. 03. 1923	Friedrich Engels (1820-1895), Philosoph und Politiker
Friedrich-Lau-Straße	1945	Friedrich Lau (1867-1947), Staatsarchivrat
Friedrich-Springorum-Straße	31. 08. 1938	Friedrich Springorum (1858-1938), Ingenieur und Unternehmer
Fringsstraße	um 1900	Gerhard Frings (1849-1899), Stadtbaurat
Fritz-Brandt-Weg	27. 03. 1963	Fritz Brandt (1880-1949), Jurist und Komponist

Fritz-Erler-Straße	22. 05. 1969	Fritz Erler (1913-1967), Politiker
Fritz-Köhler-Weg	28. 06. 1976	Fritz Köhler (1887-1972), Landschaftsmaler
Fritz-Milster-Weg	04. 10. 1997	Friedrich Hans Milster (1913-1985), Ratsmitglied und Mitbegründer des Bürgervereins Düsseldorf-Lörick e. V.
Fritz-Reuter-Straße	14. 01. 1912	Fritz Reuter (1810-1874), Dichter
Fritz-Roeber-Straße	16. 08. 1937	Fritz Roeber (1851-1924), Maler, Illustrator und Lithograf
Fritz-Straßmann-Straße	29. 08. 1980	Fritz Straßmann (1902-1980), Chemiker
Fritz-Vomfelde-Straße	30. 10. 1991	Fritz Vomfelde (1900-1961), Oberbürgermeister von Düsseldorf
Fritz-von-Wille-Straße	30. 04. 1970	Fritz von Wille (1860-1941), Maler
Fritz-Wüst-Straße	19. 05. 1938	Fritz Wüst (1860-1937), Eisenhüttenkundler
Füllenbachstraße	11. 04. 1957	Wilhelm Füllenbach (1887-1948), Oberbürgermeister von Düsseldorf
Fuhlrottweg	20. 03. 1936	Karl Fuhlrott (1803-1877), Pädagoge und Naturforscher
Ganghoferstraße	16. 10. 1936	Ludwig Ganghofer (1844-1920), Schriftsteller und Dichter
Gehrtsstraße	01. 03. 1906	Carl Gehrts (1853-1898), Historienmaler und Illustrator
Geibelstraße	erscheint erstmals 1901 im Adressbuch	Emanuel Geibel (1815-1884), Dichter
Geißlerweg	19. 04. 1938	Heinrich Geißler (1815-1879), Glasbläser und Mechaniker
Georg-Daniel-Teutsch-Straße	14. 06. 1984	Georg Daniel Teutsch (1817-1893), Theologe
Georg-Glock-Straße	20. 06. 1962	Georg Glock (1891-1959), Oberbürgermeister von Düsseldorf
Georg-Schulhoff-Platz	22. 11. 1990	Georg Schulhoff (1898-1990), Unternehmer und Präsident der Handwerkskammer Düsseldorf
Gerhard-Domagk-Straße	22. 01. 1970	Gerhard Domagk (1895-1964), Pathologe und Bakteriologe
Gerhart-Hauptmann-Straße	19. 07. 1961	Gerhart Hauptmann (1862-1946), Dichter und Dramatiker
Gerstäckerstraße	01. 04. 1937	Friedrich Gerstäcker (1816-1872), Schriftsteller
Geschwister-Aufricht-Straße	30. 08. 2003	Johanne (1876-1963) und Erna 1882-1944) Aufricht, Diakonissen
Goebenstraße	22. 02. 1888	August Karl von Goeben (1816-1880), General
Gottfried-Hötzel-Straße	25. 03. 1964	Gottfried Hötzel (1880-1940), Pfarrer in Heerdt/Oberkassel
Gottfried-Keller-Straße	Mai 1945	Gottfried Keller (1819-1890), Schriftsteller
Graf-Recke-Straße	um 1880	Adalbert Graf von Recke-Volmerstein (1791-1878), Gründungsvater der Diakonie
Graf-Recke-Weg	13. 12. 2003	Adalbert Graf von Recke-Volmerstein (1791-1878), Gründungsvater der Diakonie
Graf-von-Stauffenberg-Straße	22. 01. 1980	Claus Graf Schenk von Stauffenberg (1907-1945), Oberst und Widerstandskämpfer

Grashofstraße	08. 11. 1926	Franz Grashof (1826-1893), Ingenieur und Mitbegründer des Vereins Deutscher Ingenieure (VDI)
Grillparzerstraße	26. 01. 1953	Franz Grillparzer (1791-1872), Schriftsteller und Dramatiker
Gurlittstraße	25. 02. 1965	Hildebrand Gurlitt (1895-1956), Kunsthistoriker und Sammler
Gustaf-Gründgens-Platz	29. 10. 1976	Gustaf Gründgens (1899-1963), Schauspieler und Intendant
Gustav-Kneist-Weg	25. 10. 1995	Gustav Kneist (1867-1963), Pädagoge
Gustav-Mahler-Straße	22. 01. 1970	Gustav Mahler (1860-1911), Komponist und Dirigent
Gustav-Poensgen-Straße	12. 07. 1904	Gustav Poensgen (1824-1900), Industrieller
Haberstraße	13. 11. 1958	Fritz Haber (1868-1934). Chemiker
Haeselerstraße	27. 03. 1940	Gottlieb Graf von Haeseler (1836-1919), Feldmarschall
Halskestraße	11. 03. 1906	Johann Georg Halske (1814-1890), Elektrotechniker
Hannes-Esser-Platz	28. 08. 2010	Hannes Esser (1920-2007), Maler und Bildhauer
Hanns-Heuer-Platz	26. 01. 2013	Hanns Heuer (1917-2009), Mitbegründer des Bürgervereins Heerdt
Hans-Beckers-Straße	22. 01. 1980	Hans Beckers (1892-1971), Matrose und Pazifist
Hans-Böckler-Straße	14. 09. 1967	Hans Böckler (1875-1951), Gewerkschaftsführer
Hans-Christoph-Seebohm-Straße	22. 01. 1980	Hans-Christoph Seeböhm (1903-1967), Industrieller und Politiker
Hans-Vilz-Weg	30. 12. 1998	Hans Vilz (1902-1971), Tier- und Landschaftsmaler
Harkortstraße	26. 09. 1893	Friedrich Wilhelm Harkort (1793-1880), Industrieller und Politiker
Harleßstraße	22. 03. 1913	Woldemar Harleß (1828-1902), Geheimer Archivrat
Harry-Piel-Platz	21. 07. 2007	Harry Piel (1892-1963), Regisseur und Schauspieler
Hartwichstraße	29. 11. 1952	Emil Ferdinand Hartwich (1843-1886), Amtsrichter
Heggemannstraße	erscheint ab 1933 im Adressbuch	Kurt Heggemann (1856-1926), Unternehmer
Heinrich-Biesenbach-Straße	30. 06. 1945	Heinrich Biesenbach (1863-1926), Justizrat, Rechtsanwalt und Heimatschriftsteller
Heinrich-Ehrhardt-Straße	08. 11. 1926	Heinrich Ehrhardt (1840-1928), Industrieller und Geheimer Baurat
Heinrich-Hertz-Straße	13. 11. 1958	Heinrich Rudolf Hertz (1857-1894), Physiker
Heinrich-Holtschneider-Weg	30. 12. 1998	Heinrich Holtschneider (1909-1997), Amtsbürgermeister Amt Angermund in Lintorf und Bürgermeister von Wittlaer/Kalkum
Heinrich-Könn-Straße	26. 10. 1993	Heinrich Könn (1905-1993), Kommunalpolitiker
Heinrich-Köppler-Straße	14. 06. 1984	Heinrich Köppler (1925-1980), Politiker
Heinrich-Lersch-Straße	11. 06. 1963	Heinrich Lersch (1889-1936), Kesselschmied und Schriftsteller
Heinrich-Opladen-Straße	26. 01. 1984	Heinrich Opladen (1897-1956), Oberstudienrat

Heinrich-von-Brentano-Platz	25. 02. 1965	Heinrich von Brentano (1904-1964), Jurist und Politiker
Heinrich-Walbröhl-Weg	04. 08. 2007	Heinrich Walbröhl (1838-1908), Politiker und Ortsvorsteher der Gemeinde Wittlaer
Heinrich-Willinghöfer-Weg	26. 09. 1985	Heinrich Willinghöfer (1890-1964), Vorsitzender des Düsseldorfer Siedlerbundes für Kinderreiche
Heinz-Ingenstau-Straße	24. 04. 2004	Heinz Ingenstau (1910-1971), Jurist und Stadtdirektor
Heinz-Schmöle-Straße	13. 09. 1984	Heinz Schmöle (1913-1982), Kaufmann und Manager
Hellriegelstraße	25. 06. 1959	Hermann Hellriegel (1831-1895), Chemiker
Helmholtzstraße	um 1901	Hermann Ludwig Ferdinand von Helmholtz (1821-1894), Physiker und Physiologe
Helmut-Hentrich-Platz	29. 11. 2003	Helmut Hentrich (1905-2001), Architekt
Helmut-Stieff-Straße	14. 07. 1945	Helmut Stieff (1901-1944), Oberstleutnant und Widerstandskämpfer
Helmutstraße	17. 08. 1909	Helmuth Graf von Moltke (1800-1891), Generalfeldmarschall
Henkelstraße	19. 06. 1948	Fritz Henkel (1848-1930), Industrieller und Kommerzienrat
Henri-Dunant-Straße	22. 11. 1954	Henri Dunant (1828-1910), Schriftsteller und Friedensnobelpreisträger
Henriettenstraße	Um 1901	Henriette Simons (1818-1895), Mitbegründerin der Michael-und Henriette-Simons-Stiftung
Herbert-Eulenberg-Weg	27. 06. 1968	Herbert Eulenberg (1876-1949), Schriftsteller
Herchenbachstraße	25. 01. 1955	Wilhelm Herchenbach (1818-1889), Pädagoge und Jugendschriftsteller
Hermann-Dornscheidt-Straße	29. 10. 1992	Hermann Dornscheid (1920-1988), Stadtdirektor
Hermann-Ehlers-Straße	04. 11. 1965	Hermann Ehlers (1904-1954), Jurist und Politiker
Hermann-Harry-Schmitz-Straße	um 1995	Hermann Harry Schmitz (1880-1913), Schriftsteller
Hermann-Hesse-Straße	um 1965	Hermann Hesse (1877-1962), Schriftsteller
Hermann-Raddatz-Weg	04. 08. 2007	Hermann Raddatz (1906-1962), Bildhauer und Maler
Hermann-Reuter-Straße	27. 12. 2008	Hermann Reuter, SPD-Lokalpolitiker
Hermann-Schauten-Weg	30. 12. 1998	Hermann Schauten (1905-1974), Landschaftsmaler
Hermann-vom-Endt-Straße	19. 07. 1961	Hermann vom Endt (1861-1929), Architekt
Hermann-Weill-Straße	14. 07. 1945	Hermann Weill (1924-1945), Widerstandskämpfer
Herzogstraße	bebaut um 1850	Herzog Friedrich Wilhelm Nikolaus von Mecklenburg-Schwerin (1827-1878)
Hetjensstraße	13. 09. 1954	Laurenz Heinrich Hetjens (1830-1906), Keramik-Sammler
Heyestraße	12. 05. 1909	Ferdinand Heye (1838-1889), Unternehmer und Kommerzienrat
Heymstraße	14. 05. 1964	Georg Heym (1887-1912), Dichter
Hilarius-Gilges-Platz	29. 11. 2003	Hilarius Gilges (1909-1933), Schauspieler
Hildebrandtstraße	um 1901	Theodor Hildebrandt (1804-1874), Historienmaler

Hildegard-Knef-Straße	16. 07. 2016	Hildegard Knef (1925-2002), Schauspielerin, Synchronsprecherin, Chansonsängerin und Autorin
Hördtweg	02. 08. 1940	Philipp Hördt (1891-1933), Pädagoge
Horionplatz	16. 10. 1956	Johannes Horion (1876-1933), Kommunalpolitiker und Landeshauptmann der Rheinprovinz
Howeweg	02. 08. 1940	Georg Howe (1859-1934), Oberstudiendirektor und Geheimrat
Hubert-Hermes-Straße	erscheint erstmals 1978 im Adressbuch	Hubert Hermes (1889-1964), Vorsitzender des Schützen- und Bürgervereins in Lörick
Hülsestraße	um 1979	Ernst Hülse (1881-1949), Präsident der Landeszentralbank von NRW
Hülsmeyerplatz	26. 06. 1981	Christian Hülsmeyer (1881-1957), Erfinder
Hülsmeyerstraße	27. 01. 1972	Christian Hülsmeyer (1881-1957), Erfinder
Hünefeldstraße	08. 07. 1930	Günther Freiherr von Hünefeld (1892-1929), Flugpionier
Hürthstraße	19. 01. 1956	Theodor Hürth (1877-1944), Generalpräses des Kolpingwerks
Hüttmannstraße	30. 01. 1952	Joseph Hüttmann (1872-1928), Pfarrer in Lohausen
Hugo-Viehoff-Straße	06. 03. 1931	Hugo Viehoff (1840-1910), Geheimer Regierungsrat
Humperdinckstraße	16. 05. 1937	Engelbert Humperdinck (1854-1921), Komponist
Ikenstraße	12. 05. 1909	Heinrich Iken (+1909), Stadtverordneter
Ingeborg-Bachmann-Straße	22. 01. 1980	Ingeborg Bachmann (1926-1973), Lyrikerin, Erzählerin und Hörspielautorin
Irmerstraße	01. 09. 1935	Carl Irmer (1834-1900), Landschaftsmaler
Ivo-Beucker-Straße	22. 11. 1979	Ivo Beucker (1909-1965), Bildhauer
Jagenbergstraße	nach 1929	Karl Jagenberg (1849-1938), Unternehmer
Jakob-Kneip-Straße	20. 06. 1962	Jakob Kneip (1881-1958), Pädagoge und Schriftsteller
James-von-Moltke-Platz	19. 07. 2003	Helmuth James Graf von Moltke (1907-1945), Jurist und Widerstandskämpfer
Joachimstraße	vor 1909	Prinz Joachim von Preußen (1890-1920)
Joachim-Erwin-Platz	30. 10. 2014	Joachim Erwin (1949-2008), Oberbürgermeister von Düsseldorf
Johannes-Hesse-Straße	30. 11. 1979	Johannes Hesse (1867-1941), Pädagoge und Armenpfleger
Johannes-Karsch-Weg	vor 1975	Johannes Karsch (1848-1913), Geistlicher
Johannes-Radke-Straße	19. 07. 1961	Johannes Radke (1853-1938), Architekt
Johannes-Rau-Platz	23. 06. 2007	Johannes Rau (1931-2006), Bundespräsident
Johannsenstraße	28. 01. 1976	Paul Johannsen (1907-1975), Gartenarchitekt
Jordanstraße	28. 03. 1893	Rudolf Jordan (1810-1887), Maler

Josef-Gockeln-Straße	20. 06. 1962	Josef Gockeln (1900-1958), Oberbürgermeister von Düsseldorf
Josef-Kleesattel-Straße	19. 07. 1961	Josef Kleesattel (1852-1926), Architekt
Josef-Knab-Straße	14. 07. 1945	Josef Knab (1894-1945), Widerstandskämpfer
Josef-Kürten-Platz	29. 09. 2015	Josef Kürten (1928-2010), Oberbürgermeister von Düsseldorf
Josef-Maria-Olbrich-Straße	19. 07. 1961	Josef Maria Olbrich (1867-1908), Architekt
Josef-Neuberger-Straße	22. 11. 1977	Josef Neuberger (1902-1977), Politiker und Minister
Josef-Ponten-Straße	11. 06. 1963	Josef Ponten (1883-1940), Schriftsteller
Josef-Stick-Straße	26. 01. 1959	Josef Stick (1858-1927), Bürgermeister von Eller
Josef-Wilbert-Straße	02. 06. 1989	Josef Wilbert (*1873), Politiker
Josef-Wilden-Straße	26. 01. 1953	Josef Wilden (1877-1953), Präsident der Düsseldorfer Industrie- und Handelskammer
Josef-Willecke-Straße	25. 01. 1991	Josef Willecke (+1889), Mitbegründer des Bürgervereins Düsseldorf-Lörick
Joseph-Beuys-Ufer	29. 11. 1997	Joseph Beuys (1921-1986), Aktionskünstler und Kunsttheoretiker
Joseph-Brodmann-Straße	02. 06. 1961	Joseph Brodmann (1893-1959), Pfarrer in Kalkum
Josephinenstraße	erscheint erstmals 1870 im Adressbuch	Josephine Fürstin von Hohenzollern-Sigmaringen (1813-1900)
Joseph-Kardinal-Frings-Brücke	20. 08. 2005	Joseph Frings (1887-1978), Erzbischof von Köln
Jostenstraße	11. 03. 1939	Hermann Josten (+1893), Ehrenbürgermeister von Benrath
Jürgensplatz	23. 03. 1949	Franz Jürgens (1895-1945), Polizeibeamter und Widerstandskämpfer
Julius-Buths-Weg	27. 03. 1963	Julius Buths (1851-1920), städtischer Musikdirektor
Julius-Raschdorff-Straße	19. 07. 1961	Julius Raschdorff (1823-1914), Architekt
Julius-Rietz-Straße	22. 01. 1970	Julius Rietz (1812-1877), Violoncellist, Dirigent und Komponist
Julo-Levin-Ufer	05. 07. 2003	Julo Levin (1901-1943), Maler
Junkersstraße	06. 10. 1947	Hugo Junkers (1859-1935), Flugzeugkonstrukteur
Kaiser-Friedrich-Ring	vor 1909	Kaiser Friedrich III. (1831-1888)
Kaiser-Friedrich-Straße	vor 1929	Kaiser Friedrich III. (1831-1888)
Kaiser-Wilhelm-Ring	vor 1909	Kaiser Wilhelm I. (1797-1888)
Kallenbachstraße	erscheint seit 1933 im Adressbuch	Norbert Kallenberg (1864-1928), Gemeindebaumeister in Benrath
Karl-Anton-Straße	erscheint erstmals im Adressbuch von 1870 als noch nicht bebaut	Karl Anton Fürst von Hohenzollern-Sigmaringen (1811-1885)
Karl-Arnold-Platz	20. 06. 1962	Karl Arnold (1901-1958), Oberbürgermeister von Düsseldorf

Karl-Frech-Straße	26. 09. 1985	Karl Frech (1901-1967), Lokalpolitiker
Karl-Friedrich-Klees-Straße	27. 12. 2008	Karl Friedrich Klees (+1998), Lokalpolitiker
Karl-Geusen-Straße	12. 06. 1931	Karl Geusen (1859-1926), Stadtbaurat
Karl-Heinz-Bott-Weg	26. 06. 2008	Karl-Heinz Bott (1915-2000), Studienrat
Karl-Hohmann-Straße	30. 03. 1975	Karl Hohmann (1908-1974), Sportler
Karl-Houben-Straße	28. 06. 1977	Karl Houben (1880-1959), Pfarrer in Lohausen
Karl-Kleppe-Straße	Mai 1945	Karl Kleppe (1889-1945), Widerstandskämpfer
Karl-Müller-Straße	um 1926	Karl Müller (1818-1893), Historienmaler
Karl-Panzner-Weg	27. 03. 1963	Karl Panzner (1866-1923), städtischer Musikdirektor
Karl-Röttger-Platz	04. 09. 1999	Karl Röttger (1877-1942), Pädagoge, Schriftsteller und Dichter
Karl-Rudolf-Straße	07. 04. 1933	Karl Rudolf Poensgen (1863-1946), Industrieller und Kommerzienrat
Karl-Schurz-Straße	13. 03. 1908	Karl Schurz (1829-1906), Politiker und Journalist
Karlstraße	förmlich festgestellt am 21. 08. 1884	Karl von Hohenzollern-Sigmaringen (1839-1914)
Karl-Wagner-Platz	26. 10. 1996	Karl „Charly“ Wagner (1933-1996), Gründungsmitglied der Bezirksvertretung 2
Kay-und-Lore-Lorentz-Platz	14. 12. 1995	Karl Wilhelm (1920-1993) und Lore Lorentz (1920-1994), Kabarettisten
Kennedydamm	erscheint ab 1964 im Adressbuch	John Fitzgerald Kennedy (1917-1963), Präsident der Vereinigten Staaten
Kettelerstraße	um 1936	Wilhelm Freiherr von Ketteler (1811-1877), Erzbischof von Mainz
Kieselstraße	01. 03. 1906	Karl Kiesel (1812-1903), Geheimer Regierungsrat
Kiesselbachstraße	01. 07. 1936	Clemens Kiesselbach (1858-1931), Ingenieur und Unternehmer
Kinkelstraße	13. 03. 1908	Gottfried Kinkel (1815-1882), Dichter und Kulturhistoriker
Kirchhoffweg	16. 08. 1937	Gustav Robert Kirchhoff (1824-1887), Physiker
Klapheckstraße	28. 11. 1953	Richard Klapheck (1883-1939), Kunsthistoriker
Klaus-Bungert-Straße	2007	Klaus Bungert (1926-2007), Oberbürgermeister von Düsseldorf
Klausingstraße	14. 07. 1945	Friedrich Karl Klausing (1920-1944), Wehrmachtangehöriger und Widerstandskämpfer
Kleinstraße	Vor 1929	Heinrich Klein (1849-1908), Kaufmann und Unternehmer
Klingelhöferstraße	erscheint erstmals 1933 im Adressbuch	Gustav Klingelhöfer (+1918), Unternehmer
Köhlstraße	23. 03. 1949	Hermann Köhl (1888-1939), Flugpionier
Körtingstraße	21. 08. 1931	Ernst Körting (1842-1921), Ingenieur, Forscher, Konstrukteur, Kaufmann und Unternehmer

Koetschaustraße	21. 05. 1954	Karl Koetschau (1868-1949), Kunsthistoriker und Geheimer Hofrat
Kohlrauschweg	01. 08. 1936	Friedrich Wilhelm Kohlrausch (1840-1910), Physiker
Konrad-Adenauer-Platz	14. 09. 1967	Konrad Adenauer (1876-1967), Bundeskanzler
Koppersstraße	24. 09. 1980	Heinrich Koppers (1872-1941), Ingenieur und Kokerei-Techniker
Kreitenstraße	23. 03. 1949	Karl Robert Kreiten (1916-1943), Pianist
Kriegerstraße	01. 08. 1936	Richard Krieger (1867-1899), Ingenieur und Unternehmer
Kriegestraße	26. 01. 1953	Walter Kriege (1891-1952), Jurist
Krönerweg	Februar 1929	Christian Kröner (1838-1911), Jagd-, Wild- und Landschaftsmaler
Kronprinzenstraße	03. 07. 1854	Kaiser Friedrich III. (1831-1888)
Kruppstraße	22. 09. 1891	Friedrich Krupp (1787-1826), Industrieller
Kühlwetterstraße	13. 03. 1908	Friedrich von Kühlwetter (1809-1904), Regierungspräsident in Düsseldorf
Künnestraße	12. 05. 1909	Dietrich Künne (1823-1898), Unternehmer
Kurt-Baurichter-Straße	18. 11. 1993	Kurt Baurichter (1902-1974), Regierungspräsident in Düsseldorf
Kurt-Schumacher-Straße	04. 11. 1965	Kurt Schumacher (1895-1952), Politiker
Kurt-Tucholsky-Straße	19. 12. 1966	Kurt Tucholsky (1890-1935), Schriftsteller
Lambert-Backer-Straße	31. 01. 1986	Lambert Backer (1879-1959), Mitbegründer des Arbeitervereins "Freiheit" in Düsseldorf
Lantzallee	01. 07. 1936	Theodor Lantz (1859-1908), Gutsbesitzer
Leo-Baek-Straße	14. 06. 1984	Leo Baek (1873-1956), Vorsitzender des Rabbiner-Verbandes in Deutschland und Rabbiner in Opper
Leopoldstraße	12. 07. 1870	Leopold Fürst von Hohenzollern-Sigmaringen (1835-1905)
Leo-Statz-Platz	29. 05. 1980	Leo Statz (1898-1943), Präsident der Karnevalsvereine in Düsseldorf
Leo-Statz-Straße	Mai 1945	Leo Statz (1898-1943), Präsident der Karnevalsvereine in Düsseldorf
Leostraße	Vor 1909	Papst Leo XIII. (1810-1903)
Lessingplatz	erscheint ab 1895 im Adressbuch	Karl Friedrich Lessing (1808-1880), Historien- und Landschaftsmaler
Lessingstraße	förmlich festgestellt am 31. 05. 1887	Karl Friedrich Lessing (1808-1880), Historien- und Landschaftsmaler
Leutweinstraße	16. 12. 1937	Theodor Leutwein (1849-1921), Kolonialoffizier
Liebigstraße	22. 02. 1888	Justus Freiherr von Liebig (1803-1873), Chemiker
Liesegangstraße	02. 08. 1952	Helmuth Liesegang (1858-1945), Landschaftsmaler
Liliencronstraße	17. 08. 1909	Detlef Freiherr von Liliencron (1844-1909), Dichter
Lilienthalstraße	23. 03. 1949	Otto Lilienthal (1848-1896), Flugpionier

Lindemannstraße	11. 08. 1903	Ernst Lindemann (1833-1900), Oberbürgermeister von Düsseldorf
Lise-Meitner-Straße	29. 08. 1980	Lise Meitner (1878-1968), Physikerin
Löbbbeckestraße	30. 11. 1954	Theodor Löbbbecke (1821-1901), Sammler
Lönsstraße	16. 01. 1937	Hermann Löns (1866-1914), Dichter
Lore-Agnes-Weg	23. 03. 1976	Lore Agnes (1876-1953), Politikerin und Vorkämpferin der Frauenbewegung
Lotte-Wicke-Weg	08. 09. 1989	Lotte Wicke (1914-1989), Politikern
Louise-Dumont-Straße	14. 03. 1952	Louise Dumont (1862-1932), Schauspielerin und Theaterleiterin
Louis-Pasteur-Platz	24. 10. 2009	Louis Pasteur (1822-1895), Wissenschaftler
Lubarschstraße	30. 11. 1956	Otto Lubarsch (1860-1939), Pathologe
Luckemeyerstraße	27. 01. 1972	Carl Luckemeyer (1801-1875), Pionier der Personenschiffahrt auf dem Rhein
Ludwig-Beck-Straße	01. 10. 1957	Ludwig Beck (1880-1944), Generaloberst und Widerstandskämpfer
Ludwig-Erhard-Allee	13. 09. 1984	Ludwig Erhard (1897-1977), Bundeskanzler
Ludwig-Hammers-Platz	24. 03. 1959	Ludwig Hammers (1822-1902), Oberbürgermeister in Düsseldorf
Ludwig-Wolker-Straße	29. 06. 1965	Ludwig Wolker (1887-1955), Leiter der deutschen katholischen Jugend
Ludwig-Zimmermann-Straße	09. 10. 1958	Ludwig Zimmermann (1854-1934), Direktor des Düsseldorfer Stadttheaters
Lüderitzstraße	16. 12. 1937	Franz Adolf Eduard von Lüderitz (1834-1886), Kaufmann
Luegallee	12. 07. 1909	Heinrich Lueg (1840-1917), Industrieller und Geheimer Kommerzienrat
Luegplatz	12. 07. 1909	Heinrich Lueg (1840-1917), Industrieller und Geheimer Kommerzienrat
Lürmannstraße	21. 08. 1931	Fritz Lürmann (1834-1919), Eisenhütteningenieur
Luisse-Hensel-Straße	17. 05. 1954	Luisse Hensel (1798-1876), Dichterin
Luisenstraße	erscheint erstmals 1860 im Adressbuch	Luisse Wilhelmine von Preußen, geb. Herzogin von Anhalt-Bernburg (1799-1882)
Luisse-Rainer-Straße	14. 01. 2017	Luisse Rainer (1910-2014), Schauspielerin
Luppstraße	19. 05. 1933	Rudolf Lupp, Kommerzienrat und Vorsitzender der Handelskammer Düsseldorf
Marc-Chagall-Straße	24. 10. 2009	Marc Chagall (1887-1985), Maler
Marconistraße	13. 11. 1958	Guillemo Marconi (1874-1937), Physiker
Maria-Juchacz-Straße	28. 05. 1982	Maria Juchacz (1879-1956), Politikerin und Mitbegründerin der Arbeiterwohlfahrt
Marie-Curie-Straße	05. 04. 2008	Marie Curie (1867-1934), Physikerin und Chemikerin
Marienstraße	erscheint erstmals 1870 im Adressbuch	(angeblich) Marie Luise Alexandra Karoline von Hohenzollern-Sigmaringen (1845-1912)
Marlene-Dietrich-Straße	16. 07. 2016	Marlene Dietrich (1901-1992), Schauspielerin und Sängerin

Marthastraße	erscheint ab 1939 in den Adressbüchern	Martha Ellermann (1889-1927), war in der Kinderfürsorge während des Ersten Weltkrieges tätig
Marxsteig	X	Wilhelm Marx (1851-1924), Oberbürgermeister von Düsseldorf
Masbergweg	02. 08. 1940	Jakob Masberg (1849-1923), Pädagoge und Geheimrat
Matthias-Erzberger-Straße	19. 12. 1966	Matthias Erzberger (1875-1921), Politiker und Minister
Maurice-Ravel-Park	24. 10. 2009	Joseph-Maurice Ravel (1875-1937), Komponist
Max-Born-Straße	29. 08. 1980	Max Born (1882-1970), Physiker
Max-Brandts-Straße	25. 02. 1928	Max Brandts (1854-1905), Landesrat
Max-Clarenbach-Weg	1977	Max Clarenbach (1880-1952), Maler
Max-Halbe-Straße	23. 04. 1956	Max Halbe (1865-1945), Dramatiker und Schriftsteller
Maximilian-Kolbe-Straße	23. 03. 1976	Maximilian Kolbe (1894-1941), katholischer Priester
Max-Planck-Straße	20. 08. 1959	Max Planck (1858-1947), Physiker
Maybachstraße	12. 08. 1915	Albert von Maybach (1822-1904), preußischer Minister
Meineckestraße	24. 03. 1955	Friedrich Meinecke (1862-1954), Historiker
Meliesallee	Nach 1929	Julius Melies (1867-1948), Bürgermeister
Mendelweg	16. 01. 1934	Gregor Johann Mendel (1822-1884), Entdecker der nach ihm benannten Mendelschen Vererbungsgesetze
Michaelplatz	22. 03. 1913	Michael Simons (1817-1895), Mitbegründer der Michael- und Henriette-Simons-Stiftung
Mintropplatz	26. 09. 1893	Theodor Mintrop (1814-1870), Kunstmaler
Mintropstraße	26. 09. 1893	Theodor Mintrop (1814-1870), Kunstmaler
Möhlaustraße	16. 01. 1931	Adolf Möhlau (1844-1912), Kommerzienrat und Unternehmer
Mörikestraße	22. 11. 1954	Eduard Mörike (1804-1875) evangelischer Pfarrer und Lyriker
Moltkestraße	23. 10. 1888	Helmuth Graf von Moltke (1800-1891), Generalfeldmarschall
Moorenplatz	13. 03. 1908	Albert Mooren (1828-1899), Mediziner
Moorenstraße	erscheint seit 1902 in den Adressbüchern	Albert Mooren (1828-1899), Mediziner
Moritz-Sommer-Straße	24. 09. 1987	Moritz Sommer (1872-1945), Klempner und vom NS-Regime Verfolgter
Morsestraße	14. 02. 1905	Samuel Finley Morse (1791-1872), Maler und Entwickler des Morse-Alphabets
Mühligweg	Februar 1932	Hugo Mühlig (1854-1929), Landschaftsmaler
Müller-Schlösser-Gasse	19. 12. 1966	Hans Müller-Schlösser (1884-1956), Dramatiker

Münchhausenweg	März 1947	Börries Freiherr von Münchhausen (1874-1945), Balladendichter
Mulvanystraße	16. 10. 1937	William Thomas Mulvany (1806-1885), Industrieller
Mutter-Ey-Platz	19. 09. 2015	Johanna Ey (1864-1947), Unterstützerin der Künstlerszene
Mutter-Ey-Straße	31. 01. 1966	Johanna Ey (1864-1947), Unterstützerin der Künstlerszene
Nelly-Sachs-Straße	25. 10. 1976	Nelly Sachs (1891-1970), Dichterin
Nernstweg	16. 01. 1934	Walther Nernst (1864-1941), Physiker
Neßlerstraße	08. 07. 1930	Viktor Neßler (1841-1890), Komponist
Neunzigstraße	12. 02. 1957	Josef Neunzig (1797-1877), Mediziner und 48er Revolutionär
Nikolaus-Groß-Platz	19. 07. 2003	Nikolaus Groß (1898-1945), christlicher Gewerkschafter und Widerstandskämpfer
Nikolaus-Knopp-Platz	20. 11. 1931	Nikolaus Knopp (1866-1942), Bürgermeister von Heerdt-Oberkassel
Nöggerathweg	16. 06. 1934	Johann Jakob Nöggerath (1788-1877), Mineraloge und Bergwerkswissenschaftler
Norbert-Schmidt-Straße	23. 01. 1961	Norbert Schmidt (1887-1960), Ingenieur
Oechelhäuserstraße	16. 01. 1931	Wilhelm von Oechelhäuser (1850-1923), Ingenieur
Oederallee	01. 11. 1934	Georg Oeder (1846-1931), Landschaftsmaler
Oertelstraße	26. 01. 1953	Bruno Oertel (1871-1938), Mediziner
Ostendorfstraße	11. 08. 1903	Julius Ostendorf (1823-1877), Pädagoge
Ostwaldstraße	13. 11. 1958	Wilhelm Ostwald (1853-1932), Chemiker und Philosoph
Oswald-Spengler-Straße	16. 10. 1956	Oswald Spengler (1880-1936), Kultur- und Geschichtsphilosoph
Otto-Beche-Straße	31. 01. 1986	Otto Beche (1876-1950), Unternehmer
Otto-Braun-Straße	19. 12. 1966	Otto Braun (1872-1955), Politiker und Minister
Otto-Hahn-Straße	29. 08. 1980	Otto Hahn (1879-1968), Chemiker und Atomforscher
Otto-Pankok-Straße	26. 01. 1984	Otto Pankok (1893-1966), Graphiker
Otto-Petersen-Straße	22. 11. 1979	Otto Petersen (1874-1953), Ingenieur und Industrieller
Ottostraße	vor 1912	Fürst Otto von Bismarck (1815-1898), erster Reichskanzler
Otto-zur-Linde-Straße	17. 05. 1953	Otto zur Linde (1873-1938), Lyriker, Essayist und Kulturhistoriker
Owensstraße	um 1935, erscheint ab 1936 in den Adressbüchern	Michael Joseph Owens (1859-1923), Erfinder
Pallenbergstraße	förmlich festgestellt am 27. 11. 1887	Josef Franz Pallenberg (1882-1946), Bildhauer
Pastor-Bröhl-Straße	09. 06. 2001	Johannes Bröhl (1906-1996), Pfarrer Lohausen

Pastor-Busch-Weg	28. 09. 1967	Jakob Hubert Theodor Busch (1887-1959), erster Pfarrer der 1930 gegründeten katholischen Kirchengemeinde Christus König.
Pastor-Dörr-Ring	X	Heinrich Dörr, langjähriger Pfarrer in Düsseldorf-Itter
Pastor-Drauschke-Weg	28. 04. 1994	Anton Drauschke (1884-1966), katholischer Pfarrer in Unterrath
Pastor-Finke-Weg	24. 11. 1994	Bernhard Finke (1912-1990), katholischer Pfarrer in Vennhausen
Pastor-Zentis-Weg	26. 10. 1972	Gerhard Zentis (1878-1956), katholischer Pfarrer in Niederkassel
Pastor-Kramer-Weg	2007	Günther Kramer (1910-1994), evangelischer Pastor in Unterrath
Paul-Bonatz-Straße	19. 07. 1961	Paul Bonatz (1877-1956), Architekt
Paulinenplatz	30. 08. 2008	Pauline Heye (1842-1928), Ehefrau des Industriellen Ferdinand Heye
Paulinenstraße	1911	Pauline Heye (1842-1928), Ehefrau des Industriellen Ferdinand Heye
Paulistraße	vor 1929	Karl Thomas Pauli (1831-1919), katholischer Pfarrer in Benrath
Paul-Klee-Platz	11. 01. 1986	Paul Klee (1879-1940), Maler und Graphiker
Paul-Klee-Weg	27. 01. 1972	Paul Klee (1879-1940), Maler und Graphiker
Paul-Löbe-Straße	23. 03. 1976	Paul Löbe (1875-1967), Politiker und Minister
Paul-Pieper-Straße	26. 10. 1993	Paul Pieper (1840-1913), evangelischer Pfarrer in Gerresheim
Paul-Spiegel-Platz	23. 06. 2007	Paul Spiegel (1937-2006), Journalist und Unternehmer
Paul-Thomas-Straße	1929	Paul Thomas (1870-1930), Unternehmer
Paul-von-Hase-Straße	14. 07. 1945	Paul von Hase (1885-1944), Generaloberst und Widerstandskämpfer
Pelmannstraße	27. 01. 1972	Carl Wilhelm Pelmann (1838-1916), Mediziner
Peter-Adolphs-Straße	28. 02. 1962	Peter Adolphs (1884-1953), Stadtverordneter
Peter-Behrens-Straße	19. 07. 1961	Peter Behrens (1868-1940), Architekt und Designer
Peter-Bernard-Weg	12. 10. 2013	Peter Bernard (1934-2003), langjähriger Vorsitzender des Schützenvereins und Kirchenvorstand der Pfarre Heilige Familie in Stockum
Peter-Berten-Straße	14. 12. 1985	Peter Berten (1873-1960), Politiker und Ratsherr
Peter-Janssen-Straße	13. 03. 1908	Peter Janssen (1844-1908), Historienmaler
Peter-Krahe-Straße	nach 1929	Peter Krahe (1853-1925), Bürgermeister von Uerdingen
Peter-Müller-Straße	22. 09. 2007	Peter Müller (1916-2005), Oberbürgermeister von Düsseldorf
Peter-Richarz-Straße	19. 12. 1966	Peter Richarz (1795-1884), Gemeindevorsteher in Eller
Peter-Royen-Weg	18. 06. 2016	Peter Royen (1923-2013), Maler, Grafiker und Bildhauer
Peter-Roos-Straße	19. 12. 1966	Peter Roos (1886-1962), Baumeister und Stadtverordneter
Petersenstraße	30. 06. 1951	Walter Petersen (1862-1950), Maler
Petersstraße	16. 12. 1937	Carl Peters (1856-1918), Kolonialpolitiker

Peter-Steinhauer-Weg	10. 04. 2010	Peter Steinhauer (+2008), Mitglied in der St. Hubertus Kompanie in Düsseldorf-Niederkassel 1912 e. V.
Pfarrer-Holl-Weg	24. 11. 2009	Joseph Holl (1830-1908), Pastor zu Harperscheid und Großenbaum/Angermund
Pfeifferstraße	12. 05. 1909	Wilhelm Pfeiffer (1828-1900), Bankier und Geheimer Kommerzienrat
Pfitznerstraße	22. 07. 1950	Hans Pfitzner (1869-1949), Komponist
Philipp-Reis-Straße	27. 06. 1963	Johann Philipp Reis (1834-1874), Physiker und Autodidakt
Philipp-Scheidemann-Straße	23. 03. 1976	Philipp Scheidemann (1865-1939), Journalist und Politiker
Plockstraße	18. 09. 1900	Karl Plock (* 1851), Regierungsbaumeister
Plüschowstraße	02. 12. 1932	Günter Plüschow (1886-1931), Seeoffizier und Flieger
Porschestraße	09. 10. 1958	Ferdinand Porsche (1875-1951), Ingenieur, Unternehmer und Automobilpionier
Prinz-Georg-Straße	23. 10. 1888	Prinz Georg von Preußen (1826-1902)
Professor-Dessauer-Weg	28. 09. 1978	Friedrich Dessauer (1881-1963), Biophysiker und
Professor-Neyes-Platz	16. 02. 2002	Joseph Neyes (1893-1988), Leiter des Düsseldorfer Bach-Vereins
Professor-Oehler-Straße	17. 09. 1976	Adalbert Oehler (1860-1943), Wirtschaftswissenschaftler und Oberbürgermeister von Düsseldorf
Professor-Schwippert-Straße	27. 12. 2007	Hans Schwippert (1899-1973), Architekt
Rankestraße	17. 05. 1954	Leopold von Ranke (1795-1886), Historiker
Redlichstraße	22. 11. 1954	Otto Redlich (1864-1939), Geheimer Archivrat
Regerstraße	16. 05. 1937	Max Reger (1873-1916), Komponist
Reinhold-Schneider-Straße	11. 06. 1963	Reinhold Schneider (1903-1958), Schriftsteller und Historiker
René-Schickele-Straße	11. 06. 1963	René Schickele (1883-1940), Schriftsteller, Lyriker und Dramatiker
Rheinbabenstraße	05. 02. 1954	Freiherr Georg Kreuzwendedich von Rheinbaben (1855-1921), Regierungspräsident in Düsseldorf
Ria-Thiele-Straße	22. 10. 2011	Ria Thiele (1904-1996), Schauspielerin, Tänzerin und Choreographin
Ricarda-Huch-Straße	11. 06. 1963	Ricarda Huch (1864-1947), Schriftstellerin und Historikerin
Richard-Oskar-Mattern-Straße	01. 11. 2003	Richard Oskar Mattern (1856-1913), Gründervater der Deutschen Apotheker- und Ärztebank
Richard-Strauss-Platz	13. 09. 1954	Richard Strauss (1864-1949), Komponist und Dirigent
Rilkestraße	28. 05. 1956	Rainer Maria Rilke (1875-1926), Dichter
Robert-Bernardis-Straße	14. 07. 1945	Robert Bernardis (1908-1944), Oberstleutnant und Widerstandskämpfer

Robert-Hansen-Straße	28. 06. 1976	Robert Hansen (1877-1957), Gründer des Allgemeinen Bürgervereins Urdenbach
Robert-Kratz-Weg	27. 03. 1963	Robert Kratz (1852-1897), Komponist und Musikpädagoge
Robert-Lehr-Ufer	03. 06. 1957	Robert Lehr (1883-1956) Jurist und Oberbürgermeister von Düsseldorf
Robert-Luther-Straße	13. 03. 1908	Robert Luther (1822-1900), Astronom
Robert-Mayer-Weg	16. 01. 1934	Julius Robert Mayer (1814-1878), Mediziner und Physiker
Robert-Stolz-Straße	25. 04. 1980	Robert Stolz (1880-1975), Komponist
Röntgenweg	14. 03. 1952	Wilhelm Konrad Röntgen (1845-1923), Physiker
Röpkestraße	01. 05. 2004	Wilhelm Röpke (1899-1966), Ökonom und Philosoph
Röttgerstraße	17. 05. 1954	Karl Röttger (1877-1942), Dichter
Rolf-Bongs-Straße	17. 05. 1997	Rolf Bongs (1907-1981), Lyriker und Schriftsteller
Romy-Schneider-Straße	16. 07. 2016	Romy Schneider (1938-1982), Schauspielerin
Rose-Ausländer-Straße	02. 04. 2016	Rose Ausländer (1901-1988), Lyrikerin
Roseggerstraße	26. 01. 1953	Peter Rosegger (1843-1918), Volksschriftsteller
Rosenthalstraße	22. 11. 1954	Philipp Rosenthal (1855-1937), Unternehmer
Rudolf-Breitscheid-Straße	23. 03. 1976	Rudolf Breitscheid (1874-1944), Politiker und Minister
Rudolf-Lupp-Platz	07. 05. 2008	Rudolf Lupp, Kommerzienrat und Vorsitzender der Handelskammer Düsseldorf
Scheffelstraße	20. 07. 1921	Josef Viktor von Scheffel (1826-1886), Schriftsteller
Scheidtstraße	12. 04. 1910	Gustav Adolf Scheidt (1827-1908), Gründer der Scheidt-Keim-Stiftung zur Erhaltung des Zoologischen Gartens
Scheurenstraße	26. 09. 1893	Caspar Scheuren (1810-1887), Landschaftsmaler
Schiess-Straße	31. 01. 1966	Ernst Schiess (1840-1915), Unternehmer und Vorsitzender der Handelskammer Düsseldorf
Schimmelpfennigstraße	21. 05. 1976	Jakob Schimmelpfennig (1899-1976), Unternehmer
Schlieffenstraße	19. 05. 1938	Alfred Graf von Schlieffen (1833-1913), preußischer Generalfeldmarschall
Schloßmannstraße	06. 10. 1947	Arthur Schloßmann (1867-1932), Mediziner und Geheimrat
Schnaasestraße	17. 05. 1954	Karl Schnaase (1798-1875), Oberprokurator am Landgericht Düsseldorf und Kunsthistoriker
Schöndorffstraße	14. 03. 1952	Albert Schöndorff (1870-1942), Unternehmer und Stadtverordneter
Schorlemer Straße	12. 07. 1909	Klemens Freiherr von Schorlemer-Lieser (1856-1922), Oberpräsident der Rheinprovinz und Minister
Schüßlerstraße	16. 06. 1935	Wilhelm Heinrich Schüßler (1821-1898), Mediziner
Schwabstraße	12- 02. 1957	Max Schwab (1873-1928), Unternehmer

Schwannstraße	21. 01. 1955	Theo Schwann (1810-1882), Astronom und Physiologe
Schweitzerstraße	19. 01. 1956	Franz Georg Schweitzer (1866-1924), Generalpräses des katholischen Kolpingwerks
Sebastian-Schäffer-Straße	19. 01. 1956	Sebastian Schäffer (+ 1901), Generalpräses des katholischen Kolpingwerks
Siegfried-Klein-Straße	27. 09. 1962	Siegfried Klein (1882-1942?), Rabbiner in Düsseldorf
Siemensstraße	erscheint ab 1902 im Adressbuch	Werner von Siemens (1816-1892), Ingenieur und Unternehmer
Simon-Gatzweiler-Platz	22. 01. 1986	Simon Gatzweiler (1914-1985), Unternehmer
Simrockstraße	01. 03. 1906	Karl Simrock (1802-1876), Sprachwissenschaftler
Sodenstraße	16. 12. 1936	Julius Freiherr von Soden (1846-1921), Kolonialpolitiker
Sohnstraße	11. 08. 1903	Karl Ferdinand (1805-1867) und Wilhelm (1830-1899) Sohn, Historienmaler
Solfstraße	16. 12. 1937	Wilhelm Heinrich Solf (1862-1936), Kolonialpolitiker
Sonderburgstraße	17. 08. 1909	Auguste Viktoria Friederike Luise Feodora Jenny von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg (1858-1921)
Sonnenstraße	26. 09. 1893	Johann Sonnen (1848-1904), Pädagoge
Speckmannweg	16. 08. 1937	Diedrich Speckmann (1872-1938), Schriftsteller
Steinhauerstraße	16. 01. 1936	Michael Steinhauer, Bürgermeister von Benrath
Stephanstraße	nach 1929	Heinrich von Stephan (1831-1897), Entwickler des deutschen Postwesens
Stresemannplatz	23. 04. 1956	Gustav Stresemann (1878-1929), Politiker, Minister und Reichskanzler
Stresemannstraße	23. 04. 1956	Gustav Stresemann (1878-1929), Politiker, Minister und Reichskanzler
Strümpellstraße	28. 11. 1953	Adolph von Strümpell (1853-1925), Neurologe
Sturmstraße	17. 08. 1909	Joseph Sturm (1828-1905), Beigeordneter in Eller
Sybelstraße	11. 08. 1903	Heinrich von Sybel (1817-1895), Historiker
Tellerlingstraße	seit 1934 in den Adressbüchern	Hermann Tellerling (1834-1904), Unternehmer
Theo-Champion-Straße	22. 10. 2011	Theo Champion (1887-1952), Maler
Theodor-Andresen-Straße	Mai 1945	Theodor Andresen (1907-1945), Widerstandskämpfer
Theodor-Heuss-Brücke	19. 12. 1957	Theodor Heuss (1884-1963), Bundespräsident
Theodor-Litt-Straße	07. 03. 1966	Theodor Litt (1880-1962), Pädagoge und Philosoph
Theodor-Mommsen-Straße	25. 01. 1955	Theodor Mommsen (1817-1903), Historiker
Theodor-Storm-Straße	09. 10. 1958	Theodor Storm (1817-1888), Dichter
Thomas-Dehler-Straße	22. 05. 1969	Thomas Dehler (1897-1967), Politiker und Minister
Thomas-Mann-Straße	23. 04. 1956	Thomas Mann (1875-1955), Schriftsteller

Tilde-Klose-Weg	21. 04. 1988, neu gewidmet am 13. 03. 1993	Tilde Klose (1892-1942), Auslandskorrespondentin und im NS-Regime Verfolgte
Toni-Kryn-Weg	26. 02. 2000	Anton „Toni“ Kryn (1908-1999), Krippenmeister und langjähriger Vorsitzender des Vereins der Krippenfreunde St. Margareta in Gerresheim
Toni-Turek-Platz	21. 10. 2006	Anton „Toni“ Turek (1919-1984), Sportler
Toni-Turek-Straße	15. 05. 2004	Anton „Toni“ Turek (1919-1984), Sportler
Trinkausstraße	um 1961	Max Trinkaus (1866-1929), Bankier und Kommerzienrat
Trojanstraße	01. 04. 1937	Johann Trojan (1837-1915), Schriftsteller
Ulrike-Scheffler-Rother-Straße	02. 04. 2016	Ulrike Scheffler-Rother (1949-2009), Lokalpolitikerin und Autorin
Ursula-Trabalski-Straße	26. 10. 1993	Ursula Trabalski (1921-1992), Kommunalpolitikerin
Vautierstraße	11. 08. 1903	Benjamin Vautier (1829-1898), Maler
Veehstraße	29. 07. 1954	Paul Veeh (1865-1914), Ingenieur
Verweyenstraße	23. 03. 1965	Johannes Maria Verweyen (1883-1945), Philosoph
Virchowstraße	28. 11. 1953	Rudolf Virchow (1821-1902), Mediziner, Anthropologe und Politiker
Vohwinkelallee	12. 07. 1909	Friedrich Vohwinkel (+1900), Eigentümer von Haus Eller
Von-Krüger-Straße	09. 10. 1958	Hermann von Krüger (1859-1940), Herr aus Schloss Eller und Mitglied im Stadtparlament
Wagnerstraße	29. 05. 1888	Richard Wagner (1813-1883), Opernkomponist,
Walter-Eucken-Straße	10. 07. 2004	Walter Eucken (1891-1950), Ökonom
Walter-Kyllmann-Straße	19. 07. 1961	Walter Kyllmann (1837-1913), Architekt
Walther-Hensel-Straße	31. 08. 1988	Walther Hensel (1899-1986), Oberstadtdirektor
Walther-Rathenau-Straße	Mai 1945	Walther Rathenau (1867-1922), Industrieller und Politiker
Weberstraße	31. 10. 1876	Johann Baptist Wilhelm Weber (1817-1873), Landschaftsmaler
Wendersstraße	12. 07. 1909	Karl Stephan Wenders (1842-1914), ermöglichte den Bau der St. Joseph-Kirche und des Augusta-Krankenhauses in Rath
Wenkerstraße	11. 11. 1926	Georg Wenker (1852-1911), Germanist und Bibliothekar
Werner-Pfingst-Platz	12. 09. 2009	Werner Pfingst (1915-1978), amerikanischer Soldat und vom NS-Regime Verfolgter
Wiedenhofenstraße	02. 12. 2000	Karl August Wiedenhofen (1888-1958), Jurist und Widerstandskämpfer
Wildenbruchstraße	17. 08. 1909	Ernst von Wildenbruch (1845-1909), Schriftsteller
Wilhelm-Bötzkes-Straße	24. 09. 1993	Wilhelm Bötzkes (1883-1958), Industrieller
Wilhelm-Busch-Straße	Mai 1945	Wilhelm Busch (1832-1908), Dichter, Maler und Zeichner

Wilhelm-Heinrich-Weg	um 1950	Wilhelm Heinrich Grillo (1846-1915), Unternehmer
Wilhelm-Kaisen-Straße	14. 06. 1984	Wilhelm Kaisen (1887-1979), Politiker und Bürgermeister von Bremen
Wilhelm-Kienzle-Straße	um 1965	Wilhelm Kienzl (1857-1941), Komponist
Wilhelm-Kreis-Straße	19. 07. 1961	Wilhelm Kreis (1873-1955), Architekt
Wilhelm-Raabe-Straße	01. 02. 1936	Wilhelm Raabe (1831-1910), Erzähler
Wilhelm-Rüther-Straße	13. 09. 1984	Wilhelm Rüther (1908-1968), Mediziner
Wilhelm-Schmidtbonn-Straße	11. 06. 1963	Wilhelm Schmidtbonn (1876-1952), Dramatiker, Erzähler und Lyriker
Wilhelm-Suter-Pfad	um 1970	Wilhelm Suter (1876-1954), Pädagoge
Wilhelm-Unger-Straße	25. 01. 1968	Wilhelm Unger (1877-1953), Förderer des Turnwesens in Düsseldorf.
Willi-Becker-Allee	13. 09. 1984	Willi Becker (1918-1977), Oberbürgermeister von Düsseldorf
Willstätterstraße	22. 10. 1987	Richard Willstätter (1872-1942), Chemiker
Willi-Terbuyken-Straße	16. 05. 2009	Willi Terbuyken (1935-2003), Lokalpolitiker
Windscheidstraße	11. 08. 1903	Bernhard Joseph Hubert Windscheid (1817-1892), Jurist
Wirmerstraße	22. 11. 1954	Josef Wirmer (1901-1944), Widerstandskämpfer
Wissmannstraße	13. 03. 1908	Hermann von Wissmann (1853-1905), Kolonialpolitiker
Witzelstraße	01. 08. 1925	Oskar Witzel (1856-1925), Mediziner und Geheimrat
Woermannstraße	16. 12. 1937	Adolf Woermann (1847-1911), Reeder und Großkaufmann
Wolfgang-Borchert-Straße	14. 06. 1984	Wolfgang Borchert (1921-1947), Schriftsteller
Wolfgang-Döring-Straße	04. 11. 1965	Wolfgang Döring (1919-1963), Politiker
Wrangelstraße	27. 03. 1940	Friedrich Heinrich Ernst Graf von Wrangel (1784-1877), preußischer Generalfeldmarschall
Zamenhofweg	erscheint ab 1978 im Adressbuch	Lazarus Ludwig Zamenhof (1859-1917), Mediziner
Zeppelinstraße	17. 08. 1909	Ferdinand Graf von Zeppelin (1838-1917), Konstrukteur
Zimmerstraße	20. 04. 1875	Wilhelm Zimmer (1853-1937), Maler

Straßen- und Platzbenennungen mit historischem Hintergrund

Straße/Platz	Datum der Benennung	Hintergrund
Am Denkmal	15. 09. 1983	verweist auf das hier befindliche Kriegerdenkmal
An der Golzheimer Heide	30. 11. 1927	Die Golzheimer Heide war zeitweise Truppenübungsplatz der Düsseldorfer Garnison. Seit 1909 befand sich hier auch die Luftschiffhalle und ab 1927 der Verkehrsflughafen Düsseldorf-Lohausen, heute Rhein-Ruhr-Flughafen.
An der Ulanenkaserne	27. 12. 2008	Erinnert an das Westfälische Ulanen-Regiment Nr. 5, dessen Garnisonstadt Düsseldorf von 1822 bis 1918 war.
Diedenhofener Straße	27. 08. 1927	Diedenhofen (französisch Thionville), Kreisstadt und französische Festung in Lothringen; kapitulierte im Deutsch-Französischen Krieg am 25.11.1870 vor den deutschen Truppen
Eifeler Straße	um 1890	Hier befand sich eine Siedlung mit Fabrikarbeitern aus der Eifel, die bei der Firma Poensgen beschäftigt waren.
Eintrachtstraße	förmlich festgestellt am 03. 07. 1893	Benannt zur Erinnerung an die durch die "Wiederaufrichtung des Deutschen Reiches am 18.01.1871 hergestellte Eintracht unter den deutschen Stämmen."
Elsässer Straße	08. 11. 1926	Elsass (französisch Alsace), Landschaft zwischen Vogesen und Oberrhein mit wechselvoller Geschichte; gehörte seit Ende des Deutsch-Französischen Krieges 1871 bis zum Ende des 1. Weltkrieges 1919 mit einem Teil von Lothringen als "Reichsland Elsaß-Lothringen" zum Deutschen Reich.
Flottenstraße	vor 1905	Die Benennung steht wohl in Zusammenhang mit der Begeisterung der damaligen Deutschen Flottenvereine für die neue Kriegsflotte im Kaiserreich.
Freiheitsstraße	20. 07. 1921	Zur Erinnerung an die Umwandlung des Deutschen Reiches in einen Freistaat am 9. November 1918
Füsilierstraße	30. 09. 1902	Benannt nach dem Füsilier-Regiment Nr. 39, das 1866-1945 in Düsseldorf stationiert war.
Girardetbrücke	1976	Girardet Verlag, Herausgeber der Westdeutschen Zeitung/Düsseldorfer Nachrichten
Gravelottestraße	01. 03. 1906	Gravelotte; lothringisches Dorf westlich von Metz; im Deutsch-Französischen Krieg siegten hier am 18.08.1870 die vereinigten Deutsche Heere über die französische Armee unter General Bazaine.
Kanonierstraße	22. 04. 1890	Bis zum Ende des Ersten Weltkrieges lagen an der Roßstraße Feldartillerieeinheiten in Garnison.

Kanzlerstraße	17. 08. 1909	Vorher Bismarckstraße; nach der Eingemeindung von Rath erfolgte die Umbenennung wohl der Einfachheit halber mit dem Amtstitel Bismarcks , dem Kanzler des Deutschen Reiches.
Konkordiastraße	06. 10. 1874	Zur Erinnerung an die "Wiederaufrichtung des Deutschen Reiches 1871" und die dadurch bewirkte "Herstellung der Eintracht unter den deutschen Stämmen".
Kronenstraße	förmlich festgestellt am 14. 01. 1878	Benannt nach der deutschen Kaiserkrone, die König Wilhelm von Preußen 1871 bei Wiederaufrichtung des Deutschen Reiches annahm.
Langfuhrstraße	13. 12. 1954	Langfuhr (polnisch Wrczeszcz), zu Danzig gehörender Villenvorort, ehemals Garnisonsstadt des Husaren-Regiments des Kronprinzen Wilhelm von Preußen, seit 1945 unter polnischer Verwaltung, seit 1900 (?) polnisch.
Prinzenallee	12. 07. 1909	Benannt nach den Prinzen des ehemaligen deutschen Kaiserhauses.
Reichsgasse	um 1892	X
Reichsstraße	28. 02. 1871	Zur Erinnerung an die „Wiederaufrichtung des Deutschen Reiches am 18. 1. 1871“.
Roßstraße	20. 04. 1875	Verweist auf die hier seit 1898 liegenden Kasernen der Ulanen und der bespannten Artillerie.
Scheibenstraße	03. 07. 1854	Am Nordhang des Napoleonsberges im Hofgarten befanden sich bis 1847 die Schießstände der Garnison, deren Schießscheiben im Bereich dieser Straße gestanden haben.
Schießstandweg	um 1939	Führt zu den ehemaligen Garnison-Schießständen im Aaper Wald
Schwietzkestraße	25. 04. 1991	Die Straße liegt auf dem ehemaligen Gelände der Metallwerke Schwietzke, 1870 von Johann Gottlieb Schwietzke als Metallgießerei und -dreherei gegründet. Mitglieder der Familie waren Düsseldorfer Stadtverordnete, Vorsitzende des Vereins der Gießereifachleute und machten sich durch großzügige Stiftungen verdient.
Sedanstraße	26. 03. 1872	Sedan, französische Stadt an der Maas. Die Kapitulation der französischen Hauptarmee und die Gefangennahme Kaiser Napoleons III. wurden zum Wendepunkt des Deutsch-Französischen Krieges 1870/71. Der Sieg wurde im Kaiserreich bis 1918 alljährlich am 1. September als "Sedanstag" gefeiert.
Sigmaringenstraße	16. 05. 1968	Sigmaringen, Stadt in Württemberg-Hohenzollern, an der Donau. Nachdem Fürst Karl Anton von 1852 bis 1871 mit seiner Familie im Schloss Jägerhof residierte, pflegten die bis 1849 souveränen Fürsten von Hohenzollern-Sigmaringen enge Beziehungen zu Düsseldorf, vornehmlich zum St. Sebastianus Schützenverein von 1316, dessen Protektoren sie bis zum Tode des Fürsten Friedrich 1965 stellten.

Spichernplatz	um 1898	Spichern (französisch Spicheren), Gemeinde in Lothringen, an der saarländischen Grenze. Der Straßenname erinnert an die Teilnahme des damals hier als Garnison liegenden Niederrheinischen Füsilierregiments Nr. 39 an der Schlacht bei Spichern am 8. August 1870 im deutsch-französischen Krieg.
Spichernstraße	um 1898	Siehe Spichernplatz
Ulanenstraße	02. 05. 1929	Erinnert an das Westfälische Ulanen-Regiment Nr. 5, dessen Garnisonstadt Düsseldorf von 1822 bis 1918 war.
Walkürenstraße	12. 07. 1090	Walküren [altnordisch "diejenigen, die bestimmen, wer auf dem Kampfplatz fallen soll"], in der germanischen Mythologie die Botinnen Wodans, die die Gefallenen mit ihrem Kuss zu ewigem Leben erwecken; Neubearbeitung des Stoffes durch Richard Wagners Oper "Die Walküre" (1851/52).
Weißenburgstraße	um 1895	Weißenburg (französisch Wissenbourg), unterelsässische Stadt an der Lauter. Hier kamen am 4.8.1870 die deutschen Truppen unter Kronprinz Friedrich zu ihrem ersten Sieg im Deutsch-Französischen Krieg.
Zur alten Exerzierhalle	27. 12. 2008	X
Zur alten Kaserne	26. 09. 2013	X

Prüfliste „Schnell-Check“

Straßen-/Platzname	Persönlichkeit
Benningsen-Platz	Rudolf Benningsen-Foerder (1926-1989), Industriemanager
Curt-Beckmann-Straße	Curt Beckmann (1901-1970), Maler und Bildhauer
Ernst-Derra-Straße	Ernst Derra (1901-1979), Mediziner und ab 1946 leitender Chirurg in Bonn
Fritz-Milster-Weg	Friedrich Hans Milster (1913-1985), Ratsmitglied und Mitbegründer des Bürgervereins Düsseldorf-Lörick e. V.
Fritz-Köhler-Weg	Fritz Köhler (1887-1972), Maler
Hannes-Esser-Platz	Hannes Esser (1920-2007), Maler
Hanns-Heuer-Platz	Hanns Heuer (1917-2009), Mitbegründer des Bürgervereins Heerd
Hans-Vilz-Weg	Hans Vilz (1902-1971), Tier- und Landschaftsmaler
Heinrich-Holtschneider-Weg	Heinrich Holtschneider (1909-1997), Amtsbürgermeister von Angermund und letzter Bürgermeister von Wittlaer/Kalkum
Heinrich-Könn-Straße	Heinrich Könn (1905-1993), CDU-Kommunalpolitiker
Heinrich-Köppler-Straße	Heinrich Köppler (1925-1980), CDU-Politiker
Heinrich-Opladen-Straße	Heinrich Opladen (1897-1956), Oberstudienrat am Schlossgymnasium Benrath
Heinrich-Willinghöfer-Weg	Heinrich Willinghöfer (1890-1964), Vorsitzender des Düsseldorfer Siedlerbundes für Kinderreiche
Heinrich-von-Brentano-Platz	Heinrich von Brentano (1904-1964), Jurist und CDU-Politiker
Heinz-Ingenstau-Straße	Heinz Ingenstau (1910-1971), Jurist und Stadtdirektor
Heinz-Schmöle-Straße	Heinz Schmöle (1913-1982), Vorstandsvorsitzender der Victoria-Versicherung
Hermann-Dornscheidt-Straße	Hermann Dornscheidt (1920-1988), Beigeordneter und Stadtdirektor
Hubert-Hermes-Straße	Hubert Hermes (1889-1964), Vorsitzender des Schützen- und Bürgervereins Lörick
Eckenerstraße	Hugo Eckener (1868-1964), Luftschiffer und Nachfolger von Ferdinand Graf von Zeppelin
Hülsestraße	Ernst Hülse (1881-1949), Präsident der Landeszentralbank NRW
Ivo-Beucker-Straße	Ivo Beucker (1909-1965), Bildhauer

Jakob-Kneip-Straße	Jakob Kneip (1881-1958), Schriftsteller
Johannsenstraße	Paul Johannsen (1907-1975), Gartenarchitekt
Josef-Wilden-Straße	Josef Wilden (1877-1953), Präsident der Düsseldorfer Industrie- und Handelskammer
Joseph-Kardinal-Frings-Brücke	Joseph Frings (1887-1978), Erzbischof von Köln
Karl-Frech-Straße	Karl Frech (1901-1967), SPD-Kommunalpolitiker
Karl-Heinz-Bott-Weg	Karl-Heinz Bott (1915-2000), Studiendirektor und stellvertretender Schulleiter des Gymnasiums Gerresheim
Karl-Hohmann-Straße	Karl Hohmann (1908-1974), Fußballspieler
Kurt-Baurichter-Straße	Kurt Baurichter (1902-1974), SPD-Politiker
Professor-Neyes-Platz	Joseph Neyes (1893-1988), Leiter des Düsseldorfer Bach-Vereins
Meineckestraße	Friedrich Meinecke (1862-1954), Historiker
Norbert-Schmidt-Straße	Norbert Schmidt (1887-1960), Ingenieur
Simon-Gatzweiler-Platz	Simon Gatzweiler (1914-1985), Mitinhaber der Privatbrauerei Gebrüder Gatzweiler
Toni-Kryn-Weg	Anton Kryn (1908-1999), Krippenmeister und Vorsitzender des Vereins Krippenfreunde St. Margareta in Gerresheim
Wilhelm-Bötzkes-Straße	Wilhelm Bötzes (1883-1958), Bankier
Wilhelm-Rüther-Straße	Wilhelm Rüther (1908-1968), Mediziner und Chefarzt der Inneren Abteilung des Krankenhauses Düsseldorf-Benrath
Wolfgang-Döring-Straße	Wolfgang Döring (1919-1963), FDP-Politiker
Bruno-Recht-Weg	Bruno Recht (1921-1998), Bürgermeister von Düsseldorf
Fritz-Vomfelde-Straße	Fritz Vomfelde (1900-1961), Oberbürgermeister von Düsseldorf
Georg-Glock-Straße	Georg Glock (1891-1959), Bürgermeister von Düsseldorf
Josef-Gockeln-Straße	Josef Gockeln (1900-1958), Stadtverordneter
Josef-Kürten-Platz	Josef Kürten (1928-2010), Oberbürgermeister von Düsseldorf
Klaus-Bungert-Straße	Klaus Bungert (1926-2007), Oberbürgermeister von Düsseldorf
Meliesallee	Julius Melies (1867-1948), Bürgermeister von Benrath
Nikolaus-Knopp-Platz	Nikolaus Knopp (1866-1942), Bürgermeister von Heerdt-Kassel und Beigeordneter
Professor-Oehler-Straße	Adlabert Oehler (1860-1943), Oberbürgermeister von Düsseldorf
Robert-Lehr-Ufer	Robert Lehr (1883-1956), Oberbürgermeister von Düsseldorf

Prüfliste – Straßennamen

Anmerkung: Die nachfolgenden Angaben beziehen sich ausschließlich auf jene Aspekte, die eine Verbindung der jeweiligen Persönlichkeit zu den festgelegten Überprüfungs-kriterien (Kolonialismus, Antisemitismus, Rassismus, Nationalsozialismus, Militarismus, Chauvinismus) erkennen lassen; in den späteren Gutachten wird eine differenziertere Betrachtung unter Berücksichtigung positiver Verdienste erfolgen.

Aufgrund der Menge der zu überprüfenden Straßennamen musste die erste Recherche größtenteils digital erfolgen; jedes Gutachten wird eine ausführliche Quellen- und Literaturliste enthalten.

1. Kunst & Kultur

Straßen-/Platzname & Datum der Benennung	Hintergrund	Kriterien für mögliche Prüfung
Arthur-Kampf-Straße (vor 1975)	<p>Arthur Kampf (1864-1950)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Maler - gehörte zu den vom NS-Regime privilegierten Künstlern - Aufnahme in die „Gottbegnadeten-Liste“ 1944 <p>Ernst Klee: Das Kulturlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2009, S. 266.</p> <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Arthur_Kampf</p>	biographische Bezüge zur NS-Diktatur
Gerhart-Hauptmann-Straße (19. 07. 1961)	<p>Gerhart Hauptmann (1862-1946)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Dramatiker und Schriftsteller - wurde vom NS-Regime protegiert - Aufnahme in die „Gottbegnadeten-Liste“ 1944 <p>Ernst Klee: Das Kulturlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2009, S. 201f.</p>	biographische Bezüge zur NS-Diktatur

Straßen-/Platzname & Datum der Benennung	Hintergrund	Kriterien für mögliche Prüfung
<p>Gurlittstraße</p> <p>(25. 02. 1965)</p>	<p>Hildebrand Gurlitt (1895-1956)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Kunsthistoriker und Kunsthändler - arbeitete als einer der Haupteinkäufer für das geplante Hitlermuseum in Linz - verkaufte die von den Nationalsozialisten beschlagnahmte sogenannte „Entartete Kunst“ <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Hildebrand_Gurlitt</p> <p>Meike Hofmann und Nicola Kuhn: Hitlers Kunsthändler Hildebrand Gurlitt 1895 - 1956. Die Biographie, München 2016.</p>	<p>biographische Bezüge zur NS-Diktatur</p>
<p>Gustaf-Gründgens-Platz</p> <p>(29. 10. 1976)</p>	<p>Gustaf Gründgens (1899-1963)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Schauspieler und Regisseur - leitete bis 1945 das Preußische Staatstheater - wirkte in NS-Propagandafilmen mit - Aufnahme in die „Gottbegnadeten-Liste“ 1944 <p>Ernst Klee: Das Kulturlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2009, S. 183f.</p>	<p>biographische Bezüge zur NS-Diktatur</p>
<p>Harry-Piel-Platz</p> <p>(21. 07. 2007)</p>	<p>Harry Piel (1892-1963)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Schauspieler und Regisseur - „Förderndes Mitglied der SS“ - Aufnahme in die „Gottbegnadeten-Liste“ 1944 <p>Ernst Klee: Das Kulturlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2009, S. 414.</p> <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Harry_Piel</p>	<p>biographische Bezüge zur NS-Diktatur</p>

Straßen-/Platzname & Datum der Benennung	Hintergrund	Kriterien für mögliche Prüfung
Heinrich-Lersch-Straße (11. 06. 1963)	<p>Heinrich Lersch (1889-1936)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Schriftsteller - Kriegsdichter während des Ersten Weltkrieges - gehörte 1933 zu den 88 Schriftstellern, die das „Gelöbnis treuester Gefolgschaft“ für Adolf Hitler unterzeichneten - trat öffentlich für den Nationalsozialismus ein <p>Ernst Klee: Das Kulturlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2009, S. 329.</p> <p>https://www.rheinische-geschichte.lvr.de/Persoenlichkeiten/heinrich-lersch/DE-2086/lido/57c93fd5413092.72556768</p>	biographische Bezüge zur NS-Diktatur Militarismus
Helmut-Hentrich-Platz (29.11. 2003)	<p>Helmut Hentrich (1905-2001)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Architekt - Aufnahme in die sogenannte „Gottbegnadeten-Liste“ 1944 - beschäftigte Zwangsarbeiter <p>Ernst Klee: Das Kulturlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2009, S. 212.</p> <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Helmut_Hentrich</p>	biographische Bezüge zur NS-Diktatur
Lönsstraße (16. 01. 1937)	<p>Hermann Löns (1866-1914)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Heimatdichter - Lektüre des Bauernromans „Der Wehrwolf“ wurde im Dritten Reich empfohlen - rassistisch-völkische Äußerungen - <p>Ernst Klee: Kulturlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2009, S. 339f.</p> <p>https://www.ndr.de/kultur/geschichte/koepfe/Hermann-Loens-Der-umstrittene-Heidedichter,loens152.html</p>	Rassismus Chauvinismus

Straßen-/Platzname & Datum der Benennung	Hintergrund	Kriterien für mögliche Prüfung
Josef-Ponten-Straße (11.06. 1963)	<p>Josef Ponten (1883-1940)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Schriftsteller - gehörte 1933 zu den 88 Schriftstellern, die das „Gelöbnis treuester Gefolgschaft“ für Adolf Hitler unterzeichneten <p>Ernst Klee: Das Kulturlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2009, S. 419.</p> <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Josef_Ponten</p>	biographische Bezüge zur NS-Diktatur
Max-Clarenbach-Weg (1977)	<p>Max Clarenbach (1880-1952)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Maler - 1939/40 Landesleiter in der Reichskammer der bildenden Künste - Aufnahme in die „Gottbegnadeten-Liste“ 1944 <p>Ernst Klee: Das Kulturlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2009, S. 87.</p> <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Max_Clarenbach</p>	biographische Bezüge zur NS-Diktatur
Max-Halbe-Straße (23. 04. 1956)	<p>Max Halbe (1865-1945)</p> <ul style="list-style-type: none"> - völkischer Autor - gehörte 1933 zu den 88 Schriftstellern, die das „Gelöbnis treuester Gefolgschaft“ für Adolf Hitler unterzeichneten <p>Ernst Klee: Kulturlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2009, S. 192.</p> <p>http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/buecher/rezension-sachbuch-entlarvung-der-laengst-entlarvten-11320523.html</p>	biographische Bezüge zur NS-Diktatur

Straßen-/Platzname & Datum der Benennung	Hintergrund	Kriterien für mögliche Prüfung
Münchhausenweg (März 1947)	Börries Freiherr von Münchhausen (1874-1945) <ul style="list-style-type: none"> - Schriftsteller und Dichter - gehörte 1933 zu den 88 Schriftstellern, die das „Gelöbnis treuester Gefolgschaft“ für Adolf Hitler unterzeichneten - Aufnahme in die „Gottbegnadeten-Liste“ 1944 <p>Ernst Klee: Das Kulturlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2009, S. 382.</p>	biographische Bezüge zur NS-Diktatur Antisemitismus
Paul-Bonatz-Straße (19. 07. 1961)	Paul Bonatz (1877-1956) <ul style="list-style-type: none"> - Architekt unter Albert Speer - künstlerischer Berater von Fritz Todt <p>Ernst Klee: Das Kulturlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2009, S. 61f.</p> <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Paul_Bonatz</p>	biographische Bezüge zur NS-Diktatur
Speckmannweg (16. 08. 1937)	Diedrich Speckmann (1872-1938) <ul style="list-style-type: none"> - Schriftsteller - gehörte 1933 zu den 88 Schriftstellern, die das „Gelöbnis treuester Gefolgschaft“ für Adolf Hitler unterzeichneten <p>Ernst Klee: Kulturlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2009, S. 519f</p> <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Diedrich_Speckmann</p>	biographische Bezüge zur NS-Diktatur

Straßen-/Platzname & Datum der Benennung	Hintergrund	Kriterien für mögliche Prüfung
Pfitznerstraße (22. 07. 1950)	<p>Hans Pfitzner (1869-1949)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Komponist - Aufnahme in die „Gottbegnadeten-Liste“ 1944 - bekannte sich auch nach 1945 zu seiner antisemitischen Einstellung <p>Ernst Klee: Das Kulturlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2009, S. 413.</p> <p>Sabine Busch: Hans Pfitzner und der Nationalsozialismus. Stuttgart/Weimer 2001.</p> <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Hans_Pfitzner</p>	biographische Bezüge zur NS-Diktatur Antisemitismus
Richard-Strauss-Platz (13. 09. 1954)	<p>Richard Strauss (1864-1949)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Komponist und Dirigent - 1933-1935 Präsident der Reichsmusikkammer - Aufnahme in die „Gottbegnadeten-Liste“ 1944 - komponierte die Eröffnungsmusik für die Olympischen Spiele 1936 <p>Ernst Klee: Das Kulturlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2009, S. 538f.</p> <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Richard_Strauss</p>	biographische Bezüge zur NS-Diktatur
Rolf-Bongs-Straße (17. 05. 1997)	<p>Rolf Bongs (1907-1981)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Schriftsteller - ab 1938 beim Volksbund für das Deutschtum im Ausland angestellt - ab 1942 Soldat der Waffen-SS und SS-Kriegsberichterstatter <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Rolf_Bongs</p>	biographische Bezüge zur NS-Diktatur

Straßen-/Platzname & Datum der Benennung	Hintergrund	Kriterien für mögliche Prüfung
Roseggerstraße (26. 01. 1953)	Peter Rosegger (1843-1918) <ul style="list-style-type: none"> - Schriftsteller und Erzähler - verfasste nationalistische und kriegsfreundliche Texte - äußerte Verständnis für antisemitische Strömungen https://de.wikipedia.org/wiki/Peter_Rosegger	Militarismus Antisemitismus
Wagnerstraße (29. 05. 1888)	Richard Wagner (1813-1883) <ul style="list-style-type: none"> - Komponist - vertrat offensiv antisemitische Stereotype und entwickelte diese aktiv weiter - diente vor allem den Nationalsozialisten als antisemitisches Vorbild und Ideal Ernst Klee: Das Kulturlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2009, S. 574f.	Antisemitismus Rassismus
Wilhelm-Kreis-Straße (19. 07. 1961)	Wilhelm Kreis (1873-1955) <ul style="list-style-type: none"> - Architekt - 1938 Reichskultursenator der bildenden Künste - 1943 Präsident der Reichskammer der bildenden Künste - Aufnahme in die „Gottbegnadeten-Liste“ 1944 Ernst Klee: Das Kulturlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2009, S. 305. https://de.wikipedia.org/wiki/Wilhelm_Kreis	biographische Bezüge zur NS-Diktatur

Straßen-/Platzname & Datum der Benennung	Hintergrund	Kriterien für mögliche Prüfung
Wilhelm-Schmidtbonn-Straße (11. 06. 1963)	Wilhelm Schmidtbonn (1876-1952) <ul style="list-style-type: none"> - Schriftsteller - unterzeichnete 1933 eine Loyalitätserklärung der Preußischen Akademie der Dichtung für die NS-Regierung - erhielt 1941 und 1942 Literaturpreise der Städte Köln und Bonn <p>Ernst Klee: Das Kulturlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2009, S. 305.</p> <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Wilhelm_Schmidtbonn</p>	biographische Bezüge zur NS-Diktatur
Ganghoferstraße (16. 10. 1936)	Ludwig Ganghofer (1844-1920) <ul style="list-style-type: none"> - Schriftsteller - propagandistische Kriegsberichte - Mitglied der rechtsradikalen Deutschen Vaterlandspartei <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Ludwig_Ganghofer</p>	Militarismus
Freytagstraße (11. 08. 1903)	Gustav Freytag (1816-1895) <ul style="list-style-type: none"> - Schriftsteller - verbreitete antijüdische und antipolnische Stereotype <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Literarischer_Antisemitismus#Gustav_Freytag</p>	Antisemitismus Rassismus
Jakob-Kneip-Straße (20. 06. 1962)	Jakob Kneip (1881-1958) <ul style="list-style-type: none"> - Schriftsteller - angesehener Autor im Dritten Reich <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Jakob_Kneip</p>	biographische Bezüge zur NS-Diktatur

Joseph-Beuys-Ufer (29. 11. 1997)	Joseph Beuys (1921-1986) <ul style="list-style-type: none"> - Künstler - Dienst in der Wehrmacht - Nähe zu völkischem Gedankengut <p>https://www.sueddeutsche.de/kultur/kunst-und-nationalsozialismus-die-wirren-rechten-ideen-des-joseph-beuys-1.3973199</p>	biographische Bezüge zur NS-Diktatur
Hermann-Reuter-Straße (27. 12. 2008)	Hermann Reuter (1880-1970) <ul style="list-style-type: none"> - Leiter der Landes- und Stadtbibliothek 1928-1950 - Im Dritten Reich an Straßenbenennungen beteiligt <p>Stadtarchiv Düsseldorf, Bestand IV 15918-15920</p>	biographische Bezüge zur NS-Diktatur

2. Politik, Verwaltung & Militär

Straßen-/Platzname & Datum der Benennung	Hintergrund	Kriterien für mögliche Prüfung
Adam-Stegerwald-Straße (19. 12. 1966)	Adam Stegerwald (1874-1945) <ul style="list-style-type: none"> - Gewerkschaftsführer, Reichstagsabgeordneter und Ministerpräsident - unterstützte den Kriegskurs der Regierung im Ersten Weltkrieg - stimmte 1933 mit der Zentrumsfraktion dem Ermächtigungsgesetz zu - kritisierte die ablehnende Haltung des Vatikans zum NS-Regime und forderte eine Annäherung an die nationalsozialistischen Auffassungen <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Adam_Stegerwald</p> <p>Morsey, Rudolf (Hrsg.): Zeitgeschichte in Lebensbildern. Aus dem deutschen Katholizismus des 20. Jahrhunderts, Mainz 1973, S. 206ff.</p>	Militarismus biographische Bezüge zur NS-Diktatur

Straßen-/Platzname & Datum der Benennung	Hintergrund	Kriterien für mögliche Prüfung
<p>Bismarckstraße (10. 08. 1875)</p> <p>Bismarckweg (?)</p> <p>Kanzlerstraße (17. 08. 1909)</p>	<p>Fürst Otto von Bismarck (1815-1898)</p> <ul style="list-style-type: none"> - erster Reichskanzler - Umgang mit Minderheiten und Andersdenkenden (Sozialistengesetze, etc.) - Errichtung deutscher Kolonien in Afrika und Asien - initiierte die deutschen Einigungskriege <p>http://www.bpb.de/apuz/202989/bismarck-und-der-kolonialismus?p=all</p> <p>http://www.bpb.de/apuz/202981/bismarck-und-das-problem-eines-deutschen-sonderwegs</p> <p>https://www.dhm.de/lemo/kapitel/kaiserreich/innenpolitik/sozialistengesetz.html</p>	<p>Militarismus</p> <p>Kolonialismus</p>
<p>Erwin-Rommel-Straße (22. 09. 1966)</p>	<p>Erwin Rommel (1891-1944)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Generalfeldmarschall der Wehrmacht - 1938/39 Kommando Führerhauptquartier - 1941 Oberbefehlshaber des Deutschen Afrikacorps <p>Ernst Klee: Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2003, S. 506f.</p> <p>Hermann Weiß (Hrsg.): Das Personenlexikon 1933-1945. Wien 2003, S. 384f.</p>	<p>biographische Bezüge zur NS-Diktatur</p>
<p>Hans-Christoph-Seebohm-Straße (22. 01. 1980)</p>	<p>Hans-Christoph Seebohm (1903-1967)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Politiker und Bundesverkehrsminister - 1941 Mitbegründer der Egerländer Bergbau AG, die als „Auffanggesellschaft“ für die Übernahme „arisierten“ Eigentums fungierte - äußerte sich nach 1945 in seiner Funktion als Politiker extremistisch <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Hans-Christoph_Seebohm</p>	<p>biographische Bezüge zur NS-Diktatur</p>

<p>Kriegestraße (26. 01. 1953)</p>	<p>Walter Kriege (1891-1952)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Jurist - 1940 Ministerialdirektor im Reichsjustizministerium - Teilnehmer der Tagung der höchsten Juristen des Reiches im April 1941 („Vernichtung lebensunwerten Lebens“) <p>Ernst Klee: Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2003, S. 341.</p>	<p>biographische Bezüge zur NS-Diktatur</p>
<p>Leutweinstraße (16. 12. 1937)</p>	<p>Theodor Leutwein (1849-1921)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Kolonialoffizier - Gouverneur von Deutsch-Südwestafrika - Unterwerfung der indigenen Bevölkerung - 1896 Kampf gegen die Herero <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Theodor_Leutwein</p>	<p>Kolonialismus</p>
<p>Petersstraße (16. 12. 1937)</p>	<p>Carl Peters (1856-1918)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Kolonialpolitiker - erwarb das Kerngebiet des späteren Deutsch-Ostafrika - 1897 wegen des gegen ihn erhobenen Vorwurfs der unwürdigen Behandlung der indigenen Bevölkerung entlassen und wegen Amtsmissbrauchs verurteilt <p>Ernst Klee: Das Kulturlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2009, S. 410f.</p> <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Carl_Peters</p>	<p>Kolonialismus</p> <p>Rassismus</p>
<p>Sodenstraße (16. 12. 1936)</p>	<p>Julius Freiherr von Soden (1846-1921)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Gouverneur der Kolonien Kamerun und Deutsch-Ostafrika <p>http://deutschland-postkolonial.de/portfolio/soden/</p> <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Julius_von_Soden</p>	<p>Kolonialismus</p>

Straßen-/Platzname & Datum der Benennung	Hintergrund	Kriterien für mögliche Prüfung
Solfstraße (16. 12. 1937)	Wilhelm Heinrich Solf (1862-1936) <ul style="list-style-type: none"> - Diplomat - 1900-1911 Gouverneur von West-Samoa - 1911-1918 Leiter des Reichskolonialamtes - löste 1912 eine Debatte über „Mischehen“ aus und erließ ein „Mischehe-Verbot“ für Samoa <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Wilhelm_Solf</p>	Kolonialismus Rassismus
Wissmannstraße (13. 03. 1908)	Hermann von Wissmann (1853-1905) <ul style="list-style-type: none"> - deutscher Afrikaforscher - 1888-1901 Reichskommissar von Deutsch-Ostafrika und Kommandant der Deutschen Schutztruppe - 1895-1896 Gouverneur von Deutsch-Ostafrika <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Hermann_von_Wissmann</p>	Kolonialismus
Schlieffenstraße (19. 05. 1938)	Alfred Graf von Schlieffen (1833-1913) <ul style="list-style-type: none"> - Autor des sogenannten „Schlieffen-Plans“ (Zweifrontenkrieg) <ul style="list-style-type: none"> ➔ Vordenker des Überfalls auf das neutrale Belgien im Ersten Weltkrieg - setzte sich für ein gnadenloses Vorgehen gegen die aufständischen Herero in Deutsch-Südwestafrika ein <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Alfred_von_Schlieffen</p>	Militarismus Kolonialismus

Straßen-/Platzname & Datum der Benennung	Hintergrund	Kriterien für mögliche Prüfung
Blumenthalstraße (um 1901)	Graf Leonhard von Blumenthal (1810-1900) <ul style="list-style-type: none"> - seit 1870 Generalstabschef der Armee des preußischen Kronprinzen - Generalfeldmarschall <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Leonhard_von_Blumenthal</p>	Militarismus
Buddestraße (12. 08. 1915)	Hermann von Budde (1851-1906) <ul style="list-style-type: none"> - preußischer General - nahm als Zugführer am Deutsch-Französischen Krieg teil - befasste sich mit der militärischen Rolle der Eisenbahnen <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Hermann_von_Budde</p>	Militarismus
Goebenstraße (22. 02. 1888)	August Karl von Goeben (1816-1880) <ul style="list-style-type: none"> - preußischer General - kommandierender General bei der Schlacht von Spichern 1870 - nahm an den Schlachten von Colombey und Gravelotte und danach an der Einschließung von Metz teil <p>https://de.wikipedia.org/wiki/August_Karl_von_Goeben</p>	Militarismus
Haeselerstraße 27. 03. 1940	Gottlieb Graf von Haeseler (1836-1919) <ul style="list-style-type: none"> - preußischer Generalfeldmarschall - nahm als Beobachter des XVI. Armeekorps am Ersten Weltkrieg teil <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Gottlieb_von_Haeseler_(Generalfeldmarschall)</p>	Militarismus

Straßen-/Platzname & Datum der Benennung	Hintergrund	Kriterien für mögliche Prüfung
Moltkestraße (23. 10. 1888) Helmuthstraße (17. 08. 1909)	Helmuth Graf von Moltke (1800-1891) <ul style="list-style-type: none"> - preußischer Generalfeldmarschall - Chef des Generalstabs https://de.wikipedia.org/wiki/Helmuth_Karl_Bernhard_von_Moltke	Militarismus
Wrangelstraße (27. 03. 1940)	Friedrich Heinrich Ernst Graf von Wrangel (1784-1877) <ul style="list-style-type: none"> - preußischer Generalfeldmarschall https://de.wikipedia.org/wiki/Friedrich_von_Wrangel	Militarismus
Robert-Lehr-Ufer (03. 06. 1957)	Robert Lehr (1883-1956) <ul style="list-style-type: none"> - 1924-1933 Oberbürgermeister von Düsseldorf - Mitglied der DNVP - stützte das erste Kabinett Hitler https://www.rheinische-geschichte.lvr.de/Persoenlichkeiten/robert-lehr/DE-2086/lido/57c93e7849f8d0.12525166	biographische Bezüge zur NS-Diktatur
Wolfgang-Döring-Straße (04. 11. 1965)	Wolfgang Döring (1919-1963) <ul style="list-style-type: none"> - FDP-Politiker - Verstrickung in „Naumann-Affäre“ https://de.wikipedia.org/wiki/Wolfgang_D%C3%B6ring	biographische Bezüge zur NS-Diktatur
Heinz-Ingenstau-Straße (24. 04. 2004)	Heinz Ingenstau (1910-1971) <ul style="list-style-type: none"> - Jurist und Stadtdirektor - Engagement in verschiedenen NS-Organisationen Bestand 0-1-5-81564.0000 und 3-1996-25-10.0000 (Stadtarchiv Düsseldorf)	biographische Bezüge zur NS-Diktatur

3. Industrie & Wirtschaft

Straßen-/Platzname & Datum der Benennung	Hintergrund	Kriterien für mögliche Prüfung
Bueckstraße (13. 07. 1938)	<p>Henry Axel Bueck (1830-1916)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Industriefunktionär - erster Geschäftsführer des 1871 in Düsseldorf gegründeten "Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen" ("Langnamverein") - Mitbegründer des „Westdeutschen Vereins für Kolonisation und Export“ 1881 - wirkte 1882 am Entstehen des Deutschen Kolonialvereins mit <p>Broschüre „Kolonialbewegung und Vereine in Düsseldorf“, S. 4</p> <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Henry_Axel_Bueck</p>	Kolonialismus
Ernst-Poensgen-Allee (14. 12. 1951)	<p>Ernst Poensgen (1871-1949)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Unternehmer - Unternehmen, für die Poensgen verantwortlich war, setzten während des Zweiten Weltkrieges Zwangsarbeiter ein - „Wehrwirtschaftsführer“ - Vorsitzender der Reichsausstellung „Schaffendes Volk“ 1937 - 1942 in den Rüstungsrat berufen <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Ernst_Poensgen</p>	biographische Bezüge zur NS-Diktatur
Flenderstraße (1929)	<p>Hermann August Flender (1839-1882)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Unternehmer - zu den Bauten der Flender AG gehörten Brücken auf Java für das niederländische Kolonialministerium und eine Landungsbrücke in Swakopmund (Deutsch-Südwestafrika) <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Flender_(Unternehmerfamilie)#Hermann_August_(1839-1882)</p>	Kolonialismus

Straßen-/Platzname & Datum der Benennung	Hintergrund	Kriterien für mögliche Prüfung
Lüderitzstraße (16. 12. 1937)	<p>Franz Adolf Eduard von Lüderitz (1834-1886)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Großkaufmann im Afrikahandel - erwarb die nach ihm benannte Lüderitzbucht mit der anschließenden Küste, die als Reichsprotectorat (1884) den Kern von Deutsch-Südwestafrika bildete <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Adolf_L%C3%BCderitz</p>	Kolonialismus
Möhlaustraße (16. 01. 1931)	<p>Adolf Möhlau (1844-1912)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Kommerzienrat und Vorsitzender der Handelskammer Düsseldorf - Vorstandsmitglied der Deutschen Kolonial Gesellschaft <p>Ulrich Soénius: Koloniale Begeisterung im Rheinland während des Kaiserreichs. Köln 1992, S. 54, 86 u. 109.</p>	Kolonialismus
Mulvanystraße (16. 10. 1937)	<p>William Thomas Mulvany (1806-1885)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Unternehmer - 1871 Vorsitzender des „Langnamvereins“ - 1881 Gründungsmitglied des „Westdeutschen Vereins für Kolonisation und Export“ <p>https://de.wikipedia.org/wiki/William_Thomas_Mulvany</p> <p>Broschüre „Kolonialbewegung und Vereine in Düsseldorf“, S. 4</p>	Kolonialismus
Otto-Petersen-Straße (22. 11. 1979)	<p>Otto Petersen (1874-1953)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Eisenhüttenmann - „Wehrwirtschaftsführer“ - Leiter der Hauptgeschäftsführung des Hauptringes Eisenerzeugung beim Reichsminister für Rüstung und Kriegsproduktion <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Otto_Petersen</p>	biographische Bezüge zur NS-Diktatur

Straßen-/Platzname & Datum der Benennung	Hintergrund	Kriterien für mögliche Prüfung
Pfeifferstraße (12. 05. 1909)	<p>Wilhelm Pfeiffer (1828-1900)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Kommerzienrat - Mitbegründer des „Westdeutschen Vereins für Kolonisation und Export“ <p>Broschüre „Kolonialbewegung und Vereine in Düsseldorf“, S. 4</p> <p>Ulrich Soénius: Koloniale Begeisterung im Rheinland während des Kaiserreichs. Köln 1992, S. 20.</p>	Kolonialismus
Porschestraße (09. 10. 1958)	<p>Ferdinand Porsche (1875-1951)</p> <ul style="list-style-type: none"> - von Hitler mit dem Bau eines Massenfahrzeugs beauftragt - 1942 Aufnahme als SS-Oberführer in die SS - erhielt 1944 den Totenkopfring des Reichsführers SS <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Ferdinand_Porsche</p> <p>Ernst Klee: Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2003, S. 470.</p>	biographische Bezüge zur NS-Diktatur
Woermannstraße (16. 12. 1937)	<p>Adolf Woermann (1847-1911)</p> <ul style="list-style-type: none"> - deutscher Reeder u. Großkaufmann - Mitglied des Kolonialrats - maßgeblich an der Errichtung deutscher Kolonien in Afrika beteiligt <p>https://zwangsarbeitkolonial.wordpress.com/die-reederei-woermann-und-ihre-rolle-im-deutschen-kolonialismus-nationalsozialismus-und-heute/</p> <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Adolph_Woermann</p>	Kolonialismus
Eckenerstraße (06. 11. 1961)	<p>Hugo Eckener (1868-1954)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Unternehmer und Luftschiffer - „Wehrwirtschaftsführer“ <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Hugo_Eckener</p>	biographische Bezüge zur NS-Diktatur

4. Adel

Straßen-/Platzname & Datum der Benennung	Hintergrund	Kriterien für mögliche Prüfung
<p>Eitelstraße (17. 08. 1909)</p>	<p>Prinz Eitel Friedrich von Preußen (1883-1942)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Sohn Kaiser Wilhelms II. - Aktivitäten im „Stahlhelm“ (Bund der Frontsoldaten) - 1931 Mitbegründer der „Harzburger Front“, einem antidemokratischen Bündnis aus Nationalisten und Rechtsextremisten <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Eitel_Friedrich_von_Preußen</p>	<p>Rechtsextremismus</p> <p>Militarismus</p> <p>biographische Bezüge zur NS-Diktatur</p>
<p>Kaiser-Wilhelm-Ring (vor 1909)</p>	<p>Kaiser Wilhelm I. (1797-1888)</p> <ul style="list-style-type: none"> - während seiner Herrschaft annektierte das Deutsche Reich Togo, Kamerun, „Deutsch-Südwestafrika“ (Namibia), „Deutsch-Ostafrika“ (Tansania, Ruanda, Burundi), „Kaiser-Wilhelms-Land“ (Neuguinea) und den Bismarckarchipel - Oberbefehl im Deutsch-Französischen Krieg <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Wilhelm_I._(Deutsches_Reich)</p> <p>Dossier „Straßennamen mit Bezügen zum Kolonialismus in Berlin“ von Christian Kopp und Joshua Kwesi Aikins, Stand November 2008</p>	<p>Militarismus</p> <p>Kolonialismus</p>
<p>Kaiser-Friedrich-Ring (vor 1909)</p> <p>Kaiser-Friedrich-Straße (vor 1929)</p> <p>Kronprinzenstraße (03. 07. 1854)</p>	<p>Kaiser Friedrich III. (1831-1888)</p> <ul style="list-style-type: none"> - preußischer Feldherr im Deutsch-Französischen Krieg <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Friedrich_III._(Deutsches_Reich)</p>	<p>Militarismus</p>

Straßen-/Platzname & Datum der Benennung	Hintergrund	Kriterien für mögliche Prüfung
Karl-Anton-Straße (erscheint erstmals im Adressbuch von 1870 als noch nicht bebaut)	Karl Anton Fürst von Hohenzollern-Sigmaringen (1811-1885) <ul style="list-style-type: none"> - Divisionskommandeur - Militärgouverneur von Rheinland-Westfalen https://de.wikipedia.org/wiki/Karl_Anton_(Hohenzollern)	Militarismus
Herzogstraße (bebaut um 1850)	Herzog Friedrich Wilhelm Nikolaus von Mecklenburg-Schwerin (1827-1879) <ul style="list-style-type: none"> - Generalleutnant im Deutsch-Französischen Krieg https://de.wikipedia.org/wiki/Wilhelm_zu_Mecklenburg	Militarismus
Prinz-Georg-Straße (23. 10. 1888)	Prinz Georg von Preußen (1826-1902) <ul style="list-style-type: none"> - General der Kavallerie - Regimentschef des Ersten Pommerschen Ulanenregiments Nr. 4 https://de.wikipedia.org/wiki/Georg_von_Preu%C3%9Fen	Militarismus

5. Wissenschaft & Bildung

Straßen-/Platzname & Datum der Benennung	Hintergrund	Kriterien für mögliche Prüfung
Bergiusstraße (13. 11. 1958)	<p>Friedrich Bergius (1884-1948)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Chemiker - wurde vom NS-Regime mit Staatsgeldern gefördert (Autarkiepolitik) <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Friedrich_Bergius</p> <p>Ernst Klee: Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2003, S. 41.</p>	biographische Bezüge zur NS-Diktatur
Boschstraße (13. 11. 1958)	<p>Carl Bosch (1874-1940)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Chemiker - schloss 1914 das sogenannte „Salpetersversprechen“ ab - „Wehrwirtschaftsführer“ <p>Ernst Klee: Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2003, S. 66f.</p> <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Carl_Bosch</p>	Militarismus biographische Bezüge zur NS-Diktatur
Finschstraße (14. 03. 1952)	<p>Hermann Otto Finsch (1839-1917)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Zoologe, Ethnologe und Forschungsreisender - leitete u.a. 1884/85 die Expedition zum Erwerb des Kaiser-Wilhelm-Landes, später „Deutsche Kolonie“ in Neuguinea <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Otto_Finsch</p>	Kolonialismus

Straßen-/Platzname & Datum der Benennung	Hintergrund	Kriterien für mögliche Prüfung
Gerhard-Domagk-Straße (22. 01. 1970)	<p>Gerhard Domagk (1895-1964)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Bakteriologe und Pathologe - Leiter des Forschungslabors für experimentelle Pathologie und Bakteriologie der I.G. Farben experimentierte mit Sulfonamiden → Sulfonamid-Experimente fanden auch im KZ Ravensbrück statt und wurden durch Lieferungen der I. G. Farben ermöglicht - 1944 im Wissenschaftlichen Beirat des Bevollmächtigten für das Gesundheitswesen <p>Ernst Klee: Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2003, S. 116.</p> <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Gerhard_Domagk</p>	biographische Bezüge zur NS-Diktatur
Haberstraße (13. 11. 1958)	<p>Fritz Haber (1868-1934)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Chemiker - ab 1914 wissenschaftlicher Berater im Kriegsministerium - überwachte die Vorbereitungen für den Gasangriff bei Ypern - verantwortlich für die gesamte chemische Kriegsführung <p>Ernst Klee: Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2003, S. 214.</p> <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Fritz_Haber</p>	Militarismus
Hördtweg (02. 08. 1940)	<p>Philipp Hördt (1891-1933)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Pädagoge - entwarf Erziehungstheorien auf biologischer und rassekundlicher Grundlage - Wegbereiter der totalitären Erziehung <p>https://www.lexikon-drittes-reich.de/Philipp_Hördt</p> <p>Otto Peters: Meine Lehrer im Dritten Reich. Versuch einer autobiografischen Konstruktion, Münster 2007, S. 60.</p>	biographische Bezüge zur NS-Diktatur Rassismus

Straßen-/Platzname & Datum der Benennung	Hintergrund	Kriterien für mögliche Prüfung
Max-Planck-Straße (20. 08. 1959)	<p>Max Planck (1858-1947)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Physiker - 1928-1937 Präsident der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft - versicherte 1933, dass die Gesellschaft gewillt sei, „sich systematisch in den Dienst des Reiches hinsichtlich der rassenhygienischen Forschung zu stellen“ <p>Ernst Klee: Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2003, S. 463.</p> <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Max_Planck</p>	biographische Bezüge zur NS-Diktatur
Nernstweg (16. 01. 1934)	<p>Walter Nernst (1864-1941)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Physiker - beteiligte sich an der Forschung zur Kriegstechnik (Erster Weltkrieg) <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Walther_Nernst</p>	Militarismus biographische Bezüge zur NS-Diktatur
Otto-Hahn-Straße (29. 08. 1980)	<p>Otto Hahn (1879-1968)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Chemiker - Mitglied eines Spezialtrupps für Giftgaseinsatz unter Fritz Haber - ab 1939 für Heereswaffenamt am deutschen Kernforschungsprojekt beteiligt <p>Ernst Klee: Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2003, S. 219.</p>	Militarismus biographische Bezüge zur NS-Diktatur

Straßen-/Platzname & Datum der Benennung	Hintergrund	Kriterien für mögliche Prüfung
Virchowstraße (28. 11. 1953)	Rudolf Virchow (1821-1902) <ul style="list-style-type: none"> - Anthropologe und Pathologe - Vorsitzender der Berliner Gesellschaft für Anthropologie, Ethnologie und Urgeschichte - an sogenannten Völkerschauen beteiligt <p>https://www.planetwissen.de/geschichte/nationalsozialismus/nationalsozialistische_rassenlehre/pwierudolfvirchowmedizineranthropologeethnologie100.html</p>	Rassismus Kolonialismus
Wilhelm-Suter-Pfad (um 1970)	Wilhelm Suter (1876-1954) <ul style="list-style-type: none"> - Oberschullehrer - Fachberater des Gaukulturamts und im Kampfbund für deutsche Kultur - Kreiswanderwart der NS-Organisation „Kraft durch Freude“ <p>Bestand IV 37371 (Stadtarchiv)</p>	biographische Bezüge zur NS-Diktatur
Oertelstraße (26. 01. 1953)	Bruno Oertel (1871-1938) <ul style="list-style-type: none"> - Klinikdirektor an der Medizinischen Akademie 1910-1938 - ordentlicher Professor <p>Bestand V 964 (Stadtarchiv)</p>	biographische Bezüge zur NS-Diktatur
Lubarschstraße (30. 11. 1956)	Otto Lubarsch (1860-1933) <ul style="list-style-type: none"> - Pathologe und Professor für Medizin - Gegner der Weimarer Republik - unterstützte angeblich die antisemitischen Ziele der nationalsozialistischen Bewegung <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Otto_Lubarsch</p>	Antisemitismus

6. Religion, Theologie & Philosophie

Straßen-/Platzname & Datum der Benennung	Hintergrund	Kriterien für mögliche Prüfung
Oswald-Spengler-Straße (16. 10. 1956)	Oswald Spengler (1880-1936) <ul style="list-style-type: none"> - Philosoph und Psychiater - förderte als gnadenloser Kritiker der Weimarer Republik die Machtergreifung der Nationalsozialisten <p>Ernst Klee: Kulturlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2009. S. 520</p>	biographische Bezüge zur NS-Diktatur Antisemitismus Faschismus

7. Widerstandskämpfer im Nationalsozialismus

Straßen-/Platzname & Datum der Benennung	Hintergrund	Kriterien für mögliche Prüfung
Carl-Friedrich-Goerdeler-Straße (1964)	Carl Friedrich Goerdeler (1884-1945) <ul style="list-style-type: none"> - 1930-1937 Oberbürgermeister in Leipzig - verfasste 1941 zusammen mit Ludwig Beck die Denkschrift „Das Ziel“, in der der Erwerb neuer Kolonien propagiert wurde <p>Ernst Klee: Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2003, S. 189.</p> <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Deutscher_Kolonialismus_in_der_Zeit_des_Nationalsozialismus#1939-1945</p>	biographische Bezüge zur NS-Diktatur Kolonialismus

Straßen-/Platzname & Datum der Benennung	Hintergrund	Kriterien für mögliche Prüfung
Erich-Hoepner-Straße (14. 07. 1945)	<p>Erich Hoepner (1886-1944)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Generaloberst der Wehrmacht - kommandierender General beim Überfall auf Polen und die Sowjetunion <p>Ernst Klee: Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2003, S. 262.</p> <p>Geralf Gemser: Darf eine Schule diesen Namen tragen? Zur Vorbildwirkung des Wehrmachtsgenerals Erich Hoepner, Marburg 2005.</p>	biographische Bezüge zur NS-Diktatur Militarismus
Erwin-von-Witzleben-Straße (14. 07. 1945)	<p>Erwin von Witzleben (1881-1944)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Generalfeldmarschall der Wehrmacht - 1941 Oberbefehlshaber West <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Erwin_von_Witzleben</p> <p>Ernst Klee: Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2003, S. 683.</p>	biographische Bezüge zur NS-Diktatur Militarismus
Franz-Jürgens-Straße (14. 07. 1945) Jürgensplatz (23. 03. 1949)	<p>Franz Jürgens (1895-1945)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Oberstleutnant der Schutzpolizei <p>Kurt Düwell: Franz Jürgens – Der lange Weg des Düsseldorfer Schutzpolizeikommandeurs zur Dienstverweigerung, in: Dams, Dönicke, Köhler (Hrsg.), Dienst am Volk? Düsseldorfer Polizisten zwischen Demokratie und Diktatur, Frankfurt 2007, S. 301-316.</p>	biographische Bezüge zur NS-Diktatur
Graf-von-Stauffenberg-Straße (22. 01. 1980)	<p>Claus Graf Schenk von Stauffenberg (1907-1945)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Offizier der deutschen Wehrmacht - Mitglied der Organisationsabteilung des Oberkommandos des Heeres <p>Ernst Klee: Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2003, S. 597.</p> <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Claus_Schenk_Graf_von_Stauffenberg</p>	biographische Bezüge zur NS-Diktatur Militarismus

Straßen-/Platzname & Datum der Benennung	Hintergrund	Kriterien für mögliche Prüfung
Ludwig-Beck-Straße (01. 10. 1957)	<p>Ludwig Beck (1880-1944)</p> <ul style="list-style-type: none"> - General der Wehrmacht - Chef des Generalstabs des Heeres - verfasste 1941 zusammen mit Carl Friedrich von Goerdeler die Denkschrift „Das Ziel“, in der der Erwerb neuer Kolonien propagiert wurde <p>Ernst Klee: Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2003, S. 34.</p> <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Deutscher_Kolonialismus_in_der_Zeit_des_Nationalsozialismus</p>	<p>biographische Bezüge zur NS-Diktatur</p> <p>Militarismus</p> <p>Kolonialismus</p>
Helmut-Stieff-Straße (14. 07. 1945)	<p>Helmut Stieff (1901-1944)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Generalstabsoffizier der Wehrmacht - Chef der Organisationsabteilung im Generalstab des Heeres <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Hellmuth_Stieff</p>	<p>biographische Bezüge zur NS-Diktatur</p> <p>Militarismus</p>
Klausingstraße (14. 07. 1945)	<p>Friedrich Karl Klausing (1920-1944)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Offizier der Wehrmacht - Teilnahme am Polen- und Frankreichfeldzug - 1942/43 Teilnahme an den Kämpfen bei Stalingrad <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Friedrich_Karl_Klausing</p>	<p>biographische Bezüge zur NS-Diktatur</p> <p>Militarismus</p>
Paul-von-Hase-Straße (14. 07. 1945)	<p>Paul von Hase (1885-1944)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Oberstleutnant der Wehrmacht - Führung der 46. und 56. Infanterie-Division im Zweiten Weltkrieg - Stadtkommandant von Berlin <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Paul_von_Hase</p>	<p>biographische Bezüge zur NS-Diktatur</p> <p>Militarismus</p>

Straßen-/Platzname & Datum der Benennung	Hintergrund	Kriterien für mögliche Prüfung
Robert-Bernardis-Straße (14. 07. 1945)	Robert Bernardis (1908-1944) <ul style="list-style-type: none"> - Oberstleutnant im Generalstab der Wehrmacht - Teilnahme am Überfall auf die Sowjetunion 1941 <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Robert_Bernardis</p>	biographische Bezüge zur NS-Diktatur Militarismus
Albrecht-von-Hagen-Platz (1945)	Albrecht von Hagen (1904-1944) <ul style="list-style-type: none"> - Oberleutnant der Reserve der Wehrmacht - Teilnahme am Afrikafeldzug 1940-1943 <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Albrecht_von_Hagen</p>	biographische Bezüge zur NS-Diktatur Militarismus

8. Straßen- und Platzbenennungen mit historischen Bezügen

Straßen-/Platzname & Datum der Benennung	Hintergrund	Kriterien für mögliche Prüfung
Sedanstraße (26. 03. 1872)	<p>Schlacht von Sedan (1870)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Mythos der Entscheidungsschlacht - verkürzte historische Wahrnehmung <p>Jan N. Lorenzen: Die großen Schlachten. Mythen, Menschen, Schicksale, Frankfurt am Main 2006, S. 144f.</p>	Militarismus
Füsilierstraße (30. 09. 1902)	<p>Niederrheinisches Füsilier-Regiment Nr. 39</p> <ul style="list-style-type: none"> - Teilnahme am Deutsch-Französischen Krieg - Teilnahme am Zweiten Weltkrieg <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Niederrheinisches_F%C3%BCsilier-Regiment_Nr._39</p> <p>http://genwiki.genealogy.net/FR_39</p>	Militarismus Bezüge zur NS-Diktatur
Spichernplatz Spichernstraße (um 1898)	<p>Schlacht bei Spichern (1870)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Teilnahme des Füsilier-Regiments Nr. 39 - politischer Mythos - verkürzte historische Wahrnehmung <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Schlacht_bei_Spichern#Literatur</p> <p>Fabian Trinkaus: Nationaler Mythos und lokale Heldenverehrung. Die Schlacht von Spichern und ihre kulturpolitische Rezeption in Saarbrücken während des Kaiserreichs, Trier 2013.</p>	Militarismus
Gravelottestraße (01. 03. 1906)	<p>Schlacht bei Gravelotte (1870)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Deutsch-Französischer Krieg <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Schlacht_bei_Gravelotte</p>	Militarismus

Straßen-/Platzname & Datum der Benennung	Hintergrund	Kriterien für mögliche Prüfung
Diedenhofener Straße (27. 08. 1927)	Diedenhofen (franz. Thionville) <ul style="list-style-type: none"> - Belagerung der Stadt im Deutsch-Französischen Krieg 1870/71 - Diedenhofen musste am 10. Mai 1871 aufgrund des Frankfurter Friedens an das neue Deutsche Kaiserreich abgetreten werden und wurde Bestandteil des Reichslandes Elsass-Lothringen https://de.wikipedia.org/wiki/Thionville	Militarismus
Weißenburgstraße (1895)	Schlacht bei Weißenburg (1870) <ul style="list-style-type: none"> - Deutsch-Französischer Krieg 	Militarismus
Ulanenstraße (02. 05. 1929) An der Ulanenkaserne (27. 12. 2008)	Westfälisches Ulanen-Regiment Nr. 5 <ul style="list-style-type: none"> - Teilnahme am Deutsch-Französischen Krieg 1870/71 - Beteiligung von Offizieren und an Kämpfen in deutschen Kolonien in Afrika - Teilnahme am Ersten Weltkrieg https://de.wikipedia.org/wiki/Westf%C3%A4lisches_Ulanen-Regiment_Nr._5	Militarismus Kolonialismus

9. Persönlichkeiten, die vor 1870 verstorben sind

Straßen-/Platzname & Datum der Benennung	Hintergrund	Kriterien für mögliche Prüfung
<p>Jahnstraße (24. 02. 1894)</p>	<p>Friedrich Ludwig Jahn (1778-1852)[*]</p> <ul style="list-style-type: none"> - Pädagoge und Initiator der deutschen Turnbewegung - sprach sich gegen eine Vermischung von Völkern und Kulturen aus - gilt als Vordenker der nationalsozialistischen Politik <p>Becker, Frank/Schäfer, Ralf (Hrsg.): Sport und Nationalsozialismus. Göttingen 2016, S. 58f.</p>	<p>Rassismus Antisemitismus</p>
<p>Nettelbeckstraße (09. 07. 1909)</p>	<p>Joachim Christian Nettelbeck (1783-1824)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Kaufmann - war in seiner Funktion als Kapitän niederländischer Sklavenschiffe am Menschenhandel beteiligt - Koloniallobbyist <p>Dossier „Straßennamen mit Bezügen zum Kolonialismus in Berlin“ von Christian Kopp und Joshua Kwesi Aikins, Stand November 2008</p> <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Joachim_Nettelbeck_(Seemann)</p>	<p>Kolonialismus</p>
<p>Grabbeplatz (16. 10. 1936)</p>	<p>Christian Dietrich Grabbe (1801-1836)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Dramatiker - Äußerte sich antisemitisch - Werke enthalten nationalistische und judenfeindliche Passagen <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Christian_Dietrich_Grabbe</p>	<p>Antisemitismus</p>
<p>Arndtstraße (förmlich festgestellt am 01. 05. 1889)</p>	<p>Ernst Moritz Arndt (1769-1860)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Schriftsteller und Publizist - äußerte sich antisemitisch <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Ernst_Moritz_Arndt</p>	<p>Antisemitismus</p>

Anhang C: Personen, die nicht begutachtet wurden

- 1. Persönlichkeiten, die zunächst in die Prüfliste aufgenommen wurden, allerdings nicht den konzeptionellen Vorgaben des Projekts (nach 1870 verstorben) entsprechen:**

Ernst Moritz Arndt (1769-1860)
Joachim Christian Nettelbeck (1738-1824)
Friedrich Ludwig Jahn (1778-1852)
Christian Dietrich Grabbe (1801-1836)

Es empfiehlt sich eine gesonderte Begutachtung.

- 2. Persönlichkeiten aus Militär und Adel, die letztendlich von der Überprüfung ausgeschlossen wurden, da eine Teilnahme an kriegerischen Auseinandersetzungen des 19. Jahrhunderts keine Umbenennung rechtfertigt:**

Graf Leonhard von Blumenthal (1810-1900)
Hermann von Budde (1851-1906)
August Karl von Goeben (1816-1880)
Gottlieb Graf von Haeseler (1836-1919)
Friedrich Heinrich Ernst Graf von Wrangel (1784-1877)
Karl Anton Fürst von Hohenzollern-Sigmaringen (1811-1885)
Herzog Friedrich Wilhelm Nikolaus von Mecklenburg-Schwerin (1827-1879)
Prinz Georg von Preußen (1826-1902)

- 3. Persönlichkeiten, die nach bisherigen Erkenntnissen und Recherchen als historisch unbelastet oder minderbelastet gelten können:**

Bruno Oertel (1871-1938)
Hermann August Flender (1839-1882)
Adam Stegerwald (1874-1945)

Hermann Reuter

Die „Hermann-Reuter-Straße“ wurde – anders als in der „Straßenbenennungsliste nach 1997“ angegeben – nicht nach dem ehemaligen Leiter der Stadt- und Landesbibliothek, sondern nach einem SPD-Lokalpolitiker benannt, der biographisch unverdächtig ist.

- 4. Persönlichkeiten, die über eine Mitgliedschaft in lokalen Kolonialvereinen verfügten oder sich dort engagiert haben:**

William Thomas Mulvany (1806-1885)
Henry Axel Bueck (1830-1916)
Adolf Möhlau (1844-1912)
Wilhelm Peiffer (1828-1900)

Anhang D: Liste alternativer Straßennamen (Vorschläge)

- Günter-Stüttgen-Straße
- Umbenennung des bereits bestehenden Professor-Neyses-Platzes (Derendorf) in „Hilde-und Joseph-Neyses-Platz“
- Selma-Mayer-Straße
- Otto-Piene-Straße
- Hedwig-Jung-Danielewicz-Straße
- Cilly-Helten-Straße
- Oskar-Manes-Platz
- Hulda-Pankok-Straße
- Dagobert-David-Straße auf dem Gelände der ehemaligen JVA Düsseldorf-Derendorf („Ulmer Höh“)
- Waldemar-Spier-Straße

Anhang E: Text für zukünftige Straßenbenennungen (Vorschlag)

Präambel Straßenbenennungen

Der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf ehrt verdiente Persönlichkeiten auf verschiedene Weise für Ihre Leistungen oder ihr Engagement. Zu den größten Ehrungen, die im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung vergeben werden können, zählt die Benennung einer Straße, eines Weges oder eines Platzes auf dem Stadtgebiet.

Die Landeshauptstadt Düsseldorf ehrt mit einer solchen Benennung ausschließlich verstorbene Persönlichkeiten, die sich ehrenamtlich oder weit über ihren Berufsalltag hinausgehend für die Bürgerinnen und Bürger eingesetzt und engagiert haben oder sich durch sonstige herausragende Leistungen auszeichneten. Diese Leistungen können auf sozialer, politischer, kultureller oder künstlerischer, sportlicher, wirtschaftlicher oder publizistischer Ebene oder im lokalen Brauchtum und Ehrenamt erbracht worden sein. Gewürdigt wird die gesamte Lebensleitung einer Persönlichkeit.

Verbunden mit dieser Ehrung ist neben der Würdigung der Person und ihrer Leistung vor allem der Vorbildcharakter für die Bürgerinnen und Bürger: Die geehrte Person sollte dem Leitgedanken der Landeshauptstadt von Weltoffenheit, Toleranz und Menschlichkeit nicht entgegenstehen. Jüngere Generationen müssen in der geehrten Person einen Vorbildcharakter für ein gesamtstädtisches Gemeinwesen erkennen können.

Straßenbenennungen werden zunächst der Fachverwaltung (Stadtarchiv und Mahn- und Gedenkstätte) zur Überprüfung vorgelegt.



STADT AACHEN

Auszug aus dem Geodatenbestand

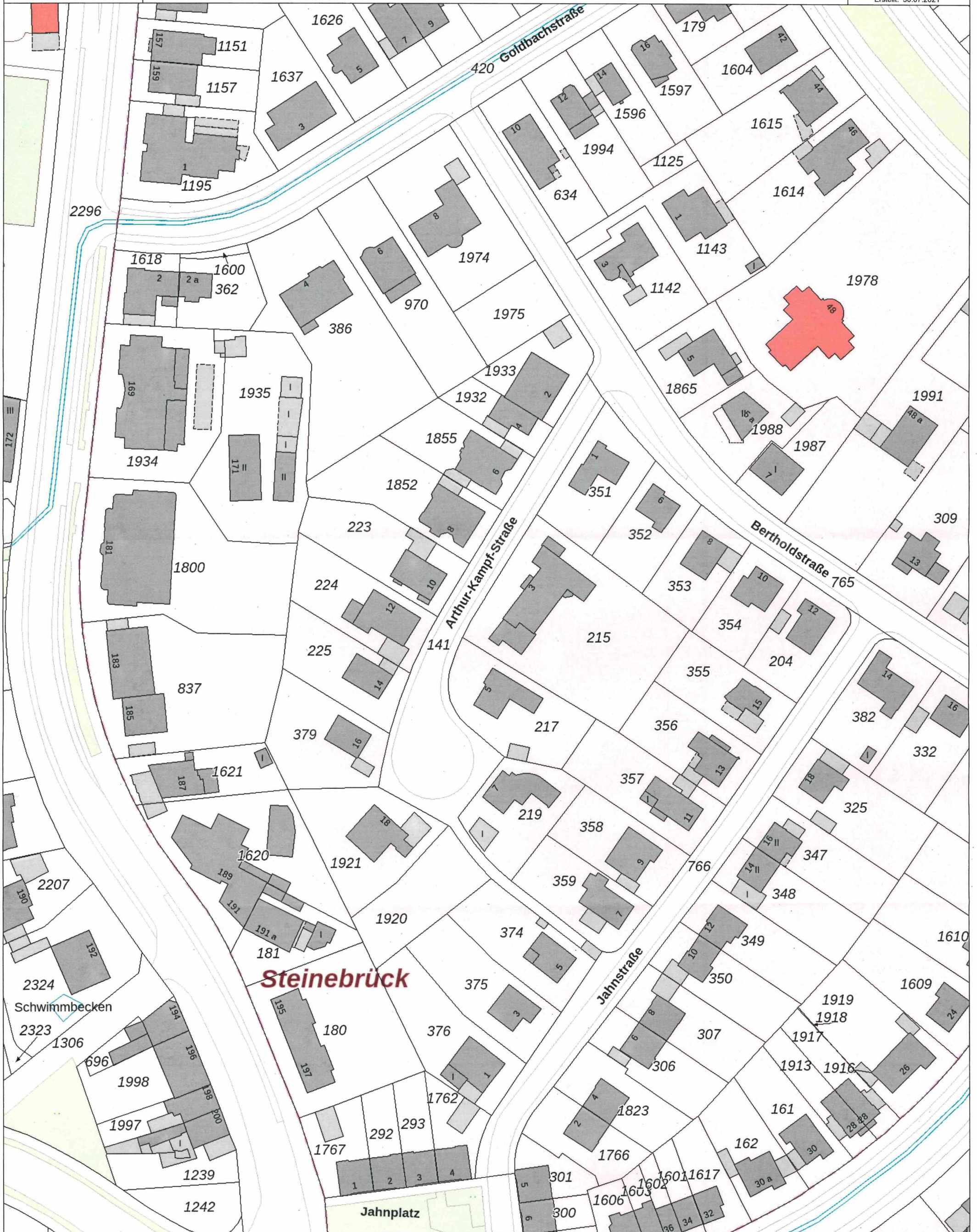
Umbenennung Arthur-Kampf-Straße

Anmerkung: Die Stadt Aachen übernimmt für die hier gezeigten Geodaten keine Gewähr für Vollständigkeit, Aktualität, Genauigkeit und Richtigkeit.



0 15.5 31 m
1: 1000

Erstellt: 30.07.2021



Ergänzungskarte Nr. 482.

Katasterverwaltung.

Jahrgang 1911.

Kreis Aachen-Stadt

Den Kartenauszug

Die Formveränderungen

Katasteramt Aachen I

geprüft durch

geprüft durch

geprüft durch

eingetragen durch

Gemeinde Aachen

Klein

Otto 2. 09.

Klein

Meyer

N^o -

Klein

Gemarkung Aachen - Birtscheid, Br. 7.

Überszeichnung.

3.

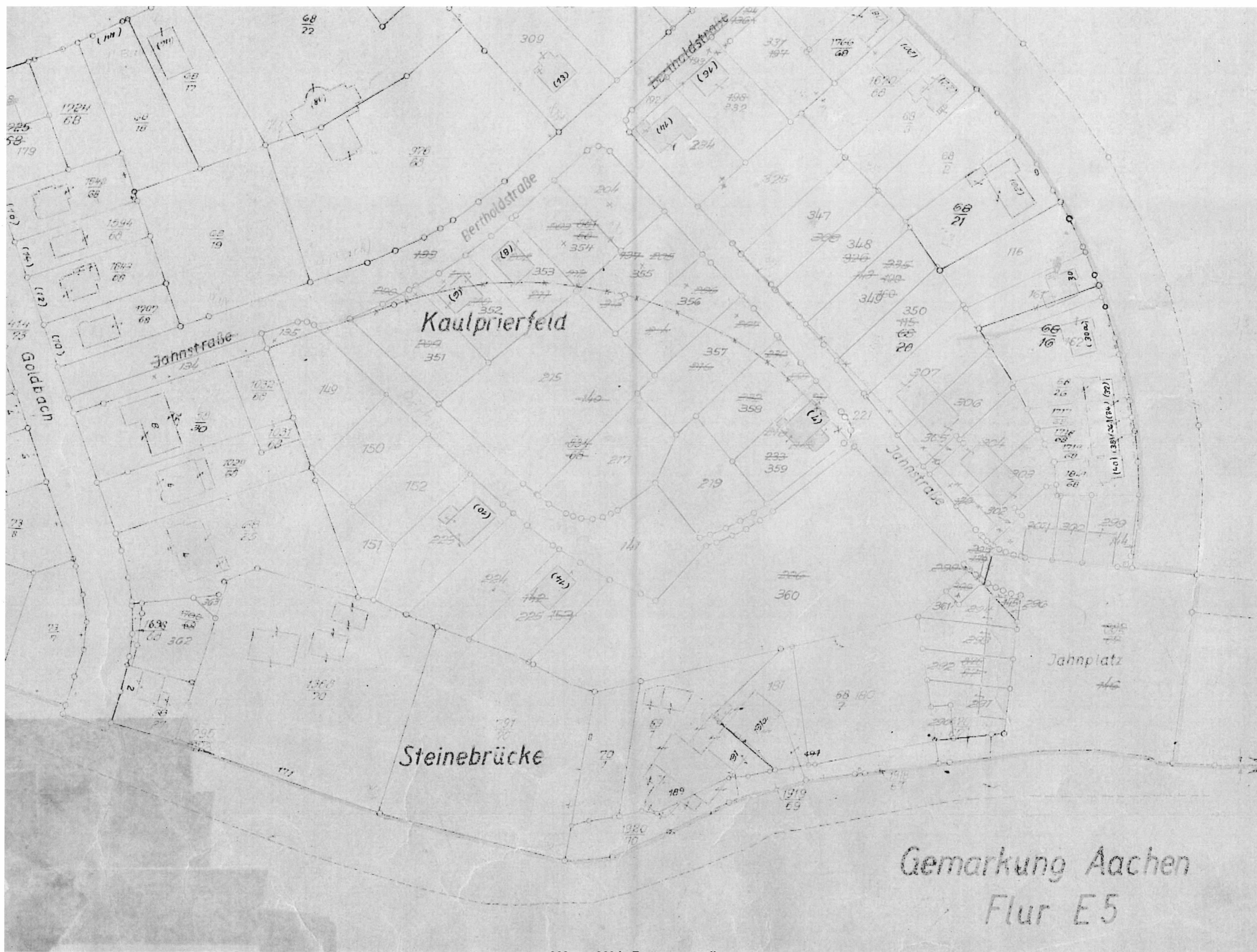
1:625.

Anschluss siehe besonderes Blatt.



482
Anfertigung: 14. 50 Aach.

ME-K. 1129

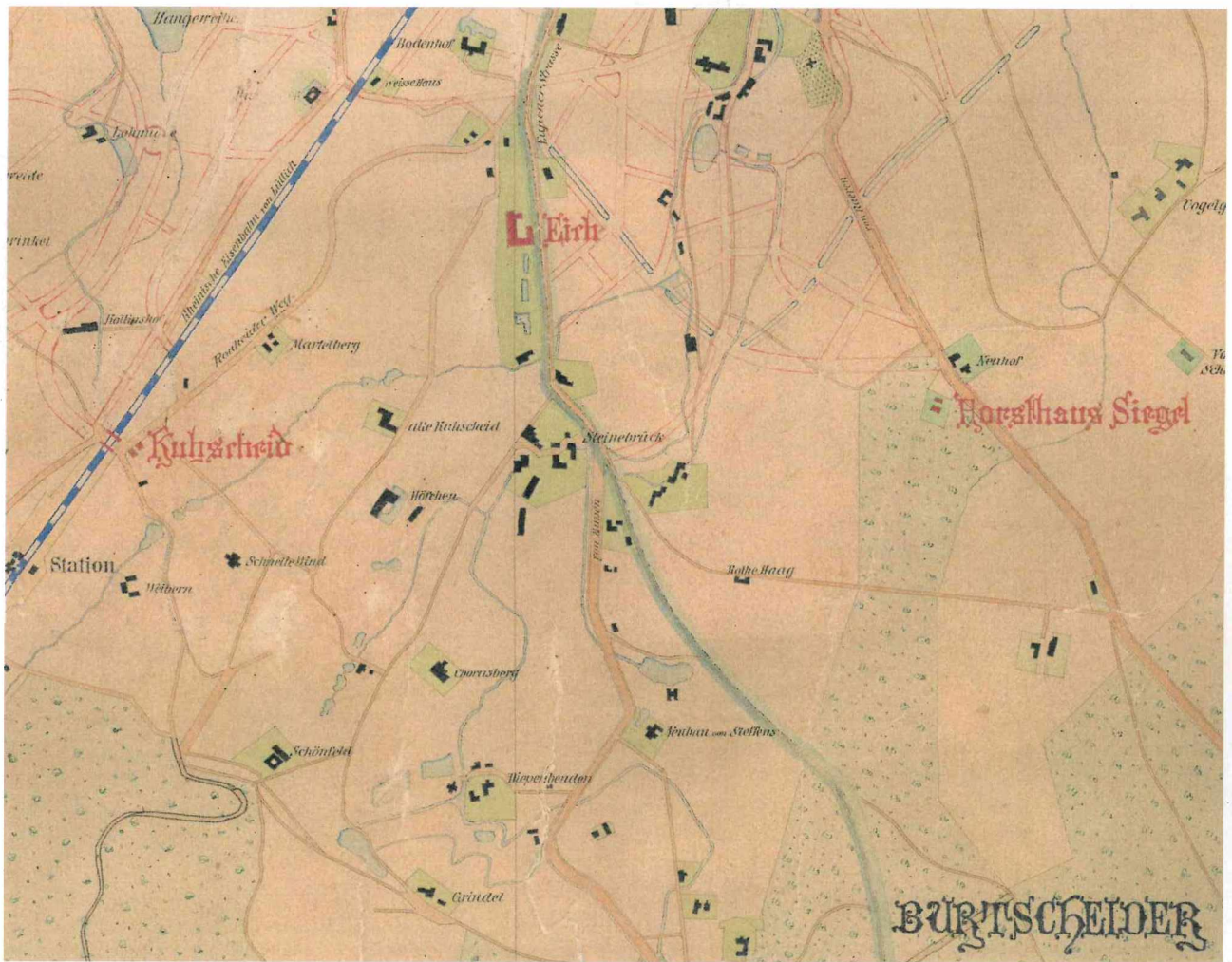


Kaulprierfeld

Steinebrücke

Jahnplatz

Gemarkung Aachen
Flur E5



Plan der Stadt Aachen und Umgebung von 1881 (Stübben Karte)